

Zwischen Fraktionszwang
und freiem Mandat

Daniel Schwarz

Zwischen Fraktionszwang und freiem Mandat

Eine Untersuchung des fraktionsabweichenden
Stimmverhaltens im schweizerischen Nationalrat
zwischen 1996 und 2005

Books on Demand
Norderstedt

Inauguraldissertation zur Erlangung der Würde eines Doctor rerum socialium der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern.

Die Fakultät hat diese Arbeit am 14. Mai 2009 auf Antrag der beiden Gutachter
Prof. Dr. Wolf Linder und Prof. Dr. Adrian Vatter als Dissertation angenommen,
ohne damit zu den darin ausgesprochenen Auffassungen Stellung nehmen zu wollen.

Die Dissertation wird zugleich elektronisch veröffentlicht und kann über den
Online-Katalog der Universitätsbibliothek Bern frei heruntergeladen werden:
<http://www.ub.unibe.ch>

1. Auflage 2009

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-837-09708-5

Textsatz: L^AT_EX

© 2009 Daniel Schwarz

Die Vervielfältigung zu nicht-kommerziellen Zwecken ist unter vollständiger
Quellenangabe erlaubt.

Herstellung und Verlag: Books on Demand GmbH, Norderstedt

Vorwort

Das vorliegende Werk ist identisch mit meiner Dissertation, welche im Mai 2009 von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern angenommen wurde.

Viele haben zu deren Gelingen beigetragen. So blicke ich mit grosser Genugtuung auf die Zeit am Institut für Politikwissenschaft zurück, dessen Angehörige mir ein überaus angenehmes Arbeitsumfeld bereitet haben. An erster Stelle steht natürlich mein Betreuer, Prof. Wolf Linder, der mir und meiner Arbeit stets viel Vertrauen entgegen gebracht und auf diese Weise meine Motivation hoch gehalten hat. Bedanken möchte ich mich auch bei meinem Zweitgutachter, Prof. Adrian Vatter von der Universität Zürich, für die Übernahme dieser Aufgabe.

Einen besonderen Dank will ich Rolf Wirz aussprechen für das klaglose Korrekturlesen halbfertig verfasster Kapitel und die vielen hilfreichen Hinweise zur Verbesserung des Manuskripts sowie André Bächtiger für seine methodische und sonstige Unterstützung. Sehr vermissen werde ich den täglichen Austausch mit Andrea Iff, mit welcher ich während vier Jahren das Büro teilen durfte. Praktisch zeitgleich haben wir beide die Doktorarbeit in Angriff genommen und abgeschlossen; dass mir diese Zeit auch menschlich in so guter Erinnerung bleiben wird, ist zu grossen Teilen ihr Verdienst.

Die vorliegende Studie stellt ein weiteres Produkt der langjährigen Zusammenarbeit zwischen den Parlamentsdiensten der schweizerischen Bundesversammlung und dem Institut für Politikwissenschaft dar. Mein Dank geht darum an Dr. Christoph Lanz, Generalsekretär der Bundesversammlung, und sein ganzes Team, welche mir das Bearbeiten der Thematik stark erleichtert und mich kompetent begleitet haben.

Diese Arbeit ist meiner Familie gewidmet, auf deren Unterstützung ich immer bauen konnte: meiner Ehefrau Pia, unserem gemeinsamen Sonnenschein Sarah Lena sowie meinen Eltern Gerda und Franz.

Bern, im Mai 2009

Daniel Schwarz

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	xi
Abbildungsverzeichnis	xv
Abkürzungsverzeichnis	xvii
1 Einleitung	1
1.1 Das Parlamentsmitglied: gebunden oder frei?	1
1.2 Aufbau der Arbeit	6
I Theorie	9
2 Forschungsfragen und Forschungsstand	11
2.1 Forschungsfragen	11
2.2 Theorie und Forschungsstand	12
2.2.1 Vorbemerkungen	12
2.2.2 Klassische Theorien zum Entscheidungsverhalten	16
2.2.3 Motive, Präferenzen, Ziele und Determinanten des Stimm- verhaltens	17
2.2.4 Alternative Analyseansätze zum Entscheidungsverhalten .	19
2.2.5 Entwicklung des Forschungsstands in den USA, der EU und der Schweiz	21
II Empirie	45
3 Kollektive Entscheidungsebene	47
3.1 Mehrheits- und Koalitionsbildung	47
3.2 Fraktionsgeschlossenheit	54
3.3 Geschlossenheit nach Regionen und Interessengruppen	64
3.4 Fazit	65
4 Analysekonzept und Hypothesen	67
4.1 Analyserahmen	67
4.2 Abweichendes Stimmverhalten als abhängige Variable	68
4.2.1 Definition des abweichenden Stimmverhaltens	68
4.2.2 Datensatz	69
4.2.3 Berücksichtigte Parteien	69

4.2.4	Abwesenheiten und Stimmenthaltungen	70
4.2.5	Unbestrittene Vorlagen	71
4.2.6	Verteilung der abhängigen Variable nach Jahr und Legislaturperiode	71
4.2.7	Verteilung der abhängigen Variablen auf einzelne Ratsmitglieder	72
4.3	Forschungshypothesen	75
4.3.1	Wiederwahlbezogene Faktoren	75
4.3.2	Politikinhalt und -koalitionen	80
4.3.3	Parlamentarische Institutionen	83
4.3.4	Weitere Faktoren	87
5	Beschreibung der Einflussfaktoren (unabhängige Variablen)	89
5.1	Soziodemografische und -kulturelle Variablen	90
5.1.1	Geschlecht	90
5.1.2	Alter	91
5.1.3	Sprache	92
5.1.4	Wohnkanton und -region	93
5.1.5	Zeitverlauf	95
5.2	Variablen zur Wiederwahlorientierung	96
5.2.1	Ideologische Differenzen zwischen Fraktion und Kantonalpartei	96
5.2.2	Ideologische Differenzen zwischen Fraktion und Kantonsbevölkerung	97
5.2.3	Wahlkreisgösse	100
5.2.4	Persönliche Stimmzahl	103
5.2.5	Erfolg der Kantonalpartei	104
5.2.6	Interessenbindungen	105
5.2.7	Zeitliche Nähe zum Wahltermin	108
5.3	Variablen zu Politikgehalten und Koalitionen	109
5.3.1	Politikbereiche	109
5.3.2	Porkbarrelbereiche	111
5.3.3	Kernthemen der Parteien	112
5.3.4	Gemeindetypus	113
5.3.5	Koalitionsbildung	114
5.4	Variablen zu Parlamentsinstitutionen	117
5.4.1	Abstimmungs- und Geschäftskategorien	117
5.4.2	Knappes Abstimmungsergebnis	120
5.4.3	Publikation des individuellen Stimmverhaltens	121
5.4.4	Rats- und Fraktionspräsidium	122
5.4.5	Amtsalter	124
5.4.6	Freiwilliger Rücktritt aus dem Nationalrat	126
6	Erklärung abweichenden Stimmverhaltens (multiple Regressionsmodelle)	129
6.1	Methodische Aspekte	129
6.2	Konkretes Vorgehen	133
6.3	Abweichendes Stimmverhalten in der CVP-Fraktion	136
6.4	Abweichendes Stimmverhalten in der FDP-Fraktion	150
6.5	Abweichendes Stimmverhalten in der SP-Fraktion	161

6.6	Abweichendes Stimmverhalten in der SVP-Fraktion	172
6.7	Bewertung der Hypothesen im Fraktionsvergleich	183
6.8	Weitere Modellmodifikationen	189
6.8.1	Vergleich unterschiedlicher Wahrscheinlichkeitsfunktionen	189
6.8.2	Vergleich unterschiedlich definierter abhängiger Variablen	190
7	Schlussfolgerungen	193
7.1	Dynamische parlamentarische Mehrheitsbildung	194
7.2	Die eigene Meinung geht vor	198
7.3	Einordnung in die bisherige Forschung	202
7.4	Forschungsausblick	203
III	Anhang und Literatur	205
A	Vergleich von Regressionsmodellen mit unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsverteilungen	207
A.1	Vergleich von CVP-Modellen	207
A.2	Vergleich von FDP-Modellen	210
A.3	Vergleich von SP-Modellen	212
A.4	Vergleich von SVP-Modellen	215
B	Vergleich von Regressionsmodellen mit unterschiedlich definierten abhängigen Variablen	219
B.1	Vergleich von CVP-Modellen	219
B.2	Vergleich von FDP-Modellen	222
B.3	Vergleich von SP-Modellen	224
B.4	Vergleich von SVP-Modellen	227
	Literaturverzeichnis	231

Tabellenverzeichnis

2.1	Vergleich von US-Repräsentantenhaus, EU-Parlament und schweizerischem Nationalrat	15
2.2	Vergleich verschiedener Studien zur Fraktionsgeschlossenheit im schweizerischen Parlament	32
2.3	Bedeutung der Repräsentationsrollen für Schweizer Parlamentsmitglieder im Jahr 1975 (primäre und allgemeine Ausrichtung)	39
3.1	Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) über alle Nationalratsabstimmungen, 1996–2005 ($N = 7'997$)	55
3.2	Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) nach Geschäftsarten, 1996–2005	56
3.3	Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) bei Bundesratsgeschäften nach Politikbereichen, 1996–2005	63
4.1	Beobachtete Fälle des abweichenden Stimmverhaltens 1996–2005 gemäss unterschiedlicher Definitionen	69
4.2	Ratsmitglieder mit den höchsten bzw. tiefsten Abweichraten	74
4.3	Wiederwahl-Principals von Parlamentsmitgliedern	76
5.1	Geschlechteranteile nach Fraktion (in Prozent)	91
5.2	Durchschnittliche Abweichrate nach Geschlecht und Fraktion (in Prozent)	91
5.3	Altersdurchschnitt nach Stimmverhalten und Fraktion (in Jahren)	92
5.4	Sprachenanteile nach Fraktion (in Prozent)	92
5.5	Durchschnittliche Abweichrate nach Sprache und Fraktion (in Prozent)	93
5.6	Ausgewählte Kantone mit der tiefsten/höchsten durchschnittlichen Abweichrate nach Fraktion (in Prozent)	94
5.7	Anteile der Grossregionen nach Fraktion (in Prozent)	95
5.8	Durchschnittliche Abweichrate nach Grossregion und Fraktion (in Prozent)	95
5.9	Durchschnittliche Abweichrate nach Legislaturperiode und Fraktion (in Prozent)	96
5.10	Durchschnittliche Abweichrate nach Parlamentsjahr und Fraktion (in Prozent)	96
5.11	Anzahl abweichende Abstimmungsparolen der Kantonalparteien gegenüber der Nationalratsfraktion	98

5.12	Durchschnittliche ideologische Differenz zwischen Nationalratsfraktion und Kantonalparteien nach Stimmverhalten und Fraktion (Indexpunkte)	99
5.13	Anzahl abweichende Bevölkerungsmehrheiten in den Kantonen gegenüber der Nationalratsfraktion	100
5.14	Durchschnittliche Differenz der Mehrheiten in der Kantonsbevölkerung gegenüber der Nationalratsfraktion (Indexpunkte)	101
5.15	Durchschnittliche ideologische Differenz zwischen Nationalratsfraktion und Stimmberechtigten in den Kantonen nach Stimmverhalten und Fraktion (Indexpunkte)	102
5.16	Durchschnittliche Wahlkreisgrösse nach Stimmverhalten und Fraktion (Anzahl Sitze)	102
5.17	Anteile der Wahlkreisgrösse nach Fraktion (in Prozent)	103
5.18	Durchschnittliche Abweichrate nach Wahlkreisgrösse und Fraktion (in Prozent)	103
5.19	Durchschnittlicher prozentualer Stimmenvorsprung nach Stimmverhalten und Fraktion	104
5.20	Durchschnittliche Veränderung des Wähleranteils nach Stimmverhalten und Fraktion (in Prozentpunkten)	105
5.21	Durchschnittliche Anzahl Interessenbindungen nach Stimmverhalten und Fraktion	107
5.22	Vergleich der durchschnittlichen Anzahl Interessenbindungen nach Fraktion	107
5.23	Durchschnittliche Anzahl betroffene Interessengruppenkategorien nach Stimmverhalten und Fraktion	108
5.24	Durchschnittliche Abweichrate nach Zeitpunkt (letztes Jahr vor dem Wahltermin) und Fraktion (in Prozent)	108
5.25	Prozentualer Anteil der Politikbereiche an den Beobachtungen	110
5.26	Durchschnittliche Abweichrate nach Politikbereich und Fraktion (in Prozent)	111
5.27	Durchschnittliche Abweichrate nach Porbarrel-Bereichen und Fraktion (in Prozent)	112
5.28	Durchschnittliche Standardabweichung in den Antworten der Nationalratskandidierenden auf den smartvote-Fragebogen 2003 nach Politikbereichen und Partei	113
5.29	Durchschnittliche Abweichrate nach Kernthema und Fraktion (in Prozent)	114
5.30	Anteile der Gemeindetypen nach Fraktion (in Prozent)	115
5.31	Durchschnittliche Abweichrate nach Gemeindetypus und Fraktion (in Prozent)	115
5.32	Einbezogene Koalitionsmuster nach Partei	116
5.33	Prozentualer Anteil der Koalitionsmuster an den Beobachtungen	116
5.34	Durchschnittliche Abweichrate nach Koalitionsmuster und Fraktion (in Prozent)	117
5.35	Operationalisierung der Abstimmungskategorien	118
5.36	Durchschnittliche Abweichrate nach Abstimmungskategorie und Fraktion (in Prozent)	119
5.37	Operationalisierung der Geschäftskategorien	119
5.38	Durchschnittliche Abweichrate nach Geschäftskategorie und Fraktion (in Prozent)	119

5.39	Durchschnittliche Abweichrate nach knappen Abstimmungsergebnissen und Fraktion (in Prozent)	120
5.40	Durchschnittliche Abweichrate nach Publikationsstatus der Abstimmungen und Fraktion (in Prozent)	121
5.41	Stimmenanteile des Rats- und Fraktionspräsidiums nach Fraktion (in Prozent)	123
5.42	Durchschnittliche Abweichrate nach Parlamentsamt und Fraktion (in Prozent)	123
5.43	Durchschnittliche Abweichrate nach Fraktion unter Ratsmitgliedern, die einmal das Ratspräsidium inne hatten (in Prozent) . . .	124
5.44	Durchschnittliche Abweichrate nach Fraktion unter Ratsmitgliedern, die einmal das Fraktionspräsidium inne hatten (in Prozent)	124
5.45	Abweichrate von Ratsmitgliedern, die einmal das Nationalratspräsidium inne hatten	125
5.46	Abweichrate von Ratsmitgliedern, die einmal das Fraktionspräsidium inne hatten	125
5.47	Durchschnitt des Alters nach Stimmverhalten und Fraktion (in Jahren)	126
5.48	Anteil der Abstimmungen im letzten Jahr vor dem Rücktritt eines Ratsmitglieds nach Stimmverhalten und Fraktion (in Prozent) . .	127
5.49	Durchschnittliche Abweichrate im letzten Jahr vor dem Rücktritt eines Ratsmitglieds nach Fraktion (in Prozent)	127
5.50	Durchschnittliche Abweichrate im letzten Jahr vor dem Rücktritt eines Ratsmitglieds nach Fraktion (in Prozent)	127
6.1	Bezeichnung der unabhängigen Variablen in den multiplen Regressionsmodellen	135
6.2	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der CVP-Fraktion (I)	139
6.3	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der CVP-Fraktion (II)	142
6.4	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der CVP-Fraktion (III)	144
6.5	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der CVP-Fraktion (IV)	147
6.6	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der FDP-Fraktion (I)	151
6.7	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der FDP-Fraktion (II)	153
6.8	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der FDP-Fraktion (III)	155
6.9	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der FDP-Fraktion (IV)	158
6.10	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SP-Fraktion (I)	163
6.11	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SP-Fraktion (II)	165
6.12	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SP-Fraktion (III)	167

6.13	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SP-Fraktion (IV)	170
6.14	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SVP-Fraktion (I)	174
6.15	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SVP-Fraktion (II)	176
6.16	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SVP-Fraktion (III)	178
6.17	Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SVP-Fraktion (IV)	180
6.18	Einfluss der unabhängigen Variablen auf das abweichende Stimmverhalten (Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Regressionsmodellen zu den vier Fraktionen)	185
6.19	Beurteilung der Hypothesen aufgrund der Ergebnisse aus den Regressionsmodellen zu den vier Fraktionen	187
A.1	Modellvergleich zwischen unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsverteilungen zum abweichenden Stimmverhalten in der CVP-Fraktion	207
A.2	Modellvergleich zwischen unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsverteilungen zum abweichenden Stimmverhalten in der FDP-Fraktion	210
A.3	Modellvergleich zwischen unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsverteilungen zum abweichenden Stimmverhalten in der SP-Fraktion	212
A.4	Modellvergleich zwischen unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsverteilungen zum abweichenden Stimmverhalten in der SVP-Fraktion	215
B.1	Modellvergleich zwischen unterschiedlichen definierten abhängigen Variablen in der CVP-Fraktion	219
B.2	Modellvergleich zwischen unterschiedlichen definierten abhängigen Variablen in der FDP-Fraktion	222
B.3	Modellvergleich zwischen unterschiedlichen definierten abhängigen Variablen in der SP-Fraktion	224
B.4	Modellvergleich zwischen unterschiedlichen definierten abhängigen Variablen in der SVP-Fraktion	227

Abbildungsverzeichnis

3.1	Koalitionsmuster unter Bundesratsparteien mit Gegenkoalition, 45.–47. Legislaturperiode	50
3.2	Koalitionsmuster nach Themenbereichen, 1996–2005	52
3.3	Anzahl unterschiedliche Koalitionsmuster nach Anzahl Abstimmungen pro Geschäft, 1996–2005	53
3.4	Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) nach Publikationsstatus, 1996–2005	58
3.5	Zeitliche Entwicklung der Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) bei Bundesratsgeschäften	60
3.6	Entwicklung der Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) bei Bundesratsgeschäften nach Gesetzgebungsphasen	61
4.1	Abweichendes Stimmverhalten nach Fraktion und Legislaturperiode	72
4.2	Abweichendes Stimmverhalten nach Fraktion und Parlamentsjahr	73

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Abst.	Abstimmung
abw./Abw.	abweichend/Abweichung
ACS	Automobilclub der Schweiz
AG	Kanton Aargau
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden <i>oder</i> Agreement-Index
allg.	allgemein
Anz.	Anzahl
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
Art.	Artikel
Ausr.	Ausrichtung
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
BE	Kanton Bern
beob.	beobachtet
BFS	Bundesamt für Statistik
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (seit 1971 SVP)
BL	Kanton Basel-Landschaft
BPR	Bundesgesetz über die politischen Rechte (SR 161.1)
BR	Bundesrat
BS	Kanton Basel-Stadt
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (SR 101)
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
EMIT	Grossregion Espace Mittelland
et al.	und andere
EU	Europäische Union
f./ff.	folgende/fortfolgende
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei
Fn.	Fussnote
FR	Kanton Freiburg
GE	Kanton Genf
GL	Kanton Glarus
GP	Grüne Partei
GR	Kanton Graubünden
GRN	Geschäftsreglement des Nationalrats (SR 171.13)
Hrsg.	Herausgeber
ibid.	ebenda
i.V.m.	in Verbindung mit
JU	Kanton Jura

LdU	Landesring der Unabhängigen
Leg.	Legislaturperiode
LU	Kanton Luzern
m	Medianwert
ML	Maximum likelihood
Mw.	Mittelwert (s. auch \bar{x})
n/N	Anzahl/Gesamtzahl
n.a.	nicht anwendbar
namentl.	namentlich
NE	Kanton Neuenburg
neg.	negativ
NGO	Nichtregierungsorganisation
NR	Nationalrat
NW	Kanton Nidwalden
NWCH	Grossregion Nordwestschweiz
OCH	Grossregion Ostschweiz
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Orig.	Original
OW	Kanton Obwalden
ParlG	Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz; SR 171.10)
pos.	positiv
prim.	primär
PSI	Prediction success index
RLEM	Grossregion Région lémanique
s	Standardabweichung
s.	siehe
S.	Seite
SG	Kanton St. Gallen
SH	Kanton Schaffhausen
SO	Kanton Solothurn
SP	Sozialdemokratische Partei
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts <i>oder</i> Ständerat
SVP	Schweizerische Volkspartei
SZ	Kanton Schwyz
TG	Kanton Thurgau
TI	Kanton Tessin
unabh.	unabhängig
UR	Kanton Uri
US/USA	United States (of America)
VD	Kanton Waadt
vgl.	vergleiche
VIF	Variance inflation factor
VS	Kanton Wallis
vs.	gegen(-über)
\bar{x}	arithmetischer Mittelwert
ZECH	Grossregion Zentralschweiz
ZG	Kanton Zug
ZH	Kanton Zürich

Kapitel 1

Einleitung

1.1 Das Parlamentsmitglied: gebunden oder frei?

„Die Gedanken sind frei“ beginnt eine bekannte Volksweise, welche zu Beginn des 19. Jahrhunderts erstmals in einer Berner Liedersammlung erschien. Anders als damals muss in der Schweiz die Gedanken- und Redefreiheit heute nicht mehr erkämpft werden. Die Äusserungen unserer Volksvertreter stehen gar unter einem besonderen Schutz, dem der parlamentarischen Immunität¹ sowie des Instruktionsverbots. In Artikel 161 der Bundesverfassung heisst es dazu kurz und bündig:

„Die Mitglieder der Bundesversammlung stimmen ohne Weisungen.“

Die Parlamentsmitglieder² können also weder für ihre Äusserungen im Rat noch für ihr Stimmverhalten rechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Weder sind sie verpflichtet, mit ihrem Stimmverhalten Wahlversprechen umzusetzen — seien es ihre eigenen oder diejenigen ihrer Partei — noch müssen sie Anweisungen zu einer bestimmten Stimmabgabe befolgen, wer auch immer sie gegeben hat. Die Gedanken der Parlamentsmitglieder und deren Äusserung beispielsweise am Rednerpult oder über die Stimmabgabe sind nach dem Willen der Verfassung „frei“.

Die Verankerung des Instruktionsverbots in der schweizerischen Bundesverfassung ist das Produkt demokratie- und ideengeschichtlicher Auseinandersetzungen des 18. und 19. Jahrhunderts. Die Verfechter des Instruktionsverbots folgten liberalen Staats- und Gesellschaftsauffassungen, welche mit Ideen des In-

¹Art. 162 Abs. 1 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) hält fest: „Die Mitglieder der Bundesversammlung können für ihre Äusserungen in den Räten und in deren Organen rechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden.“

²Im Folgenden wird in Bezug auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in der Regel der Begriff „Parlaments-“ bzw. „Ratsmitglieder“ als kurze, geschlechtsneutrale Bezeichnung verwendet. Analog wird bei anderen Begriffen vorgegangen, die beide Geschlechter umfassen. In längeren Arbeiten lässt sich dieses Vorhaben meist nicht konsequent umsetzen, teils aus Rücksicht auf stilistische Anforderungen, teils aber auch, weil prägnante geschlechtsneutrale Formulierungen fehlen. Die „Vertreter“ werden darum in der vorliegenden Arbeit nicht zu den „Vertretenden“, ebenso wird auf unschöne Wortschöpfungen wie z.B. „Vertreter/innen“ weitgehend verzichtet. Wo nur die männliche Form genannt ist, schliesst diese die weibliche ein.

dividualismus und des Parlamentarismus verbunden waren.³ Grundlage des liberalen Parlamentarismuskonzepts bildet das freie, repräsentative und persönliche Mandat, das es den Parlamentsmitgliedern erlaubt, ihre Repräsentationsfunktion allein dem eigenen Gewissen und den persönlichen Überzeugungen folgend wahrzunehmen. Niemand kann sie vorzeitig aufgrund ihres Stimmverhaltens aus ihrem Amt abberufen. Der Wählerschaft sind die Abgeordneten nicht permanent, sondern lediglich periodisch zum Zeitpunkt der Wahl verantwortlich. Der französische Mathematiker Marquis de Condorcet (1743–1794), der auch als liberaler Abgeordneter in der Nationalversammlung Einsitz nahm, fand im Jahr 1791 dafür folgende Umschreibung (zitiert nach Van der Hulst 2000, 7):

„Mandataire du peuple, je ferai ce que je croirai le plus conforme à ses intérêts. Il m’a envoyé pour exposer mes idées, non les siennes; l’indépendance absolue de mes opinions est le premier de mes devoirs envers lui.“

Prägend für die theoretische Entwicklung des liberal-repräsentativen Staatsverständnisses waren insbesondere die Werke von Montesquieu (1994 {1748}) (Vom Geist der Gesetze), Madison, Hamilton und Jay (1987 {1788}) (The Federalist Papers) sowie im 19. Jahrhundert von Mill (1971 {1861}) (Betrachtungen über die repräsentative Demokratie).

Das Gegengewicht zur liberalen Ideologie bildeten einerseits radikaldemokratische Staatskonzepte, welche die Grundidee der Repräsentation rundweg ablehnten und stattdessen die uneingeschränkte Volkssouveränität durch direkt-demokratische Entscheidungsfindung propagierten. Sollte die Wahl einer Volksvertretung dennoch notwendig sein, würde das gebundene (imperative) Mandat zur Anwendung gelangen. Als berühmtes Werk der radikaldemokratischen Ausrichtung gilt Jean-Jacques Rousseaus „Gesellschaftsvertrag“ (Rousseau 1986 {1762}).

Andererseits kämpften auch Verfechter jener Ideen gegen die liberal-repräsentativen Auffassungen an, die Ozbudun (1970, 373) als kollektivistische Theorien bezeichnet. Gemeint sind konservative (ständestaatliche) und sozialistische (dem Rätssystem folgende) Repräsentationsideen, in denen die Gewählten ein Kollektiv verbindlich vertreten und entsprechend von diesem mit einem gebundenen Mandat versehen sind. So ist es nicht wichtig, wer gewählt wird, sondern nur, welche Gruppe die gewählte Person vertritt. Im Gegensatz zu liberalen Konzepten bedeutet die Wahl kein persönliches Mandat, weshalb den Amtsinhabern bei Missachtung ihres „Auftrags“ die Abberufung droht. Konservative Repräsentationsideen lassen sich etwa bei Schmitt (1996 {1926}) finden, sozialistische bei Marx (1919 {1871}).⁴

³Nachfolgende Ausführungen beziehen sich schwergewichtig auf die Darstellungen in Ozbudun (1970) und Van der Hulst (2000).

⁴Anzufügen ist, dass die Idee des freien Mandats auch unter Konservativen einige Anhänger fand. So beispielsweise beim britischen Schriftsteller und Philosophen Edmund Burke (1729–1797), der 1774 als Mitglied des Unterhauses in der berühmt gewordenen „speech to the electors of Bristol“ sehr ähnliche Gedanken zur Materie geäußert hatte wie einige Jahre nach ihm Condorcet (Burke 1792, 14 ff.): „Certainly, gentlemen, it ought to be the happiness and glory of a representative, to live in the strictest union, the closest correspondence, and the most unreserved communication with his constituents. [...] It is his duty to sacrifice his repose, his pleasures, his satisfactions, to theirs; and, above all, ever, and in all cases, to prefer their interest to his own. But, his unbiassed opinion, his mature judgement, his enlightened conscience, he ought not to sacrifice to you; to any man, or to any set of men living. [...] [P]arliament is

Auch bei der Entstehung des schweizerischen Bundesstaates mit der ersten Bundesverfassung von 1848 waren diese ideengeschichtlichen Bezüge allgegenwärtig. Als Hauptkontrahenten traten liberale und konservative Kräfte auf, welche sich bereits im Jahr zuvor im Sonderbundskrieg gegenüber gestanden waren. Als die eidgenössische Tagsatzung im Jahr 1847 die Bestimmungen zum Instruktionsverbot für National- und Ständeratsmitglieder diskutierte, schloss sich am Ende eine Mehrheit aus 15 Kantonsvertretern folgenden Erwägungen an (Orthografie gemäss Original):

„Wie bereits ausgeführt worden, müsse dahin getrachtet werden, zwischen den Räten eine Annäherung möglich zu machen, wenn sie über gewisse Beschlüsse oder Gesetze sich nicht vereinigen könnten. Solche Verständigung lasse sich aber nicht denken, wenn die Abgeordneten sich an bindende Instruktionen halten müssten, von denen sie selbst nach aller Belehrung und nach gewonnener besserer Überzeugung unter keinen Umständen abgehen dürften. Die Revision des Bundesvertrages habe doch den allseitig anerkannten Zweck, etwas Besseres an Stelle des Bisherigen zu setzen, und diejenigen Fehler zu beseitigen, welche die oberste Bundesbehörde so lange um die Achtung der Nation und um die nöthige Autorität gebracht hätten“ (aus: Abschiede der ordentlichen eidgenössischen Tagsatzung des Jahres 1847, IV. Teil, S. 1; zitiert nach Vasella 1956, 87–88).

Bemerkenswert an dieser Begründung ist, dass zumindest vordergründig nicht mit ideologischen Argumenten die Einführung des freien Mandats sowohl für den Nationalrat als auch — was besonders umstritten war — für die Nachfolgeinstitution der Tagsatzung, den Ständerat, propagiert wurde. Stattdessen wurden institutionelle Gründe angeführt. Heute würde man wohl von Argumenten zugunsten der Qualität der Deliberation sprechen. Diese Argumentation verfiel, weshalb der entsprechende Passus in der ersten Bundesverfassung von 1848 „Die Mitglieder beider Räte stimmen ohne Instruktionen“ lautete und in den beiden Totalrevisionen von 1874 und 1999 lediglich kosmetische Veränderungen erfuhr.

Ein grosser Teil der Rechtslehre sieht im Instruktionsverbot neben der rechtlichen Unverbindlichkeit jeglicher Weisungen zusätzlich einen „umfassenden Imperativ“, der die Parlamentsmitglieder anweist, „allgemein bei der Ausübung ihres Mandats auf ihre Überzeugung und ihr Gewissen zu hören, stets das Wohl des ganzen Volkes im Auge zu haben und diesem vor Sonderinteressen jedweder Art den Vorrang zu geben“ (Homberger 1973, 78). Dass diese Forderung in ihrer absoluten Form unerfüllbar bleibt und sich damit eine Kluft zwischen normativem Anspruch und empirischer Wirklichkeit auftut, wird keineswegs verschwiegen:

„Allgemein unterliegt es überdies keinem Zweifel, dass der Weg ins Parlament über viele Stationen führt, welche alle geeignet sind, die Persönlichkeit des Parlamentariers auf ihre Weise mitzuprägen. So

a *deliberative* assembly of *one* nation, with *one* interest, that of the whole; where, not local purposes, not local prejudices ought to guide, but the general good, resulting from the general reason of the whole. You chuse a member indeed; but when you have chosen him, he is not member of Bristol, but he is a member of *parliament*“ (Orthografie und Hervorhebungen gemäss Original).

wird er in der Regel den Anliegen der Landesgegend, in der er aufgewachsen ist, besonders Verständnis entgegenbringen, und der Kanton, dessen Schulen er besuchte, wird ihm auch dann nahestehen, wenn er nicht zugleich mit seinem Wahlkreis zusammenfällt. Durch das Milieu und die Bedingungen, unter denen er aufwuchs, wie auch durch seine beruflichen Erfahrungen sind einem Parlamentarier ebenso bestimmte Interessen vertrauter als andere. [...] Schon unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftsverband und unabhängig von der für die Wahl ins Parlament in aller Regel notwendigen Mitarbeit in einer politischen Partei besteht so regelmässig eine Vielzahl persönlicher Beziehungen und Erfahrungen, welche den Parlamentarier mit bestimmten gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen verbindet und ihn anderen entfremdet. [...] Wenn daher von den Parlamentariern verlangt wird, dass sie zu stimmen hätten, wie es dem Gemeinwohl nach ihrem Gewissen und ihren Überzeugungen am meisten diene, kann sich dies nicht gegen die unumgängliche Standortgebundenheit jeder persönlichen Urteilsbildung richten. Soll der Parlamentarier nach seiner persönlichen Überzeugung entscheiden, so kann sich diese ja gar nicht losgelöst von seinen allgemeinen Anschauungen und seinem sozialen und politischen Standort bilden“ (Homberger 1973, 80–81).

Das Zitat berührt wesentliche Punkte der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem freien Mandat in der vorliegenden Arbeit. Im Unterschied zur juristischen Beurteilung geht die empirisch arbeitende Politikwissenschaft nicht von der rechtlichen Norm (d.h. wie etwas sein soll) aus, sondern vom beobachteten Verhalten (wie es sich in der Realität zeigt).⁵ Rechtliche Normen gehören zwar zur Ausgangslage, treten gegenüber der empirischen Analyse jedoch in den Hintergrund. So auch beim Instruktionsverbot, wo sich das Erkenntnisinteresse der Politikwissenschaft nicht auf den inhaltlichen Normgehalt, sondern auf die beobachtbaren systematischen Wirkungen der sozialen und institutionellen Bindungen auf das Stimmverhalten der Parlamentsmitglieder richtet. Das einzelne Parlamentsmitglied ist in seinen Entscheidungen nicht gänzlich frei, will es diese Bindungen, die mit gesellschaftlichen, politischen und finanziellen Vorteilen verknüpft sind, erhalten. Die Entscheidung fürs Parlamentsmandat ist immer auch eine Entscheidung zugunsten neuer Abhängigkeitsverhältnisse: Die Fraktion bietet Kommissionssitze, Redezeiten und politische Karrierechancen, Interessengruppen sind willkommene Wahlkampfhelfer, bieten Fachwissen an und sorgen für Nebeneinkünfte, häufige Medienpräsenz erhöht die Wiederwahlchancen, usw.

Im Zentrum der bisherigen Ausführungen standen vor allem die individuellen Freiheiten der einzelnen Parlamentsmitglieder. Unerwähnt blieb, dass im heutigen Staatswesen ein konkurrierendes allgemeines Interesse an stabil funktionierenden und effizient organisierten Entscheidungsprozessen besteht. Die Verantwortung der individuellen Ratsmitglieder gegenüber ihrer Wählerschaft tritt in Konkurrenz zur Verantwortung der kollektiven Akteure gegenüber dem gesamten politischen System. Die kollektiven Akteure, insbesondere die Parlaments-

⁵Wissenschaftstheoretisch handelt es sich hierbei um den Unterschied zwischen einer normativ-ontologischen und empirisch-analytischen Herangehensweise (vgl. Böhret, Jann und Kronenwett 1988, 402–418).

fraktionen, nehmen diese Verantwortung am besten wahr, wenn sie über innere Geschlossenheit verfügen. Carey (2007, 93) beispielsweise nennt hierfür folgende Argumente:

- In Parlamenten werden zentrale Entscheidungen getroffen, die weitreichende politische oder finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen können. Da das individuelle Stimmverhalten der Abgeordneten bzw. ihre Haltung gegenüber der eigenen Fraktion diese Entscheidungen herbeiführen oder verändern, ist es von erheblichem öffentlichem Interesse.
- Parteilabel und -programme dienen den Wahlberechtigten vor dem Urnengang als wichtige Orientierungspunkte. Mangelnde Fraktionsgeschlossenheit zerstört den Informationswert von Parteibezeichnungen und senkt die Erwartungssicherheit in Bezug auf die politischen Entscheidungen nach der Wahl.
- Innere Geschlossenheit erhöht die Fähigkeit, sich im Parlament durchzusetzen und die Politik im Sinne der Wahlversprechen (und somit der eigenen Wählerschaft) zu beeinflussen.

Durch die Theorien des kollektiven Handelns ist hinlänglich bekannt, dass das, was der Gruppe am meisten nützt, für das Individuum nicht immer eine optimale Lösung darstellt (vgl. Olson 1965 sowie die Übersicht in Reisman 1990). Selbstverständlich gilt auch die umgekehrte Feststellung, dass individuell-rationales Verhalten nicht unbedingt den Gruppennutzen maximiert. Die oben genannten Argumente von Carey (2007) dienen dem „Kollektivgut“ der Parteiorganisation und können in Widerspruch zur Perspektive des individuellen Ratsmitglieds stehen. Dieses wird in jeder Parlamentsabstimmung die Vor- und Nachteile der Fraktionsbindung (bzw. des abweichenden Stimmverhaltens) abwägen, denn jede Bindung bringt nicht nur politischen Nutzen, sondern auch Kosten mit sich (Owens 2006; vgl. auch Cox und McCubbins 1993; Rasch 1999; Clinton, Jackman und Rivers 2004). Die politischen Anreize des abweichenden Verhaltens sind nach Owens (2006) umso grösser,

- je schwächer die Parteistrukturen entwickelt sind und je geringer die Unterstützung durch die Fraktion bzw. die Partei ausfällt (z.B. für die Bewältigung der Parlamentsarbeit, im Wahlkampf oder bei der Vergabe politischer Ämter);
- je weiter im konkreten Fall die politischen Präferenzen des einzelnen Ratsmitglieds und der Fraktionsmehrheit auseinander liegen;
- je weiter im konkreten Fall die politischen Präferenzen der eigenen Wählerbasis und der Fraktionsmehrheit auseinander liegen;
- je geringer das Interesse der eigenen Wählerbasis an der nationalen Politik bzw. am Stimmverhalten im Parlament ausfällt.

Ob und in welchem Ausmass solche ressourcen- und präferenzbezogenen Anreize für oder gegen die Fraktionsgeschlossenheit⁶ tatsächlich zum Tragen

⁶Der Begriff „Partei-“ bzw. „Fraktionsgeschlossenheit“ wird hier in einem neutralen Sinne verwendet, ohne Rücksicht auf die Frage, worauf der vorgefundene Grad an innerparteilicher

kommen, wird nicht zuletzt durch die Ausgestaltung des Regierungssystems wesentlich mitbestimmt. In rein parlamentarischen Systemen sind die Regierungsfractionen angehalten, diszipliniert aufzutreten, um sich die Macht zu sichern. Machtteilungssysteme hingegen, wie sie neben den USA auch die Europäische Union (EU) und die Schweiz verkörpern, üben weniger Restriktionen auf die individuellen Parlamentsmitglieder aus. Abweichendes Stimmverhalten ist hier nicht mit dem Risiko des Machtverlusts verbunden, weshalb es selbst bei Prestigeprojekten der eigenen Regierung oder Fraktion ein alltägliches Ereignis darstellt. Aus eigener Anschauung berichtet der Staatsrechtler und langjährige Neuenburger National- und Ständerat Jean-François Aubert (1991, 482–483):

„On ne le répètera jamais assez: en choisissant un système de gouvernement collégial élu pour une période déterminée, sans question de confiance ni motion de censure, sans possibilité de dissolution non plus, le constituant du siècle dernier a, peut-être inconsciemment, assuré au Parlement suisse une position assez unique en Europe. [...] Cela veut dire que le député radical ou socialiste de l'un ou l'autre de nos deux conseils peut encore pratiquer l'esprit d'examen et décider, de cas en cas, s'il votera pour ou contre ce qui lui est proposé. [...] [C]ette liberté existe, elle donne au mandat parlementaire un supplément de dignité [...].“

Somit schliesst sich der Kreis zum eingangs erwähnten Zitat des Marquis de Condorcet, dessen Worte nichts von ihrer Aktualität eingebüsst haben; möglicherweise sind sie im heutigen Umfeld sogar noch aktueller als damals.

1.2 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sie sich im weiteren Verlauf wie folgt: Kapitel 2 leitet die konkrete forschungsleitende Fragestellung her und bietet einen Überblick zum nationalen und internationalen Forschungsstand. Kapitel 3 befasst sich mit der kollektiven Entscheidungsebene und analysiert in diesem Rahmen die grundlegenden Merkmale des schweizerischen Nationalrats im Hinblick auf die Mehrheitsbildungsprozesse innerhalb und zwischen den Fraktionen. Das dort vermittelte Wissen ist für das generelle Verständnis des spezifischen Untersuchungsgegenstandes, des individuellen Stimmverhaltens, von grundlegender Bedeutung. Kapitel 4 widmet sich der individuellen Entscheidungsebene, stellt das Untersuchungskonzept dar und konkretisiert auf der Basis theoretischer Überlegungen und bisheriger Forschungsarbeiten die Forschungshypothesen zu den potenziellen Einflussfaktoren des fraktionsabweichenden Stimmverhaltens. Im fünften Kapitel werden auf Basis der zuvor formulierten Hypothesen die unabhängigen Variablen operationalisiert sowie deren grundlegende statistische Merkmale beschrieben. Das Kapitel 6 unterzieht das Ganze einer eingehenden statistischen

Einigkeit beruht. Der gängigen politikwissenschaftlichen Literatur entsprechend, werden in der Studie auch die alternativen Begriffe „Parteikohäsion“ und „Parteidisziplin“ verwendet: „[Cohesiveness] refers to the degree to which the members of a group share similar preferences; [discipline] to the degree to which group leaders are able to elicit unified voting on the part of the group, regardless of member preferences. [...] I use the more generic term 'unity' to describe the proclivity of copartisan legislators to vote together“ (Carey 2008, 198–199; vgl. auch Ozbudun 1970 sowie Bowler, Farrell und Katz 1999).

Analyse, indem mittels multipler Regressionsmodelle der Einfluss der unterschiedlichen Faktoren bzw. der damit verbundenen theoretischen Erklärungsansätze abgeschätzt wird. Kapitel 7 nimmt schliesslich eine Bewertung und Einordnung der Resultate der gesamten Forschungsarbeit vor.

Teil I
Theorie

Kapitel 2

Forschungsfragen und Forschungsstand

2.1 Forschungsfragen

In der Einleitung ist der Konflikt zwischen den kollektiven Interessen der Parteien und den individuellen Interessen der Ratsmitglieder thematisiert worden. Obwohl theoretisch in allen demokratischen Regierungssystemen vorhanden, manifestiert er sich hauptsächlich in Machtteilungssystemen, wo die politischen Schicksale von Regierung und Parlament nicht unmittelbar verknüpft sind und abweichendes Stimmverhalten nicht das Risiko von Regierungssturz und Neuwahlen in sich trägt. Zusätzlich angeheizt werden die Interessengegensätze durch föderalistische Systeme, insbesondere wenn diese zur Herausbildung schwacher Parteistrukturen auf nationaler Ebene geführt haben. Beide Voraussetzungen, die relative Unabhängigkeit von Regierung und Parlament sowie ein föderalistisch organisiertes Parteiensystem, treffen auf die Schweiz zu (Linder 2005; Ladner 2002). Die theoretischen Bedingungen für die Untersuchung des abweichenden Stimmverhaltens sind darum ideal.

Aus diesem Grund mag es auf den ersten Blick erstaunen, wie wenig sich die schweizerische Politikwissenschaft bislang mit dieser Thematik befasst hat. Zwar liegen etliche Studien aus verschiedenen Epochen vor, welche die kollektive Ebene, d.h. die Geschlossenheit nach Fraktionen, Interessengruppenzugehörigkeit oder regionaler Herkunft unter die Lupe nehmen (so beispielsweise auch durch Schwarz und Linder 2007; vgl. für eine breite Übersicht Abschnitt 2.2.5.3). Doch zur individuellen Ebene, d.h. zu den Faktoren, welche das einzelne Parlamentsmitglied dazu bewegen, gegen seine eigene Fraktion zu stimmen, liegen erst wenige Arbeiten vor. Unter diesen sind selbst die aktuellsten inzwischen rund 15 Jahre alt. So ist mit Blick auf die Individualebene über die Determinanten des abweichenden Stimmverhaltens im spezifisch schweizerischen Kontext heute nur wenig gesichertes Wissen vorhanden. Zwar bestehen in der Literatur verschiedentlich Vermutungen über mögliche Zusammenhänge, doch findet sich keine Analyse, welche die verschiedenen Erklärungsansätze einem quantitativ-empirischen Gesamtrahmen zugeführt hat.

Es wäre verfehlt, dies als Versäumnis der schweizerischen Politikwissenschaft darzustellen, lagen doch bis Mitte der 1990er Jahre die hierfür notwendigen Da-

ten zum Stimmverhalten der Ratsmitglieder gar nicht in genügender Zahl vor.⁷ Über eine ungenügende Datengrundlage kann sich die schweizerische Forschung — zumindest was die grosse Kammer betrifft — heute nicht mehr beklagen. Dies kommt sowohl der Untersuchung der kollektiven als auch der individuellen Ebene des Stimmverhaltens entgegen. Insbesondere ermöglicht die umfassende Verfügbarkeit von Daten, die nicht nur das individuelle Stimmverhalten im Nationalrat, sondern auch nähere Angaben zu den behandelten Geschäften sowie den Ratsmitgliedern einschliessen, eine quantitativ-statistische Aufarbeitung der Thematik. Dies unterscheidet die vorliegende Arbeit von früheren Studien mit ähnlichen Grundfragestellungen, welche entweder ein fallstudienorientiertes Vorgehen angewandt haben (z.B. Vatter 1994) oder mittels persönlicher Befragungen der Parlamentsmitglieder operieren mussten (z.B. Hertig 1980).

Die übergeordneten Forschungsfragen, welche diese Forschungsarbeit zu beantworten sucht, lauten:

- Auf der kollektiven Ebene: Wie geschlossen präsentieren sich die Nationalratsfraktionen und wie lässt sich der Grad der Fraktionsgeschlossenheit erklären? Welche Rolle spielt abweichendes Stimmverhalten für die kollektive Entscheidungsfindung? Welche Bedeutung hat die Fraktionsgeschlossenheit für die Mehrheitsbildungsprozesse im Nationalrat?
- Auf der individuellen Ebene: Mit welchen kontextuellen Faktoren lässt sich das abweichende Stimmverhalten im Nationalrat erklären? Woran richten sich die Parlamentsmitglieder aus, wenn sie von der Fraktionsmehrheit abweichen? Welche Unterschiede bestehen diesbezüglich zwischen den Fraktionen?

2.2 Theorie und Forschungsstand

2.2.1 Vorbemerkungen

In den nachfolgenden Abschnitten wird der aktuelle politikwissenschaftliche Forschungsstand zum abweichenden Stimmverhalten sowohl aus grundsätzlicher entscheidungstheoretischer Warte als auch mit Blick auf die internationale Forschung zu spezifischen politischen Systemen bzw. Parlamenten dargestellt. Letzteres beschränkt sich notgedrungen auf eine enge Auswahl möglichst ähnlicher Systeme, wobei die Wahl auf die USA und die EU fiel. Wie bereits erwähnt, sind die Zwänge zu geschlossenem Fraktionsverhalten dann am geringsten, wenn die Schicksale von Regierung und Parlament entbündelt sind. Wenn das Parlament gegenüber der Regierung das Misstrauen aussprechen sowie die Regierung von

⁷Das Stimmverhalten im Nationalrat wird seit Beginn der 45. Legislaturperiode (d.h. seit der Wintersession 1995) elektronisch erfasst und gespeichert. Der Ständerat hat den Einsatz einer elektronischen Abstimmungsanlage mehrfach geprüft, die Idee aber stets verworfen. Da namentliche Abstimmungen, bei welchen auch ohne elektronische Erfassung das Stimmverhalten individuell offengelegt wird, in der kleinen Kammer sehr selten sind, konnte das Stimmverhalten der Ständeratsmitglieder bisher nur auf der Basis aufwändiger Befragungen durchgeführt werden (vgl. zu den Namensabstimmungen im Ständerat von Wyss 2003). International ist eine klare Tendenz zur Verbreitung elektronischer Erfassungssysteme sowie eine steigende Bereitschaft zur Publikation der erfassten Daten zu beobachten (Saalfeld 1995; Carey 2008; von Beyme 1999). Damit ist allerdings noch nicht geklärt, wie vollständig die erfassten und publizierten Daten sind bzw. wie stark die Verzerrungen aufgrund unvollständig erfasster oder publizierter Daten ausfallen (Carrubba et al. 2006; Schwarz 2005; Hug 2005).

sich aus das Parlament auflösen darf (und beides in der politischen Wirklichkeit auch tatsächlich genutzt wird), dann erlangt die Frage der Fraktionsdisziplin höchste Bedeutung, nicht nur für die Machterhaltung der Regierungsparteien, sondern für die politische Stabilität und das effiziente Funktionieren parlamentarischer Demokratien insgesamt (von Beyme 1999).

Anders in Systemen, in denen Regierung und Parlament je über eine eigene Legitimationsbasis verfügen und das Verhältnis von horizontaler Machtteilung und gegenseitiger Machthemmung geprägt ist. Der für solche Systeme häufig verwendete Begriff „präsidentielle Demokratie“ bzw. „Präsidentalismus“ ist in dieser Hinsicht irreführend, da sich in gefestigten Demokratien ein kontraintuitiver empirischer Zusammenhang zeigt: Regierungen besitzen in parlamentarischen Demokratien oft eine weitaus stärkere Position gegenüber dem Parlament als dies in sogenannten präsidentiellen Systemen der Fall ist, weil ein Scheitern der Regierung oft zu Neuwahlen führt, was kaum im Interesse bisheriger Parlamentsmitglieder liegt (vgl. Tsebelis 2002; Rasch und Tsebelis 2009, im Erscheinen). Begrifflich präziser ist es darum, von Machtteilungssystemen⁸ zu sprechen. Als Paradebeispiel dient das System der USA, dessen Präsident zwar oft als die mächtigste Person der Welt bezeichnet wird, jedoch in vielen Fragen gegenüber der eigenen Legislative, dem US-Kongress, häufig ohnmächtig wirkt. In Europa folgt die überwiegende Mehrheit der Staaten einer parlamentarischen Systemtradition. Wichtige Ausnahmen bilden die Regierungssysteme der EU und der Schweiz, wo die Elemente des Machtteilungsmodells in der Ausgestaltung der formellen Institutionen deutlich hervortreten (für eine konzise Gesamtdarstellung des schweizerischen Falls vgl. Iff und Töpferwien 2008).⁹ Ausserhalb Nordamerikas und Europas hat vor allem die Forschungstätigkeit zu Lateinamerika in den letzten Jahren beträchtliche Ausmasse erreicht (vgl. Mainwaring und Soberg 1997; Londregan 2000; Morgenstern 2004; Carey 2008), auf die in der vorliegenden Arbeit jedoch nicht näher eingegangen wird. Aufgrund der historischen bzw. geografischen Nähe zum schweizerischen Parlamentssystem wird in der Aufarbeitung des internationalen Forschungsstands (Abschnitt 2.2.5) der Schwerpunkt allein auf den US-Kongress und das EU-Parlament gelegt.

Worin sind sich die schweizerische Bundesversammlung, der US-amerikanische Kongress und das EU-Parlament ähnlich, worin unterscheiden sie sich? Die Tabelle 2.1 bietet einen kurzen, überblicksartigen Vergleich ihrer wichtigsten institutionellen Merkmale (da sich die Arbeit auf den Nationalrat konzentriert, enthält die Tabelle lediglich einen Vergleich der grossen Kammern). Der Zweck dieser Darstellung liegt darin, in Vorbereitung auf die folgenden Abschnitte zu Theorie, Forschungsstand und Hypothesenbildung frühzeitig das Bewusstsein dafür zu schärfen, wann die direkte Übernahme von Forschungsansätzen aus dem internationalen Feld sinnvoll ist und wann die Spezifität des schweizerischen Systems Anpassungen in Theorie und Vorgehensweise erfordert.

Aus historischer Perspektive besteht eine relativ enge Beziehung zwischen dem US-Kongress und der hiesigen Bundesversammlung. Die Gründung des schweizerischen Bundesstaates im 19. Jahrhundert vollzog sich — wie in den USA ein knappes Jahrhundert davor — „von unten“, d.h. durch einen Zusam-

⁸vgl. zum Machtteilungsbegriff sowie zur Abgrenzung zum häufig synonym verwendeten, aber oft mit falschen Vorstellungen über die Funktionsweise staatlicher Institutionen verknüpften Begriff der Gewaltenteilung Riklin (2006).

⁹Dies soll keinesfalls implizieren, dass andere europäische Staaten keine Institutionen besitzen, welche auf Machtteilung beruhen (vgl. insbesondere Lijphart 1984; Lijphart 1999).

menschluss der heutigen Gliedstaaten (Linder 2005, 27 ff.). Das US-amerikanische Parlamentsmodell bildete im Rahmen des schweizerischen Verfassungsgebungsprozesses einen wichtigen Referenzpunkt (Kölz 1992; Kölz 1998; Aubert 1998; Hutson 1991), was sich insbesondere im symmetrischen Zweikammersystem¹⁰ und in der unabhängigen Stellung des Parlaments gegenüber der Exekutive äussert.¹¹ Die Analogie zu den USA hat allerdings Grenzen: Anders als in der Schweiz hat sich beispielsweise ein stark professionalisiertes Zweiparteiensystem entwickelt, was sich auch auf den Professionalisierungsgrad des Kongresses nachhaltig ausgewirkt hat (siehe z.B. den Vergleich von 20 OECD-Ländern durch Z'graggen und Linder 2004). Zudem basiert das Wahlsystem für die grosse Kammer, das Repräsentantenhaus, auf der Basis von Einerwahlkreisen. Die Kandidierenden werden zuvor in offenen Primärwahlen bestimmt. Darüber hinaus besitzt die Regierung aufgrund der faktischen Volkswahl¹² von Präsident und Vizepräsident über eine vollständig parlamentsunabhängige Legitimationsbasis. Auch im gegenseitigen Verhältnis der beiden Parlamentskammern sind die Unterschiede relativ gross: Obwohl mit unterschiedlichen Wahlsystemen gewählt und mit jeweils eigenen Geschäftsreglementen ausgestattet, sind sich die Abläufe in National- und Ständerat weitaus ähnlicher als zwischen Repräsentantenhaus und Senat in den USA (vgl. zur recht komplexen Funktionsweise des US-Kongresses z.B. Oleszek 2004). Der im US-amerikanischen Kontext berühmt gewordene Begriff der „checks and balances“ prägt viel stärker als in der Schweiz die Beziehungen zwischen den Kammern. Die Liste der Unterschiede könnte fast beliebig fortgesetzt und vertieft werden.

In einigen Punkten weist das Schweizer Parlament eine grössere Nähe zum heutigen EU-Parlamentssystem auf, wie die Tabelle 2.1 zeigt. Die Bezüge zwischen der Bundesversammlung und dem EU-Parlament sind jedoch weniger historischer Natur und die Genese der EU-Legislative ist von derjenigen in den USA und der Schweiz deutlich zu unterscheiden. Die Legislative der EU steht nach wie vor in einem dynamischen Entwicklungsprozess, wodurch die institutionelle Ausgestaltung im Vergleich zur gefestigten Position des US-Kongresses oder der schweizerischen Bundesversammlung relativ häufige Änderungen erfährt. Nicht nur im Rahmen periodischer Anpassungen der EU-Verträge (z.B. bei jeder Erweiterungsrunde), auch durch rechtliche Anpassungen in den Mitgliedsstaaten (z.B. in Bezug auf das Wahlverfahren, dessen Regelung den einzelnen Staaten überlassen ist) befindet sich das EU-Parlamentssystem ständig im Fluss. Mit Blick auf das Parteiensystem (Einbettung in das programmatische System der europäischen Parteifamilien) und das mehrheitlich zur Anwendung gelangende Wahlsystem (in der Regel Varianten des Proporzwahlrechts) liegen die heutigen Institutionen des EU-Parlaments der Schweiz näher als diejenigen des US-Kongresses.

¹⁰Als symmetrischer Bikameralismus wird ein System bezeichnet, das beiden Parlamentskammern dieselben (oder annähernd dieselben) Kompetenzen einräumt (Lijphart 1984, 99).

¹¹Die Volkswahl des Bundesrats — und somit eine noch deutlichere Ähnlichkeit zu den USA — wurde 1848 in der von der Tagsatzung eingesetzten Verfassungskommission mit 10:9 Stimmen knapp abgelehnt (Aubert 1998, 33).

¹²Formell bestimmen die Wahlberechtigten eine von der Bevölkerungszahl des jeweiligen Gliedstaates abhängige Anzahl Wahlmänner (Elektoren), welche ihre Stimme anschliessend einem der Präsidentschaftskandidaten geben.

Tabelle 2.1: Vergleich von US-Repräsentantenhaus, EU-Parlament und schweizerischem Nationalrat

	US-Repräsentantenhaus	EU-Parlament	Nationalrat
Parteiensystem	Zweiparteiensystem (eigenständige historische Entwicklung)	Mehrparteiensystem (europ. Parteifamilien)	Mehrparteiensystem (europ. Parteifamilien)
Wahlkreisstruktur/-basis	Einerwahlkreise (435 Distrikte)	5–99 Sitze (27 Mitgliedsländer) ^a	1–34 Sitze (26 Kantone)
Wahlrecht	First-past-the-post ^b	abhängig vom Mitgliedsland (i.d.R. Proporz)	Proporz (bei Einerwahlkreisen First-past-the-post)
Kandidierendeselektion	Primärwahlen in den Distrikten	abhängig von Land und Partei	Kantonalparteien (i.d.R. Partei- bzw. Delegiertenversammlungen)
Finanzielle Anreize des Mandats	hoch (starke Professionalisierung)	ab 2009 eher hoch ^c	eher gering (semi-professionelles Parlament)
Bikameralismus (Existenz und Typus ^d)	ja (Senat); weitgehend symmetrisch, inkongruent	ja (Rat der EU) ^e ; asymmetrisch, inkongruent	ja (Ständerat); symmetrisch, inkongruent
Wahl der Exekutive	Volk ^f (fix auf 4 Jahre; weder polit. Misstrauensvotum noch Parlamentsauflösungsrecht)	EU-Parlament, auf Vorschlag der Mitgliedsländer; Misstrauensvotum, aber kein Parlamentsauflösungsrecht vorhanden	Vereinigte Bundesversammlung (fix auf 4 Jahre; weder Misstrauensvotum noch Parlamentsauflösungsrecht)
Konkurrierende Vetospieler-Institutionen	Präsident, Senat, Oberster Gerichtshof	Rat der EU, Europäischer Gerichtshof	direkte Demokratie, Ständerat

^aStand 2008

^bDer oder die Kandidierende mit den meisten Stimmen gewinnt den Sitz. Dies kommt einem Majorzsystem ohne spezielles Mehrheitserfordernis (z.B. absolutes Mehr) bzw. einem Proporzsystem mit nur einem zu vergebenden Sitz gleich.

^cBis Ende 2008 abhängig vom Mitgliedsland, wodurch die Spanne von rund € 1'000 bis € 12'000 pro Monat reichte. Per Anfang 2009 wurde die Entlohnung EU-weit auf monatlich € 7'400 vereinheitlicht.

^dVgl. Lijphart (1984) sowie Tsebelis und Money (1997); unterschieden wird hier nach den beiden Merkmalen Kompetenz-Symmetrie und Kongruenz bzgl. der politischen Zusammensetzung.

^eVgl. Wessels (2004, 89): „Mit dem Ausbau [der] parlamentarischen Rechte [durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam] zeichnet sich eine Entwicklung im Kräfteverhältnis der Institutionen untereinander hin zu einem Zwei-Kammersystem nach parlamentarisch-föderalen Mustern ab: Zumindest in zentralen Wahllakten und bei den häufig genutzten Legislativ- und Haushaltsverfahren wird das EP [Europäische Parlament] zu einem dem Rat weitgehend gleichgestellten Organ.“

^fFaktische Volkswahl, formell indirekte Wahl durch Wahlmännergremium (Elektoren).

2.2.2 Klassische Theorien zum Entscheidungsverhalten

Woran orientieren sich Personen, die sich zwischen politischen Alternativen entscheiden müssen? Wie lässt sich das politische Entscheidungsverhalten erklären? Bevor sich die Parlamentsforschung mit solchen Fragen befasste, waren sie ab Mitte des 20. Jahrhunderts bereits ein breit erforschtes Thema der Wahl- und Abstimmungsforschung. Daraus entwickelten sich drei grundlegende Ansätze (vgl. auch die Übersichtsdarstellungen in Falter und Schoen 2005, Schloeth 1998 sowie die Zusammenfassung bei Linder 2005, 296):

Sozialstrukturelle Erklärungsansätze: Zu den ältesten Ansätzen zählen die (mikro-)soziologischen Theorien, die den politischen Entscheid mit der sozialen Position bzw. dem gesellschaftlichen Milieu des sozial gebundenen Individuums erklären (einflussreichste frühe Vertreter: Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1944; sogenannte Columbia-Schule). Den wichtigsten Orientierungspunkt bilden Organisationen, welche das eigene soziale Milieu auf politischer Ebene dauerhaft vertreten (d.h. Verbände und gesellschaftliche Interessengruppen). Der individuelle Entscheid ist massgeblich und dauerhaft durch individuelle soziodemografische Merkmale, durch das sozialisierte Milieubewusstsein sowie durch die Haltung der dieses Bewusstsein auf politischer Ebene vertretenden Organisationen bestimmt.

Sozialpsychologische Erklärungsansätze: Sozialpsychologische Ansätze kritisierten die sozialstrukturellen Modelle als zu wenig dynamisch, da soziale Milieus aufbrechen und sich vermischen können. Statt mit der sozialen Position der einzelnen Person oder sonstigen stabilen Umweltbedingungen erklären sozialpsychologische Ansätze das Entscheidungsverhalten mit politischen Einstellungen und Wahrnehmungen (einflussreichste frühe Vertreter: Campbell, Gurin und Miller 1954; Campbell et al. 1960; sogenannte Michigan-Schule). Ausgangspunkt von Entscheidungen ist eine relativ stabile Parteiidentifikation, die sich jedoch nicht aufgrund der sozialen Schicht, sondern aufgrund diverser individueller Umfelfeinflüsse im frühen Erwachsenenalter ausbildet. Die Parteiidentifikation kann mittels kurz- bis mittelfristig wirkender Faktoren jederzeit Veränderungen erfahren, v.a. durch individuelle Wertorientierungen, Sachfrageorientierungen („issues“) oder aufgrund der persönlichen Bewertung der Repräsentanten der verschiedenen Parteien.

Ökonomische Erklärungsansätze: Ökonomische Ansätze („rational choice“; Rochester-Schule) beruhten von Beginn weg auf stärker formalisierten Modellen als die soziologischen oder sozialpsychologischen Theorien und formulierten aufgrund expliziter Annahmen (Axiome) kontextunabhängige Aussagen über das erwartete politische Entscheidungsverhalten. Wichtigste Grundlage ist die Annahme, dass alle politischen Akteure (Parteien, Politiker, Wähler) eigennützig orientiert sind und sich wie rationale Akteure auf einem Marktplatz verhalten, wo politische Macht gegen die Verwirklichung politischer Programme getauscht wird (einflussreichster früher Vertreter: Downs 1957, mit Anlehnungen an Schumpeter 1942 und Arrow 1951). Anders als in den zuvor vorgestellten Ansätzen spielen gesellschaftliche Bindungen und Werte eine geringe Rolle; jeder politische Akteur handelt individuell für sich. Politiker und Parteien verfolgen

das Ziel der Stimmenmaximierung, um an die Macht zu gelangen bzw. dort zu bleiben, während die Wähler ihren persönlichen Nutzen aus der Regierungstätigkeit maximieren wollen. Spätere Autoren verfeinerten die Annahmen beispielsweise dahingehend, dass es für Parteien und Politiker oft ökonomisch sinnvoller ist, Stimmenoptimierung anstatt -maximierung zu betreiben, da für das Ziel der politischen Machterlangung in der Regel eine begrenzte Anzahl Stimmen ausreicht (vgl. Strøm 1990; Riker 1962).

Der Rückgriff auf die allgemeinen Theorien der Wahl- und Abstimmungsforschung scheint auf den ersten Blick sinnvoll zu sein: Wie die Wahlberechtigten, die sich aus mehreren zur Auswahl stehenden politischen Alternativen entscheiden müssen, sieht sich auch das einzelne Parlamentsmitglied der wiederkehrenden Aufgabe ausgesetzt, sich für eine bestimmte politische Option zu entscheiden. Und wie die Stimmberechtigten, die sich bei Abstimmungen zwischen einem Ja und einem Nein zu einer Vorlage entscheiden müssen, ist auch das Parlamentsmitglied in der Regel zu einem Entscheid zwischen diesen beiden Optionen gezwungen (abgesehen von der Möglichkeit der Stimmenthaltung).

Doch es sind auch bedeutende Unterschiede zwischen der theoretischen Erklärung des politischen Verhaltens von Wahl- und Stimmberechtigten und derjenigen der gewählten Akteure auszumachen. Die Mitglieder eines Parlaments besitzen andere Entscheidungsvoraussetzungen als die demokratische Basis; sie sind nicht die „Auftraggeber“, sondern als gewählte Vertreter die „Beauftragten“.¹³ Für das einzelne Parlamentsmitglied ergeben sich dadurch andere Voraussetzungen, die das Stimmverhalten (mit-)bestimmen, als für den einzelnen Stimmbürger: die eigene Wählerschaft, die Zugehörigkeit zu Interessengruppen, die Parlamentsfraktion, die Kantonalpartei, das Mediensystem etc. Besondere Beachtung gilt der Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit, da sie einerseits Ausdruck einer vorbestehenden ideologischen Verankerung ist und andererseits die weitere Entwicklung des Fraktionsmitglieds fortlaufend mitprägt. Zusammenfassend bedeutet dies, dass das Parlamentsmitglied andere und angesichts der zunehmenden Auflösung traditioneller Milieus und strikter Parteibindungen (Dalton und Wattenberg 2002; für die Schweiz vgl. Ladner 2004a) wohl auch stärkere „Leitplanken“ für sein politisches Verhalten spürt als der durchschnittliche Wähler.

2.2.3 Motive, Präferenzen, Ziele und Determinanten des Stimmverhaltens

Nicht nur die unterschiedliche Stellung von Principals und Agents, sondern auch weitere entscheidungstheoretische Überlegungen machen deutlich, dass im Rahmen der hier behandelten Forschungsfragen ein direkter Rückgriff auf die Wahl- und Abstimmungsforschung nur eingeschränkt möglich ist. Konkret geht es um die Frage, auf welcher Analyseebene sich mit der Untersuchung parlamentarischer Abstimmungsdaten Aussagen machen lassen bzw. welche erklärende Faktoren sich logisch konsistent integrieren lassen. Die im vorangehenden Abschnitt vorgestellten Erklärungsansätze setzen alle auf der Ebene individueller Motive, Präferenzen, Ziele und Interessen an. Parlamentarische Abstimmungsdaten

¹³Das in der Theorie dafür verwendete Begriffspaar „principal“ und „agent“ wird zusammen mit dem gleichnamigen Ansatz in Abschnitt 2.2.4 vorgestellt.

hingegen stellen Realisierungen politischen Verhaltens dar, die keine direkten Rückschlüsse auf die dahinter liegenden Motive, Ziele oder Interessen zulassen.

Wie sind diese drei Schlüsselbegriffe zu definieren? Nach Eulau (1984) bilden *Motive* die Stimuli für ein bestimmtes Verhalten bzw. für eine Prädisposition dazu und sind daher grundsätzlich vergangenheitsbezogen. So gründen die zuvor vorgestellten theoretischen Erklärungsansätze auf unterschiedlichen Motiven des Stimmentscheids: Die ökonomische Theorie stellt das Streben nach individuellem Eigennutz ins Zentrum, die sozialpsychologischen Ansätze die Realisierung ideologischer Orientierungen und die sozialstrukturellen Ansätze sehen die Repräsentation des eigenen sozialen Milieus als Triebfeder des politischen Verhaltens. Als *Präferenzen* werden demgegenüber gegenwartsbezogene Äusserungen bezüglich einer Auswahl mehrerer Alternativen bezeichnet, wodurch eine wertende Rangordnung entsteht. *Ziele* schliesslich beziehen sich auf den Zweck des Verhaltens und sind zukunftsorientiert.

Motive, Präferenzen und Ziele können unabhängig voneinander bestehen, d.h. dieselben oder ähnliche Ziele können aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus angestrebt werden. Daraus folgt, dass die Kenntnis der Ziele (bzw. ihrer Realisierungen) nicht hinreichend ist, um Rückschlüsse auf die zugrunde liegenden individuellen Motive zu bilden. Was bedeutet dies für die vorliegende Forschungsarbeit? Motive und Ziele können nicht aus reinen Abstimmungsdaten extrahiert werden. Die Daten geben lediglich Auskunft über das Resultat des individuellen Stimmverhaltens (Ja, Nein oder Enthaltung), welches in Bezug zum Stimmverhalten anderer Ratsmitglieder gesetzt werden kann. Selbst wenn ein reichhaltiger Bestand an Kontextdaten zum individuellen Stimmentscheid zur Verfügung steht, lassen sich keine direkten und eindeutig zuordenbaren Informationen über die Motive und Ziele der individuellen Entscheide herauslesen. Kingdon (1989, 11) schreibt dazu:

„[T]he deficiencies of roll call and aggregate data have also been evident. Even if we find persistent blocs in a legislature, for instance, it is still a matter of inference to suggest that legislators vote together because of some communication process among those in the same bloc. If Congressmen A votes with Congressmen B, we do not know why.“

Es bleibt die Frage, was für Konsequenzen sich daraus für die hier angestrebte Analyse des abweichenden Stimmverhaltens ergeben, wenn nur die individuellen Abstimmungsdaten sowie einige Angaben zum persönlichen, strukturellen und institutionellen Umfeld der Entscheidungssituation vorliegen, jedoch keinerlei Angaben zu persönlichen Motiven oder Zielen. Es kann die Gegenfrage gestellt werden: Spielen die übergeordneten Ziele für die Erklärung unterschiedlichen Stimmverhaltens von Parlamentsmitgliedern überhaupt eine entscheidende Rolle? Hall (1996, 75) beispielsweise hält das abstrakte Zielsystem für wenig relevant, indem er über die Entscheidungen von US-Kongressmitgliedern Folgendes anmerkt:

„Every member, I believe, wants reelection or good public policy in the abstract, but insofar as we are interested in members' legislative decisions, that is somewhat beside the point. What matters is the relevance of one or another kind of interest in the calculation of the behavioral moment, which depends in turn on the issue being

considered. The behavioral effect of any abstract purpose, in other words, is contingent on the object of legislative action, subjectively perceived by the actor.“

Dass keine Daten zur Verfügung stehen, die auf dahinter liegende Motive und Ziele schliessen lassen, muss somit für das Forschungsvorhaben kein Nachteil sein — vorausgesetzt, das entsprechende Bewusstsein ist vorhanden. Die vorliegende Arbeit, welche keine persönliche Befragung zu subjektiven Entscheidungsgründen der Parlamentsmitglieder vornimmt, sondern sich allein auf Abstimmungs- und Kontextdaten stützt, ist darum in der Verwendung des Motiv- und Zielbegriffs zurückhaltend. Stattdessen wird von Determinanten (bzw. Bestimmungs- oder Einflussfaktoren) des Stimmverhaltens die Rede sein, wann immer ein Bezug zu den erklärenden Kontextvariablen hergestellt wird.

2.2.4 Alternative Analyseansätze zum Entscheidungsverhalten

In den Abschnitten 2.2.2 und 2.2.3 wurde gezeigt, dass sich die klassischen Theorien aus der Wahl- und Abstimmungsforschung nur schwer ins legislative Umfeld übertragen lassen. Ebenso wurde bereits angedeutet, dass sich die vorliegende Forschungsarbeit teilweise an einer Principal-Agent-Perspektive orientiert.¹⁴ Der Kern des Ansatzes liegt in der Annahme einer asymmetrischen Informationsverteilung zwischen den politischen Akteuren: Der Principal, obwohl mit Wahl- und Abwahlrechten ausgestattet, verfügt nicht über genügend Informationen, um das Verhalten des Agent angemessen überwachen und bewerten zu können. Dies verleiht dem Agent beträchtliche Spielräume trotz vermeintlich klarer Anweisungen, was zu sogenanntem „agency loss“ führt. Lupia (2003, 35) definiert diesen zentralen Begriff wie folgt:

„Agency loss is the difference between the actual consequence of delegation and what the consequence would have been had the agent been ‘perfect’. By perfect, I mean a hypothetical agent who does what the principal would have done if the principal had unlimited information and resources to do the job herself.“

Übernommen wird daraus die Grundidee, dass an Parlamentsmitglieder Ansprüche und Erwartungen in Bezug auf ihr Stimmverhalten gestellt werden und dass sie hinsichtlich ihrer Entscheidungsfindung erhebliche Spielräume besitzen. Grundlage für diese Annahme sind die zuvor diskutierten Fragen des freien Mandats sowie der Unabhängigkeit des schweizerischen Parlaments von der Regierung (vgl. Kapitel 1 sowie Abschnitt 2.2.1). Das Konzept wird jedoch erweitert, indem sich das Parlamentsmitglied nicht nur *einem* Principal gegenüber sieht, sondern gleichzeitig mehrere, mitunter konkurrierende Anspruchsgruppen zu befriedigen hat. Diese Perspektive ist nicht neu, wie in der nachfolgenden Übersicht zum Forschungsstand ersichtlich werden wird (vgl. Abschnitt 2.2.5). Sie lehnt sich an das sogenannte Vier-Gruppen-Modell von Fenno (1978) an, das

¹⁴Um allfälligen Missverständnissen von vornherein zu begegnen, ist anzufügen, dass damit nicht die relativ eng formulierte, auf eine hierarchische Eins-zu-eins-Beziehung zwischen Auftraggeber und Beauftragtem angelegte Originalversion des Principal-Agent-Ansatzes gemeint ist, wie sie beispielsweise bei Niskanen (1971), Jensen und Meckling (1976), Romer und Rosenthal (1978) oder Kalt und Zupan (1984) anzutreffen ist.

zwischen „geographic constituency“ (gesamte Wählerschaft im Wahlkreis), „reelection constituency“ (derjenige Wähleranteil, dem das Parlamentsmitglied seine Wahl verdankt), „primary constituency“ (treuste Wahlhelfer, finanzielle Supporter) sowie „personal constituency“ (engster Bekannten- und Freundeskreis, welche exakt dieselbe Weltanschauung in sich trägt) unterscheidet. Neuere Beiträge, welche das Modell mit mehreren, potenziell konkurrierenden Principals konzeptionell weiterentwickelt haben, finden sich bei Strøm (1997) und Uslaner (1999). Strøm (1997, 162) schreibt im Rahmen eines Versuchs, rollentheoretische Ansätze¹⁵ mit der Principal-Agent-Theorie in Verbindung zu bringen:

„Empirical role analysis has indeed often focused on legislators’ use of their scarce and consequential political resources, such as their voting power, time, attention, media access or money under their control. The ultimate such resource, of course, is their voting power, which they can use to promote causes that favour their constituency, their party, some social group to which they have ties, or perhaps their personal vision of the common good.“

Auch Uslaner (1999, 21) regt einen „multiple-constituencies approach“ an, der sich vom Original der Principal-Agent-Theorie abhebt:

„For the multiple-constituencies thesis, context is critical. Legislators are creatures of the constituencies they represent. For principal-agent arguments, context is insignificant. The statistical models *presume* that there is no relationship between a legislator’s personal values and the preferences of any constituents“ (Hervorhebung übernommen).

Folgt man konzeptuell den Argumenten von Strøm (1997) und Uslaner (1999), bedeutet fraktionsabweichendes Stimmverhalten, dass das Parlamentsmitglied beim Einsatz seiner wertvollsten politischen Ressource, der Stimmkraft, anderen Überlegungen gefolgt ist als das Gros seiner Fraktionskolleginnen und -kollegen. Durch das abweichende Verhalten manifestiert sich eine gegen aussen sichtbare divergierende Präferenzordnung (Eulau 1984) bzw. eine divergierende individuelle Strategie für den Einsatz knapper politischer Ressourcen (Strøm 1997). Für Owens (2006, 14) wird dadurch ein individuelles, kontextabhängiges Abwägen unterschiedlicher Loyalitäten notwendig:

„[T]here is a trade-off for legislators between the attractions of the collective good offered by legislative parties — and the need, therefore, to stick with the party and sustain its cohesion — and the loss of discretion and freedom of action to follow one’s conscience, to privilege loyalty to one’s faction or local party activists over national legislative leaders, or represent the views of one’s constituents should a conflict between these sources of influence arise. The nature of trade-offs will vary according to the institutional and other contexts [...]“

¹⁵Rollenkonzepte werden hier nicht näher betrachtet, vgl. stattdessen neben Strøm (1997) v.a. Wahlke et al. (1962) und Searing (1991); angewandt auf das schweizerische Parlament vgl. Hertig (1980).

Anlässlich der näheren Beschäftigung mit diesen kontextuellen Faktoren kommt Owens (2006, 19–20) wie zuvor Strøm auf den Begriff der Strategie zu sprechen:

„A priori, we should expect the political decisions of purposive legislators in democratic legislatures to be constrained by a range of factors to do with the political system in which they operate, the party to which they are affiliated, and the peculiarities of the decision-making situation — which together comprise the legislators’ strategic environment and the structure choices that they and their colleagues must make.“

Es bleibt die Frage, welche Anspruchsgruppen für welche Faktoren in Bezug auf das abweichende Stimmverhalten verantwortlich sind und welche theoretischen Wirkungsbeziehungen diesbezüglich erwartet werden können. Dies bleibt im Rahmen des Kapitels zum Analysekonzept und der Hypothesenbildung noch zu klären (vgl. Kapitel 4). Zuvor beschäftigt sich die Arbeit in den folgenden Abschnitten mit dem aktuellen Forschungsstand in Bezug auf das Stimmverhalten von Parlamentsmitgliedern im Allgemeinen und das abweichende Stimmverhalten im Besonderen.

2.2.5 Entwicklung des Forschungsstands in den USA, der EU und der Schweiz

Die Untersuchung fraktionsabweichenden individuellen Stimmverhaltens bedingt den Einbezug von Fragen der Fraktionsgeschlossenheit, denn letztlich handelt es sich um die beiden Seiten ein und derselben Münze: Vermehrte Abweichungen auf individueller Ebene führen zu grösserer Heterogenität auf kollektiver Ebene und umgekehrt. Dies wird in der folgenden Forschungsübersicht berücksichtigt, indem beide Ebenen gemeinsam dargestellt werden. Der Abschnitt gliedert die Entwicklung des Forschungsstands nach den drei Legislativen US-Kongress, EU-Parlament und schweizerische Bundesversammlung, welche hier im besonderen Fokus stehen (vgl. Abschnitt 2.2.1). Dieses Vorgehen scheint auch aus forschungshistorischer Perspektive sinnvoll, da die frühesten empirischen Arbeiten zum US-amerikanischen Parlamentssystem verfasst wurden.

2.2.5.1 Forschung zum US-Kongress

Die internationale Forschung zum individuellen Verhalten mittels Parlamentsabstimmungsdaten blieb bis zu Beginn der 1990er Jahre eine fast ausschliesslich US-amerikanische Domäne. Der hauptsächliche Grund liegt in der einfachen Verfügbarkeit von Abstimmungsdaten, den sogenannten „roll calls“, die seit dem allerersten Kongress von 1789 fortlaufend aufgezeichnet werden (vgl. Carey 2008).¹⁶ Diese lückenlose Dokumentation wirkt sich bis heute aus: Nach wie vor befassen sich die meisten Beiträge mit dem US-Kongress, auch wenn die Dominanz nicht mehr ganz so ausgeprägt ist. Nachfolgend werden die Entwicklung und der aktuelle Stand der empirischen Forschung in groben Zügen zusammenfassend wiedergegeben.

¹⁶Selbstverständlich erfolgte die elektronische Aufbereitung erst im Laufe der letzten rund 30 Jahre.

Frühe Phase

Seit den 1950er Jahren zieht sich eine vorrangige Frage durch den Forschungsbestand: Welcher Einfluss auf das individuelle Stimmverhalten kommt der Partei, dem Wahlkreis sowie den persönlichen Einstellungen der Parlamentsmitglieder zu? Mit dem Versuch der Beantwortung dieser Frage begann auch die Suche nach geeigneten Methoden für die empirische Erfassung und Analyse dieser drei grundlegenden Einflussfaktoren (Collie 1984). Beispiele früher Studien, die sich mit dem relativen Gewicht der Faktoren befassen und auf individuellen Abstimmungsdaten aus dem US-Kongress oder gliedstaatlichen Legislativen basieren, sind beispielsweise bei Turner (1951), MacRae (1952), Dexter (1957), Wahlke et al. (1962), Froman (1963a) und Froman (1963b), Miller und Stokes (1963) sowie Mayhew (1966) zu finden. Die Untersuchungen bis Ende der 1960er Jahre zeigen höchst unterschiedliche Resultate hinsichtlich der Bedeutung von Partei-, Wahlkreis- und persönlich-ideologischen Einflüssen auf das Stimmverhalten. In einer Literaturübersicht bewertet Collie (1984, 25) die Ergebnisse damaliger Studien denn auch als sehr unspezifisch:

„The fairest summary of their conclusions is that the impact of party and constituency varied between Democrats and Republicans and across issue areas, legislatures, and time.“

Bereits in dieser frühen Phase ist deutlich erkennbar, welche Sympathien die Autoren gegenüber den damals relativ neuen allgemeinen Erklärungsansätzen zum Stimmverhalten (vgl. Abschnitt 2.2.2) entgegen brachten. Diejenigen Studien, welche Faktoren wie die persönliche Werthaltung bzw. Ideologie ins Zentrum stellten, waren von sozialpsychologischen Ansätzen beeinflusst. Untersuchungen, die ein starkes Gewicht auf den Parteeinfluss legten, wiesen in der Regel Bezüge zu sozialstrukturellen Ansätzen auf, zumal damals milieubedingte Parteibindungen noch sehr viel stärker vorhanden waren. Demgegenüber lehnten sich wahlkreis- bzw. wählergruppenorientierte Untersuchungen an ökonomische Ansätze, die Ende der 1950er Jahre mit der Veröffentlichung von Downs (1957) rapid an Bedeutung gewonnen hatten.

Die ökonomisch geprägten Ansätze sind aber auch ein Beweis dafür, dass die idealtypische Zuordnung in Wirklichkeit von fließenden Übergängen geprägt ist. So wird in der englischsprachigen Literatur der Begriff „constituency“ auf unterschiedliche Weise verwendet, wie das bereits vorgestellte Vier-Gruppen-Modell von Fenno (1978) beispielhaft zeigt (vgl. Abschnitt 2.2.4). Die Ausrichtung des Stimmverhaltens auf diese Gruppen muss nicht logisch zwingend auf Stimmoptimierung basieren, sondern kann z.B. auch sozialstrukturelle Bezüge aufweisen. Andererseits wurde schon früh darauf hingewiesen, dass die analytische Trennung von Partei- und ideologischen Einflüssen auf das individuelle Stimmverhalten alles andere als einfach ist. Die Grundproblematik besteht darin, dass die Mitglieder einer Parlamentsfraktion in sich eine starke ideologische Selektion aufweisen, da sie der entsprechenden Partei in der Regel aus freien Stücken und aufgrund ähnlicher politischer Überzeugungen beigetreten sind. Darum sind sich die Mitglieder einer Fraktion in ihrem Stimmverhalten von vornherein sehr viel ähnlicher als dies zwischen den Fraktionen der Fall ist (Converse 1964; Poole 1988). Stimmt also ein Mitglied mit der Mehrheit seiner Fraktion, dann kann allein aufgrund der Abstimmungsdaten nicht eruiert werden, ob es sich entgegen der eigenen Überzeugung dem parteiinternen Druck gebeugt oder tatsächlich

gemäss seiner persönlichen Wertvorstellungen gestimmt hat (Krehbiel 1993). Hingegen kann im gegenteiligen Fall, wenn ein Mitglied entgegen der Fraktionsmehrheit die Stimme abgibt, guten Gewissens davon ausgegangen werden, dass die (nationale) Partei bzw. die Parlamentsfraktion als Bestimmungsfaktor für das Entscheidungsverhalten keinen entscheidenden Einfluss ausgeübt hat (vgl. Fiorina 1975; Kuklinski 1977; Epstein 1980).

Dominanz der Rational-Choice-Perspektive

Mit den 1970er Jahren setzte im US-amerikanischen Kontext eine zunehmende Differenzierung zwischen den Verfechtern einzelner Ansätze ein. Von einigen wichtigen Ausnahmen abgesehen, waren die Studien des Parlamentarierverhaltens immer weniger darauf angelegt, unterschiedliche theoretische Ansätze heranzuziehen und deren relative Erklärungskraft zu eruieren. Stattdessen rückte die Anwendung bzw. „Verifizierung“ einzelner Theoriestränge in den Vordergrund. Der Literaturbestand seit Beginn der 1970er Jahre macht deutlich, dass die Anhänger der ökonomischen Schule zunehmend die Oberhand gewannen (vgl. Ferejohn und Fiorina 1975). Das beste Beispiel für diesen Trend findet sich in der Arbeit von David R. Mayhew, der noch im Jahr 1966 auf die unterschiedlichen Determinanten des Stimmverhaltens von Kongressabgeordneten hingewiesen hatte, und nur acht Jahre später unter dem Titel „Congress: The Electoral Connection“ eines der bekanntesten Werke der reinen Wahlkreis-Perspektive publizierte. Allerdings spiegelt sich in der Rational-Choice-Literatur auch die ganze Breite des ökonomischen Ansatzes wider. Dieser reicht von „moderaten“ Interpretationen (wie z.B. den Arbeiten von Fenno 1973 bzw. Fenno 1978, welche die gesamte Komplexität des Motiv- und Zielsystems der Parlamentsmitglieder zu erfassen versuchen) über rein wahlkreiszentrierte Arbeiten (z.B. Fiorina 1974, Mayhew 1974a) bis hin zu den rationalistischen Arbeiten des „social choice“-Ansatzes, welche die demokratischen Entscheidungsverfahren als potenziell chaotisch, leicht manipulierbar und folglich inadäquat qualifizieren (z.B. Plott 1967; McKelvey 1976; Riker 1982). Eine Zwischenposition nehmen neo-institutionalistisch orientierte Ansätze wie diejenigen von Shepsle (1979) bzw. Shepsle und Weingast (1981b) ein, welche nicht zuletzt als Antwort auf die Fundamentalkritik des Social Choice gedacht waren, indem sie die stabilitätsbildende Funktion von institutionellen Normen und Regeln unterstreichen. Die unterschiedlichen Perspektiven innerhalb des ökonomischen Ansatzes werden im Folgenden am Beispiel von Fenno (1973) und Fenno (1978), Mayhew (1974a) sowie Fiorina (1974) kurz erläutert.

Fenno (1973) versuchte mittels ausgedehnter Interviews die Ziele zu identifizieren, welche die Kongressabgeordneten mit ihrem Engagement in Parlamentskommissionen verfolgen. Er erkannte drei Hauptziele (S. 1):

- die Wiederwahl („re-election“),
- die Einflussnahme im Parlament („influence within the House“),
- die Verwirklichung einer guten Politik („good public policy“).¹⁷

Im Gegensatz dazu — und unter Bezugnahme auf Fenno (1973) — schreibt Mayhew (1974a, 16–17):

¹⁷Als Sekundärziele werden die Förderung der persönlichen Karriere ausserhalb des Parlaments sowie das Erlangen persönlicher Vorteile genannt.

„[The electoral goal] has to be the *proximate* goal of everyone, the goal that must be achieved over and over if other ends are to be entertained. [...] Reelection underlies everything else, as indeed it should if we are to expect that the relation between politicians and public will be one of accountability. [...] For analytical purposes, therefore, congressmen will be treated [...] as if they were single-minded reelection seekers“ (Hervorhebung übernommen).

Mayhew (1974a, 49–77) kommt zum Schluss, dass sich die Kongressmitglieder in der Realität genau so verhalten, wie es der Wahlkreisansatz erwartet; sie nutzen nämlich jede Gelegenheit, um:

- öffentlich Position zu beziehen, wenn sie annehmen können, dass diese in ihrem Wahlkreis bzw. Wählersegment populär ist („position-taking“);
- Werbung zu machen für ihre parlamentarischen Leistungen („advertising“)
sowie
- Anspruch zu erheben auf Urheberschaft populärer Parlamentsaktivitäten („credit-claiming“).

Ähnlich wie Mayhew äussert sich auch Fiorina (1974, 31) zum primären Ziel von Parlamentsmitgliedern:

„[...] reelection is the primary goal that the constituency controls: the district gives and the district can take away. [...] Constituents’ preferences are reflected in a representative’s voting (if at all) primarily through his concern for electoral survival.“

Diesen Auffassungen widerspricht Fenno (1978, 221) in einer späteren Studie zum Wahlkreismodell:

„Most members of Congress develop, over time, a mix of personal goals. [...] All want re-election in the abstract, but not all will pay any price to achieve it; nor will all pay the same price. This complex view of House member goals is, we think, a realistic view. And it is the job of an empirical political science to describe and explain the various mixes of goals, and the conditions under which they are adopted or altered.“

Wahlkreis vs. Ideologie

Die lebendige Debatte setzte sich in den 1980er Jahren fort zwischen den Anhängern des Wahlkreisbegriffs und solchen, welche das persönliche Einstellungsmuster bzw. die Ideologie der Parlamentsmitglieder als Hauptkomponente des Stimmverhaltens betrachteten. Im Zuge verbesserter Datenverarbeitungskapazitäten, wodurch selbst komplexe formale Modelle relativ einfach empirisch getestet werden konnten, entwickelte sich zunehmend ein Wettstreit um statistische Mess- und Analyseverfahren (vgl. Poole 1988). Die Teilnehmer dieser Debatte können grob in drei Gruppen eingeteilt werden: Die erste lehnt einen entscheidenden Einfluss der persönlichen Ideologie rundweg ab und bleibt

dem ursprünglichen Rational-Choice-Konzept treu (Peltzman 1984). Eine zweite Gruppe besteht aus Forschern, welche sich sehr darum bemüht haben, die persönliche Einstellung der Abgeordneten als wichtige Determinante des Stimmverhaltens zu reaktivieren und die Bedeutung ökonomischer Ansätze zu relativieren (Kau und Rubin 1979; Kalt und Zupan 1984; Kalt und Zupan 1990; Kelman 1987; Quirk 1990). Die dritte Gruppe schliesslich lehnt zwar die strikte Auslegung der ökonomischen Ansätze als unzureichend ab und räumt der persönlichen Ideologie (und weiteren Faktoren) eine bedeutende Rolle ein, hinterfragt aber kritisch die empirischen Modelle, welche die Relevanz von persönlichen Einstellungsmustern beweisen sollen (Poole 1988; Jackson und Kingdon 1992). Zur Frage, wie sich die in den Abstimmungsdaten manifestierten Unterschiede im Parlamentarierverhalten erklären lassen, schreibt Poole (1988, 126):

„The simplest answer is personal beliefs. [...] The answer is simple and attractive, but unsatisfactory. Members of Congress do not represent just themselves; they represent constituencies — the people who voted for them, campaign contributors, organized groups, and so on. Therefore, voting decisions must be a combination of these interests and a member's personal beliefs. The real question is how important these interests are relative to the member's personal beliefs and, if they do differ, whether it is possible to disentangle them.“

Generell kritisch gegenüber der Möglichkeit, aus den Abstimmungsdaten die Motive und Ziele des Entscheidungsverhaltens zu extrahieren, zeigt sich Kingdon (1989), dessen Einwände gegenüber der Erforschung von Motiven und Zielen des Stimmverhaltens aufgrund von Abstimmungsdaten bereits in Abschnitt 2.2.3 dargelegt wurden (vgl. auch Jackson und Kingdon 1992).

Ideologie vs. Partei

Der Wettstreit zwischen Wahlkreis und Ideologie rückte in den 1990er Jahren durch das Aufkommen eines neuen Streitpunkts etwas in den Hintergrund. Die neue Debatte drehte sich nun um die Frage, wie viel Einfluss der Partei im Vergleich zur persönlichen Ideologie zukommt. Aufgrund der relativ schwach organisierten und dezentral aufgebauten US-amerikanischen Parteienlandschaft (vgl. Oleszek 2004, 18–19) zeichneten einige Studien das Bild eines kurz vor der Bedeutungslosigkeit stehenden Parteiensystems (z.B. Patterson und Caldeira 1988; Hurley und Wilson 1989). Dem stand ab Mitte der 1980er Jahre ein spürbar polarisiertes parteipolitisches Umfeld gegenüber, wodurch sich die Frage nach der Rolle der Parteien erneut aufdrängte (vgl. Fleisher und Bond 2000; Sinclair 2006). Rehabilitiert wurde die Partei als ernstzunehmender Einflussfaktor v.a. durch die Arbeiten von Rohde (1991), Cox und McCubbins (1993) bzw. Cox und McCubbins (1994) sowie Aldrich (1995). Sie alle legten das Gewicht auf die als „legislative cartel“ (Cox und McCubbins 1993, 2) auftretende Mehrheitspartei, welche die Geschehnisse im Kongress nach Belieben dominieren kann, sofern sie in den wichtigen politischen Streitfragen hinreichende Geschlossenheit in ihren eigenen Reihen aufweist (sogenanntes „conditional party government model“; vgl. Rohde 1991; Aldrich und Rohde 2000). Rohde (1991, 2) schreibt dazu:

„We can speak of the House as partisan and mean that parties (and particularly the majority party) are important influences on the institution's mode of operation and on the decision of the representatives who serve in it.“

Wie sich eine Parlamentsfraktion gegen aussen präsentiert, wird von Cox und McCubbins (1993) unter Bezugnahme auf Olson (1965) zudem als Kollektivgut der Abgeordneten definiert: Da die Parlamentsmitglieder sowohl bei ihrer Kandidatur als auch im Rahmen des Parlamentsbetriebs auf die organisierende und strukturierende Funktion einer Partei angewiesen sind, haben sie ein Interesse daran, auf dieses Gut hinreichend Rücksicht zu nehmen (vgl. auch Aldrich 1995). Wie jedes kollektive Gut ist auch die Partei durch die Trittbrettfahrer-Problematik bedroht, da jedes Fraktionsmitglied zwar ein Interesse daran hat, einer in der Öffentlichkeit geschlossen auftretenden Partei anzugehören, aber ebenso im Dienste der eigenen Wiederwahl hin und wieder von dieser gemeinsamen Position abzuweichen. Als ein weiteres Argument für ein parteikonformes Stimmverhalten entgegen der persönlichen Ideologie oder Wahlkreisüberlegungen wird von Cox und McCubbins (1993) zudem das Aspirieren auf eine parteiinterne Karriere genannt.

Als einer der hartnäckigsten Kritiker des Parteieinflusses entpuppte sich Krehbiel (1993), dessen Kritik hauptsächlich auf die unterstellte kausale Beziehung zwischen der Parteigeschlossenheit, der Parteistärke und der Bedeutung der Partei für das individuelle Stimmverhalten abzielte (S. 238):

„Such inferences are not necessarily wrong, but they are not necessarily right either. The crucial question has to do with individual legislators' policy preferences. In casting apparently partisan votes, do individual legislators vote with fellow party members *in spite of their disagreement* about the policy in question, or do they vote with fellow party members *because of their agreement* about the policy in question? [...] Thus, the apparent explanatory power of the variable, party, may be attributed solely to its being a good measure of preferences“ (Hervorhebungen übernommen).

Die Anhänger des Parteieinflusses gaben sich durch Krehbiels Einwände jedoch nicht geschlagen und intensivierten in der Folge die Suche nach statistischen Modellen und Verfahren, welche die Stärke des Parteieinflusses auf das individuelle Stimmverhalten verlässlicher zu extrahieren vermochten (z.B. Hager und Talbert 2000; Nokken 2000; Snyder und Groseclose 2000; Ansola-behere, Snyder und Stewart 2001; McCarty, Poole und Rosenthal 2001; für eine Übersicht vgl. auch Krehbiel 2003). Trotz der anhaltenden Debatte um das Für und Wider in Bezug auf die einzelnen Determinanten des individuellen Abstimmungsverhaltens von US-Parlamentariern erwecken die Beiträge der letzten Jahre den Anschein, dass der vormals stark forschungsideologisch geprägte Streit einer verstärkt komplementären Sichtweise gewichen ist, in welcher Wahlkreisüberlegungen, die persönliche Ideologie der Abgeordneten sowie unabhängige Parteeffekte mit unterschiedlicher Gewichtung nebeneinander bestehen können. Die Diskussion um die Frage, welcher Faktor der einflussreichste ist, ist zudem von der politischen Grosswetterlage abhängig und dürfte mit jeder Veränderung der Mehrheitsverhältnisse innerhalb des US-Kongresses sowie zwischen der Legislative und dem Präsidentenamt neu beurteilt werden.

Geringe Bedeutung der kollektiven Ebene für den legislativen Erfolg

Die bisherige Übersicht macht ersichtlich, dass die heutige Forschung zum US-Kongress kaum vom Bild grundsätzlich geschlossen auftretender Parteien ausgeht.¹⁸ Dies spiegelt sich in der Entwicklung der ökonomischen Theorie wider: Während bei Downs (1957) die Partei als unitarische, kohärente Organisationseinheit noch als Grundannahme fungierte, verwirft Mayhew (1974a, 27) diese Idee klar:

„The fact is that no theoretical treatment of the United States Congress that posits parties as analytic units will go very far. So we are left with individual congressmen, with 535 men and women rather than two parties, as units to be examined [...]“

Die Forschung richtet sich viel stärker als in Europa auf das einzelne Parlamentsmitglied aus, da sich erfolgreiches kollektives Handeln im Kongress erst aus dem Zusammenspiel individueller Akteure und Institutionen ergibt. Den entscheidenden Grund hierfür nennt Sinclair (2006, 54):

„Clearly a division-of-powers system such as that of the US complicates the simple equation of legislative cohesion leading to legislative success. It is not because ‘parties don’t matter’ that the equation fails. [...] Rather, in a system where control of the legislature and the executive can and often is split between the parties, opposition majority party cohesion in the legislature depresses a president’s probability of legislative success.“

Wenn Parteigeschlossenheit keine direkte Voraussetzung für erfolgreiches individuelles *und* kollektives Handeln darstellt, öffnet sich das Feld der Faktoren, die das Stimmverhalten von Parlamentsmitgliedern erklären können.

2.2.5.2 Forschung zum EU-Parlament

Mit der institutionellen Entwicklung des EU-Parlaments von einer Versammlung mit beratender Funktion zu einem ernstzunehmenden europäischen Legislativorgan treten einige institutionelle Analogien zum schweizerischen Parlamentssystem hervor, welche es rechtfertigen, die europäische Forschung ins theoretische Blickfeld der vorliegenden Arbeit zu integrieren (vgl. auch Abschnitt 2.2.1). Dies betrifft zur Hauptsache die folgenden drei Elemente:

- Erstens, das heutige politische System der EU ist von Machtteilung geprägt, das Parlament institutionell unabhängig von den übrigen EU-Organen (vgl. Hix, Raunio und Scully 2003). Das Parlament kann weder von der Kommission noch vom Rat vorzeitig aufgelöst werden. Das Parlament ist das formelle Wahlorgan der Kommission (auf Vorschlag der Mitgliedstaaten) und kann ihr — anders als in der Schweiz — das Misstrauen aussprechen. Gemeinsam ist dem EU- und dem schweizerischen System, dass die Elemente von „checks and balances“ weniger weit reichen als in den USA.

¹⁸Interessanterweise fand auch in der Forschung zu parlamentarischen Systemen inzwischen eine teilweise Abkehr von der Prämisse unitarisch agierender Parteiorganisationen statt (vgl. Laver und Shepsle 1990; Laver und Shepsle 1996).

- Zweitens ist das aktuelle Parlament ein Abbild des EU-typischen Mehrebenensystems: Die Abgeordneten besitzen ihre Partei- und Wählerbasis in den einzelnen Mitgliedstaaten und werden in zumeist von nationalen Themen dominierten Wahlkämpfen gewählt, während sich ihre Repräsentationsfunktion auf europäischer Ebene vor allem auf europäische Themen richtet.¹⁹ Die EU-Abgeordneten können dadurch in einen Loyalitätskonflikt zwischen zwei Parteiebenen geraten: Die für die Wiederwahl bedeutsame Listenplatzvergabe wird von der nationalen Partei kontrolliert, während für die Ämterverteilung im EU-Parlament (z.B. in Bezug auf die begehrten Kommissionsitze) die Fraktion auf europäischer Ebene zuständig ist (Hix 2002). Im schweizerischen Föderalismus ist eine ähnliche Struktur auszumachen, indem die einzelnen Kantonalparteien (bzw. ihre Delegierten- oder Parteiversammlungen) für die Nominierung im Wahlkreis zuständig sind, während auf nationaler Ebene die Parlamentsfraktion über die Ämtervergabe entscheidet.²⁰
- Drittens gruppieren sich die Parteien im EU-Parlament nach den bekannten Mustern der europäischen Parteifamilien, die sich nach der Theorie von Lipset und Rokkan (1967) entlang der zentralen Konfliktlinien im Kontext der europäischen Nationalstaatsentwicklung herausgebildet haben. Diesem Grundmuster folgen auch die schweizerischen Parteien. Das Zweiparteiensystem der USA, das sowohl programmatisch als auch organisatorisch grosse Unterschiede zu europäischen Mehrparteiensystemen aufweist, bildet in dieser Beziehung einen klaren Gegensatz.

Die Forschungsentwicklung zum Stimmverhalten von EU-Parlamentsmitgliedern hat zu Beginn der 1990er Jahre eine kräftige Dynamik erfahren. Im Zentrum der Analyse standen oft Fragen des kollektiven Fraktionsverhaltens oder der Entwicklung des europäischen Parteiensystems (Attinà 1990; Brzinski 1995; Raunio 1997; Kreppel und Tsebelis 1999; später auch Kreppel 2002; Hix, Noury und Roland 2005). Die Forschungsentwicklung verlief somit parallel zum Kompetenzausbau der Institution. Grösstes Hindernis bildet der Umstand, dass im EU-Parlament nach wie vor nur auf spezielles Verlangen einer Fraktion oder von 32 Parlamentsmitgliedern das Stimmverhalten namentlich erfasst wird (Carrubba et al. 2004; Gabel und Carrubba 2004). Auch wenn inzwischen einige Anstrengungen zur Vervollständigung der Datenlage gemacht wurden (z.B. durch Hix, Noury und Roland 2005), laufen Analysen zum EU-Parlament anhand von Abstimmungsdaten Gefahr, systematischen Verzerrungen zu unterliegen (Carrubba et al. 2006; vgl. auch Abschnitt 2.2.1).

Solchen Bedenken zum Trotz ist in den letzten Jahren ein zunehmendes Vordringen in die Analyse des individuellen Stimmverhaltens zu beobachten, so dass heute einige Erkenntnisse zu diesem Thema mit Bezug zum EU-Parlament vorliegen (z.B. Hix 2001; Hix 2002; Hix 2004 sowie Faas 2002; Faas 2003). Diese Arbeiten positionieren sich gegenüber der US-Forschung hauptsächlich über die Besonderheit, dass im EU-Parlamentssystem die Parteiloyalitäten der Parlamentsmitglieder zwischen zwei starken Principals, der europäischen Fraktion

¹⁹Die Wahlen zum EU-Parlament werden daher häufig als „second-order elections“ bezeichnet (Reif und Schmitt 1980; van der Eijk und Franklin 1996; Marsh 1998).

²⁰Für Pitkin (1967) gehören solche Interessengegensätze zwischen der lokalen/regionalen und der nationalen Ebene zum klassischen Dilemma der Repräsentation, für King (1990) sind sie gar inhärent inkompatibel.

und der nationalen Parteileitung, hin- und hergerissen werden. Die zugehörige Forschungsfrage lautet, ob sich EU-Abgeordnete in ihrem Stimmverhalten eher „europäisch“, d.h. gemäss den Vorgaben ihrer Fraktion im EU-Parlament, oder eher „nationalstaatlich“, d.h. gemäss den Vorgaben der nationalen Parteileitungen, ausrichten. Zusätzlich bildet das europäische Parlamentssystem eine willkommene Gelegenheit, die Auswirkungen unterschiedlicher institutioneller Rahmenbedingungen im Wahlverfahren auf das parlamentarische Stimmverhalten zu testen, denn die Wahl zum EU-Parlament erfolgt nach nationalstaatlichen Vorgaben und weist nicht nur in Bezug auf die Wahlkreisgrösse, sondern auch auf die innerparteilichen Selektionsverfahren der Kandidierenden sowie das angewandte Wahlrecht eine erhebliche Bandbreite auf (Hix 2004, 201–203; vgl. auch Bowler und Farrell 1993).

Die wesentlichen Befunde der oben erwähnten Studien lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erstens, EU-Abgeordnete stimmen — wie ihre nationalen Kollegen — in der grossen Mehrheit im Einklang mit der eigenen Fraktion, wodurch Beobachter auf eine überraschend starke, staatenübergreifende ideologische Bindungskraft der europäischen Partefamilien schliessen.²¹ Zweitens, abweichendes individuelles Stimmverhalten tritt vor allem dann gehäuft auf, wenn:

- sich die nationale Partei europaskeptischer positioniert als die Fraktion auf EU-Ebene,
- die nationalen Parteien ein zentralisiertes Verfahren zur Selektion der Kandidierenden anwenden,
- das Wahlrecht unveränderbare (geschlossene) Listen vorsieht,
- das Land in kleine Wahlkreise gegliedert ist,
- die Abgeordneten einer starken Überwachung durch ihre nationalen Parteien unterliegen,
- zu Hause die eigene Partei nationale Regierungsverantwortung trägt.

Das unterstellte Entscheidungsmodell in den genannten Studien von Hix bzw. Faas orientiert sich stark an den bereits erwähnten Forschungsbeiträgen auf Rational-Choice-Basis (vgl. Abschnitt 2.2.5.1). So werden drei idealtypische Verhaltensmodi von Parlamentsmitgliedern definiert, die auch in der entsprechenden US-amerikanischen Literatur wiederholt verwendet wurden: „re-election-seeking“, „office-seeking“ und „policy-seeking“ (Hix 2004, 203; Faas 2003, 843–849). Aus den empirischen Ergebnissen, die einen signifikanten Einfluss der nationalen Parteizugehörigkeit auf das abweichende Stimmverhalten ausweisen, schliesst beispielsweise Faas (2003), dass die europäischen Parlamentsmitglieder vor allem das Wiederwahlziel ansteuern.

Die Studien leiden an ernsthaften konzeptionellen Schwächen: Die erste führt zurück zu den in Abschnitt 2.2.3 dargestellten Problemen beim Unterstellen von individuellen Motiven und Zielen, wenn die dafür notwendige Datenlage nicht

²¹Vgl. aber Hix (2002), der den Haupteinfluss auf das Stimmverhalten in den politischen Positionen der nationalen Parteien ortet — dies im Gegensatz zu einer späteren Veröffentlichung desselben Autors (Hix 2004).

vorhanden ist. Denn aufgrund der präsentierten Auswertungen könnte das abweichende Stimmverhalten in Übereinstimmung mit den nationalen Parteivorgaben ganz einfach als ideologische Kongruenz gedeutet werden: Die Abgeordneten weichen nicht ab, weil sie ihre Wiederwahl sichern wollen, sondern weil sie tatsächlich eine andere politische Haltung vertreten. Die zweite Schwäche betrifft das Ausblenden wichtiger Einflussgruppen, die in einem Rational-Choice-Modell nicht fehlen sollten, wie z.B. die Position der Wahlberechtigten im eigenen Wahlkreis oder die Rolle von Interessengruppen. Denn die Eigenart des gegenwärtigen EU-Parlamentsystems, dass sich der Faktor Partei über mehrere Ebenen verteilt, lässt alternative Erklärungen des Stimmverhaltens unberührt. Insgesamt zeigt sich, dass die Forschung zum EU-Parlament nach wie vor stark von der in nationalen parlamentarischen Systemen üblichen parteizentrierten Sichtweise beeinflusst ist.

2.2.5.3 Forschung zur schweizerischen Bundesversammlung

Die schweizerische Parlamentsforschung fristete bis zum Beginn der 1990er Jahre ein Schattendasein und befand sich theoretisch, methodisch und empirisch auf einem relativ tiefen Entwicklungsstand (Vatter 1994, 305). Hinsichtlich der legislativen Abstimmungsforschung ist dieser Umstand mit der bis Mitte der 1990er Jahre dürftigen Datenbasis gut zu erklären (vgl. Abschnitt 2.1 sowie Schwarz 2005). Statistische Auswertungen von Abstimmungsdaten waren daher lange Zeit nur eingeschränkt möglich (vgl. die Arbeiten von Vasella 1956; Hertig 1978; Lüthi, Meyer und Hirter 1991; Lanfranchi und Lüthi 1995; Lanfranchi und Lüthi 1999; Jegher und Lanfranchi 1996; Jegher und Linder 1998; Jegher 1999). Mit der Einführung der elektronischen Erfassung des Stimmverhaltens im Nationalrat und der damit verbundenen Ausweitung der Publikation individueller Abstimmungsergebnisse ist eine neue Ausgangslage für die politikwissenschaftliche Forschung in diesem Bereich geschaffen worden, welche seit 1995 deutliche Spuren in der Forschungstätigkeit hinterlassen hat.²²

Kollektives Verhalten: Fraktionsgeschlossenheit

Die erste empirische Studie zur Fraktionsgeschlossenheit im Nationalrat wurde in den 1950er Jahren durch Vasella (1956) veröffentlicht. Trotz des langen Untersuchungszeitraums von 1920 bis 1953 gründet die Analyse auf lediglich 108 namentlichen Abstimmungen, was im Durchschnitt rund 13 Abstimmungen pro Legislaturperiode entspricht. Vasellas rechtswissenschaftliche Untersuchung interessierte sich jedoch weniger für die empirischen Resultate als für verfassungsrechtliche Fragen zur Fraktionsdisziplin (vgl. auch Kapitel 1). In empirischer Hinsicht stellte er fest, dass die sozialdemokratische Fraktion (SP) mit Abstand die grösste Homogenität aufweist, gefolgt von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) — bzw. der damaligen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) — und der Christlich-demokratischen Volkspartei (CVP) (bzw. den damaligen Katholisch-Konservativen). Das Schlusslicht, und somit die aus seiner Sicht „freiste“ oder „liberalste“ Fraktion, bildeten die Freisinnigen (FDP) (vgl. Tabelle 2.2).

Einen Schritt weiter gingen zu Beginn der 1990er Jahre Lüthi, Meyer und Hirter (1991). Sie erfassten die namentlichen Abstimmungen des Nationalrats

²²Einen weissen Fleck bildet diesbezüglich nach wie vor der Ständerat (vgl. Abschnitt 2.1).

zwischen 1971 und 1989, insgesamt 155 Fälle. Die Autoren stellten einen zunehmenden Gebrauch von Abstimmungen unter Namensaufruf fest und führten dies auf eine steigende Konfliktivität im Nationalrat zurück: Waren zwischen 1971 und 1983 nur 22 namentliche Abstimmungen zu verzeichnen (d.h. rund 5.5 pro Legislaturperiode), stieg die Zahl in der Legislaturperiode 1983–87 auf 56 Abstimmungen und 1987–91 auf 77 Abstimmungen an. Die Analyse von Parlamentsabstimmungen, welche nach wie vor nur auf besonderes Verlangen hin registriert wurden, begann sich nun aus statistischer Sicht ansatzweise als sinnvoll zu erweisen. Am Gesamtbild der Fraktionsgeschlossenheit änderte sich insofern wenig, als die SP-Fraktion weiterhin klar die homogenste Gruppe darstellte. An zweiter Stelle lag nach wie vor die SVP, die CVP und FDP tauschten hingegen die Plätze, so dass neu die CVP das heterogenste Bild vermittelte. Lüthi, Meyer und Hirter (1991, 62) stellten aber auch neuere Tendenzen fest: zunehmende Fraktionsgeschlossenheit sowie häufigere Stimmenthaltungen in besonders homogenen Fraktionen.

Die Autoren der Studie schlüsselten die Frage der Fraktionsgeschlossenheit nach zwei weiteren Variablen auf: Geschlecht und Interessengruppenzugehörigkeit der Nationalratsmitglieder. In Bezug auf das Geschlecht waren kaum fundierte Aussagen möglich, da insbesondere in den bürgerlichen Parteien die Frauenanteile äusserst tief ausfielen. Am wenigsten „diszipliniert“ zeigten sich in der Auswertung die CVP-Frauen. Insgesamt kamen die Autoren zum Schluss, dass die Gruppenschlossenheit nach Geschlecht im Vergleich zur Fraktion nur eine untergeordnete Rolle spielt (Lüthi, Meyer und Hirter 1991, 63). Bemerkenswerter fällt das Verdikt in Bezug auf die Homogenität von Interessengruppen aus. Die Interessenbindungen der Nationalratsmitglieder wurden für die Untersuchung in acht Kategorien eingeteilt:

- Arbeitgeber und Unternehmerorganisationen
- Gewerbeverbände
- Bauernorganisationen
- Gewerkschaften
- soziale und internationale Organisationen
- Umweltschutzorganisationen
- Kulturorganisationen
- rechtsbürgerliche Organisationen

Die Analyse ergab, dass das nach Interessengruppen aufgeschlüsselte Stimmverhalten ähnlich homogen ausfiel wie das Stimmverhalten nach Fraktionen. Mit Ausnahme der sozialen und internationalen Organisationen wiesen beispielsweise in der Periode 1987–89 alle Interessengruppen Rice-Indexwerte²³ von über 0.650 auf, bei den Arbeitgebern und Unternehmerorganisationen, den Gewerbeverbänden und den Gewerkschaften wurden sogar Werte von über 0.820 berechnet. Lüthi, Meyer und Hirter (1991, 68) finden daher deutliche Belege, dass

²³Der Rice-Index (Rice 1925) berechnet sich aus dem Absolutwert der Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen, dividiert durch die Anzahl abgegebene Stimmen. Der Minimalwert 0 bedeutet, dass gleich viele Ja- wie Nein-Stimmen vorliegen, während der Maximalwert 1 bei Einstimmigkeit aller Parlamentarier erreicht wird.

Tabelle 2.2: Vergleich verschiedener Studien zur Fraktionsgeschlossenheit im schweizerischen Parlament

	Vasella (1956)	Hertig (1978)		Lüthi, Meyer und Hirter (1991)		
Zeitraum	1920–53	1975	1975	1971–83	1983–87	1987–89
Parlamentskammer	NR	NR	SR	NR	NR	NR
CVP	0.755	2.07	1.82	0.630	0.601	0.799
FDP	0.689	2.02	1.64	0.747	0.734	0.779
SP	0.954	2.74	2.25	0.913	0.891	0.922
SVP	0.805	3.12	2.80	0.844	0.740	0.859
Daten	namentl. Abst. auf Verlangen	persönliche Befragung		namentliche Abstimmungen auf Verlangen		
Masszahl	Rice-Index	Parteidisziplin-Index ^a		Rice-Index		
Fallzahl	108 Abst.	192 Befragte	43 Befragte	22 Abst.	56 Abst.	35 Abst.
		Lanfranchi und Lüthi (1999)		Clavel (2004)		
Zeitraum	1987–91	1991–94	1995–99	1999–2003		
Parlamentskammer	NR	NR	NR	NR		
CVP	0.704	0.683	0.978	0.964		
FDP	0.705	0.792	0.927	0.945		
SP	0.929	0.963	0.945	0.952		
SVP	0.778	0.807	0.831	0.879		
Daten	namentl. Abstimmungen auf Verlangen		Schlussabstimmungen			
Masszahl	Rice-Index		Rice-Index			
Fallzahl	77 Abst.	163 Abst.	218 Abst.	195 Abst.		

^aAuf die Indexbildung wird an dieser Stelle nicht näher eingegangen, vgl. stattdessen Hertig (1978, 64).

sich die doppelte Loyalität der Parlamentsmitglieder im Stimmverhalten manifestiert, und ziehen den folgenden Schluss:

„Es scheinen sich in diesen Gruppen also gewisse politisch-weltanschauliche Richtungen zu manifestieren, welche mit denjenigen der Parteien durchaus vergleichbar sind. Von eigentlichen, informellen Parteiungen zu sprechen scheint nicht übertrieben zu sein, auch wenn es immer wieder vorkommt, dass in einzelnen Fragen spezifische Interessen zugunsten der Fraktionsmeinung zurückgestellt werden.“

Die Untersuchung von Lanfranchi und Lüthi (1999) hat die Zeitreihe der Fraktionsgeschlossenheit bis 1994 fortgeschrieben. In der Periode 1991–94 waren es bereits 163 Abstimmungen, die im Nationalrat unter Namensaufruf durchgeführt wurden. Die Reihenfolge der Fraktionen in Bezug auf deren interne Geschlossenheit blieb gegenüber der Vorperiode stabil und auch in Bezug auf das allgemeine Niveau der Fraktionsgeschlossenheit waren — mit Ausnahme der FDP — nur geringe Veränderungen feststellbar (vgl. Tabelle 2.2). Einen wichtigen Fingerzeig bringen Lanfranchi und Lüthi (1999, 109) an, indem sie anregen, dass die Fraktionsgeschlossenheit nicht gesamthaft über alle Abstimmungen, sondern gesondert nach Politikbereichen analysiert werden sollte, um ein differenzierteres Bild zu erhalten.

Einen ersten Schritt in diese Richtung machte Clavel (2004), der je rund 200 nationalrätliche Schlussabstimmungen der 45. und 46. Legislaturperiode untersucht hat. Die Beschränkung der Analyse auf diese finale Abstimmungskategorie bildet gleichzeitig den grössten Vorteil als auch den grössten Nachteil der Untersuchung: Die fokussierte Auswertung ermöglichte die interessante Erkenntnis, dass die für ihre Heterogenität viel gescholtenen Mitteparteien CVP und FDP in den Schlussabstimmungen ähnlich geschlossen oder sogar noch geschlossener auftreten als SP und SVP. Zudem bestätigte die Studie die Erkenntnis von Lüthi, Meyer und Hirter (1991), dass homogenere Fraktionen eine höhere Enthaltungsraten aufweisen, was sich mittels Rice-Index nicht abbilden lässt, wie auch Clavel (2004, 46) kritisch anmerkt. Clavels Beschränkung auf die Schlussabstimmungen engte jedoch die Analyse der Geschlossenheit nach Politikbereichen erheblich ein, da in vielen Bereichen nur sehr wenige Abstimmungen vorlagen, was die Verlässlichkeit der Analyse tangiert. Darüber hinaus wurden dadurch interessante Vergleiche zur Fraktionsgeschlossenheit in anderen Gesetzgebungsphasen verunmöglicht.

Wie die Übersicht bisher gezeigt hat, fanden parlamentarische Abstimmungsdaten erst mit Beginn der 1990er Jahre regelmässige Beachtung. Die Forschung zur Fraktionsgeschlossenheit blieb zwischen den Beiträgen von Vasella (1956) und Lüthi, Meyer und Hirter (1991) jedoch nicht inaktiv. Hervorzuheben sind die Arbeiten von Hertig (1978) und Kerr (1981), die im Jahr 1975 in einem gemeinsamen Forschungsprojekt 235 Interviews mit National- und Ständeräten führten und auf diese Weise im damaligen schweizerischen Umfeld einzigartige Erkenntnisse zur subjektiv wahrgenommenen Rolle der Parlamentsmitglieder beider Kammern gewinnen konnten. Die Befragten hatten u.a. ihre persönliche Meinung zu zwei fraktionsabweichenden Verhaltensweisen abzugeben: Einbringen einer parlamentarischen Vorlage ohne Konsultation der Partei sowie öffentliches Vertreten einer politischen Position, die im Widerspruch zur Parteileitung steht. Die Antworten flossen in einen Parteidisziplin-Index mit Wertebereich

zwischen 1 bis 5 ein. Hertigs Resultate fielen zu denjenigen von Vasella (1956) recht ähnlich aus, mit der Ausnahme, dass die SVP die SP als die diszipliniertesten Fraktion ablöste (vgl. Tabelle 2.2).²⁴ Des Weiteren lässt sich aus Hertigs Studie eine geringere Fraktionsdisziplin im Stände- als im Nationalrat sowie eine geringere Bedeutung der Disziplin unter französischsprachigen Parlamentsmitgliedern als unter Deutschschweizern und Tessinern ablesen. Interessant sind Hertigs Erkenntnisse auch in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Interessengruppen- und Parteiidentifikation. Unter den Mitgliedern bürgerlicher Fraktionen zeigt sich ein negativer Zusammenhang: Je höher die Akzeptanz des Einflusses von Interessengruppen auf die Politik, desto geringer die Bedeutung der Parteidisziplin. Unter den SP-Fraktionsmitgliedern fiel derselbe Zusammenhang positiv aus. Als Erklärung diente Hertig die Anzahl der Interessengruppen, die (damals) traditionell mit den Parteien verhandelt waren. Bei der SP traf dies Mitte der 1970er Jahre nur auf die Gewerkschaftsinteressen zu, so dass kaum fraktionsinterne politische Konflikte entstehen konnten (die Nähe der SP zu Umweltschutzorganisationen entwickelte sich erst im Laufe der 1980er Jahre, als die Sozialdemokraten durch die aufstrebende grüne Bewegung zunehmend in Bedrängnis geriet). Anders stellte sich die Situation bei der FDP (Handels- und Industrieverein, Arbeitgeberverband, z.T. Gewerbeverband), der SVP (Bauern- und Gewerbeverband) und der CVP (Bauern- und Gewerbeverband sowie christliche Gewerkschaften) dar, in denen sich mehrere und teilweise gegenläufige Interessen vereinigten.

Hertig (1978) unterscheidet zwei Ebenen, wenn er die Fraktionsgeschlossenheit in der Schweiz einzuordnen versucht: Die erste ist der internationale Vergleich, vor allem mit parlamentarischen Systemen in Europa, wo zusammenfassend drei Faktoren für die hierzulande relativ tiefe Geschlossenheit verantwortlich gemacht werden:

- Schwache parteimässig organisierte Opposition aufgrund des Konkordanzsystems und der direkten Demokratie.
- Unabhängige Stellung des Parlaments: Fehlende Unterstützung im Parlament führt weder zum Sturz der Regierung noch kann die Regierung das Parlament auflösen.
- Nicht-zentralisiertes Parteiensystem mit starker Verankerung in lokalen und regionalen Identitäten (starke Stellung der Kantonalparteien).

Die zweite Ebene bezieht sich ausschliesslich auf die Schweiz und fragt nach den Gründen, welche die unterschiedliche Fraktionsgeschlossenheit zwischen den schweizerischen Parteien erklären. Aus Hertigs Studie lassen sich die folgenden Faktoren ablesen:

- Unterschiedliche ideologische Bewertung der individuellen Freiheit.
- Inhaltliche Bedeutung des konkreten Entscheidungsgegenstandes für die Partei.
- Formale Disziplinierungsregeln in den Partei- bzw. Fraktionsstatuten.

²⁴Zu beachten ist, dass Hertig (1978) die subjektive Haltung abfragte, während Vasella (1956) — wie auch alle anderen in Tabelle 2.2 aufgeführten Studien — von der objektiv manifestierten Fraktionsgeschlossenheit ausgingen.

- Stellung der Partei in und gegenüber der Regierung (Oppositionsgrad).
- Ideologische und soziale Heterogenität der Fraktion.
- Diversität der mit der Partei verbundenen Interessengruppen.
- Heterogenität bezüglich Sprachgruppen und regionaler Verankerung.

Die vorliegende Arbeit wird im Rahmen des eigenen Analysekonzepts einige dieser Faktoren berücksichtigen.

Kollektives Verhalten: Koalitionsbildung

Fraktionsgeschlossenheit und Koalitionsbildung im schweizerischen Parlament werden oft gemeinsam untersucht. So befasste sich die im vorangehenden Abschnitt vorgestellte Untersuchung von Lüthi, Meyer und Hirter (1991) zugleich als erste mit dem Koalitionsverhalten der Nationalratsfraktionen. Unter dem Vorbehalt, dass die Analyse aufgrund der Beschränkung auf speziell verlangte namentliche Abstimmungen die Polarisierung des Nationalrats überzeichnet, kommen die Autoren zu folgenden Ergebnissen: Im Untersuchungszeitraum zwischen 1971 und 1989 zeigt sich im nationalrätlichen Koalitionsverhalten eine klare Aufteilung in ein etwa gleich häufig auftretendes bürgerliches (CVP, FDP, SVP) sowie links-grünes Koalitionsmuster (bestehend aus SP, GP und dem inzwischen aufgelösten Landesring der Unabhängigen, LdU). Die deutlichste Veränderung über die Zeit ging vom LdU aus, der sich bis 1983 als echte Kraft zwischen den klassischen Parteiblöcken positionierte und sich gleich oft entweder dem links-grünen oder dem bürgerlichen Lager zugewandt hatte, danach aber vor allem als Partner der links-grünen Ratsseite auftrat. Betrachtet man nur die Allianzen unter den vier Bundesratsparteien²⁵, ist ab 1975 eine deutliche Isolierung der SP festzustellen. Daran zeigt sich auch, dass in den von den namentlichen Abstimmungen erfassten Fragen die auf Regierungsebene bestehende Konkordanz für den Parlamentsbetrieb eine geringe Rolle spielte; schon damals traten Koalitionen mit SP-Beteiligung und zwei oder drei bürgerlichen Partnern — also eigentliche lagerübergreifende „Konkordanz-Koalitionen“ — sehr selten auf.²⁶

Auch die acht Jahre später publizierte Studie von Lanfranchi und Lüthi (1999) widmete sich sowohl der Parteigeschlossenheit als auch dem Koalitionsverhalten. Ihre Untersuchung basierte auf den namentlichen Abstimmungen des Nationalrats zwischen 1991 und 1994. Wiederum wird festgestellt, dass blockübergreifende „grosse Koalitionen“, bestehend aus mindestens zwei bürgerlichen Parteien und der SP, seltener auftreten als man es von einem Konkordanzsystem erwarten könnte (nur 8.3 Prozent der Fälle). Rein bürgerliche Allianzen kamen demgegenüber in 44.4 Prozent der Fälle zustande. Koalitionsmuster, die

²⁵Als Bundesratsparteien werden in der vorliegenden Arbeit durchgehend CVP, FDP, SP und SVP verstanden, auch wenn sich einzelne Aussagen auf Zeitabschnitte beziehen, in denen die SP und/oder die SVP nicht in der Regierung vertreten waren. Dies gilt auch für den jüngsten Abschnitt seit Beginn der 48. Legislaturperiode, als die SVP während eines Jahres nicht mehr im Bundesrat vertreten war und stattdessen die von gemässigt-konservativen ehemaligen SVP-Exponenten neu gegründete Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) gleich zwei Sitze belegen konnte.

²⁶Da die Auswertungsbasis der hier zitierten Studien unterschiedlich und die exakte Interpretation der Darstellungen nicht immer eindeutig ist, wird hier auf einen tabellarischen Vergleich analog zu Tabelle 2.2 verzichtet.

SP, GP und CVP vereinen, zeigten sich in knapp 14 Prozent der untersuchten Nationalratsabstimmungen, während andere denkbare Koalitionsformen wie z.B. FDP-SP-Koalitionen oder Allianzen zwischen der SVP und dem linken Lager (sogenannte „unheilige Allianzen“) zahlenmässig kaum ins Gewicht fielen.

Diese Ergebnisse werden auch in der Untersuchung von Jegher (1999), die sich auf namentliche Abstimmungen der Jahre 1995 bis 1997 bezieht, gestützt. Hermann und Leuthold (2003b) haben des Weiteren das Koalitionsverhalten im Nationalrat für die Jahre 1999 bis 2003 weiterverfolgt und sind dabei zum Schluss gekommen, dass sich die Mehrheitsbildung nach dem Wahlsieg der SVP und den Verlusten der SP in den Wahlen 1999 verändert hat, allerdings entgegen der allgemeinen Intuition zu Ungunsten der SVP, die gemäss der beiden Autoren seit 2001 einen eigenen rechts-konservativen Pol mit einer deutlichen ideologischen Lücke zu den übrigen bürgerlichen Parteien bildet (als Auswertungsmethode wurde ein zweidimensionales Skalierungsverfahren verwendet). Profiteur dieser Situation war im genannten Untersuchungszeitraum das links-grüne Lager, welches häufiger in Koalitionen mit FDP und vor allem CVP eingebunden wurde. Die CVP stimmte gemäss Hermann und Leuthold zwischen 2001 und 2003 gar häufiger mit der SP als mit der SVP. Dass die SVP nach 2001 als Koalitionspartnerin zunehmend gemieden wurde, versuchen die Autoren mit einem Vergleich der Erfolgsquoten zu zeigen: Während die SVP zwischen 1999 und 2001 rund 23 Prozent der Abstimmungen verlor und die SP deren 27 Prozent, kehrte sich dieses Verhältnis zwischen 2001 und 2003 um: 35 Prozent gingen für die SVP verloren, 28 Prozent für die SP. Zu beachten ist bei diesen Auswertungen, dass sie nach wie vor namentliche Abstimmungen beinhalten (vgl. für ähnliche Auswertungen derselben Autoren in Hermann, Leuthold und Kriesi 1999 sowie Kriesi 2001). Wie in der vorliegenden Arbeit noch zu zeigen sein wird, trägt der Einbezug aller Abstimmungen zur Entdramatisierung und Differenzierung der allgemeinen Entwicklung bei.²⁷

Die bisherigen empirischen Studien zur kollektiven Koalitions- und Mehrheitsbildung zeigen in den wesentlichen Punkten ein einheitliches Bild, weisen aber auch gemeinsame Forschungslücken auf:

Erstens, die Mehrheitsbildung im Nationalrat weist kein stabiles Muster auf, sondern erfolgt über wechselnde Koalitionen zwischen den Fraktionen. Es ist zu vermuten, dass hinter den Koalitionsmustern politikfeldabhängige Übereinstimmungen in den Präferenzen der Fraktionen stehen. Dafür spricht, dass beim häufigsten Koalitionsmuster die drei bürgerlichen Regierungsparteien der geschlossenen links-grünen Ratsseite gegenüber stehen. Wenig ist hingegen über die Koalitionsbildung zwischen den einzelnen Gesetzgebungsphasen bekannt. Dazu ist es notwendig, sämtliche Parlamentsabstimmungen in die Analyse einzubeziehen (anstatt nur die namentlichen). Eine weitere Fragestellung, die bisher ungeklärt blieb, bezieht sich auf die unterschiedlichen Koalitionsbildungsmuster *innerhalb* und *zwischen* den Politikbereichen: Variieren die Koalitionsmuster innerhalb desselben Politikbereichs im selben Ausmass wie zwischen den Bereichen oder handelt es sich bei dem, was gegen aussen als wechselnde Koalitionen erscheint, um politikfeldspezifisch stabile Koalitionsmuster?

²⁷So lautet auch die Überschrift zu einem neueren Beitrag von Hermann (2007), der die Auswertung namentlicher Abstimmungen in eine längerfristige, weniger dramatisierende Perspektive (1995–2007) rückt, „Grund zur Abregung“. Gerade in der journalistischen Aufbereitung der Materie wird aus politikwissenschaftlicher Sicht zu wenig zwischen kurzfristigen Momentaufnahmen und langfristigen Trends unterschieden.

Zweitens, in allen untersuchten Perioden zeigt sich eine Dominanz bürgerlicher Koalitionsmuster. Das System der Konkordanz unterscheidet sich somit deutlich von einer „Allparteien-“ bzw. „grossen Koalition“, wie die schweizerische Form der Regierungszusammenarbeit insbesondere in ausländigen Kommentaren häufig bezeichnet wird. Lässt man unbestrittene Vorlagen unberücksichtigt, denen selbst Nichtregierungsfraktionen einhellig zustimmen, verbleiben nur wenige Abstimmungen, in denen die vier Bundesratsparteien gemeinsam gegen die Nichtregierungsparteien antreten. Dies bedeutet, dass sich sogenannte übergrosse Koalitionen („oversized coalitions“, vgl. Volden und Carrubba 2004) relativ selten bilden. Stattdessen ist die Mehrheitsbildung von Koalitionsmustern geprägt, die zwar genügend umfassend sind, um einer Vorlage im Parlament zum Durchbruch zu verhelfen, aber nicht um jeden Preis sämtliche in der Regierung vertretenen politischen Lager einbeziehen (sogenannte „minimum necessary coalitions“, vgl. Carrubba und Volden 2000).

Drittens geben die genannten Studien Hinweise darauf, dass in einem Parlament ohne klare Mehrheitspartei der Erfolg kaum direkt von der Sitzzahl abhängt. Man kann einwenden, dass sich in international vergleichender Perspektive einige Beispiele aus rein parlamentarischen Systemen finden lassen, in denen Kleinparteien aufgrund ihrer zentralen Rolle bei der Regierungsbildung ebenfalls einen überproportionalen Einfluss geltend machen konnten (z.B. die deutsche FDP bis Ende der 1990er Jahre). Das schweizerische Parlamentssystem bringt es hingegen mit sich, dass selbst die Regierungspartner untereinander unterschiedliche Erfolgswerte aufweisen können bzw. dass Nichtregierungsparteien höhere Erfolgswerte erringen können als eine Partei, die im Bundesrat vertreten ist. Der Parlamentserfolg stellt sich somit nicht nur unabhängig von der Sitzzahl, sondern auch unabhängig von der Regierungsbeteiligung ein. Auch dieses Phänomen bedarf einer genaueren Analyse.

Individuelles Verhalten: Determinanten der Stimmabgabe im Parlament

Die schweizerische Forschung zum individuellen Parlamentarierverhalten hält sich in überschaubarem Rahmen. Die wenigen Studien liegen entweder relativ weit zurück, verwenden andere Datenquellen, beziehen sich auf Parlamente untergeordneter Staatsebenen oder decken nur einzelne Teilaspekte des Stimmverhaltens ab. Dennoch können aus ihnen wichtige Erkenntnisse für die vorliegende Arbeit gewonnen werden. Die Inhalte dieser Studien werden darum im Folgenden zusammenfassend vorgestellt.

Rollenwahrnehmung durch die Parlamentsmitglieder

Untersuchungen, die auf dem theoretischen Rollenkonzept basieren, orientieren sich an einer parlamentssoziologischen und -historischen Herangehensweise. Ihre Datenbasis umfasst einerseits amtliche soziodemografische und -strukturelle Angaben zu den einzelnen Parlamentsmitgliedern, andererseits Parlamentarierbefragungen. Die wichtigsten Arbeiten der letzten 40 Jahre bilden die Untersuchungen von Gruner et al. (1970) sowie Kerr (1981). Beide befassen sich vor allem beschreibend mit einzelnen Entscheidungsfaktoren, ohne diese aber in einen direkten Bezug zum tatsächlichen Entscheidungsverhalten der Parlamentsmitglieder zu stellen. Gruner et al. (1970, 7) zitiert ein Parlamentsmitglied, welches kritisiert, dass die Studie „rein zahlenmässige Additionen von äusseren

Umständen“ beinhalten würde, weshalb sich eine „nähere Untersuchung der tatsächlich wirksamen Kräfte und Zusammenhänge“ aufdrängte. Dazu bemerkt Gruner an selber Stelle:

„Er [der kritisierende Parlamentarier] verweist etwa auf die Einflüsse der Zugehörigkeit zu bestimmten Regionen (Berggebiete, Grossstädte), auf gewisse Einstellungen zu politischen Grundfragen (zum Sparen, zum Staat, zu seinen verschiedenen Institutionen usw.), auf die Rücksichtnahme auf einzelne Bundesräte, auf die Fraktionsmeinung, auf persönliche Freundschaften, auf alle möglichen Kombinationen, auf die Presse und auf das ‘Image’. Wir glauben durchaus, dass diese und andere Hinweise sehr berechtigt seien, und dass sie für spätere Untersuchungen richtungsweisend sein könnten, vor allem auf einem Gebiet, auf dem uns fast alle Kenntnisse abgehen, auf dem der parlamentarischen Willensbildung.“

Einen Schritt weiter geht eine im Jahr 1975 durchgeführte Parlamentarierbefragung, deren Ergebnisse gesamthaft von Kerr (1981) publiziert wurden.²⁸ Interessant sind die Angaben, welche die Ratsmitglieder in Bezug auf ihre Repräsentationsrolle gemacht haben. Die Antworten wurden in drei Hauptkategorien eingeteilt, auf welche die Parlamentsmitglieder ihre Repräsentationsfunktion beziehen: Geografie (Kanton, Region, Gemeinde), soziologische Gruppe (Schicht und Klasse) sowie die ideologische Dimension (Parteiideologie, eigene Werthaltungen). Die Befragten mussten sowohl angeben, welche sie als ihre primäre Repräsentationsrolle verstehen, als auch, welche Rollen sie im Allgemeinen ausüben (mit der Möglichkeit von Mehrfachnennungen; vgl. Kerr 1981, 171–179). Die Ergebnisse sind in den ersten beiden Spalten der Tabelle 2.3 dargestellt.

Die Befragung ergab, dass Mitte der 1970er Jahre die meisten Ratsmitglieder ihre primäre Repräsentationsfunktion soziologisch definierten, d.h. die Vertretung bestimmter gesellschaftlicher Schichten in den Vordergrund stellten. Dahinter folgte die Vertretung eines geografischen Raums und erst an dritter Stelle der ideologische bzw. parteipolitische Bezug. Dieses Bild kehrt bei der Frage nach der allgemeinen Bedeutung der verschiedenen Repräsentationsrollen ins Gegenteil: Nun liegen ideologische Faktoren (Vertretung von Parteimeinung und politischen Ideen) an erster Stelle, gefolgt von geografischen und soziologischen Bezügen. Parlamentarier, welche ihre Rolle primär in der Vertretung einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe sahen, gaben weniger häufig weitere, sekundäre Rollenbezüge an. Umgekehrt verhält es sich bei der Ideologie; diese spielte in den meisten Fällen als Sekundärbezug mit, wurde jedoch nur selten als primäre Repräsentationsrolle angegeben.

Obwohl auf demselben Datensatz basierend, gelangte die Studie von Hertig (1980) zu abweichenden Ergebnissen. Der Grund liegt in unterschiedlich definierten Auswertungskategorien, so dass bei Hertig die Ideologie als primäre Repräsentationsausrichtung mit dem geografischen Raum praktisch gleichauf zu liegen kommt. An erster Stelle gibt aber auch Hertigs Studie die Repräsentation eines spezifischen Bevölkerungssegments an.

Die Antworten der befragten Parlamentsmitglieder wurden von Kerr (1981, 180–198) und Hertig (1980, 62–63) des Weiteren nach Fraktionszugehörigkeit

²⁸Auf demselben Datensatz beruhen auch die Studien von Hertig (1978, 1980) (vgl. den vorangehenden Abschnitt zur Fraktionsgeschlossenheit sowie die Ausführungen weiter unten).

Tabelle 2.3: Bedeutung der Repräsentationsrollen für Schweizer Parlamentsmitglieder im Jahr 1975 (primäre und allgemeine Ausrichtung)

	Kerr (1981)		Hertig (1980)
	prim. Ausr.	allg. Ausr.	prim. Ausr.
Geografie (geografischer Raum)	26%	65%	20%
Soziologie (Bevölkerungsschicht)	37%	55%	40%
Ideologie (polit. Werthaltungen)	11%	73%	23%
andere/keine Bezüge	18%	–	18%

aufgeschlüsselt. Zwischen den grossen Fraktionen zeigten sich dabei erhebliche Unterschiede. So trat — immer auf das Jahr 1975 bezogen — der soziologische Klassenbezug bei SVP und SP (Bauern- respektive Arbeiterschaft) am stärksten zu Tage, während sich bei CVP und FDP eine grössere Bedeutung der geografischen Rückbindung zeigte. Eine primär ideologische Vertretung fand in keiner der vier grossen Fraktionen eine Mehrheit, manifestierte sich hingegen umso stärker unter den kleineren im Parlament vertretenen Parteien.

Im Folgenden wird gezielt auf die Arbeit von Hertig (1980) eingegangen, die unter dem Titel „Partei, Wählerschaft oder Verband? Entscheidfaktoren im eidgenössischen Parlament“ die Einstellungen der National- und Ständeräte zu wichtigen Determinanten des Entscheidungsverhaltens erfasst und daraus rats- und fraktionsspezifische Entscheidungsmuster konstruiert hat. Das verwendete Modell der Rollenwahrnehmung wies den Ratsmitgliedern (bzw. den latenten Rollenträgern wie der Fraktion oder dem Gesamtrat) mehrere mögliche Rollensegmente zu. Anschliessend wurde versucht, die relative Gewichtung der einzelnen Rollensegmente im Entscheidungsverhalten zu eruieren. Folgende Rollensegmente werden zur Auswahl gestellt: Partiaffinität, Interessengruppenaffinität, Repräsentationsstil, Repräsentationsausrichtung (unterteilt in „geografisch“ und „sektoriell“), Entscheidstil, Parlamentsexperten, Verwaltungsexperten sowie als Residualkategorie die Entscheidautonomie (vgl. Hertig 1980, 101-102). Der gewichtigste Einwand gegen das angewandte Konzept wird vom Verfasser gleich selbst aufgeworfen, nämlich die inhärente Prämisse einer Kongruenz zwischen Einstellung und Handeln (S. 119). Zwar prädisponieren vorhandene Einstellungsmuster die subjektiven Handlungsoptionen bis zu einem gewissen Grad, doch hat sich der tatsächliche Zusammenhang in diversen Untersuchungen als relativ schwach erwiesen, da die konkreten Entscheidungsumstände das Ergebnis oftmals stärker beeinflussen als abstrakte Einstellungen (Putnam 1973; Meinefeld 1977; Schiefele 1990; Ajzen und Fishbein 2005). Hertig (1980, 119–120) bezeichnet die Erfassung von Einstellungsmustern als „Umweg“ bzw. „Notlösung“, da eine direkte Beobachtung des Entscheidungsverhaltens der Ratsmitglieder damals nicht möglich war (in der Legislaturperiode 1971–75 fanden lediglich vier namentliche Abstimmungen im Nationalrat statt, davon zwei zum selben Thema).

Trotz dieser methodischen Vorbehalte gewährt Hertigs Arbeit wertvolle Einblicke und Anknüpfungspunkte für nachfolgende Parlamentsstudien. Zwei die CVP-Fraktion betreffende Befunde werden hier beispielhaft angeführt. So wird in Bezug auf die starke geografische Repräsentationsausrichtung der CVP-Fraktionsmitglieder festgehalten (Hertig 1980, 63):

„Rund ein Drittel ihrer Fraktionsmitglieder, die sich auf einen geografischen Raum beziehen, stammen aus Kantonen, die sie als Alleinvertreter repräsentieren. Alle sind sie zudem aus Wahlkreisen, in denen ihre Partei die stärkste Stellung besitzt, bzw. die katholische Bevölkerung eine klare Mehrheit bildet.“

Daraus lässt sich eine stärkere Wahlkreisausrichtung bei Vertretern aus den kleinen Kantonen bzw. aus Kantonen, in denen eine Partei eine absolute Mehrheitsstellung besitzt, ableiten. Im zweiten Beispiel, das vom Stimmverhalten der CVP-Fraktion bei einer namentlichen Abstimmung zur Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs handelt, verbindet Hertig (1980, 124) den Wahlkreisansatz mit ideologischen Komponenten:

„Die politisch wenig homogene CVP-Fraktion, die im Normalfall eine geringe Fraktionsdisziplin aufweist, stimmte hier völlig geschlossen. Offensichtlich gelten bei Fragen, die den ideologischen Kern einer Partei treffen, eigene Gesetze. [...] Wenn es sich dazu noch um eine Vorlage handelt, bei der über die Lösungspräferenzen einer Mehrheit der direkten Wählerschaft keine Zweifel bestehen, wird das Stimmverhalten des einzelnen Parlamentarier zusätzlich über die Angst vor Sanktionen ‘normiert’. Abweichendes Verhalten könnte die Chancen einer Wiederwahl gefährden.“

Diese und weitere Vermutungen über die Zusammenhänge zwischen dem Wahlkreiscontext und der individuellen Entscheidung werden im Zentrum von Abschnitt 4.3 stehen, der sich der Formulierung überprüfbarer Hypothesen widmet.

Interessengruppen und individuelles Stimmverhalten

Zu Beginn des Abschnitts 2.2.5.3 wurden die Ergebnisse der Studie von Lüthi, Meyer und Hirter (1991) vorgestellt, welche u.a. auf eine erstaunlich hohe Geschlossenheit innerhalb einiger Interessengruppen hingewiesen haben. Die Verfasser der Studie haben darüber hinaus auf Individualebene nach entsprechenden Strukturen im Stimmverhalten gesucht. Mit Hilfe von Cluster- und Faktorenanalysen sind sie zum Schluss gekommen, dass sich die Ratsmitglieder durch Interessengruppen unterschiedlich stark binden lassen (Lüthi, Meyer und Hirter 1991, 68):

„Es zeigte sich [...], dass die meisten Interessengruppen gewissermaßen aus ‘harten Kernen’ bestehen, welche bei bestimmten Sachfragen jeweils gleich stimmen, und dass sich um diese herum eine Schicht von ‘WechselwählerInnen’ gruppiert, die sich nicht allein von diesen spezifischen Interessen, sondern auch von weiteren Faktoren leiten lassen.“

Aufgrund der Untersuchung von Lüthi, Meyer und Hirter (1991) könnte insgesamt davon ausgegangen werden, dass die Zugehörigkeit zu Fraktion und Interessengruppen den grössten Teil des Stimmverhaltens erklären sollte. Ein weiteres Ergebnis der Auswertung lässt allerdings Zweifel aufkommen: Selbst innerhalb der relativ wenigen namentlichen Abstimmungen, die für die Analyse zur Verfügung standen, liessen sich keine zwei Parlamentsmitglieder finden,

die ein absolut identisches Stimmverhalten aufweisen. Die im Zitat erwähnten „weiteren Faktoren“ dürften daher eine wichtige Rolle einnehmen.

Wahlkreisorientierung und individuelles Stimmverhalten

In mehrfacher Hinsicht einen anderen Zugang zur Frage des Entscheidungsverhaltens von Parlamentsmitgliedern wählte Vatter (1994). Einerseits richtete sich seine Untersuchung auf die Überprüfung der Grundannahmen des Rational-Choice-Ansatzes, der politischen Akteuren ein eigennutzmaximierendes Verhalten unterstellt (vgl. Abschnitt 2.2.2). Als Eigennutzverhalten wird die Sicherung der Wiederwahl durch die Ausrichtung des Stimmverhaltens auf die aktuellen Bedürfnisse des eigenen Wahlkreises definiert. Die Studie hatte somit in erster Linie einen theorieprüfenden Anspruch. Andererseits wählte sie als Datengrundlage nicht das Stimmverhalten auf nationaler Ebene, sondern untersuchte Parlaments- und Volksabstimmungen zu 20 kantonalen Entscheidungsprozessen. Bei den ausgewählten Vorlagen handelte es sich ausnahmslos um Kreditgeschäfte zur Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Kanton, deren Nutzen nur einer eng begrenzten Region zugute kam. In Bezug auf das Parlamentarierverhalten erfasste Vatters Studie sowohl die kollektive Entscheidung der Kantonsparlamente zu den 20 Vorlagen als auch 148 Wortmeldungen von individuellen Ratsmitgliedern.

Die Arbeit stellte die schweizweit erste empirische Untersuchung dar, welche Wahlkreisüberlegungen direkt und als konkurrierende Einflussgrösse bei Parlamentsentscheiden untersucht hat. Anhand der Resultate konnte nachgewiesen werden, dass dem Wahlkreis auf kantonaler Ebene eine relativ grosse Bedeutung zukommt. In rund 55 Prozent der Fälle war das Verhalten der Parlamentarier auf eigennützige Wahlkreisüberlegungen zurückzuführen, während ideologische bzw. parteipolitische Gründe nur in rund 20 Prozent der Fälle eine zentrale Rolle spielten. Reine Solidaritätsbekundungen machte die Studie in zwölf Prozent der Fälle aus, weitere zwölf Prozent entfielen auf Positionsbezüge aufgrund von institutionellen Rollen als Kommissionsmitglieder. Ausgehend von diesen Ergebnissen stellt Vatter (1994, 303–304) im Hinblick auf das individuelle Stimmverhalten fest:

„In den zwanzig Parlamentsdebatten, bei denen über die Vergabe kantonalen Kredite für lokal begrenzte Infrastrukturprojekte entschieden wurde, lässt sich das Verhalten der partizipierenden Parlamentarier in mehr als der Hälfte der Fälle auf eigennützige Wahlkreisüberlegungen zurückführen. [...] Grundsätzlich zeigt sich, dass sich die Parlamentarier aber nur dann für übergeordnete ideologische Gemeinwohlvorstellungen einsetzen, wenn diese im Einklang mit den Präferenzen der eigenen parteipolitischen Wählerschaft und vor allem nicht im Widerspruch zur Interessenlage des eigenen Wahlkreises stehen.“

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die kantonale Ebene für Wahlkreisüberlegungen besonders empfänglich sein dürfte (Vatter 1994, 293 und 305), da kantonale Vorlagen in stärkerem Ausmass sicht- und abgrenzbare finanz- und regionalpolitische Bezüge aufweisen als die Geschäfte des Bundes. Zudem weisen die Verbände auf kantonaler Ebene einen geringeren Professionalisierungsgrad auf, so dass deren Einfluss von Vatter geringer eingestuft wird als

jener der grossen nationalen Verbände. Andererseits fällt auf nationaler Ebene die mediale Beobachtung und Bewertung des Parlamentarierverhaltens ungleich intensiver aus als in den meisten Kantonen, was auch die Rückbindung der Nationalratsmitglieder an ihre Wählerbasis fördert (vgl. Vatter 1994, 305 sowie Linder 1991, 487). Die im Vergleich zur kantonalen Ebene grössere Distanz des Bundesparlaments zur Wählerschaft dürfte somit durch die stärkere Beachtung durch nationale und regionale Medien zumindest teilweise wettgemacht werden.

Rund ein Jahr später nimmt Vatter (1995) in einem unveröffentlichten Arbeitspapier gezielt Bezug auf Wahlkreisüberlegungen im Stimmverhalten von Parlamentsmitgliedern, Aus einer Übersicht zur kontrovers geführten Debatte in der US-amerikanischen Forschung (vgl. Abschnitt 2.2.5.1) sowie den eigenen empirischen Ergebnissen aus Vatter (1994) werden elf Thesen zu den Bedingungen hergeleitet, unter denen das Wahlkreiskonzept das Abgeordnetenverhalten am besten zu erklären vermag. Nach Vatter (1995, 15-18) ist eine besonders starke Wahlkreisorientierung der Abgeordneten zu erwarten, wenn:

- die Verfahrensstrukturen des Parlaments besonders einfach ausgestaltet sind,
- sie einen kleinen Wahlkreis mit wenigen Abgeordneten vertreten,
- es sich um parteipolitisch unbedeutende Vorlagen mit distributiven Wirkungen handelt,
- die Wirkungen des Entscheids innert kurzer Zeit einsetzen und eindeutig einer bestimmten Region oder regional verankerten Branche zugute kommen,
- der Entscheid nicht traditionelle gesellschaftliche Interessengegensätze berührt,
- der nächste Wahltermin nahe ist,
- sie einer der grossen bürgerlichen Volksparteien angehören,
- sie eine soziokulturelle (sprachliche) Minderheit vertreten,
- sie eine tiefe Stellung in der Parteihierarchie einnehmen,
- sie Neulinge im Parlament sind,
- sie mit knappem Vorsprung auf ihre Konkurrenten gewählt wurden.

Diese und ähnliche Thesen zum individuellen Stimmverhalten sind im schweizerischen Kontext nie empirisch überprüft worden. Dies soll im Rahmen der vorliegenden Arbeit nachgeholt werden.

Fazit zur Erforschung des individuellen Stimmverhaltens in der Schweiz

In Bezug auf die Determinanten des individuellen Stimmverhaltens haben die Untersuchungen von Hertig (1980) und Vatter (1994) bzw. Vatter (1995) bisher als einzige mehrere Erklärungsfaktoren aus konkurrierenden theoretischen Ansätzen gleichzeitig einbezogen und eine Abschätzung der relativen Bedeutung der verschiedenen Faktoren vorgenommen. Beide Untersuchungen sind jedoch in

ihrer Aussagekraft — auf die heutige Zeit und die Verhältnisse auf Bundesebene bezogen — limitiert: Die Erkenntnisse in Hertigs Studie basieren auf über 30 Jahre alten Befragungsdaten, welche sowohl die heutigen institutionellen Gegebenheiten in der Bundesversammlung, die zu Beginn der 1990er Jahre wesentliche organisatorische Reformen durchlaufen hat (vgl. Lüthi 1997), als auch die parteipolitische Dynamik der letzten 15 Jahre nicht widerzuspiegeln vermögen. Darüber hinaus liegt eine methodische Schwäche der Studie darin, dass sie die situativ vorhandene Kluft zwischen generellen Einstellungen bzw. Handlungsabsichten und tatsächlichem Stimmverhalten nicht erfassen konnte. Vatters Studie ist demgegenüber institutionell auf die gliedstaatliche Ebene und inhaltlich auf Kreditvorlagen mit räumlich begrenzter Nutzenstiftung beschränkt. Sein Forschungsinteresse war ganz auf die Überprüfung von Wahlkreisorientierung auf Basis des Rational-Choice-Ansatzes ausgerichtet. Die Arbeit von Lüthi, Meyer und Hirter (1991) schliesslich, welcher das Verdienst zukommt, dass sie der Analyse namentlicher Abstimmungen des Nationalrats neues Leben eingehaucht hat, konnte zwar einige Hinweise auf wiederkehrende Muster des individuellen Entscheidungsverhaltens aufzeigen, blieb jedoch aufgrund der aus heutiger Sicht kritischen Datenlage in ihrer Aussagekraft limitiert. Zudem stellt sich auch hier das Problem, dass die untersuchten Daten rund zwei Jahrzehnte alt sind.

Aus diesem Forschungsüberblick zur Schweiz lässt sich ein neuer Anlauf zur Erforschung des individuellen Stimmverhaltens im Nationalrat sowohl aus methodischen als auch zeitlichen Gründen problemlos rechtfertigen. Inhaltlich bestehen gleich mehrere Forschungslücken, sowohl auf kollektiver (z.B. in Bezug auf die Fraktionsgeschlossenheit und die Koalitionsbildungsmuster in verschiedenen Politikbereichen) als auch auf individueller Ebene (z.B. hinsichtlich der Determinanten des Stimmverhaltens innerhalb der verschiedenen Fraktionen). Diesen Lücken werden sich die nachfolgenden Kapitel vornehmlich widmen.

Teil II
Empirie

Kapitel 3

Kollektive Entscheidungsebene

Die Darstellung der generellen Entscheidungsmuster und -zusammenhänge auf kollektiver Ebene eignet sich bestens als Einstieg in die spätere Analyse des individuellen Stimmverhaltens. In diesem Kapitel werden die charakteristischen Merkmale der Funktionsweise des schweizerischen Parlamentssystems im Untersuchungszeitraum 1996–2005 präsentiert; diese dienen der anschliessenden Analyse der Individualebene (ab Kapitel 4) als Ausgangspunkt. Wo keine anders lautenden Referenzen angebracht sind, stützen sich die nachfolgenden Passagen auf eigene Untersuchungen im Rahmen der von den Parlamentsdiensten der schweizerischen Bundesversammlung mitfinanzierten Parlamentsforschungstätigkeit der Jahre 2004–2008 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern (Schwarz und Linder 2006, 2007, 2008).

3.1 Mehrheits- und Koalitionsbildung

In der Schweiz ist die politische Macht auf viele Institutionen und Köpfe verteilt. So kann beispielsweise die Bundesversammlung zwar den Bundesrat wählen, muss danach mit dem Produkt ihrer eigenen Entscheidung jedoch während vier Jahren leben. Im Gegenzug ist es der Regierung verwehrt, das Parlament aufzulösen. Kurz zusammengefasst liegt in der Schweiz die formelle, auf rechtliche Kompetenzen bezogene Macht schwergewichtig beim Parlament (unter Vorbehalt der Volksrechte), während die informelle, von der Verfügbarkeit personeller, finanzieller und informationeller Ressourcen abhängige Macht eindeutig der Exekutive bzw. Verwaltung zugeschrieben wird (Schwarz, Bächtiger und Lutz 2009, im Erscheinen).

Die Teilung von Machtressourcen spielt sich aber nicht nur *zwischen* den Institutionen ab, sondern auch *innerhalb* dieser. Die nach dem Departementsprinzip organisierte Kollegialregierung dient hierfür als Beispiel auf Stufe Exekutive (Riklin 2006). Auf Parlamentsebene haben Föderalismus und Verhältniswahlrecht bisher verhindert, dass im Nationalrat seit 1919, dem Jahr der Einführung des Nationalratsproporz, eine einzelne Partei auch nur annähernd die Stimmenmehrheit auf sich vereinigen konnte. Für die Mehrheitsbildung in der grossen Kammer bedeutet dies, dass rechnerisch immer mindestens zwei der vier

grossen Parteien zusammenspannen müssen. In der Praxis sind in der Regel gar deren drei notwendig, weil mangelnde Parteigeschlossenheit, Absenzen im Rat, das symmetrisch-bikamerale Parlamentssystem sowie eine allfällige Volksabstimmung das Entscheidungsergebnis unsicherer machen und Anreize zu einer umfassenderen Mehrheitsbildung setzen. Macht ist darum auch innerhalb des Parlaments ungewöhnlich breit und relativ gleichmässig verteilt (Neidhart 2007), was angesichts des fehlenden Drucks zur Unterstützung der eigenen Regierung die Frage aufwirft, wie die Mehrheitsbildung bei Gesetzesvorlagen zustande kommt.

Das schweizerische Parlamentssystem funktioniert nicht über stabile Parlamentsmehrheiten, auf die sich die Regierung verlassen kann. Das Zusammenwirken verschiedenster institutioneller Kräfte — angefangen bei der Unabhängigkeit des Bundesrats von der parlamentarischen Tagesaktualität über die föderalistisch organisierten, heterogen zusammengesetzten und mit relativ wenig Zentralgewalt ausgestatteten nationalen Parteien bis hin zu den Möglichkeiten und Wirkungen der direkten Demokratie — bildete die Voraussetzung für das Entstehen des heute bestehenden Systems einer parallelen Regierungs- und Parlamentskonkordanz. Konkordanz bedeutet indes nicht politische Einmütigkeit, sondern Beteiligung aller wichtigen politischen Kräfte an der Macht durch ein System wechselnder Koalitionen in der Entscheidungsfindung. Statt der scharfen Trennung von Regierungs- und Oppositionsverantwortlichkeit, die der Logik parlamentarischer Systeme entspricht, wird im Konkordanzsystem die Opposition in die Regierung getragen, während Regierungsparteien auch Oppositionspolitik betreiben dürfen. Eine Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems besteht darin, dass sich keine Partei systematisch und über längere Zeit von den anderen in die Minderheit versetzt sieht, dass also alle Beteiligten hin und wieder Erfolge verbuchen können, wenn auch nicht alle im selben Ausmass: Keine Gruppe gewinnt immer, keine verliert immer (Linder 2005, 314).

Der mediale Fokus der Konkordanzdebatte richtet sich (zu) stark auf die Frage der Regierungsbeteiligung. Konkordanz wird vor allem als Regierungskonkordanz wahrgenommen und verstanden. Vergessen geht dabei, dass das Wechselspiel der Mehrheitsbildung auch in den beiden Kammern der Bundesversammlung eine wichtige Voraussetzung für ein funktionierendes Konkordanzsystem darstellt. Würden Regierungsvorlagen als Produkte wechselnder Bundesratsmehrheiten im Parlament durch eine fixe Koalition in immer dieselbe ideologische Richtung verändert, bräche ein bedeutendes Element des Machtteilungssystems weg:

„Der Sinn der Konkordanz liegt nicht in Zauberformel oder ewigen Ansprüchen historischer Partner, sondern in der Sicherstellung des grösstmöglichen Ausgleichs in einem System, das keine Regierungswechsel kennt“ (Linder 1987, 216).

Regierungskonkordanz ohne ein funktionierendes System wechselnder Mehrheiten auf legislativer Stufe mündet in einen bloss formalen Machtteilungs- und Ausgleichsprozess, hinter dem sich eine informelle Mehrheitspolitik verbirgt. Die Frage nach den Merkmalen des Spiels wechselnder Mehrheiten in der Legislative erweist sich somit als essenziell für das schweizerische System.

Koalitionen lassen sich auf unterschiedliche Weise definieren und darstellen. Für die hier erörterte Fragestellung erweist sich die Darstellung von Koali-

tionsmustern mit Gegenkoalition als die geeignetste.²⁹ Abbildung 3.1 stellt die Häufigkeit der Koalitionsmuster im Untersuchungszeitraum 1996–2005 getrennt nach Legislaturperiode dar. Der Fokus liegt auf dem Koalitionsverhalten der vier Bundesratsparteien, während in der Abbildung ganz rechts die gemeinsame Allianz der vier Regierungsparteien gegen die Grünen als die grösste Nichtregierungspartei dargestellt ist.

Die mit rund 2.5 Prozent äusserst geringe Bedeutung dieses letzten Koalitionsusters, welches in einem rein parlamentarischen System als Regelfall gelten müsste, sagt bereits sehr viel über das Funktionieren des schweizerischen Parlamentssystems jenseits einer simplen Dichotomie von Regierung und Opposition aus.³⁰ Die Abbildung zeigt aber auch, dass das Konkordanzsystem nicht zu einer gleichmässigen Verteilung der Allianzen unter den vier Bundesratsparteien führt. Eindeutig am häufigsten in der alleinigen „Opposition“ befindet sich in rund 40 Prozent der Fälle die SP. Das zweithäufigste Muster bildete bis vor kurzem die „christlich-soziale“ Allianz zwischen SP und CVP gegen die rechtsbürgerliche Koalition aus FDP und SVP (rund 15 Prozent der Fälle). Die dynamischste Entwicklung ist seit 1996 beim SVP-Oppositionsmuster zu verzeichnen; betrug der Anteil in der 45. Legislaturperiode noch unter zehn Prozent, nahm er bis zur ersten Hälfte der 47. Legislaturperiode auf rund 18 Prozent der Fälle sprunghaft zu. Alle anderen Koalitionsmuster — unter ihnen die in ihrer Häufigkeit überschätzte „unheilige Allianz“ zwischen SP und SVP gegen die politische Mitte aus CVP und FDP — kommen hin und wieder zustande, sind jedoch höchstens qualitativ, nicht aber quantitativ von Bedeutung. Das Koalitionsverhalten im Nationalrat spielt sich somit im Wesentlichen entlang der herkömmlichen Links-rechts-Achse ab: SP und SVP verharren in aller Regel auf ihren Positionen, während CVP und FDP das Wechselspiel der Koalitionen herbeiführen und dieses mit geschicktem Verhalten zu ihren Gunsten ausnutzen können.

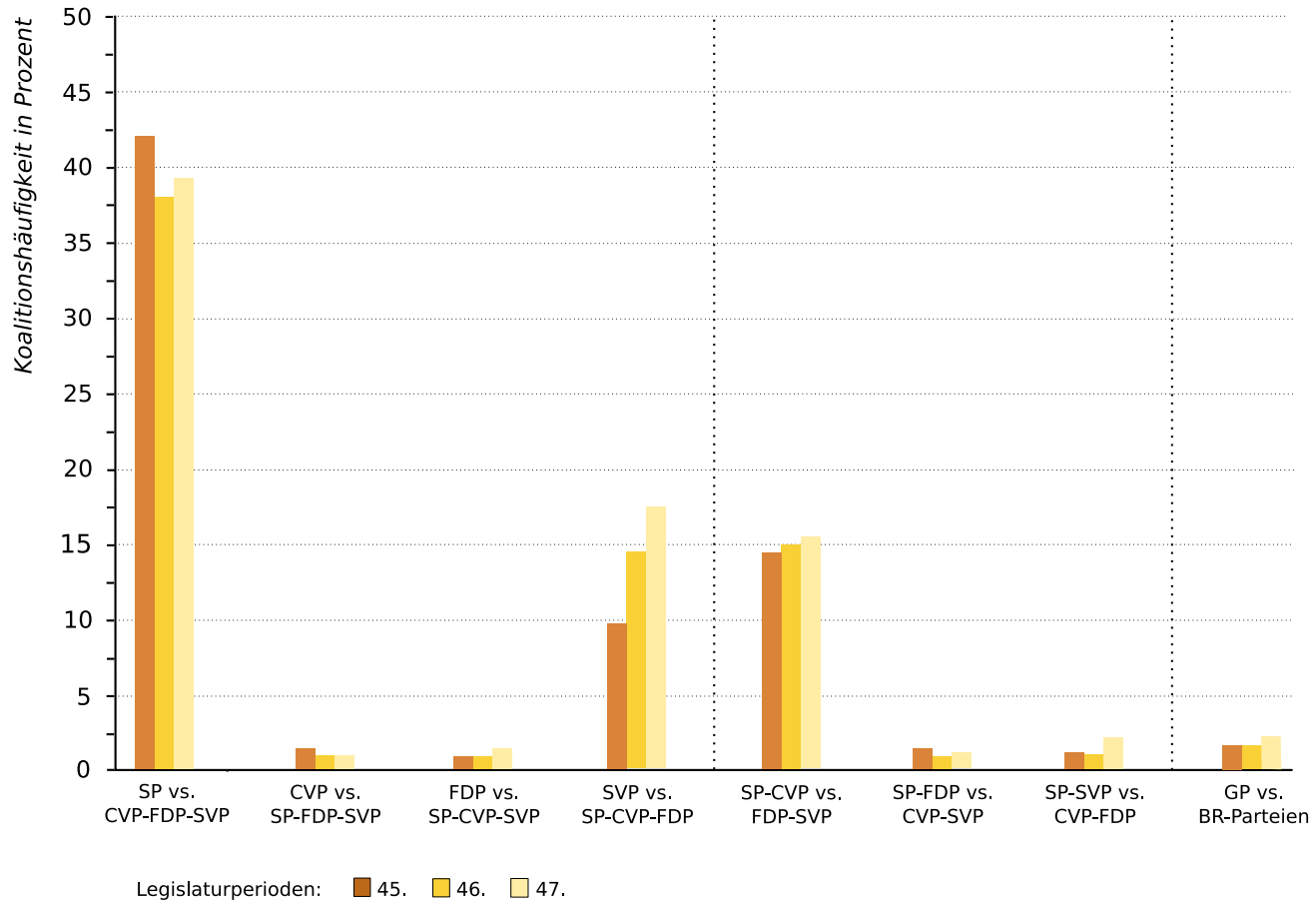
Fallweise Koalitionsbildung kann grundsätzlich zwei Formen annehmen: Sie kann erstens rein themenabhängig erfolgen, d.h. bei Vorlagen im selben Themenbereich bildet sich ständig dieselbe Koalition. Wechselnde Koalitionen manifestieren sich unter diesem Modus hauptsächlich *zwischen* den Themenbereichen, jedoch nicht *innerhalb* dieser. Was im Gesamtbild als wechselnde Koalitionsmuster erscheint, wären in Tat und Wahrheit thematisch gebundene Koalitionen. Den Gegensatz dazu bilden wechselnde Koalitionen sowohl zwischen als auch innerhalb der einzelnen Themenbereiche. Welcher Mechanismus der Koalitionsbildung trifft auf den schweizerischen Nationalrat zu? Die Abbildung 3.2 stellt die Häufigkeit der Koalitionsmuster nach Politikbereichen³¹ dar und liefert Hinweise für beide Ansätze: Einerseits lässt sich eindeutig erkennen, dass jeder Politikbereich von unterschiedlichen Koalitionsmustern geprägt ist: In keinem

²⁹Für die Definition von Koalition bzw. Gegenkoalition gelangt das einfache 50 Prozent-Kriterium zur Anwendung, d.h. eine Koalition bildet sich dann, wenn in (mindestens) zwei Fraktionen jeweils mehr als 50 Prozent der stimmenden Fraktionsmitglieder eine gemeinsame Position einnehmen (vgl. Schwarz und Linder 2006, 38).

³⁰Daraus darf nicht geschlossen werden, dass die vier Bundesratsparteien kaum gemeinsames Stimmverhalten aufweisen würden, denn die Abbildung macht keine Aussagen über Vorlagen, welche das Parlament ganz oder praktisch oppositionslos passieren. Insgesamt bildeten die vier Regierungsparteien in knapp 20 Prozent der Fälle eine gemeinsame Koalition, allerdings ist dieser Anteil zwischen der 45. und 47. Legislaturperiode von über 21 auf unter 16 Prozent gesunken.

³¹Abgebildet sind 16 Politikbereiche gemäss Beschreibung in Abschnitt 5.3.

Abbildung 3.1: Koalitionsmuster unter Bundesratsparteien mit Gegenkoalition, 45.–47. Legislaturperiode



Bereich bilden sich ständig dieselben Allianzen. Dies gilt selbst dann, wenn man die Koalition aller vier Bundesratsparteien, worunter sich häufig unbestrittene Vorlagen befinden, ausblendet. Die einseitigste Koalitionsbildung findet sich im sicherheitspolitischen Bereich, wo sich in rund 50 Prozent der Fälle die drei bürgerlichen Regierungsparteien gegen die SP wenden. Selbst in diesem von der Links-rechts-Polarisierung am stärksten gezeichneten Politikfeld weisen also rund die Hälfte der Abstimmungen andere Allianzmuster auf. Es zeigt sich: Selbst wenn ein bestimmtes Koalitionsmuster dominiert, kommt auch innerhalb der Themenbereiche das Wechselspiel der Koalitionsbildung im Untersuchungszeitraum deutlich zum Tragen.

Dennoch sind bei den Koalitionshäufigkeiten die themenspezifischen Unterschiede klar erkennbar. Die Themenfelder in der Abbildung 3.2 sind in absteigender Häufigkeit „blockübergreifender“ Koalitionsmuster sortiert, d.h. beim zuerst genannten Bereich der internationalen Politik sind am häufigsten Muster zu beobachten, bei denen die SP mit einem oder mehreren bürgerlichen Partnern zusammenspannt, während beim zuletzt genannten Bereich der Sicherheitspolitik wie bereits geschildert die SP (bzw. das links-grüne Lager insgesamt) sehr oft allein dasteht. Letzteres entspricht der klassischen, die schweizerische Politik unvermindert prägenden Links-rechts-Konfliktlinie (Linder, Zürcher und Bolliger 2008). Die empirische Spannweite ist beträchtlich: Beim Muster „SP vs. vereinte Bürgerliche“ beträgt sie zwischen rund 20 (internationale Politik) und 50 Prozent (Sicherheit), bei der Koalition aller vier Bundesratsparteien gar zwischen neun (Migration) und rund 45 Prozent (internationale Politik). Die thematische Verortung einer Vorlage spielt darum für die Koalitionsbildung eine wichtige, aber offensichtlich keine ausschliessliche Rolle. Wechselnde Koalitionen treten in allen Bereichen auf.

Nicht nur anhand des Vergleichs der Themenbereiche, auch wenn man die durchschnittliche Anzahl unterschiedliche Koalitionsmuster pro behandeltes Geschäft berechnet, gelangt man zum Schluss, dass wechselnde Koalitionen ein etabliertes Mehrheitsbildungsprinzip im schweizerischen Parlament darstellen. Abbildung 3.3 zeigt einen deutlich positiven Zusammenhang der Anzahl Abstimmungen innerhalb eines Geschäfts und der Anzahl unterschiedliche Koalitionsmuster, die sich im Durchschnitt bilden. Bei der Interpretation der Grafik ist darauf zu achten, dass die maximale Zahl der Koalitionsmuster einerseits von der Anzahl Abstimmungen, andererseits von der Anzahl unterschiedlicher Koalitionsmuster, welche im vorliegenden Fall neun³² beträgt, begrenzt ist. Die Darstellung stützt die These, dass sich das Wechselspiel der Koalitionen nicht nur zwischen und innerhalb von Themenbereichen, sondern ebenso innerhalb einzelner Geschäfte manifestiert.

Insgesamt lässt sich folgendes Fazit ziehen: Unabhängig davon, ob man die Koalitionsbildung gesamthaft im Zeitverlauf, nach einzelnen Themenbereichen oder auf der Ebene der behandelten Geschäfte untersucht, wechselnde Koalitionsmuster bilden stets ein wesentliches Element der Mehrheitsbildung im Nationalrat.³³

Wenn die Allianzpartner im Verlaufe eines Gesetzgebungsprozesses häufig wechseln, stellt dies eine grosse — möglicherweise eine zu grosse — Herausfor-

³²Neben sieben Koalitionsmustern mit Gegenkoalition zusätzlich die Koalition aller vier Bundesratsparteien sowie die Variante „andere/keine Koalitionsformen“.

³³Auch wenn Längsschnittdaten zum Ständerat fehlen, ist es schwer vorstellbar, dass in der kleinen Kammer andere Mehrheitsbildungsmechanismen anzutreffen wären.

Abbildung 3.2: Koalitionsmuster nach Themenbereichen, 1996–2005

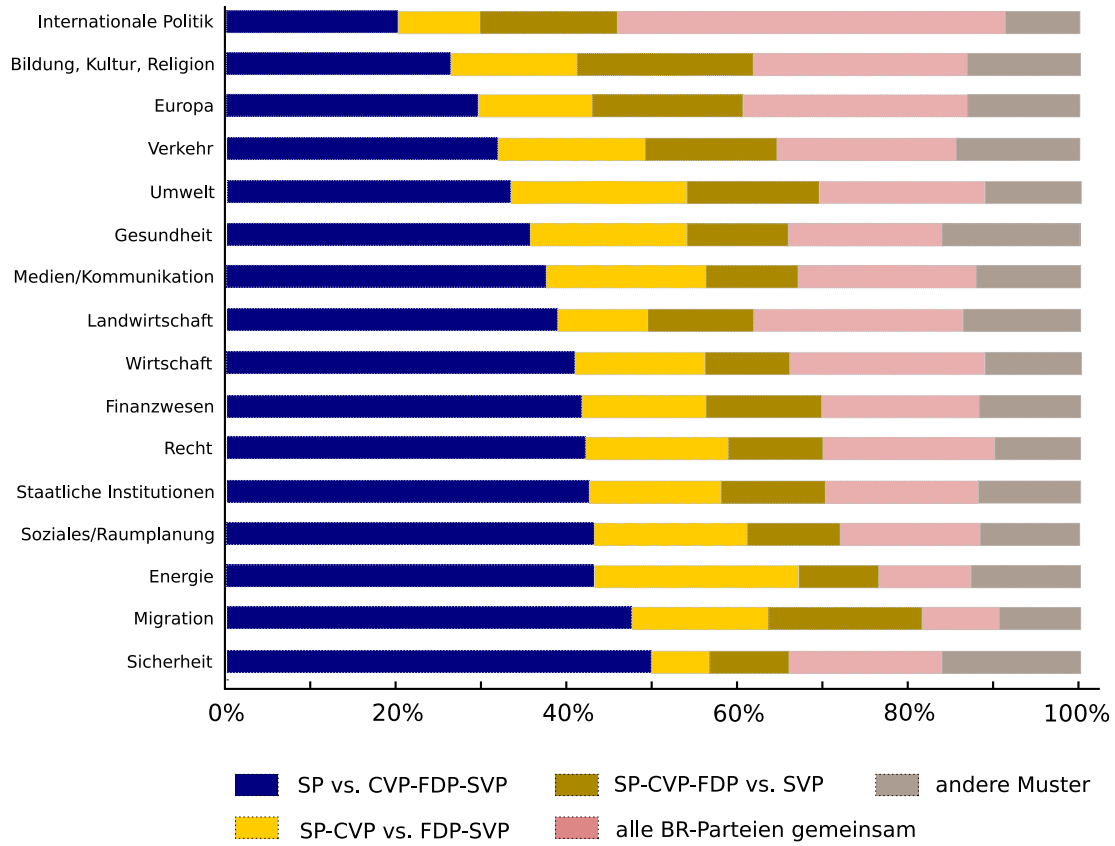
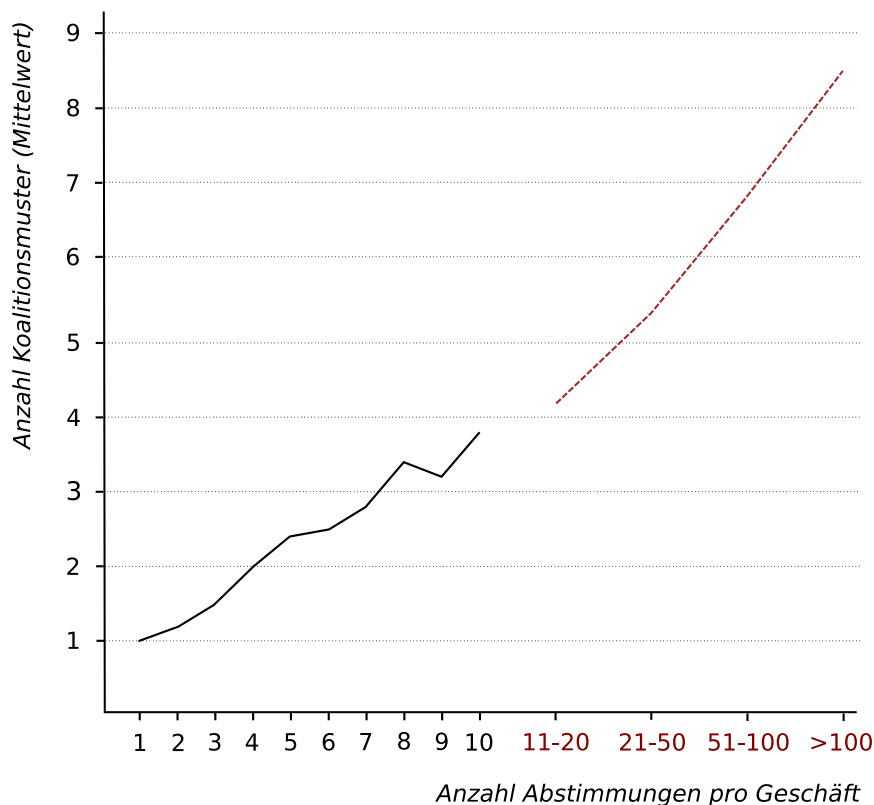


Abbildung 3.3: Anzahl unterschiedliche Koalitionsmuster nach Anzahl Abstimmungen pro Geschäft, 1996–2005



derung an die Fraktionsleitung dar, jederzeit den Überblick über das Verhalten der eigenen Gruppe zu behalten sowie rechtzeitig zu erkennen und angemessen zu intervenieren, wenn die Folgen abweichenden Verhaltens den Parteiinteressen zuwider laufen. Das Spiel der wechselnden Mehrheiten trägt darum in einem Umfeld ressourcenschwacher, wenig professionalisierter Fraktionsstrukturen und einem föderalisierten Parteiensystem sicher nicht zur Homogenität der parlamentarischen Fraktionen bei. Zusätzliche Unruhe ins Koalitionsverhalten bringt das Zweikammersystem, wie von Schwarz und Linder (2008, 26 ff.) festgehalten wird: Die Stabilität desjenigen Koalitionsusters, das sich in der nationalrätlichen Gesamtabstimmung (d.h. nach erstmaliger Beratung der gesamten Vorlage durch die grosse Kammer) gebildet hat, nimmt gegenüber dem Muster in der Schlussabstimmung mit zunehmender Anzahl Runden im bikameralen Differenzbereinigungsverfahren ab. Während in Vorlagen, bei denen aufgrund der Einigkeit der beiden Räte keine Differenzbereinigung notwendig wird, das Koalitionsmuster in rund 90 Prozent der Fälle erhalten bleibt, sinkt der entsprechende Wert bei Vorlagen mit Differenzbereinigung z.T. auf unter 64 Prozent.

Die Analyse der Koalitionsstabilität im Differenzbereinigungsverfahren zeigt aber auch, dass die wechselnden Mehrheitsbildungsmuster zwischen der absch-

liessenden Phase der Detailberatung (Gesamtabstimmung) und der Beurteilung der definitiven Vorlage nach erfolgtem Ausgleich mit der kleinen Kammer (Schlussabstimmung) keine zusätzliche Belastung für die Fraktionsgeschlossenheit bedeuten, sondern eher ein Allianzwechsel der Fraktionen „en bloc“ zu beobachten ist. Wie im folgenden Abschnitt noch vertieft erörtert wird, weist die Fraktionsgeschlossenheit im Nationalrat in allen Fraktionen relativ hohe Werte auf, sobald die Detailberatungsphase der Gesetzgebung verlassen ist.

3.2 Fraktionsgeschlossenheit

Nicht nur das Koalitionsverhalten zwischen den Fraktionen, sondern auch das Stimmverhalten innerhalb der Fraktionen fällt zeitweise recht heterogen aus. Wie bereits ausgeführt, bildet die Fraktionsgeschlossenheit das kollektive Korrelat zum individuellen Stimmverhalten, indem individuelle Heterogenität in der Summe zu tiefer Fraktionsgeschlossenheit führt (und umgekehrt). Es lohnt sich also ein differenzierender Blick auf die typischen Merkmale der Fraktionsgeschlossenheit im Nationalrat der Jahre 1996–2005.

Üblicherweise wird den Fraktionen über sämtliche Abstimmungen hinweg ein einziger Wert der Fraktionsgeschlossenheit zugeschrieben. Seit den ersten Untersuchungen fiel dieses Pauschalurteil immer sehr ähnlich aus: Die SP bildet unter den vier Bundesratsparteien die homogenste Fraktion, während die drei bürgerlichen Regierungspartner aufgrund parteiideologischer und -soziologischer Faktoren eine geringere Geschlossenheit aufweisen (für eine Übersicht vgl. Schwarz und Linder 2007 sowie Abschnitt 2.2.5.3). Einzig die konkrete Rangfolge unter den bürgerlichen Parteien variierte je nach Untersuchung leicht; meist zeigte sich die SVP etwas geschlossener als CVP und FDP, welche die Plätze drei und vier untereinander ausmachten.

Eine der ersten Studien, welche dieses Gesamtbild hinterfragt hat, wurde durch Clavel (2004) erstellt (vgl. Abschnitt 2.2.5.3 sowie die zusammenfassende Darstellung durch Sciarini 2007). Clavel (2004, 44f.) analysiert die Schlussabstimmungen aus den Jahren 1995–2003 von Vorlagen, welche dem fakultativen oder obligatorischen Referendum unterstanden, und gelangt auf diese Weise zum Schluss, dass innerhalb dieser formell bedeutendsten Abstimmungskategorie die SVP die geringste Geschlossenheit aufweist, während die CVP zur homogensten Fraktion avanciert. Der Autor weist somit auf einen wichtigen Punkt bei der Analyse der Fraktionsgeschlossenheit hin: Die Homogenität des Stimmverhaltens hängt stark vom Abstimmungs- bzw. Geschäftstypus ab, was darauf hinweist, dass die Parteien (bzw. individuellen Fraktionsmitglieder) den einzelnen Vorlagentypen unterschiedliche Bedeutung zumessen.

Von einer stark verbesserten Datenbasis profitierend, welche neben namentlichen auch nicht-namentliche Abstimmungen einbezieht, wird nachfolgend die Analyse der Fraktionsgeschlossenheit weiter differenziert. Die hier untersuchten Daten erlauben für die Zeit von 1996 bis 2005 präzisere Aussagen zu unterschiedlichen Geschäftsarten, Gesetzgebungsphasen, Abstimmungstypen, Politikfeldern usw. als sämtliche Studien davor.³⁴ Als Ausgangspunkt dient eine Auswertung herkömmlichen Zuschnitts: die Fraktionsgeschlossenheit über sämtliche 7'997 Abstimmungen zwischen der Wintersession 1996 und der Herbstsession 2005. Als Masszahl wird der sogenannte Agreement-Index (AI) nach der Formel von

³⁴Vgl. für eine genaue Beschreibung des untersuchten Datensatzes Abschnitt 4.2.

Tabelle 3.1: Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) über alle Nationalratsabstimmungen, 1996–2005 ($N = 7'997$)

	AI-Wert	s
CVP	0.820	0.224
FDP	0.839	0.215
SP	0.925	0.173
SVP	0.882	0.191

Hix, Noury und Roland (2005) herangezogen.³⁵ Die Auswertung ergibt das bekannte Gesamtbild: Die homogenste Fraktion bilden die Sozialdemokraten, eine Mittelposition nimmt die SVP ein, am Ende der Rangliste figuriert die FDP, knapp vor der CVP (vgl. Tabelle 3.1). Die mit der Variable s bezeichnete Standardabweichung³⁶ zeigt, dass sich das Ausmass der Streuung umgekehrt zum Niveau der Fraktionsgeschlossenheit verhält. Dies weist darauf hin, dass insbesondere bei CVP und FDP die Geschlossenheit in den Abstimmungen stark kontextabhängig ausfällt. Welche Faktoren hierbei eine Rolle spielen, wird im Folgenden aufgezeigt.

Eine erste Unterscheidung betrifft die Art des Geschäfts, das zur Abstimmung steht. Das bedeutendste Kriterium bezieht sich auf die Frage, ob das vorliegende Geschäft eine direkte Gesetzgebungswirkung entfaltet oder nicht. Ersteres ist bei vom Bundesrat eingebrachten Geschäften, bei parlamentarischen Initiativen sowie bei Standesinitiativen der Fall, während alle sonstigen parlamentarischen Vorstösse (d.h. hauptsächlich Motionen und Postulate) zur zweiten Kategorie zählen.³⁷ Die Frage, bei welchen Geschäften eine höhere Fraktionsgeschlossenheit zu erwarten ist, ist aus theoretischer Perspektive nicht eindeutig zu beantworten. Einerseits kann angenommen werden, dass Abstimmungen, bei denen es „um etwas geht“, von der Fraktionsleitung und den einzelnen Ratsmitgliedern ernster genommen und auch eher disziplinierende Massnahmen eingesetzt werden. Andererseits eignen sich die einfachen parlamentarischen Vorstösse besser, um gegenüber dem eigenen Wählersegment klare ideologische

³⁵Der AI besitzt gegenüber dem häufig angewandten Rice-Index (vgl. Rice 1925 sowie Abschnitt 2.2.5.3) den Vorteil, dass neben Ja- und Nein-Stimmen auch Enthaltungen einbezogen werden. Der AI-Wert berücksichtigt dadurch, dass in ideologisch homogenen Fraktionen — was in der vorliegenden Studie v.a. auf die SP zutrifft — Differenzen mit der Fraktionsmehrheit eher mit Stimmenthaltung als mit klarer Abweichung ausgedrückt werden, um einer unangenehmen Konfrontation mit der eigenen Partei auszuweichen. Der AI berechnet sich wie folgt:

$$AI = \frac{\max\{J, N, E\} - 1/2(J + N + E - \max\{J, N, E\})}{J + N + E}$$

wobei J , N und E die Anzahl Ja- und Nein-Stimmen bzw. Enthaltungen bedeuten.

³⁶Die Standardabweichung stellt ein ebenso einfaches wie beliebtes Streuungsmass dar und berechnet sich wie folgt:

$$s = \sqrt{\frac{\sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})^2}{n - 1}}$$

wobei x_i die beobachteten Werte, n die Anzahl Beobachtungen und \bar{x} den Mittelwert der Beobachtungen darstellt.

³⁷Zu den Arten der parlamentarischen Vorstösse vgl. Art. 118 ff. des Parlamentsgesetzes (ParlG).

Tabelle 3.2: Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) nach Geschäftsarten, 1996–2005

	AI-Werte (<i>s</i>)	
	Bundesratsgeschäfte	Motionen/Postulate
CVP	0.835 (0.217)	0.731 (0.246)
FDP	0.849 (0.210)	0.793 (0.234)
SP	0.926 (0.173)	0.931 (0.172)
SVP	0.882 (0.192)	0.909 (0.154)
	<i>N</i> = 6'309	<i>N</i> = 592

Positionen zu signalisieren. Tabelle 3.2, welche die Bundesratsgeschäfte den Motionen und Postulaten gegenüberstellt, zeigt darum ein höchst unterschiedliches Verhalten der Parteien: Während CVP und FDP deutlich geschlossener auftreten, wenn über Vorlagen des Bundesrats debattiert wird, spielt bei SP und SVP der gegenteilige Effekt; der AI-Wert fällt bei diesen beiden Parteien höher aus, wenn einfache parlamentarische Vorstösse zur Abstimmung gelangen. Das unterschiedliche Verhalten von CVP und FDP auf der einen sowie SP und SVP auf der anderen Seite ist Ausdruck der unterschiedlichen Strategien, die diese Parteien im Nationalrat umsetzen: Während sich CVP und FDP stärker auf die eigentliche Gesetzgebung und die Suche nach mehrheitsfähigen Lösungen konzentrieren, nutzen SP und SVP verstärkt die parlamentarischen Vorstösse als Schaufenster gegenüber der Wählerschaft.

Das Geschäftsreglement des Nationalrats (GRN) bestimmt in Art. 57, dass das Stimmverhalten in der grossen Kammer mittels elektronischer Anlage ausgezählt und gespeichert wird. Davon wird nur ein Teil — rund ein Drittel aller Abstimmungen (vgl. Schwarz 2005) — in Form einer Namensliste veröffentlicht. Der grosse Rest ist gemäss Reglement bloss „öffentlich einsehbar“, d.h. auf begründetes Gesuch hin erhältlich. Unter den veröffentlichten Daten sind wiederum zwei Kategorien zu unterscheiden: die von Gesetzes wegen automatisch publizierte Abstimmungen (Gesamt- und Schlussabstimmungen sowie Abstimmungen, für deren Annahme aufgrund Art. 159 Abs. 3 BV die Mehrheit aller Ratsmitglieder notwendig ist) sowie die auf Verlangen von 30 Ratsmitgliedern publizierte Abstimmungen. Interessant ist es, die Fraktionsgeschlossenheit zwischen der letztgenannten Gruppe und den Abstimmungen ohne veröffentlichte Namensliste zu vergleichen, denn nur zwischen diesen beiden Kategorien liesse sich ein allfälliger „Publikationseffekt“ erkennen. In der Abbildung 3.4 sind die entsprechenden Veränderungen für zwei Geschäftskategorien dargestellt (Detailabstimmungen zu Bundesratsgeschäften sowie Abstimmungen zu Motionen und Postulaten). Die Grafik zeigt deutliche Differenzen zwischen den Fraktionen, sowohl was die Motivation als auch was die Auswirkungen einer Veröffentlichung des individuellen Stimmverhaltens auf Verlangen betrifft: Bei CVP und FDP ist eine deutlich tiefere Fraktionsgeschlossenheit erkennbar, wenn eine namentliche Abstimmung verlangt wurde. Diese Verhaltensänderung kann zwei Ursachen haben: Erstens, durch die verlangte namentliche Abstimmung geraten einzelne Mitglieder der Mitteparteien in einen Loyalitätskonflikt, wenn die Mehrheitsposition ihrer Fraktion z.B. den Interessen ihrer Wählerbasis, ihrer Kantonalpartei oder wichtiger Interessengruppen zuwider läuft. Blicke die Abstimmung

unveröffentlicht, erhielten diese wiederwahlrelevanten Gruppen über das Stimmverhalten höchstwahrscheinlich keine Kenntnis. Zweitens, die Veröffentlichung des Stimmverhaltens wird vom politischen Gegner z.B. aus wahlstrategischen Überlegungen verlangt, um die uneinheitliche Haltung der Mitteparteien transparent zu machen bzw. um diese Parteien vor der Öffentlichkeit blosszustellen. In diesem Fall besteht zwischen der verlangten Publikation und der tiefen Fraktionsgeschlossenheit kein kausaler Zusammenhang; die mangelnde Geschlossenheit wird lediglich öffentlich gemacht. Beiden Varianten ist gemeinsam, dass die Veröffentlichung des Stimmverhaltens nicht von der eigenen Fraktion, sondern vom politischen Gegner verlangt wird.

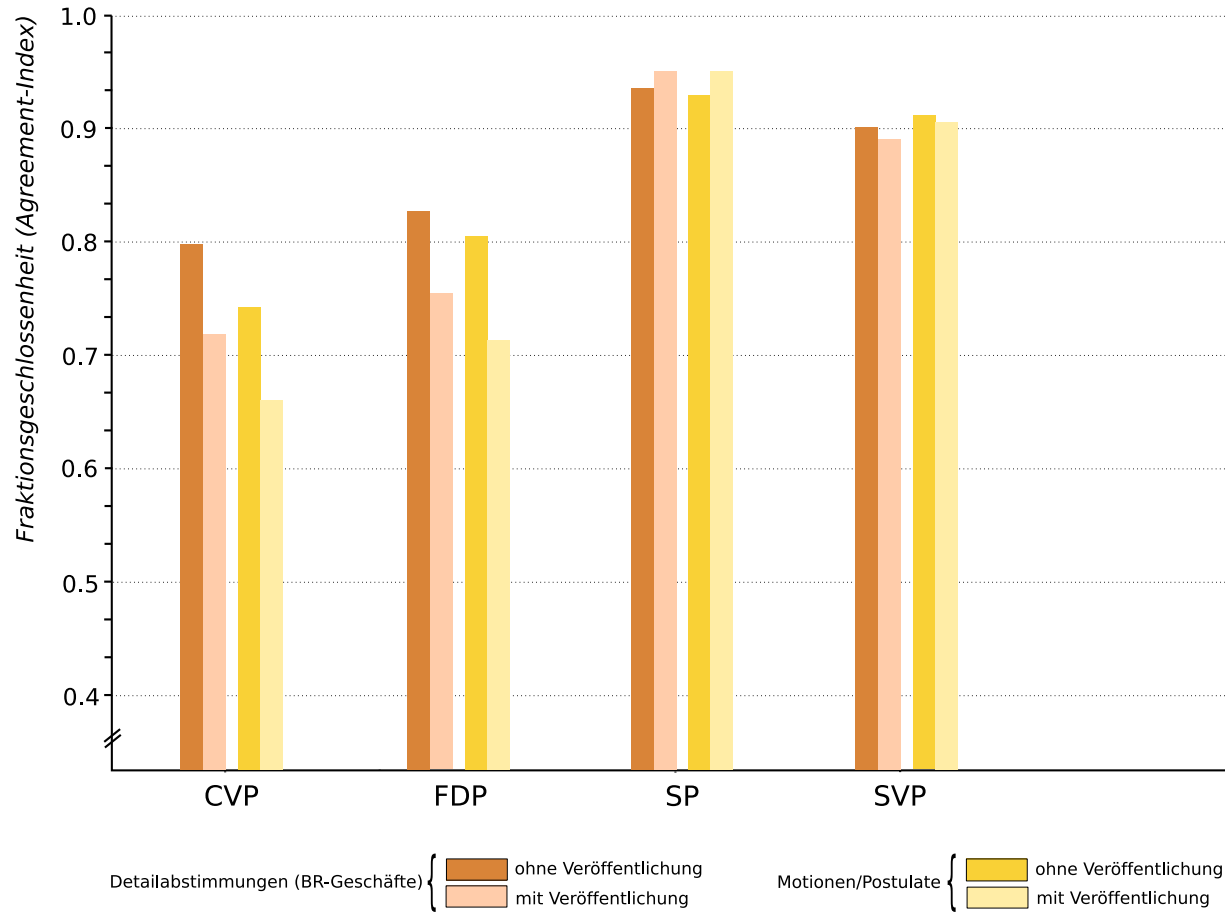
Über die parteipolitische Urheberschaft der verlangten namentlichen Abstimmungen wird bei den Parlamentsdiensten keine Statistik geführt. Gemäss Auskunft der Parlamentsdienste³⁸ darf jedoch davon ausgegangen werden, dass mehrheitlich das links-grüne Lager dafür verantwortlich zeichnet; in den letzten Jahren ist zudem seitens der SVP eine zunehmende Nutzung dieses Instruments zu verzeichnen. Kaum genutzt wird es hingegen von der CVP und FDP. Dies passt zu den Informationen, die der Abbildung zu entnehmen sind: Die SP bildet die einzige Fraktion, welche in den veröffentlichten Abstimmungen eine höhere Geschlossenheit aufweist, während die Geschlossenheit der SVP zwischen publizierten und nicht publizierten Abstimmungen relativ stabil bleibt bzw. nur leicht sinkt.

Wie gesehen, beruht die Einreichung parlamentarischer Vorstösse auf unterschiedlichen Motiven: Sie kann als Signal an die eigene Wählerschaft, der Blossstellung des politischen Gegners oder auch als ernsthafter Versuch dienen, einen mehrheitsfähigen Gesetzgebungsprozess zu initiieren. Um diesen unterschiedlichen Motivlagen und den sich daraus ergebenden Verzerrungen des Niveaus der Fraktionsgeschlossenheit auszuweichen, wird im Folgenden die Entwicklung der Geschlossenheit in der Periode 1996–2005 allein auf der Basis von Bundesratsgeschäften untersucht (Abbildung 3.5). Der Verlauf der Linien zeigt, dass in den neun Untersuchungsjahren markante Veränderungen ausgeblieben sind. So kann höchstens von einem schwachen Trend in Richtung höhere Geschlossenheit der Fraktionen ausgegangen werden. Auffällig sind die Parlamentsjahre 1999 und 2000 (was der Zeitspanne zwischen der Wintersession 1998 und der Herbstsession 2000 entspricht), wo die AI-Werte der vier Parteien stark konvergieren. Die Jahre danach zeigen allerdings, dass es sich lediglich um ein kurzfristiges Phänomen gehandelt hat. So besteht die einzige Veränderung, die sich nachhaltig etabliert hat, darin, dass die FDP bei Bundesratsgeschäften etwas homogener auftritt als die CVP.

Berechnet und in der Grafik eingezeichnet wurde auch die gemeinsame Geschlossenheit aller vier Bundesratsparteien, d.h. der AI-Wert wurde so berechnet, als ob die vier Regierungspartner eine einzige Fraktion bilden würden. Analog zur bereits erfolgten Darstellung der wechselnden Koalitionsmuster (vgl. Abschnitt 3.1) zeigt auch diese Analyse, dass die politischen Gemeinsamkeiten aller vier Parteien deutlich geringer sind. Im Unterschied zur Koalitionsanalyse ist jedoch keine fortschreitend sinkende Tendenz festzustellen. Dies stützt die Auffassung, wonach sich das Konkordanzsystem im Parlament nicht an gemeinsamen politischen Inhalten bzw. an der Einigkeit in der Sache orientiert, sondern

³⁸Telefonischer Kontakt mit Ernst Frischknecht von der Dokumentationszentrale der Parlamentsdienste im Herbst 2006.

Abbildung 3.4: Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) nach Publikationsstatus, 1996–2005



Detailabstimmungen (BR-Geschäfte) { ■ ohne Veröffentlichung ■ mit Veröffentlichung Motionen/Postulate { ■ ohne Veröffentlichung ■ mit Veröffentlichung

Hinweis: Die y-Achse beginnt erst beim Wert 0.4, wodurch die vorgefundenen Unterschiede leicht überzeichnet dargestellt werden.

wesentlich auf der Akzeptanz des Systems wechselnder Mehrheiten beruht.³⁹

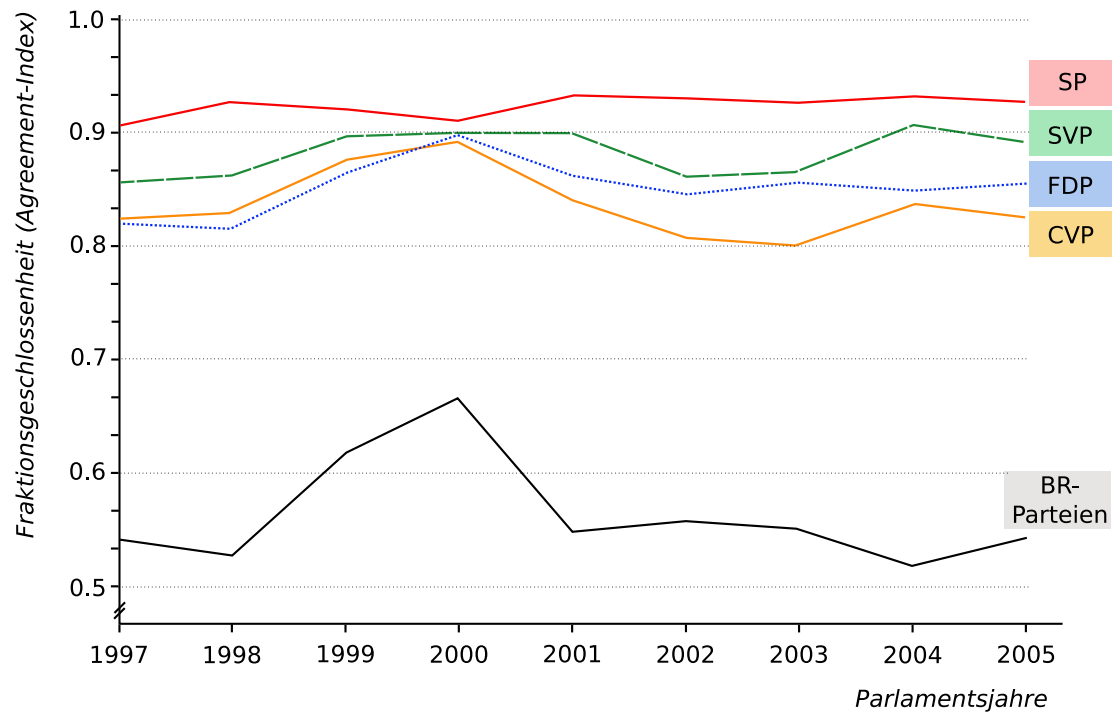
Letztlich zeichnet aber auch die Abbildung 3.5 ein zu grobes Bild der internen Geschlossenheit der vier Fraktionen, denn die Gesetzgebung kennt vier unterschiedliche Phasen, die sich auch im Grad der Geschlossenheit bemerkbar machen:

1. Abstimmungen im Rahmen der Eintretensdebatte
2. Abstimmungen im Rahmen der Detailberatung
3. GesamtAbstimmungen
4. Schlussabstimmungen

Die Phasen eins, drei und vier zeichnen sich dadurch aus, dass Entscheidungen über ein Gesamtpaket gefasst werden, während in der zweiten Phase über einzelne Anträge aus der vorberatenden Kommission, den Fraktionen oder von individuellen Ratsmitgliedern abgestimmt wird. In dieser Phase ist das Feld offen für das Einbringen spezifischer Interessen, während in den anderen drei die Gesamtbeurteilung des ganzen Gesetzgebungsprozesses im Vordergrund steht, wodurch sich die Verantwortung der Ratsmitglieder erhöht, denn eine negative Beurteilung kann das gesamte Vorhaben zu Fall bringen. Man könnte daher vermuten, dass das Niveau der Fraktionsgeschlossenheit in der Detailberatung eher dem Muster der parlamentarischen Verstösse gleicht (vgl. Tabelle 3.2), d.h. dass bei CVP und FDP eine tiefe Geschlossenheit auszumachen ist, während sich in den Phasen der Eintretensdebatte, der Gesamt- sowie Schlussabstimmungen zeigt, dass die beiden Mitteparteien als die eigentlichen „Architektinnen“ der Gesetzgebung fungieren und die grösste interne Einigkeit aufweisen. Die Auswertung in Abbildung 3.6 bestätigt diese Vermutung. Mehr noch, die Analyse weist eine überraschend hohe Fraktionsgeschlossenheit der beiden Mitteparteien in der ersten, dritten und vierten Gesetzgebungsphase nach, welche sogar diejenige der SP übertrifft. Auf die SP und SVP bezogen bedeutet dies, dass diese beiden Parteien den Nimbus einer seit jeher (SP) bzw. in den letzten Jahren zunehmend geschlossen auftretenden Parlamentsfraktion (SVP) hauptsächlich durch das Stimmverhalten in der Detailberatung zu Bundesratsgeschäften (sowie bei parlamentarischen Vorstössen) verdienen; im Rahmen der Gesamtbeurteilung von Gesetzgebungsvorlagen bei Gesamt- und Schlussabstimmungen haben hingegen CVP und FDP die Nase vorn.

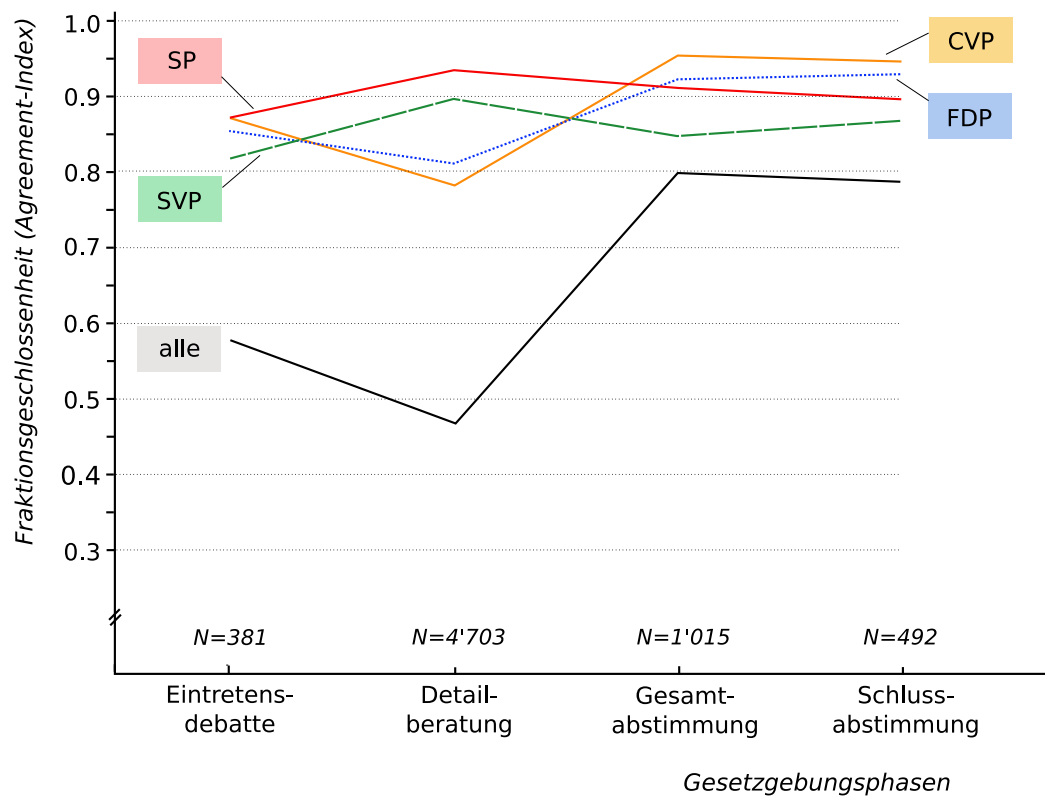
³⁹Dieser Konsens über die Funktionsweise des schweizerischen Parlamentssystems erstreckt sich nicht nur auf die im Bundesrat vertretenen Parteien, sondern wird auch von Nichtregierungsparteien unterstützt. Interessant sind die Veränderungen, welche die kurzzeitige „Oppositionsrolle“ der SVP zu Beginn der 48. Legislaturperiode gebracht haben. Nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung, auch in ersten wissenschaftlichen Untersuchungen zu Koalitionsverhalten, Fraktionsgeschlossenheit und -erfolg bestätigen sich die Erwartungen, dass in der legislativen Arena die Regierung-Oppositions-Logik parlamentarischer Systeme selbst dann nicht spielt, wenn man sich alle Mühe gibt und gezielt darauf hinarbeitet. Vollkommen quer zur parlamentarischen Logik schaffte es die SVP in ihrer „Oppositionsrolle“ im Parlament vermehrte Koalitionen mit den anderen bürgerlichen Parteien einzugehen und insgesamt mehr Erfolge zu erringen als die SP als „Regierungspartei“ (vgl. Hermann 2008) — was bedeutet, dass sich im Vergleich zu früheren Analysen kaum Veränderungen ergeben haben. Es gibt schliesslich keinen Grund, die fallweise Opposition, welche einen festen Bestandteil des Konkordanzsystems darstellt und vor Dezember 2007 von der SVP bereits ausgiebig genutzt worden war, gegen eine permanente Obstruktion einzutauschen, wenn dies am Ende auch den eigenen Interessen schadet.

Abbildung 3.5: Zeitliche Entwicklung der Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) bei Bundesratsgeschäften



Hinweis: Die y-Achse beginnt erst beim Wert 0.5, wodurch die vorgefundenen Unterschiede leicht überzeichnet dargestellt werden.

Abbildung 3.6: Entwicklung der Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) bei Bundesratsgeschäften nach Gesetzgebungsphasen



Hinweis: Die y-Achse beginnt erst beim Wert 0.3, wodurch die vorgefundenen Unterschiede leicht überzeichnet dargestellt werden.

Neben der Gesetzgebungsphase spielt auch der Politikbereich eine entscheidende Rolle für die Analyse der Fraktionsgeschlossenheit. In der Untersuchung ist jedes Geschäft auf der Basis der offiziellen Klassifikation der Parlamentsdienste einem oder mehreren von insgesamt 16 Politikbereichen zugeteilt.⁴⁰ In der Tabelle 3.3 ist für jeden Politikbereich der AI-Mittelwert der vier Bundesratsparteien dargestellt. Wiederum bezieht sich die Analyse ausschliesslich auf die bedeutendste Form der Gesetzgebung, die vom Bundesrat eingebrachten Geschäfte. Fett gedruckt sind für jede Fraktion diejenigen Bereiche, in denen eine besonders hohe Geschlossenheit vorliegt, Kursivdruck weist demgegenüber auf besonders tiefe Geschlossenheitswerte hin. Die Unterschiede innerhalb der Fraktionen sind erheblich. So liegen beispielsweise bei der CVP zwischen dem tiefsten Wert im Energiebereich (0.757) und dem höchsten in der internationalen Politik (0.935) rund 0.18 Indexpunkte.⁴¹ Eine für die CVP recht hohe Geschlossenheit weist die Partei darüber hinaus in den Bereichen Sicherheit, Europa und Wirtschaft auf, während Umwelt, Gesundheit und Migration neben der Energiepolitik weitere Bereiche darstellen, die von stark unterdurchschnittlicher Geschlossenheit geprägt sind.

Recht ähnlich präsentiert sich das Bild bei der FDP, auch wenn die Wertespanne zwischen den Politikbereichen weniger gross ausfällt als bei der CVP. Am geschlossensten tritt die FDP in der Sicherheitspolitik auf (0.910), ebenfalls hohe AI-Werte sind in den Bereichen internationale Politik, Bildung/Kultur, Migration und Wirtschaft zu verzeichnen. Sehr heterogen ist ihr Auftreten demgegenüber in den Bereichen Umwelt (0.794), Energie, Verkehr und Soziales.

Stabil hohe Geschlossenheitswerte ist man sich von der SP gewohnt; so fällt denn auch nur ein Bereich unter die Marke von 0.9, dieser dafür recht deutlich. Es handelt sich dabei um die Sicherheitspolitik (0.817), die offenbar regelmässig zu ungewohnt grossen innerparteilichen Differenzen führt. Die grösste Geschlossenheit weisen die Sozialdemokraten in den aussenpolitischen Feldern der internationalen Politik (0.953) und im Bereich Europa auf. Bei der SVP sticht als klares Kernthema die Migrationspolitik hervor (0.922), gefolgt von den Bereichen Recht und Europa. Am geringsten fällt die Homogenität im Bereich Bildung/Kultur (0.811) sowie in der Umwelt- und Verkehrspolitik aus. Auffallend ist somit, dass in allen drei bürgerlichen Parteien die Umweltthematik zu den Bereichen mit tiefer Fraktionsgeschlossenheit zählt.

Betrachtet man als letztes die gemeinsame Geschlossenheit aller vier im Bundesrat vertretenen Parteien, so zeigt sich, dass neben der internationalen Politik auch die Bereiche Bildung/Kultur sowie Europa eine unter den Verhältnissen des schweizerischen Konkordanzsystems recht hohe Geschlossenheit des „Regierungslagers“ aufweisen. Überaus starke Konflikte sind demgegenüber in der Energie- und Migrationspolitik auszumachen. Insgesamt ist hier festzustellen, dass mit Ausnahme der internationalen Politik kein anderer Politikbereich Geschlossenheitswerte aufweist, welche mit denjenigen der einzelnen Fraktionen vergleichbar wären.

⁴⁰Für Einzelheiten vgl. Abschnitt 5.3.

⁴¹Zum Themenbereich der internationalen Politik ist anzumerken, dass hier die mit Abstand höchste Geschlossenheit unter allen vier Regierungspartnern festzustellen ist (AI-Wert 0.739, vgl. zweitletzte Spalte der Tabelle). Einmal mehr bestätigt sich, dass über sämtliche Abstimmungen betrachtet in diesem Bereich der grösste Konsens herrscht.

Tabelle 3.3: Fraktionsgeschlossenheit (Agreement-Index) bei Bundesratsgeschäften nach Politikbereichen, 1996–2005

Politikbereiche	CVP	FDP	AI-Werte (s)		BR-Parteien	N
			SP	SVP		
Staatliche Institutionen	0.824 (0.215)	0.833 (0.222)	0.927 (0.170)	0.881 (0.199)	0.524 (0.218)	1'645
Internationale Politik	0.935 (0.156)	0.897 (0.196)	0.953 (0.142)	0.865 (0.212)	0.739 (0.258)	507
Sicherheit	0.898 (0.178)	0.910 (0.173)	<i>0.817 (0.257)</i>	0.887 (0.205)	0.579 (0.202)	553
Europa	0.864 (0.202)	0.845 (0.226)	0.951 (0.142)	0.896 (0.183)	0.605 (0.256)	413
Recht	0.843 (0.213)	0.854 (0.203)	0.931 (0.166)	0.897 (0.181)	0.549 (0.232)	2'426
Wirtschaft	0.852 (0.203)	0.858 (0.206)	0.917 (0.179)	0.882 (0.197)	0.580 (0.240)	1'585
Finanzwesen	0.819 (0.220)	0.843 (0.211)	0.930 (0.168)	0.874 (0.198)	0.547 (0.225)	2'483
Soziales	0.836 (0.207)	<i>0.831 (0.216)</i>	0.927 (0.170)	0.880 (0.198)	0.536 (0.218)	1'498
Migration	<i>0.814 (0.222)</i>	0.859 (0.190)	0.928 (0.179)	0.922 (0.158)	<i>0.497 (0.171)</i>	499
Gesundheit	<i>0.812 (0.216)</i>	0.832 (0.214)	0.920 (0.180)	0.870 (0.198)	0.538 (0.217)	452
Bildung/Kultur	0.849 (0.209)	0.864 (0.200)	0.929 (0.174)	<i>0.811 (0.238)</i>	0.611 (0.237)	707
Medien/Kommunikation	0.831 (0.225)	0.845 (0.220)	0.924 (0.176)	0.888 (0.182)	0.558 (0.233)	501
Verkehr	0.846 (0.206)	<i>0.821 (0.232)</i>	0.922 (0.169)	<i>0.840 (0.227)</i>	0.577 (0.240)	710
Umwelt	<i>0.799 (0.228)</i>	<i>0.794 (0.228)</i>	0.935 (0.162)	<i>0.827 (0.225)</i>	0.541 (0.226)	472
Landwirtschaft	0.821 (0.223)	0.835 (0.224)	0.917 (0.164)	0.869 (0.198)	0.577 (0.230)	529
Energie	<i>0.757 (0.237)</i>	<i>0.795 (0.223)</i>	0.938 (0.166)	0.856 (0.210)	<i>0.488 (0.202)</i>	510
Total (alle Bereiche)	0.835 (0.217)	0.849 (0.210)	0.926 (0.173)	0.882 (0.192)		6'309

Legende: **fett** = höchste, *kurisv* = tiefste Geschlossenheitswerte innerhalb einer Fraktion.

3.3 Geschlossenheit nach Regionen und Interessengruppen

Angesichts der erheblichen Spannweite der Fraktionsgeschlossenheitswerte stellt sich die Frage, ob andere Gruppenbezüge existieren, welche in Konkurrenz zum Fraktionszusammenhalt treten. Lüthi, Meyer und Hirter (1991) haben diese Frage mit Blick auf die Interessengruppen bejaht (vgl. Abschnitt 2.2.5.3). Schwarz und Linder (2007) haben diese Frage anhand der Daten von 1996 bis 2005 erneut untersucht. Im Zentrum standen dabei nicht nur die Interessengruppen, sondern auch die regionale Zugehörigkeit der Nationalratsmitglieder. Die Auswertungen der Studie zeigen, dass weder die Geschlossenheit nach Regionen noch diejenige nach Interessengruppen an die Bedeutung der Fraktionsgeschlossenheit herankommen. In quantitativer Hinsicht zeigte sich bei der regionalen Geschlossenheit, welche anhand der vom Bundesamt für Statistik definierten sieben Grossregionen der Schweiz berechnet wurde (vgl. Bundesamt für Statistik 1999), dass in keiner Region ausser dem Tessin ein nennenswerter Abstimmungsanteil mit höherer regionaler als fraktionsmässiger Geschlossenheit vorzufinden ist (die Tessiner Abgeordneten stimmten immerhin in 2.8 Prozent der Abstimmungen unter sich geschlossener als ihre Fraktionen).

Teilweise Bestätigung findet die Vermutung, dass verkehrs- und kulturpolitische Vorlagen dem regional ausgerichteten Stimmverhalten eher förderlich sind, wobei auch hier die Fälle mit höherer Regional- als Fraktionsgeschlossenheit eine klare Minderheit darstellen (Verkehr: 6.9 Prozent der Fälle, Kultur: 5.1 Prozent). Aufgeschlüsselt nach Abstimmungskategorie zeigt sich, dass regionale Bezüge überproportional häufig in der Detailberatungsphase auftreten, während sie unter Gesamt- und Schlussabstimmungen deutlich unterrepräsentiert sind.

Sowohl für die Auswertung zum regionalspezifischen als auch zum interessengruppenorientierten Stimmverhalten gilt es zu beachten, dass die rein zahlenmässige Betrachtungsweise keine Aussage darüber zulässt, ob die wenigen vorgefundenen Fälle nicht allenfalls in qualitativer Hinsicht von hoher Bedeutung sein könnten. Dieser Gesichtspunkt kann auch für die Befindlichkeit und den inneren Zusammenhalt der Fraktionen eine wichtige Rolle spielen: Die grösseren Parteien der Schweiz sind als nationale Parteien konstituiert, welche in allen (Sprach-)Regionen des Landes vertreten sind und daher dämpfend auf regionale Konfliktlinien wirken (Iff 2009, im Erscheinen). Das heisst, dass regionale Konflikte *innerhalb* der Parteien und nicht zwischen ihnen ausgetragen werden. Für den inneren Zusammenhalt einer Fraktion kann es darum auf längere Sicht von existenzieller Bedeutung sein, ausreichende Flexibilität zu zeigen und abweichendes Stimmverhalten aus regionalpolitischen Gründen zuzulassen. Aus dieser Perspektive kann der mangelnden Fraktionsgeschlossenheit insbesondere innerhalb der bürgerlichen Parteien gar eine staatspolitische Bedeutung zugewiesen werden.

Die Beurteilung, ob die Geschlossenheit des Stimmverhaltens nach Interessengruppenzugehörigkeit höher oder tiefer ausfällt als die Fraktionsgeschlossenheit, hat mit der Schwierigkeit zu kämpfen, dass Interessengruppen sehr oft mit einer relativ klaren ideologischen Ausrichtung verbunden sind. Dadurch ergibt sich eine „natürliche“ Nähe bzw. Distanz zu den einzelnen Parteien. Betrachtet man nur die vier Bundesratsparteien, so werden beispielsweise die Gewerkschaftsinteressen zu über 90 Prozent von SP-Fraktionsmitgliedern vertreten,

während Arbeitgeberinteressen sowie rechtsbürgerliche Interessengruppen ihrerseits zu 90 Prozent und mehr von SVP- und FDP-Mitgliedern vertreten werden (vgl. Schwarz und Linder 2007, 26). Viele Interessengruppen sind darum parteipolitisch weitaus homogener als beispielsweise die regionalen Vertretungen in der vorgängigen Analyse, weshalb es kaum erstaunt, dass die Interessengruppengeschlossenheit zu ähnlich hohen Werten gelangen kann wie die Fraktionsgeschlossenheit. Darüber hinaus zielt das Interesse von Interessengruppen definitionsgemäss auf ganz bestimmte Politikbereiche, weshalb es wenig Sinn macht, Vorlagen in die Messung einzubeziehen, die gar nicht im Wirkungsbereich einer Interessengruppe liegen. Insgesamt würde also die Validität der Untersuchung stark leiden, wenn die Homogenität der Interessengruppen analog zu derjenigen der Fraktionen oder Regionen gemessen würde.

Die genannte Studie hat versucht, diesen Punkten gerecht zu werden. Nicht zuletzt darum gelangt sie zu weniger dramatischen Schlüssen als die Untersuchung von Lüthi, Meyer und Hirter (1991) und weist den Fraktionen eine deutlich höhere Bedeutung zu als den Interessengruppen.⁴² Daraus ist nicht zu schliessen, dass die Interessenzugehörigkeit ohne Einfluss sei. In einzelnen Bereichen zeigen sich recht hohe Anteile, in denen Homogenität einer Interessengruppe höher ausfällt als diejenige der „zugewandten“ Fraktionen, welche eine starke ideologische Übereinstimmung mit der betreffenden Interessengruppe aufweisen. Dies gilt beispielsweise für die Landwirtschaftsinteressen, welche im Rahmen von landwirtschaftspolitischen Vorlagen in knapp 37 Prozent der Fälle gegenüber der CVP-Fraktion sowie in knapp 21 Prozent der Fälle gegenüber der SVP-Fraktion geschlossener auftritt als die genannten Fraktionen. Ähnlich sieht es bei den Arbeitgeberinteressen gegenüber der FDP-Fraktion aus, wo im Rahmen von wirtschafts- und sozialpolitischen Vorlagen in rund 27 Prozent der Fälle eine höhere Geschlossenheit der Interessengruppen als der Fraktion vorgefunden wurde. Und auch bei der SP lässt sich ein entsprechendes Beispiel finden: Gewerkschaftsvertreter stimmen bei wirtschafts- und sozialpolitischen Vorlagen in rund 14 Prozent der Abstimmungen geschlossener als die SP-Fraktionsmitglieder (vgl. für Einzelheiten Schwarz und Linder 2007, 30).

3.4 Fazit

Die Analyse des Stimmverhaltens auf kollektiver Ebene — anhand der Geschlossenheit nach Fraktions-, Regions- und Interessengruppenzugehörigkeit — zeigt ein facettenreiches Gesamtbild. Während ältere Studien beispielsweise die Fraktionsgeschlossenheit nur gesamthaft zu beurteilen vermochten und wiederholt auf die relativ stabile Konstellation mit einer geschlossenen linken Ratsseite und heterogeneren bürgerlichen Parteien stiessen, zeigt eine detailliertere Analyse, dass das Niveau und der Verlauf der parteiinternen Geschlossenheit von diversen Kontextfaktoren abhängt. Die Untersuchung nach regionaler bzw. Interessengruppenzugehörigkeit zerstreut zudem allfällige Befürchtungen, dass die Fraktionen als zentraler Bezugspunkt gegenüber konkurrierenden Loyalitäten ins Hintertreffen gelangen könnten. Zwar ist zwischen 1996 und 2005 keine erhebli-

⁴²Ein weiterer Grund kann auch darin gesehen werden, dass Schwarz und Linder (2007) einen vollständigen Datensatz inklusive nicht-namentlicher Abstimmungen analysieren konnten, während Lüthi, Meyer und Hirter (1991) lediglich Abstimmungen zur Verfügung standen, die auf spezielles Verlangen unter Namensaufruf abgehaltenen worden waren.

che Zunahme der Fraktionsgeschlossenheit bei den vier Bundesratsparteien festzustellen, was angesichts des verschärften Parteienwettbewerbs erstaunt. Doch zeigen die Auswertungen, dass auch die Geschlossenheit nach Regions- oder Interessengruppenzugehörigkeit im selben Zeitraum keine zunehmende Bedeutung erlangt hat. Darüber hinaus stellt die Untersuchung der nationalrätlichen Koalitionsbildungsmechanismen fest, dass wechselnde Koalitionen — das Markenzeichen der schweizerischen Parlamentskonkordanz — im Untersuchungszeitraum kaum an Intensität eingebüsst haben. Auch wenn alle diese Teilergebnisse der kollektiven Analyseebene keine abschliessende Wertung zulassen, so zeigen sie doch ein buntes Muster parlamentarischer Entscheidungsfindung in der Schweiz, das einige Fragen offen lässt. Diesen lohnt es sich mittels Analyse der individuellen Abstimmungsdaten genauer auf den Grund zu gehen.

Kapitel 4

Analysekonzept und Hypothesen

4.1 Analyserahmen

In Abschnitt 2.2.4 wurde eingeführt, dass das Stimmverhalten von Parlamentsmitgliedern von unterschiedlichen Anspruchsgruppen beeinflusst wird, wodurch Loyalitätskonflikte und Spannungsfelder hinsichtlich der optimalen Verhaltensstrategie entstehen, in welchen sich die Politikerinnen und Politiker bewegen. In den meisten Fällen entscheidet ein Ratsmitglied gleich wie die überwiegende Mehrheit seiner Fraktion, d.h. fraktionsabweichendes Stimmverhalten ist ein relativ seltenes Ereignis (vgl. Abschnitt 4.2).⁴³ Wenn keine Abweichung vorliegt, bestehen zwischen den unterschiedlichen Anspruchsgruppen und der Fraktionsmehrheit entweder keine Divergenzen oder die Fraktionsleitung konnte sich — mit welchen Mitteln auch immer — gegenüber entgegengesetzten Ansprüchen durchsetzen. Die Erklärung dieses „Normverhaltens“ ist nicht Gegenstand dieser Studie. Dadurch lassen sich schwierige theoretische und methodische Abgrenzungsfragen umgehen, wie sie beispielsweise durch Krehbiel (1993) aufgeworfen werden (vgl. Abschnitt 2.2.5.1). Aufgrund der Literaturübersicht in Abschnitt 2.2 fasst die vorliegende Studie die näher zu untersuchenden Determinanten des abweichenden Stimmverhaltens in drei Gruppen zusammen:

- wiederwahlbezogene Faktoren (Principals),
- politikbezogene Faktoren (politische Inhalte und Allianzen),
- institutionelle Faktoren (legislative Regeln und Institutionen).

In den nachfolgenden Abschnitten wird zuerst auf die Definition der abhängigen (zu erklärenden) Variablen — das abweichende Stimmverhalten von Fraktionsmitgliedern — eingegangen, bevor wir uns eingehend den unterschiedlichen Gruppen der unabhängigen (erklärenden) Variablen widmen.

⁴³ Abweichendes Verhalten tritt in der schweizerischen Bundesversammlung im Vergleich zu parlamentarischen Systemen in Europa zwar relativ häufig auf (vgl. beispielsweise den Vergleich von Belgien, Frankreich und Grossbritannien durch Depauw 2006), dennoch handelt es sich gemessen an der Gesamtzahl aller Parlamentsabstimmungen nicht um ein besonders häufig auftretendes Ereignis (vgl. Abschnitt 4.2.1).

4.2 Abweichendes Stimmverhalten als abhängige Variable

4.2.1 Definition des abweichenden Stimmverhaltens

Als abhängige Variable dient das fraktionsabweichende Verhalten von Parlamentsmitgliedern. Dieses wird auf Individualebene für jedes Ratsmitglied und für jede Parlamentsabstimmung eruiert.⁴⁴ Die abhängige Variable ist dichotom (binär) codiert mit dem Wert 1 für abweichendes Stimmverhalten und dem Wert 0 für ein Stimmverhalten gemäss Fraktionsmehrheit (keine Abweichung).

Damit sind noch nicht alle Definitionsfragen in Bezug auf die abhängige Variable beantwortet. Insbesondere stellt sich das Problem, welche Schwelle als Kriterium der Fraktionsabweichung gesetzt werden soll. Das einfache Mehrheitskriterium (50%-Schwelle) ist dazu wenig geeignet, da bei knappen Stimmenverhältnissen innerhalb einer Fraktion kaum von einer eigentlichen Mehrheitsmeinung die Rede sein kann, gegen die sich die Anhänger der Fraktionsminderheit stellen.⁴⁵ Vielmehr ist in solchen Fällen davon auszugehen, dass die Fraktion bei der betreffenden Frage unentschieden ist und somit gar keine interne Fraktionslinie besteht, gegen die „verstossen“ werden könnte. Aus dieser Sicht scheint es sinnvoll, dass ausschliesslich solche Fälle für fraktionsabweichendes Verhalten in Frage kommen, bei denen die Fraktionsmehrheit ein bestimmtes Quorum erreicht (z.B. Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit).

Die Festlegung dieses Schwellenwerts ist notgedrungen willkürlich, sollte aber im Hinblick auf die Analyse zumindest sinnvoll und zweckmässig ausfallen. Aus statistischer Sicht ist ein Kompromiss zu finden, der sowohl die Verteilungsschiefe als auch die Validität der abhängigen Variable im Auge behält. Je höher die Schwelle angesetzt wird und je strenger somit das Qualifikationskriterium für fraktionsabweichendes Verhalten ausfällt, desto seltener werden die entsprechenden Beobachtungen und desto stärker müssen am Ende die korrigierenden Eingriffe am statistischen Modell ausfallen, da gängige Verfahren in aller Regel auf annähernd gleichverteilte Beobachtungen der abhängigen Variablen ausgerichtet sind. Je tiefer jedoch die Schwelle angesetzt wird, desto weniger aussagekräftig ist die Variable in Bezug auf die Messung des fraktionsabweichenden Stimmverhaltens.

Ein Vergleich der Anzahl Beobachtungen in Abhängigkeit unterschiedlich definierter Schwellenwerte zeigt, dass das Zweidrittel-Kriterium einen guten Kompromiss zwischen den konfligierenden Anforderungen darstellt (Tabelle 4.1). In dieser Studie gilt somit als fraktionsabweichendes Stimmverhalten, wenn sich ein Ratsmitglied gegen die Haltung von mindestens 66 Prozent der Mitglieder der eigenen Fraktion stellt.⁴⁶

⁴⁴Eine Fraktion mit 20 Mitgliedern würde bei 1'000 Abstimmungen somit eine Grundgesamtheit von 20'000 Fällen aufweisen, in denen fraktionsabweichendes Verhalten potenziell auftreten kann.

⁴⁵Man stelle sich beispielsweise die Extremsituation vor, in der sich eine Fraktion mit bloss einer Stimme Unterschied für eine bestimmte Position entscheidet.

⁴⁶Die Zweidrittel-Regel wurde im Übrigen auch bei der Koalitionsdefinition durch Schwarz und Linder (2006) eingesetzt (vgl. Abschnitt 3.1).

Tabelle 4.1: Beobachtete Fälle des abweichenden Stimmverhaltens 1996–2005 gemäss unterschiedlicher Definitionen

Fraktion	Anz. Fälle	50%-Schwelle	66%-Schwelle	75%-Schwelle	80%-Schwelle	90%-Schwelle
CVP	186'574	21'838 (11.7%)	12'514 (6.7%)	7'925 (4.3%)	5'836 (3.1%)	2'193 (1.2%)
FDP	243'863	24'708 (10.1%)	14'682 (6.0%)	9'681 (4.0%)	7'106 (2.9%)	2'900 (1.2%)
SP	331'853	13'478 (4.1%)	8'480 (2.6%)	5'762 (1.7%)	4'355 (1.3%)	1'992 (0.6%)
SVP	261'875	18'007 (6.9%)	12'410 (4.7%)	9'303 (3.6%)	7'431 (2.8%)	3'519 (1.3%)
Total	1'024'165	78'031 (7.6%)	48'086 (4.7%)	32'671 (3.2%)	24'728 (2.4%)	10'604 (1.0%)

4.2.2 Datensatz

Die Studie basiert auf einem bereinigten Datensatz aller Nationalratsabstimmungen zwischen der Wintersession 1996 und der Herbstsession 2005.⁴⁷ Dies entspricht einer Zeitspanne von neun Jahren und umfasst 36 ordentliche sowie zehn ausserordentliche bzw. Sondersessionen. Zur Frühjahrsession 2001, als das Parlament in Lugano tagte, sind keine Angaben verfügbar, da keine elektronische Datenerfassung eingerichtet war.

Der Datensatz umfasst sämtliche namentlichen und nicht-namentlichen Abstimmungen. Letztere sind nur auf spezielles Gesuch hin für wissenschaftliche Zwecke zugänglich. Neben den Angaben zum individuellen Abstimmungsverhalten wurden dem Datensatz eine Fülle an Kontextdaten zum jeweiligen Geschäft bzw. zum individuellen Parlamentsmitglied angefügt. Ein grosser Vorteil des Datensatzes liegt in der Messgüte der abhängigen Variablen: Die klassischen drei Kriterien der Objektivität, Validität und Reliabilität (vgl. Diekmann 1995, 216–227) sind aufgrund der elektronischen Erfassung des nationalrätlichen Stimmverhaltens von vornherein weitestgehend erfüllt.⁴⁸

4.2.3 Berücksichtigte Parteien

Die Untersuchung beschränkt sich auf die vier grossen schweizerischen Parteien CVP, FDP, SP und SVP, welche im Untersuchungszeitraum alle im Bundesrat vertreten waren. Bei der Auswertung wurde darauf geachtet, dass Fraktionsangehörige anderer Parteien nicht in die Analyse eingeschlossen werden (z.B. die Mitglieder der Liberalen Partei innerhalb der FDP-Fraktion seit Beginn der 47. Legislaturperiode; für eine Übersicht „fremder“ Fraktionsmitglieder vgl. Schwarz und Linder 2006, 26). Keine der vier Parteien umfasste im Untersuchungszeitraum weniger als 28 Nationalratsmitglieder, was der Validität der auf rein statistischer Basis definierten Begriffe der Fraktionsmehrheit und des fraktionsabweichenden Verhaltens dienlich ist (vgl. zu statistischen Problemen bei kleinen Fraktionen Desposato 2005). Bereits bei der fünftgrössten Fraktion, den

⁴⁷Die Daten stammen von den Parlamentsdiensten der schweizerischen Bundesversammlung und wurden im Rahmen des Parlamentsforschungsmandats 2004–06 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern vom Verfasser der vorliegenden Arbeit aufbereitet.

⁴⁸Einzelne Validitätsprobleme, hervorgerufen durch Fehl- und Testeinträge in der Originaldatenbank der Parlamentsdienste, wurden vor Durchführung der Analyse beseitigt. Bezüglich fehlender Daten vgl. Abschnitt 4.2.3.

Grünen, welcher im Untersuchungszeitraum phasenweise nur zehn Mitglieder angehörten, hätten diesbezüglich grössere Probleme auftreten können.⁴⁹

Aufgrund der Beschränkung auf die Mitglieder von CVP, FDP, SP und SVP reduziert sich die Gesamtzahl der einbezogenen Nationalratsmitglieder von 378 auf 309 und die Anzahl einzelner Beobachtungen von 1'562'254 auf 1'024'165.⁵⁰

4.2.4 Abwesenheiten und Stimmenthaltungen

Leicht nachvollziehbar ist, dass abwesende Ratsmitglieder nicht in die Untersuchung aufgenommen werden. Für eine Abwesenheit bestehen mannigfaltige Gründe, die in den meisten Fällen kaum mit dem Inhalt einer Abstimmung zu tun haben, sondern eher mit beruflichen Verpflichtungen, krankheitsbedingten Absenzen oder auch puren Zufällen. Selbstverständlich gibt es die strategische Abwesenheit, die das Vermeiden einer öffentlichen Stellungnahme zu einem unangenehmen Thema bezweckt. Anhand der zur Verfügung stehenden Daten sind allerdings solche Fälle nicht zweifelsfrei zu extrahieren.

Klarer präsentiert sich die Lage bei den Stimmenthaltungen. Hier ist objektiv beurteilbar, ob sich das Stimmverhalten im Einklang oder im Gegensatz einer Fraktionsmehrheit manifestiert. Natürlich sind auch im Falle von Enthaltungen unterschiedliche Motive denkbar, beispielsweise kann ein Parlamentsmitglied auf diese Weise die Loyalität zu seiner Fraktion ausdrücken, obwohl er persönlich eine abweichende Haltung vertritt. Oder im umgekehrten Fall, wenn ein Parlamentsmitglied gerne die Haltung seiner Fraktion mittragen würde, aber aufgrund anderer Einflüsse (Interessengruppen, Wahlkreisüberlegungen) die Stimmenthaltung vorzieht. Für die Operationalisierung der abhängigen Variablen ist darum lediglich von Belang, dass sich das Ratsmitglied anders als die Fraktionsmehrheit verhält. Stimmenthaltungen werden — sofern es sich dabei nicht um das Mehrheitsverhalten der Fraktion handelt — als fraktionsabweichendes Verhalten gewertet.

Keine Rolle spielt indes, welchen Effekt auf das Gesamtergebnis der Abstimmung die Stimmenthaltung (oder auch eine Abwesenheit) hat. Im Nationalrat wirkt sich unter dem Erfordernis der einfachen Mehrheit zur Annahme einer Vorlage sowohl die Stimmenthaltung als auch die Abwesenheit zugunsten des am Ende obsiegenden Gesamtergebnisses aus. Eine Ausnahme bilden Fälle, wenn aufgrund von Abwesenheiten die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder auf unter 101 sinkt und somit der Rat nicht mehr beschlussfähig ist. Unter dem Erfordernis des absoluten Mehrs⁵¹ (d.h. wenn mindestens 101 Ja-Stimmen zur Annahme einer Vorlage nötig sind) wirken sich sowohl Enthaltungen als auch Abwesenheiten immer als Nein-Stimmen aus (vgl. dazu Carey 2008, 152–157).

⁴⁹Neben statistischen sprechen auch praktische Gründe gegen die Berücksichtigung der Grünen, da die Erhebung einiger Kontextvariablen stark erschwert worden wäre; so stammen in einigen Kantonen die gewählten GP-Nationalratsmitglieder aus unterschiedlichen Kantonalparteien (z.B. eroberten im Kanton Bern während längerer Zeit sowohl die Grüne Freie Liste als auch das Grüne Bündnis Nationalratssitze).

⁵⁰Zu berücksichtigen ist ferner, dass bei 17 Nationalratsmitgliedern der vier untersuchten Parteien ein Teil der Abstimmungsdaten fehlt, da verwaltungsinterne Wechsel der Datenbanksysteme bedauerlicherweise zu einem unwiderruflichen Datenverlust geführt haben.

⁵¹Vgl. Art. 159 Abs. 3 BV

4.2.5 Unbestrittene Vorlagen

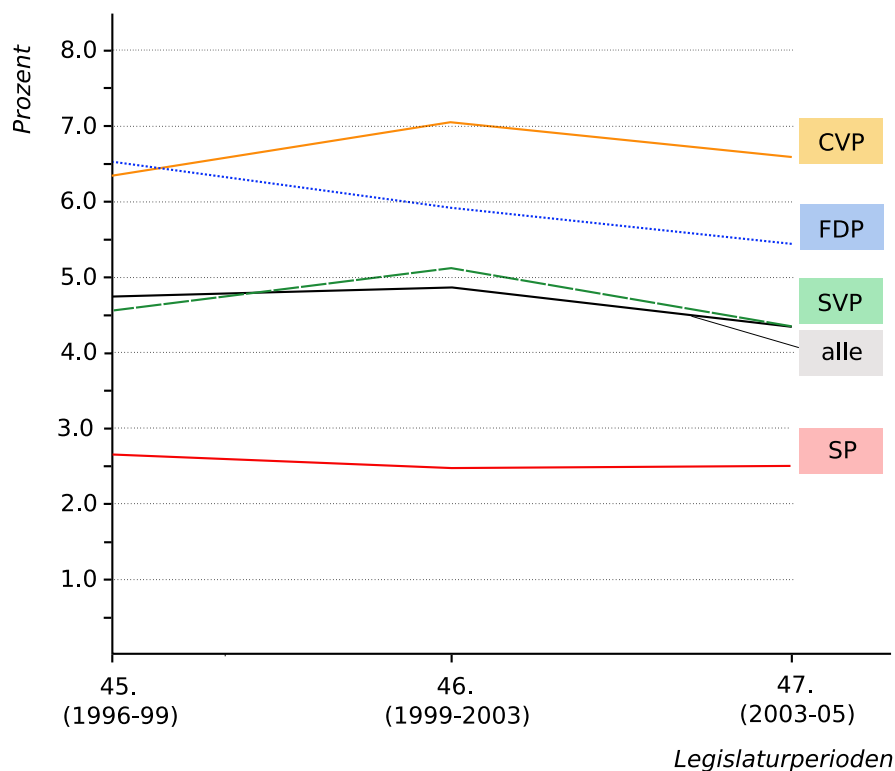
In der Erforschung parlamentarischer Abstimmungen werden häufig ganz oder weitgehend unbestrittene Vorlagen von der Analyse ausgeschlossen. Dies geschieht in der Annahme, dass (nahezu) einstimmige Entscheidungen keine Erklärungskraft für die entsprechenden Untersuchungsfragen besitzen (vgl. z.B. Poole und Rosenthal 1997; Rosenthal und Voeten 2004; Figuereido und Limongi 2000; Mainwaring und Liñán 1997; Shaffer 1991). Eine solche Datenselektion kann bei einigen Untersuchungsfragen tatsächlich sinnvoll sein, wird als reflexartige Handlung aber auch kritisiert (vgl. Snyder und Groseclose 2000; Schwarz 2005). Die vorliegende Studie wählt einen Weg, welcher möglicherweise etwas mehr Arbeit beschert, dafür aber weniger methodischer Rechtfertigung bedarf: Sie testet im Rahmen der Modellberechnungen beide Varianten und schaut, ob und welche Unterschiede sich ergeben, wenn man sämtliche verfügbaren Abstimmungen oder ausschliesslich die bestrittenen Vorlagen einbezieht (vgl. Kapitel 6).

4.2.6 Verteilung der abhängigen Variable nach Jahr und Legislaturperiode

In den Abbildungen 4.1 und 4.2 wird das abweichende Stimmverhalten gemäss Definition in Abschnitt 4.2.1 im Zeitverlauf dargestellt. Die erste Abbildung zeigt den Verlauf sowohl in den einzelnen Fraktionen als auch insgesamt pro Legislaturperiode. Zu beachten ist, dass die 45. Legislaturperiode erst ab der Wintersession 1996 und die 47. Periode nur bis zur Herbstsession 2005 im Datensatz vertreten sind (vgl. Abschnitt 4.2.2). Über alle vier Fraktionen betrachtet, weichen pro Abstimmung zwischen viereinhalb und fünf Prozent der Ratsmitglieder von ihrer Partei ab. Das generelle Abweichungsniveau in den Fraktionen folgt dem aus Abschnitt 3.2 bekannten Muster: Die höchsten Werte weist die CVP auf (sechs bis sieben Prozent), gefolgt von der FDP, in der die Abweichungsrate zwischen den Legislaturperioden kontinuierlich gesunken ist und in der 47. Legislaturperiode noch bei fünfeinhalb Prozent liegt. Die SVP befindet sich an dritter Stelle und bewegt sich ziemlich genau auf dem Durchschnittswert der vier Bundesratsparteien. Die SP schliesslich weist mit etwas mehr als zweieinhalb Prozent erwartungsgemäss die geschlossenste Fraktion auf.

Die zweite Abbildung schlüsselt dieselbe Variable nach den einzelnen Parlamentsjahren auf (d.h. jeweils von der Wintersession des einen zur Herbstsession des folgenden Jahres; das Parlamentsjahr 1997 dauert folglich von der Wintersession 1996 bis zur Herbstsession 1997). Die Verläufe zeigen ein unruhigeres Bild als bei der Auswertung nach Legislaturperioden: Was bei einigen Fraktionen zuvor als einheitlicher Trend erschien, ist nun weniger eindeutig interpretierbar. Das Parlamentsjahr 1999 erweist sich als dasjenige mit der insgesamt tiefsten Abweichungsrate (vier Prozent), während das Jahr 2002 mit 5.2 Prozent die meisten Abweichungen ausweist. Unter den Fraktionen liegt die Wertespanne zwischen 2.3 (SP im Jahr 2002) und knapp siebeneinhalb Prozent (CVP im Jahr 2003).

Abbildung 4.1: Abweichendes Stimmverhalten nach Fraktion und Legislaturperiode



4.2.7 Verteilung der abhängigen Variablen auf einzelne Ratsmitglieder

Nicht nur im Parteidurchschnitt, sondern auch auf die individuellen Ratsmitglieder bezogen, liegen die Vertreter der drei bürgerlichen Parteien auf den vordersten Rängen hinsichtlich der Häufigkeit abweichenden Stimmverhaltens. Unter den 20 am häufigsten abweichenden Ratsmitgliedern sind ausschliesslich Mitglieder der bürgerlichen Parteien zu finden (vgl. Tabelle 4.2). Darunter sind acht Mitglied der FDP, sieben gehören der CVP an und fünf nehmen für die SVP im Nationalrat Einsitz. Von keinem dieser 20 Ratsmitglieder sind weniger als 1'600 Abstimmungen im Datensatz erfasst, was die Aussagen auf eine statistisch gesicherte Basis stellt. Die häufigsten Abweichungen verzeichnen die beiden SVP-Mitglieder Ulrich Siegrist und Brigitta M. Gadiant, welche zwischen 1996 und 2005 in 26.6 bzw. 23.0 Prozent der Fälle von der Fraktionsmehrheit abgewichen sind.⁵² Die anderen 18 Ratsmitglieder in der Auflistung wichen in 11.2 bis 17.5 Prozent der Fälle von ihrer Partei ab.

Am anderen Ende der Tabelle befinden sich die zwanzig „linientreuesten“ Ratsmitglieder. Unter ihnen befinden sich Vertreter aus lediglich zwei der vier untersuchten Parteien: SP und SVP. Die SVP-Fraktion wies demnach in der

⁵²Der Parteiaustritt von Nationalrat Siegrist bzw. der Ausschluss von Nationalrätin Gadiant erfolgte erst nach Ende der Untersuchungsperiode. Gleiches gilt im Übrigen für die Nummern sechs und zwölf der Liste, die Nationalräte Hassler und Haller.

Abbildung 4.2: Abweichendes Stimmverhalten nach Fraktion und Parlamentsjahr

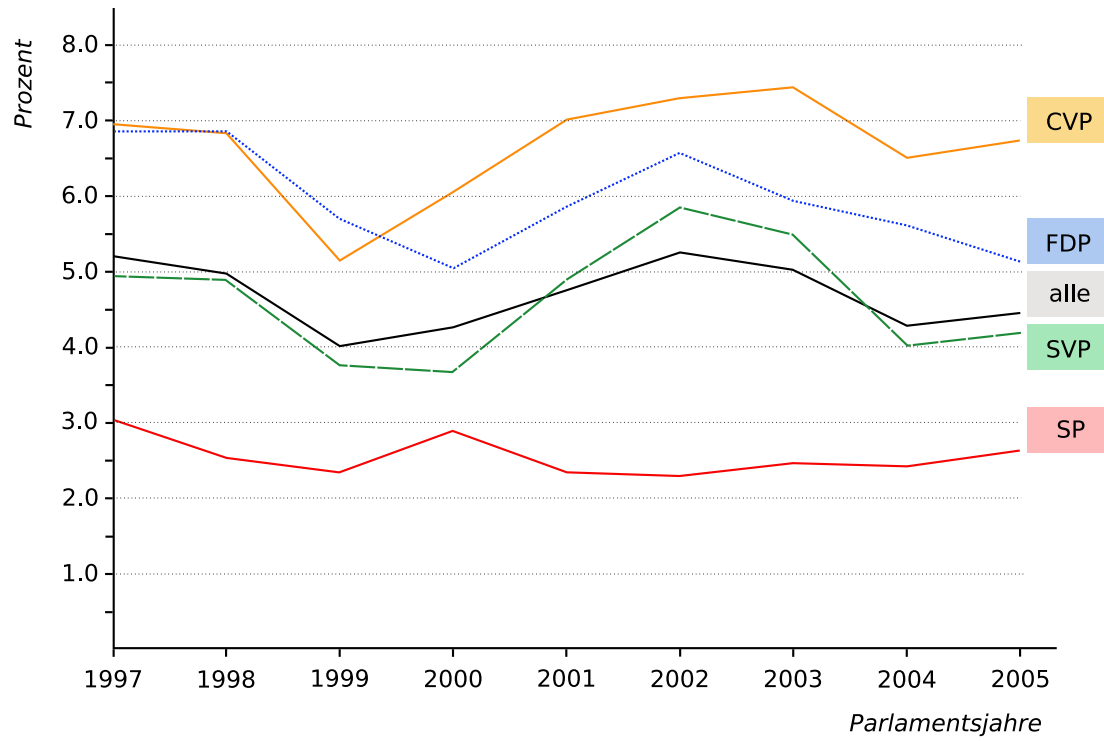


Tabelle 4.2: Ratsmitglieder mit den höchsten bzw. tiefsten Abweichraten

Rang	Name	Vorname	Partei	Kanton	Anz. Abst. (100%)	Abw. in %
1	Siegrist	Ulrich	SVP	AG	3'072	26.6
2	Gadient	Brigitta M.	SVP	GR	6'285	23.0
3	Tschopp	Peter	FDP	GE	1'633	17.5
4	Suter	Marc F.	FDP	BE	2'963	17.3
5	Schmid	Odilo	CVP	VS	4'860	17.1
6	Hassler	Hansjörg	SVP	GR	4'709	16.8
7	Neiryneck	Jacques	CVP	VD	2'429	16.3
8	Robbiani	Meinrado	CVP	TI	4'464	15.9
9	Loepfe	Arthur	CVP	AI	4'083	15.9
10	Comby	Bernard	FDP	VS	2'040	15.8
11	Nabholz	Lili	FDP	ZH	3'616	15.0
12	Haller	Ursula	SVP	BE	4'089	14.7
13	Guisan	Yves	FDP	VD	5'931	12.9
14	Imfeld	Adrian	CVP	OW	2'245	12.8
15	Christen	Yves	FDP	VD	4'782	12.0
16	Dormann	Rosmarie	CVP	LU	4'332	12.0
17	Blaser	Emmanuella	SVP	VD	1'886	11.9
18	Bernasconi	Madeleine	FDP	GE	2'696	11.8
19	Dupraz	John	FDP	GE	6'108	11.4
20	Kohler	Pierre	CVP	JU	1'652	11.2
...						
290	Müller-Hemmi	Vreni	SP	ZH	6'524	1.1
291	Marty Kälin	Barbara	SP	ZH	4'086	1.1
292	Fehr	Hans-Jürg	SP	SH	4'480	1.0
293	Füglister	Lieni	SVP	AG	290	1.0
294	Reymond	André	SVP	GE	1'673	1.0
295	Galladé	Chantal	SP	ZH	1'478	1.0
296	Jossen-Zinsstag	Peter	SP	VS	3'323	1.0
297	Koch	Ursula	SP	ZH	104	1.0
298	Zanetti	Roberto	SP	SO	2'717	0.9
299	Glur	Walter	SVP	AG	3'819	0.9
300	Hofmann	Urs	SP	AG	4'447	0.9
301	Thanei	Anita	SP	ZH	6'272	0.8
302	Schibli	Ernst	SVP	ZH	3'457	0.8
303	Allemann	Evi	SP	BE	1'832	0.8
304	Schenker	Silvia	SP	BS	1'927	0.7
305	Rutschmann	Hans	SVP	ZH	1'645	0.6
306	Graf-Litscher	Edith	SP	TG	387	0.3
307	Bodenmann	Peter	SP	VS	69	0.0
308	Hilber	Kathrin	SP	SG	37	0.0
309	Geiser	Barbara	SP	BE	597	0.0

Gesamtperiode 1996 bis 2005 die grösste interne Spannweite in Bezug auf das abweichende Verhalten auf, sind ihre Vertreter doch sowohl am oberen wie am unteren Ende der Rangliste vertreten. SVP-Nationalrat Hans Rutschmann wich in bloss 0.6 Prozent der 1'645 bei ihm erfassten Abstimmungen von der eigenen Partei ab. Die letzten vier Plätze der Rangliste gehen alle an die SP, wobei die letzten drei keine einzige Abweichung zu verzeichnen haben. Anzumerken gilt, dass die Datenbasis bei den vier linientreuesten Fraktionsmitgliedern schwächer ausfällt, da nur zwischen 37 und 597 Abstimmungen in die Auswertung einfließen. Insgesamt belegt die SP-Fraktion 15 der 20 aufgelisteten Plätze.

4.3 Forschungshypothesen

Nach der Definition der abhängigen Variablen und der kurzen Übersicht zu deren Häufigkeitsverteilung geht es anschliessend darum, ausgehend von den theoretischen Überlegungen in Kapitel 2 überprüfbare Hypothesen zu den erwarteten Einflüssen einzelner Faktoren auf die Wahrscheinlichkeit abweichenden Stimmverhaltens herzuleiten. Die folgenden Abschnitte gliedern sich zu diesem Zweck in die bei der Darstellung des Analyserahmens genannten drei Kategorien (vgl. Abschnitt 4.1). Die konkrete Operationalisierung der unabhängigen Variablen wird später in Kapitel 5 detailliert dargelegt.

4.3.1 Wiederwahlbezogene Faktoren

Wiederwahlorientierte Verhaltensstrategien basieren auf dem theoretischen Fundament des Rational Choice, welcher die Wiederwahl als die zentrale Motivation von Politikern sieht (vgl. Abschnitte 2.2.2 und 2.2.5.1). Fiorina (1974, 31) prägte die bereits erwähnte eingängige Formel, die den Grundgedanken dieses Ansatzes auf den Punkt bringt: „The district gives and the district can take away.“

Die Frage, was unter „Wahlkreis“ zu verstehen ist, wurde in Abschnitt 2.2.4 mit dem Multiple-Constituencies-Ansatz gemäss Strøm (1997) bzw. Uslander (1999) beantwortet. Die Wählerschaft fungiert darin als eigentlicher „ultimate principal“ (Mitchell 2000, 336) bzw. als „reelection constituency“ (Fenno 1978, 8), doch geht die Wiederwahlorientierung darüber hinaus und bezieht weitere Anspruchsgruppen ein, die auf dem Weg zur erfolgreichen (Wieder-) Wahl faktische Vetopositionen einnehmen können. Strøm (1997, 161) nennt als Beispiel den Nominierungsprozess der eigenen Partei:

„We can [...] identify a fairly clear hierarchy of member objectives. The first goal, which is often necessary for any further ambition, is to gain ballot access, most commonly by receiving one's party's nomination. Once nomination has been secured, election is the next higher goal. Both of these are critical for any further goal achievement.“

Im schweizerischen Kontext bezieht sich dies auf die Kantonalparteien, deren Gremien über die Nomination und die Zuteilung der Listenplätze bei der Nationalratswahl entscheiden. Des Weiteren können Interessengruppen und Verbände eine bedeutende Rolle einnehmen, indem sie den Kandidierenden politische und finanzielle Unterstützung zukommen lassen (vgl. Tabelle 4.3).

Tabelle 4.3: Wiederwahl-Principals von Parlamentsmitgliedern

Principal	Anreiz
Kantonalpartei	Nomination und Zuteilung von Listenplätzen
Wahlberechtigte	Entscheid über Wahlerfolg
Interessengruppen	Netzwerkbildung und politische/finanzielle Unterstützung

Die verstärkte mediale Beobachtung des Parlamentarierverhaltens und damit verbunden die von mehreren Autoren festgestellten Personalisierungstendenzen in der schweizerischen Politik (Linder 1991; Vatter 1995; Selb und Lachat 2004; Ladner 2005; Ettinger 2005) lassen eine zunehmende Bedeutung der Wahlkreisorientierung bzw. der Ausrichtung an den erwähnten Anspruchsgruppen in den Wahlkreisen vermuten. Um eine empirische Abschätzung des Wahlkreiseinflusses auf das abweichende Stimmverhalten im Nationalrat vorzunehmen, wird im Folgenden auf den drei Ebenen der politischen Positionierung, des Wahlsystems sowie der Konkurrenzsituation im Wahlkreis angesetzt.

4.3.1.1 Politische Positionierung

Abweichendes Stimmverhalten kann als erstes mit politischen bzw. ideologischen Positionsdifferenzen zwischen der nationalen Fraktionsmehrheit und den wahlkreisbezogenen Anspruchsgruppen des betreffenden Ratsmitglieds erklärt werden. Es wird postuliert, dass eine grössere politische Distanz zwischen der Kantonalpartei und der Nationalratsfraktion zu einem vermehrten Abweichen im Stimmverhalten der betroffenen Fraktionsmitglieder führt. Auf europäischer Ebene wurde diese Hypothese beispielsweise von Faas (2003) sowie Hix (2004) verwendet (vgl. Abschnitt 2.2.5.2). Doch nicht nur die Distanz zur Kantonalpartei, auch diejenige zur Mehrheitsposition der Wahlberechtigten im eigenen Wahlkreis wird in die vorliegende Analyse einbezogen: Je grösser diese Distanz, desto eher ist fraktionsabweichendes Stimmverhalten aufgrund der Wahlkreisorientierung zu erwarten. Eine zusätzliche Grundlage dieser Hypothese bildet das Medianwählermodell, das im Rahmen des Rational-Choice-Ansatzes die Positionierung der Kandidierenden im politischen Spektrum erklärt (Downs 1957; Enelow und Hinich 1984). Daraus folgt, dass die politische Mehrheitsposition des Wahlkreises das Stimmverhalten seiner Abgeordneten beeinflusst (Miller und Stokes 1963).⁵³

Als dritter Principal wurden vorgängig die Interessengruppen definiert, welche die Parlamentsmitglieder mit finanziellen und politischen Ressourcen unterstützen. Die Beziehungen zwischen Interessengruppen und Parlamentsmitgliedern wirken auf verschiedenen Ebenen und weisen eine unterschiedliche Intensität auf, so dass ein einfacher Zusammenhang zwischen der Art und Anzahl der Interessenbindungen und dem Stimmverhalten schwierig zu postulieren ist

⁵³Die Logik des Medianwählermodells funktioniert am besten in Zweiparteiensystemen bzw. in Situationen, wo zwei Kandidierende sich in einem Majorzwahlverfahren um einen einzigen Sitz streiten. Es ist darum zu erwarten, dass sich im Rahmen dieser Argumentationslinie die Wahlkreisorientierung stärker auf das abweichende Stimmverhalten auswirkt, wenn es sich um einen kleinen Wahlkreis handelt.

(vgl. Smith 1993; Austen-Smith 1997). Da hier nicht der Einfluss von Interessenbindungen auf den inhaltlichen Stimmentscheid, sondern lediglich auf die Wahrscheinlichkeit fraktionsabweichenden Stimmverhaltens untersucht wird, kann in Anlehnung an Hertig (1978) auf die Kongruenz der Interessenbindungen zwischen dem einzelnen Fraktionsmitglied und den übrigen Fraktionsmitgliedern abgestellt werden: Je höher die Anzahl der politischen Interessenfelder, die ein einzelnes Fraktionsmitglied mit seinen Interessenbindungen abdeckt, desto eher ist abweichendes Stimmverhalten zu erwarten.

Zusammenfassend lauten die drei bisher hergeleiteten Hypothesen:

- H1 Je grösser die ideologische Differenz zwischen der eigenen Kantonalpartei und der Nationalratsfraktion, desto eher ist abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.
- H2 Je grösser die ideologische Differenz zwischen den Wahlberechtigten (Medianposition) im eigenen Wahlkreis und der Nationalratsfraktion, desto eher ist abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.
- H3 Je grösser die Anzahl der politischen Felder, die ein Parlamentsmitglied mit seinen Interessenbindungen abdeckt, desto eher ist abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.

Alternativ zur allgemeinen ideologischen Distanz kann die Bedeutung des Wahlkreises für das abweichende Stimmverhalten auch in Bezug auf Vorlagen mit distributiven Wirkungen zugunsten des eigenen Wahlkreises ermittelt werden. Die ökonomisch orientierte Literatur geht davon aus, dass das wahlkreisorientierte Nationalratsmitglied den Anreiz besitzt, einen möglichst grossen Teil der bundesstaatlichen Ausgabenprogramme in den eigenen Wahlkreis zu lenken (sogenannte „pork-barrel politics“; zum Begriff vgl. Miller 2001, zu den politischen Auswirkungen im US-amerikanischen Kontext vgl. Shepsle und Weingast 1981a; Stein und Bickers 1995). Porkbarrel-Verhalten lenkt den Fokus weg von den ideologischen Gemeinsamkeiten hin zu gemeinsamen regionalpolitischen Interessen der Ratsmitglieder. Die schweizerischen Gesetzgebungsregeln und das Nationalratswahlrecht stecken das politische Feld für Porkbarrel-Politik deutlich enger als in den USA.⁵⁴ Dennoch treten in der allgemeinen Wahrnehmung regelmässig regionalpolitische Allianzen auf, vor allem im Infrastrukturbereich (Verkehrs- und Energiesektor) in Verbindung mit Finanzierungsbeschlüssen.⁵⁵ Für die Schweiz typische Beispiele bilden die grossen Bahninfrastrukturvorhaben oder auch die wiederkehrenden Debatten um die Wasserkraft.

Die Hypothese zum Porkbarrel-Verhalten wird wie folgt formuliert:

- H4 Abweichendes Stimmverhalten lässt sich häufiger beobachten bei Vorlagen aus den Bereichen Energie und Verkehr, die gleichzeitig an den Bereich Finanzwesen gekoppelt sind (Porkbarrel-Verhalten).

⁵⁴Einerseits gilt für das schweizerische Gesetzgebungsverfahren durchgängig der Grundsatz der Einheit der Materie, d.h. sogenannte „non-germane amendments“ (Ergänzungen, die ohne inhaltlichen Bezug zum eigentlichen Gesetz stehen), wie sie im US-Senat eingebracht und als Vehikel zur Bedienung spezifischer Wahlkreisinteressen gebraucht werden können, sind verunmöglicht. Andererseits ist in den meisten Nationalratswahlkreisen mehr als ein Sitz zu vergeben, weshalb die Bindung zwischen den Abgeordneten und den Wahlberechtigten im Wahlkreis weniger eng ausfällt bzw. die Nationalratsmitglieder nicht als alleinige Repräsentanten eines Wahlkreises fungieren.

⁵⁵Dass das Stimmverhalten entlang regionaler Linien rein quantitativ betrachtet keine allzu grosse Rolle spielt, wurde in Abschnitt 3.3 bereits dargelegt.

4.3.1.2 Wahlkreisgrösse und Wahlsystem

Abweichendes Stimmverhalten aufgrund von Wahlkreisüberlegungen wird zusätzlich durch institutionelle Variablen der Kandidierendenselektion beeinflusst (Carey und Shugart 1995; Mitchell 2000; Swindle 2002). Konkret werden in der Literatur die Ausgestaltung des Wahlsystems und die Wahlkreisgrösse als wesentliche Elemente der Wahlkreisorientierung genannt. Je nachdem, ob das Wahlsystem die einzelnen Kandidierenden oder die Parteien ins Zentrum rückt (partei- vs. kandidatenzentriertes Wahlsystem, vgl. Mitchell 2000), und abhängig davon, wie viele Mandate in einem Wahlkreis zu vergeben sind, ergeben sich unterschiedliche Anreize für die Kandidierenden, ein individuelles politisches Profil zu entwickeln und dieses gegen aussen zu vertreten. Je grösser diesbezüglich die Spielräume für die einzelnen Kandidierenden ausfallen, desto wahrscheinlicher wird ein Stimmverhalten, das von der Mehrheitsmeinung in der eigenen Fraktion abweicht.⁵⁶

Im internationalen Vergleich setzt das schweizerische Wahlsystem gemäss der Kriterien von Carey und Shugart (1995) relativ starke Anreize für die Entwicklung individueller, parteiunabhängiger Profile der Kandidierenden. So wird beispielsweise die Listengestaltung dezentral durch die Kantonalparteien und innerhalb dieser meist von Delegiertenversammlungen vorgenommen. Die Kontrolle der nationalen Parteileitung über das Nominationsverfahren fällt in den vier untersuchten Parteien eher gering aus, selbst diejenige der kantonalen Parteileitung ist gegenüber den Delegierten der Bezirks- und Ortsparteien nur eingeschränkt vorhanden. Zusätzlich fördert der Modus der Sitzvergabe am Wahntag die Pflege eines individuellen Profils der Kandidierenden, da innerhalb der Parteiliste die persönliche Stimmzahl über Wahl oder Nichtwahl entscheidet.⁵⁷ Auch das in der Schweiz angewandte System der offenen Listen mit der uneingeschränkten Option des listenübergreifenden Panaschierens von Einzelkandidierenden schwächt die Position der Parteiführung gegenüber den einzelnen Kandidierenden.

Da sich die vorliegende Arbeit ausschliesslich der nationalen Ebene widmet, stellt sich die Frage, welche Unterschiede zwischen den Wahlkreisen (Kantonen) im Wahlverfahren festzustellen sind und welche theoretischen Auswirkungen auf das abweichende Stimmverhalten daraus abgeleitet werden können. Carey und Shugart (1995) sowie Shugart, Valdini und Suominen (2005) verweisen auf die zentrale Rolle der Wahlkreisgrösse und postulieren für Systeme mit offenen Listen und ohne Einerwahlkreise folgenden Zusammenhang: Je mehr Mandate zu

⁵⁶Nicht nur Wahlsystem und Wahlkreisgrösse, auch zwei Elemente der innerparteilichen Organisation spielen eine wichtige Rolle: Erstens, wie die Zusammensetzung der Parteilisten bestimmt wird (die mögliche Spannweite reicht von offenen Primärwahlen über Abstimmungen unter Parteimitgliedern bzw. Delegiertenversammlungen bis hin zur Bestimmung im engen Zirkel der Parteileitung). Zweitens, auf welcher staatlichen Ebene diese Zusammensetzung bestimmt wird (dezentral in den einzelnen Wahlkreisen oder zentral auf nationaler Ebene; vgl. Bowler, Farrell und Katz 1999). Aufgrund der föderalistischen Struktur der schweizerischen Parteien (Ladner 2006; Iff 2009, im Erscheinen) spielt sich die Nomination der Kandidierenden auf kantonaler Ebene ab. Eine grössere Varianz dürften die Kantonalparteien bei der Art des Nominationsverfahrens aufweisen. Die einzigen Datenquellen, die dazu Auskunft geben könnten, beruhen auf den Kantonal- und Ortsparteienbefragungen, welche seit 1989 ca. alle zehn Jahre durchgeführt werden (vgl. die Auswertungen in Geser et al. 1994; Ladner und Brändle 2001; Geser et al. 2003). Leider sind darin die entsprechenden Informationen nicht in ausreichender Vollständigkeit vorhanden, weshalb darauf verzichtet wird, diese Komponente in die weitere Analyse einzubeziehen.

⁵⁷Art. 43 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR)

vergeben sind, desto grösser ist der Anreiz zu individuellen politischen Profilen. Diese Annahme wird mit der zunehmenden parteiinternen Konkurrenz bei einer höheren Anzahl von Kandidierenden auf derselben Liste begründet. Ein individuelles Profil hilft hier, sich aus der Masse der Kandidierenden auf der eigenen Liste abzuheben.⁵⁸

Dieser Zwang fällt bei Einerwahlkreisen dahin, da hier nur ein offizieller Kandidat pro Partei vorgeschlagen wird.⁵⁹ Dennoch bestehen gute Argumente, warum auch Ratsmitglieder aus Einerwahlkreisen besonderen Anreizen für fraktionsabweichendes Stimmverhalten ausgesetzt sind. Im schweizerischen Wahlsystem gelten für Einerwahlkreise gesonderte Regeln.⁶⁰ So kann beispielsweise in Einerwahlkreisen für jede wählbare Person gestimmt werden, ohne dass sich diese vorher offiziell anmelden müsste. Der mit wenigen Formalitäten behaftete Wahlmodus setzt die formalen Eintrittshürden tief an, was „wilde“ bzw. inoffizielle, von der eigenen Partei nicht unterstützte Kandidaturen begünstigt.⁶¹ Für einen bisherigen Nationalrat aus einem Einerwahlkreis bedeutet dies, dass selbst wenn die eigene Partei die erneute Nomination überraschend verweigern sollte, eine wilde Kandidatur grosse Chancen besässe — erheblich grössere zumindest als in Wahlkreisen mit mehreren Sitzen. Zusätzlich kann wiederum das Medianwählermodell herangezogen werden (vgl. oben): Das gewählte Ratsmitglied muss zumindest potenziell damit rechnen, dass es in der nächsten Wahl in einer Zweierausmarchung gegen einen ebenbürtigen Kandidaten bzw. eine ebenbürtige Kandidatin antreten muss. In diesem Fall werden zur sicheren Wiederwahl gegen 50 Prozent der Stimmen benötigt, was bedeutet, dass das Ratsmitglied im Zweifelsfall eher die Mehrheitsposition der Wahlberechtigten im eigenen Kanton als die nationale Parteilinie beachten wird. Abweichendes Stimmverhalten wird dadurch wahrscheinlicher.

Zusammenfassend über alle Wahlkreisgrössen lässt sich daher der folgende Zusammenhang zwischen der Wahlkreisgrösse und der Wahrscheinlichkeit des abweichenden Stimmverhaltens formulieren:

- H5 Abweichendes Stimmverhalten tritt am häufigsten bei Ratsmitgliedern auf, die entweder aus den kleinsten oder aus den grössten Wahlkreisen stammen, während es bei Mitgliedern aus mittelgrossen Wahlkreisen weniger häufig zu beobachten ist.

⁵⁸Es sei hier aber auch an die Problematik des kollektiven Handelns erinnert, die in Wahlsystemen mit offenen Listen und sogenanntem Stimmenpooling zwischen den Kandidierenden derselben Liste besteht (vgl. Abschnitt 2.2.5.1; spezifisch für das Spannungsfeld zwischen Parteiloyalität und individueller Profilierung vgl. Arnold 1990; Cox und McCubbins 1993; Swindle 2002). Aufgrund des Stimmenpooling-Verfahrens hat jeder Kandidat ein primäres Interesse an einem optimalen kollektiven Resultat, d.h. am bestmöglichen Abschneiden der Parteiliste. Denn der Gewinn möglichst vieler Sitze aufgrund der Parteistärke bildet die Voraussetzung für den Gewinn eines Sitzes innerhalb der Liste.

⁵⁹In den Nationalratswahlen 1995 und 1999 betraf dies die fünf Kantone Uri, Ob- und Nidwalden, Glarus sowie Appenzell Innerrhoden. Seit den Wahlen 2003 zählt auch der Kanton Appenzell Ausserrhoden zu dieser Gruppe.

⁶⁰Art. 47 BPR

⁶¹Unberücksichtigt bleibt hier die Hürde aufgrund der „sozialen Kontrolle“, die in kleinen Kantonen oft spielen dürfte. So gelten in einigen Kantonen unter den etablierten Parteien ungeschriebene „Nichtangriffspakte“, solange kein Rücktritt des bisherigen Nationalratsmitglieds vorliegt.

4.3.1.3 Konkurrenzsituation im Wahlkreis

Schliesslich kann abweichendes Stimmverhalten auch durch die politische Konkurrenzsituation im Wahlkreis geprägt sein. Im Zentrum stehen Erfahrungen aus dem zurückliegenden Wahlkampf sowie daraus gewonnene Zukunftserwartungen, die das aktuelle Stimmverhalten des Parlamentsmitglieds im Hinblick auf eine erneute Kandidatur mitbestimmen. Abweichendes Stimmverhalten kann somit die erwartete Konkurrenzsituation im eigenen Wahlkreis widerspiegeln, welche sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzt. Einerseits kann angenommen werden, dass die Orientierung an Wahlkreisbedürfnissen umso stärker ausfällt, je knapper die Entscheidung bei der letzten Wahl ausfiel (sogenannte „marginality hypothesis“, vgl. Kuklinski 1977; Mayhew 1974b; Fiorina 1974; Bernstein 1991). Entscheidend ist hier der Unterschied in der persönlichen Stimmzahl zum ersten nichtgewählten Kandidierenden auf der eigenen Liste. Andererseits kann auch eine substanzielle Veränderung in den Wähleranteilen der eigenen Partei einen Effekt auf die Erwartungshaltung bezüglich der eigenen Wiederwahlchancen bei den nächsten nationalen Wahlen ausüben und somit die Wahrscheinlichkeit abweichenden Stimmverhaltens beeinflussen. Ein schlechtes Abschneiden der Kantonalpartei zwingt zu einer verstärkten Profilierung, was abweichendes Stimmverhalten begünstigt. Die beiden Hypothesen umfassen somit sowohl die individuelle (parteiinterne) als auch die kollektive (zwischenparteiliche) Konkurrenzsituation im Wahlkreis:

H6 Je geringer der Stimmenvorsprung auf den ersten nichtgewählten Kandidierenden auf der eigenen Liste bei der letzten Wahl ausfiel, desto eher ist abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.

H7 Je schlechter die eigene Partei bei der letzten Wahl abgeschnitten hat, desto eher ist abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.

Ein letzter Faktor, der im Zusammenhang mit principalorientierten Strategien in der Literatur häufige Erwähnung findet, bezieht sich auf die zeitliche Nähe zum Wahltermin (Kuklinski 1978; Elling 1982; Thomas 1985; Bernstein 1991). In der Annahme, dass die wiederwahlrelevanten Anspruchsgruppen ein schlechtes Langzeitgedächtnis besitzen und somit die Wahlberechtigten, die Kantonalpartei und die unterstützenden Interessengruppen der Parlamentsarbeit ein umso grösseres Gewicht beimessen, je näher diese beim Wahltermin liegt, verhalten sich die Parlamentsmitglieder kurz vor den Wahlen weniger fraktionsorientiert. Die zugehörige Hypothese lautet darum:

H8 Je näher der Wahltermin liegt, desto eher ist abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.

4.3.2 Politikinhalte und -koalitionen

Der Grund für abweichendes Stimmverhalten kann auch in grundsätzlich divergierenden Auffassungen zu einzelnen Politikbereichen liegen. Ein solches Stimmverhalten ist auf die Realisierung politischer Programme, Einstellungen und Werthaltungen ausgerichtet, die nicht mit der Mehrheitsposition der eigenen Fraktion übereinstimmen. Im Unterschied zum wiederwahl- bzw. wahlkreisorientierten Verhalten sind die Manifestationen abweichenden Stimmverhaltens nicht

instrumenteller, sondern intrinsischer Natur, d.h. sie basieren auf konstanten persönlichen Überzeugungen und Prinzipien eines Parlamentsmitglieds. Abweichendes Verhalten wird somit mit ideologischen Einstellungsmustern bzw. dem sogenannten „belief system“ des einzelnen Fraktionsmitglieds erklärt (Converse 1964; Campbell et al. 1960; Poole 1988; vgl. auch Abschnitt 2.2.5.1). Converse (1964, 207) definiert das Belief-System als „a configuration of ideas and attitudes in which the elements are bound together by some form of constraint or functional interdependence“.

Parteien werden in diesem Belief-System-Modell als „collection of individuals with similar patterns of constraint over issues“ (Poole 1988, 129) bezeichnet, was zur Schlussfolgerung führt, dass nicht die Partei (und schon gar nicht der Wahlkreis o.ä.) die primäre analytische Einheit parlamentarischen Verhaltens bildet, sondern die individuellen Belief-Systems. Poole (1988) schliesst allerdings nicht aus, dass sich die Bewerber um ein politisches Amt im Rahmen ihrer erstmaligen Kandidatur das Belief-System (auch) an der Zusammensetzung ihrer Unterstützungsgruppen im Wahlkreis ausrichten. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass — einmal festgelegt — das Belief-System in den nachfolgenden parlamentarischen Phasen stabil bleibt und nicht an kurzfristig sich verändernde Verhältnisse im Wahlkreis angepasst wird.

Will man fraktionsabweichendes Stimmverhalten mit unterschiedlichen Einstellungsmustern der Fraktionsmitglieder erklären, muss einschränkend angefügt werden, dass das Parteilabel die Spielräume für abweichendes Verhalten einengt. Im Gegensatz zu Zweiparteisystemen, die in der Regel eine ideologisch breite Parteibasis aufweisen und zur Erlangung einer Mehrheitsposition stärker auf den Medienwähler ausgerichtet sind (Downs 1957), zeichnen sich Systeme ohne dominierende Mehrheitspartei(en) eher durch programmatisch ausdifferenzierte Parteiorganisationen aus, die ihr „Angebot“ auf ideologisch abgegrenzte Wählersegmente ausrichten und dadurch eher relative als absolute Mehrheiten anstreben. So wird auch jedes Parlamentsmitglied bei der Wahl seiner Partei die programmatische Ausrichtung in die Überlegungen einbezogen haben; die politischen Kernthemen und -werte, welche die Partei erfolgreich vertritt, dürften bei dieser Entscheidung eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Die zugehörige Hypothese lautet darum:

- H9 Abweichendes Stimmverhalten tritt am häufigsten bei Vorlagen auf, bei denen es sich nicht um Kernthemen der eigenen Partei handelt.

Ebenfalls mit politischen Orientierungen und Werthaltungen der Ratsmitglieder verknüpft sind sozialgeografische Ansätze, in denen sozialpsychologische und -strukturelle Argumentationslinien (vgl. Abschnitt 2.2.2) auf der Basis einer Raumgliederungsperspektive verschmelzen: Spezifische geografische Lebensräume weisen eine besondere (aber grundsätzlich dynamisch angelegte, sich wandelnde) Sozialstruktur auf, welche von zunehmend mobilen Gesellschaftsschichten über das Umzugsverhalten aktiv gestaltet wird. Bestehende Wertorientierungen werden durch diese Dynamik entweder mit eigenem Zutun oder über das sich verändernde Umfeld ausdifferenziert und gefestigt, politische Präferenzen dadurch ausgeformt bzw. an diejenigen der räumlichen Nachbarschaft angepasst.⁶² In der Schweiz haben sozialgeografische Ansätze vor allem durch

⁶²Die sozialgeografische Argumentation liesse sich auch unter den soziokulturellen Hypothesen einordnen (vgl. Abschnitt 4.3.4). Dass sie in dieser Arbeit unter den Politikinhalten

neuere Forschungsarbeiten unter Beteiligung von Michael Hermann und Heiri Leuthold Auftrieb erhalten (vgl. Hermann und Leuthold 2003a; Hermann und Leuthold 2002; Hermann und Leuthold 2001; Heye und Leuthold 2004), deren Ergebnisse auf den Daten zu Volksabstimmungen, Wahlen und Volkszählungen auf Gemeinde- bzw. Quartierebene basieren.

In der vorliegenden Arbeit wird die sozialgeografische Argumentation in einer abgeschwächten, erheblich vereinfachten Form angewandt. Bereits bei Hertig (1978) findet sich eine Art „Homogenitätshypothese“ in Bezug auf die Fraktionsgeschlossenheit, allerdings primär auf soziokulturelle (d.h. sprachliche) Minderheiten innerhalb der Fraktionen angewendet (siehe Abschnitt 4.3.4). Diese Hypothese wird hier auf fraktionsatypische sozialgeografische Hintergründe der Ratsmitglieder erweitert. Unter einen atypischen sozialgeografischen Hintergrund fallen beispielsweise städtische Vertreter von SVP und CVP bzw. ländliche Vertreter von SP und allenfalls FDP, da parteihistorisch die CVP und SVP die Interessen eher ländlich geprägter Schichten sowie FDP und SP eher diejenigen städtisch-industrieller Milieus aggregiert haben (Linder 2005, 85; Linder, Zürcher und Bolliger 2008, 73). Die entsprechende Hypothese lautet:

H10 Fraktionsmitglieder, deren Wohnorte in fraktionsatypischen sozialgeografischen Räumen liegen, weisen häufiger abweichendes Stimmverhalten auf.

Abweichendes Stimmverhalten kann auch im politischen Wettbewerb zwischen den Fraktionen bzw. Parteiblöcken begründet sein. In der koalitionstheoretischen Debatte hat sich seit den frühen 1970er Jahren die Erkenntnis festgesetzt, dass im Rahmen der Koalitionsbildung nicht nur danach getrachtet wird, an einer (erfolgreichen) Koalition beteiligt zu sein, um entweder in parlamentarischen Systemen begehrte Regierungsposten zu ergattern (Riker 1962; Baron und Ferejohn 1989; Baron 1998) oder in Machtteilungssystemen im Rahmen wiederkehrender Stimmentauschprozesse unter den Parlamentsmitgliedern (sogenanntes „log rolling“ bzw. „vote trading“) ein Optimum für den eigenen Wahlkreis herauszuholen (Buchanan und Tullock 1962; Tullock 1967; Tullock 1981). Alternativ werden politische Faktoren für die Zusammensetzung von Koalitionen ins Spiel gebracht (Axelrod 1970; Volden und Carrubba 2004), wobei die ideologische Nähe der beteiligten Partner den zentralen Faktor für die Koalitionsbildung darstellt.⁶³

Gemäss dieser koalitionstheoretischen Argumentation kann abweichendes Stimmverhalten darauf hindeuten, dass einzelne Fraktionsmitglieder mit dem Koalitionsverhalten der Fraktionsmehrheit nicht einverstanden sind bzw. sich in einer von der Fraktionsmehrheit vorgegebenen Allianz „unwohl“ fühlen. Hierzu sind unterschiedliche Konstellationen denkbar. Eklatant sind diejenigen Fälle, in denen sich das abweichende Fraktionsmitglied aus prinzipiellen Erwägungen gegen das (kurzfristige) Koalitionsverhalten der Mehrheit wendet, auch wenn sein individuelles Verhalten der Durchsetzung der eigenen politischen Ziele im Moment zuwiderläuft (z.B. wenn die Fraktionsmehrheit eine kurzzeitige Koalition mit einer Partei anstrebt, zu der ansonsten maximale inhaltliche Differenzen bestehen). In der Schweiz haben koalitionstheoretische Erklärungsansätze für

erscheint, soll auf die theoretisch überzeugenderen Bezüge zu inhaltlichen Komponenten der Politik (z.B. in Bezug auf die Verbindung von allgemeiner Weltanschauung und konkreten Politikpräferenzen) hinweisen.

⁶³Für die Analyse des Koalitions- und Mehrheitsbildungsverhaltens im schweizerischen Kontext vgl. Abschnitt 3.1.

abweichendes Stimmverhalten durch den verschärften Parteienwettbewerb und die gefestigte Position der politischen Pole unter Schwächung der Parteien im Zentrum zusätzliche Relevanz erhalten. So besteht seit den Nationalratswahlen von 2003 für die SP (bzw. die links-grüne Ratsseite insgesamt) und die SVP rechnerisch die Option, „unheilige“ — d.h. nicht auf gemeinsamen längerfristigen politischen Zielen beruhende — Allianzen zu schmieden, um Lösungsvorschläge der politischen Mitte im Nationalrat auszubremsen. Im Vordergrund der Analyse fungieren darum Koalitionsmuster, in denen sich Mehrheiten von SP und SVP gegen solche von CVP und FDP gestellt haben.

Auf die Mitglieder der beiden Mittefraktionen bezogen, sind Koalitionen mit der SP bzw. der SVP weniger ungewöhnlich. Unangenehm sind für diese Parteien hingegen Koalitionsmuster, welche die politische Mitte entzweien, d.h. wenn die CVP oder FDP allein mit der SP bzw. SVP koalitiert; da sich CVP und FDP inhaltlich relativ stark überlappen, kann dies im Falle von Uneinigkeit zwischen den beiden Fraktionen zu häufigeren Loyalitätskonflikten führen. Daraus kann folgende, verallgemeinerte Hypothese generiert werden, die in der empirischen Analyse auf die fraktionspezifischen Gegebenheiten angepasst wird:

- H11 Bei parteiideologisch heterogenen, unverbundenen Koalitionsmustern ist abweichendes Stimmverhalten häufiger zu beobachten als bei parteiideologisch homogenen, verbundenen Koalitionen.

4.3.3 Parlamentarische Institutionen

Parlamentarische Prozesse sind durch formelle und informelle Regeln stark institutionalisiert. Nur so kann ein legislatives Chaos vermieden und den parlamentarischen Abläufen die notwendige Erwartungssicherheit verliehen werden (vgl. Shepsle 1979; Shepsle und Weingast 1981b; Shepsle 1989). Aufgrund solcher Regeln werden die Vorlagen beispielsweise in unterschiedliche Geschäftsarten eingeteilt, bestehen strikte Verfahren im Rahmen der Gesetzesberatung mit unterschiedlichen Gesetzgebungsphasen und Abstimmungstypen, wird bei einzelnen Abstimmungen das individuelle Stimmverhalten veröffentlicht und bei anderen nicht, werden einzelnen Ratsmitgliedern institutionelle Funktionen zugeteilt, etc. Institutionen bzw. institutionelle Regeln, die sich als stabil erwiesen haben und von den Akteuren respektiert und verinnerlicht werden, beeinflussen das politische Verhalten (March und Olson 1989). Auch wenn zur konkreten Wirkungsweise von Institutionen noch viele offene Fragen bestehen (Hammond und Butler 2003), liegt es nahe, den parlamentarischen Institutionen einen entscheidenden Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten von Parlamentsmitgliedern zuzubilligen. Institutionen werden hier im Sinne von March und Olson (1989, 160) als „collections of interrelated rules and routines that define appropriate actions in terms of relations between roles and situations“ verstanden. Getestet wird der institutionelle Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten anhand von fünf Faktoren:

1. die unmittelbare Gesetzgebungswirkung einer Abstimmung bzw. Vorlage,
2. die Öffentlichkeit des individuellen Stimmverhaltens,
3. die Funktion des Parlamentspräsidiums,
4. die Funktion der Fraktionsleitung,

5. die allgemeine Bindungswirkung von Parlament und Fraktion.⁶⁴

In Kapitel 3.2 zeigten sich zwei gegenläufige Tendenzen in Bezug auf die Bedeutung der Gesetzgebungswirkung einer Vorlage bzw. Abstimmung für die Fraktionsgeschlossenheit: Über sämtliche Abstimmungen und Fraktionen betrachtet, ist geringeres abweichendes Stimmverhalten zu beobachten, je höher die hierarchische Position der Vorlage bzw. Abstimmung angesiedelt ist. Das bedeutet, dass bei Gesetzgebungsvorlagen des Bundesrats sowie bei parlamentarischen Initiativen eine geringere Abweichungsrate festzustellen ist als bei unverbindlicheren Parlamentsbeschlüssen wie z.B. Motionen, Postulaten oder Interpellationen. Gleiches gilt innerhalb von Bundesratsgeschäften und parlamentarischen Initiativen für Gesamt- und Schlussabstimmungen im Vergleich zu Abstimmungen in der Detailberatungsphase des Geschäfts. Theoretischer Hintergrund zu diesen empirischen Feststellungen bildet die Vermutung, dass die Fraktionsleitung bei verbindlichen, endgültigen Parlamentsbeschlüssen stärker auf innerparteiliche Geschlossenheit drängt und im Gegenzug bei unverbindlichen oder vorläufigen Beschlüssen weniger Ressourcen dafür einsetzt und den Fraktionsmitgliedern „freieren Auslauf“ gewährt.

Die Ergebnisse in Kapitel 3 weisen allerdings auch darauf hin, dass die beschriebenen kollektiven Muster nicht für alle untersuchten Fraktionen gelten, sondern v.a. das Verhalten von CVP und FDP zu erklären vermögen, während SP und SVP teilweise andere, entgegengesetzte Muster aufweisen. Auch dies lässt sich theoretisch begründen, indem zwischen ideologie- und konsensorientierten Parteien unterschieden wird: Für ideologisch eher an den politischen Polen positionierte Parteien besitzen unverbindliche parlamentarische Vorstösse eine wichtige Signalfunktion gegenüber der eigenen Wählerschaft sowie eine Abgrenzungsfunktion gegenüber den politischen Gegnern (sogenanntes „position-taking“; vgl. Snyder und Ting 2005), während sich konsensorientierte Parteien stärker auf das Erarbeiten einer mehrheitsfähigen Lösung konzentrieren und darum die grösste Geschlossenheit am Ende verbindlicher Gesetzgebungsprozesse aufweisen. Ersteres trifft in der vorliegenden Untersuchung auf SP und SVP zu, letzteres auf CVP und FDP. Aufgrund dieses empirischen Vorwissens kann die Hypothese sehr gezielt formuliert werden:

H12 Abweichendes Stimmverhalten tritt bei den Parteien der politischen Mitte (CVP und FDP) umso häufiger auf, je tiefer die Vorlage bzw. Abstimmung in der Gesetzgebungshierarchie angesiedelt ist, während sich bei SP und SVP der umgekehrte Zusammenhang zeigt.

Das oben erwähnte Ressourcenargument spielt auch in Zusammenhang mit dem Konfliktivitätsgrad einer Abstimmung eine Rolle. Die Fraktionsleitung setzt ihre wenigen Disziplinierungsmittel am effektivsten ein, wenn das erwartete Abstimmungsergebnis knapp ausfällt und somit einzelne Abweichler in den eigenen Reihen das Resultat beeinflussen könnten (vgl. von Beyme 1999). Hingegen macht es wenig Sinn, einen grossen Effort für die Fraktionsgeschlossenheit zu

⁶⁴Ebenfalls getestet werden könnte auf die Frage nach der Herkunft von Regierungsvorlagen; konkret, ob bei Vorlagen, die aus der Küche des „eigenen“ Bundesratsmitglieds stammen, die Fraktion geeinter auftritt als bei Vorlagen anderer Departemente. Leider hat sich die Datenlage an diesem Punkt als unzureichend erwiesen bzw. eine Nacherhebung der entsprechenden Variable als zu aufwändig, so dass auf eine entsprechende Hypothese verzichtet wurde.

leisten, wenn das Ergebnis praktisch von vornherein feststeht.⁶⁵ Interessant ist dieser Einflussfaktor auf das abweichende Stimmverhalten auch, weil er indirekt Rückschlüsse über die Disziplinierungskraft der Fraktionsleitung zulässt.

Der Zusammenhang zwischen abweichendem Stimmverhalten und Konfliktivitätsgrad wird wie folgt formuliert:

H13 Abweichendes Stimmverhalten ist am geringsten, wenn das Abstimmungsergebnis besonders knapp ausfällt.⁶⁶

Ein wiederkehrendes Argument bildet die Frage, ob das individuelle Stimmverhalten publiziert wird oder nicht. Wird das individuelle Verhalten offengelegt, ist es für die Fraktionsleitung und Interessengruppen, die der Partei nahestehen, einfacher, regelmässig abweichende Mitglieder ausfindig zu machen und wenn nötig zu disziplinieren. Es wäre also davon auszugehen, dass die Veröffentlichung des individuellen Stimmverhaltens zu mehr Fraktionsgeschlossenheit führt. Aus zwei Gründen dürfte der Zusammenhang im schweizerischen Fall etwas komplizierter ausfallen: Erstens kann in Verbindung mit den in Abschnitt 4.3.1.2 gemachten Aussagen zu den Anreizen eines unabhängigen persönlichen Profils argumentiert werden, dass öffentliches und abweichendes Stimmverhalten keinen Widerspruch bilden, wenn damit ein Signal an den eigenen Wahlkreis (bzw. an die Wiederwahl-Principals) ausgesendet werden soll. Die Ablehnung des oben dargestellten Zusammenhangs könnte somit in indirekter Weise auf die Relevanz des Wahlkreisansatzes hindeuten. Der zweite Punkt betrifft die institutionellen Regeln zur Veröffentlichung des Stimmverhaltens im Nationalrat. Seit jeher wird das individuelle Stimmverhalten publiziert, wenn mindestens 30 Ratsmitglieder dies verlangen. Seit dem Jahr 1995 wird es zusätzlich bei bestimmten Abstimmungskategorien (hauptsächlich Gesamt- und Schlussabstimmungen) automatisch publiziert.⁶⁷ Dadurch wird die Kategorie der wichtigsten Abstimmungen ohnehin automatisch publiziert, während es sich bei den namentlichen Abstimmungen auf Verlangen vor allem um besonders kontroverse Themen handelt, bei denen die bereits erwähnten Signaleffekte gegenüber der eigenen Wählerbasis (oder weitere strategische Motive, vgl. Schwarz 2005) im Vordergrund stehen. Darum scheint es sinnvoll, die beiden unterschiedlichen Gründe für die Publikation des individuellen Stimmverhaltens analytisch auseinander zu halten. Da SP und SVP, welche im Bundesrat die politischen Pole bilden, weit häufiger auf die Möglichkeit namentlicher Abstimmungen auf Verlangen zurückgreifen als CVP und FDP, wäre davon auszugehen, dass sich SP und SVP darin auch geschlossener zeigen. Hingegen kann bei den automatisch publizierten Abstimmungen aufgrund theoretischer Überlegungen keine eindeutige Erwartung formuliert werden, weshalb die eingangs genannte „Grunderwartung“ als Hypothese formuliert wird:

⁶⁵Eine Ausnahme bilden allenfalls Vorlagen, welche absolute Kernanliegen der Partei betreffen (vgl. Abschnitt 4.3.2), sofern die Markierung einer geschlossenen Position als ein wichtiges Signal gegenüber der Wählerschaft verstanden wird.

⁶⁶Zugegebenermassen können an dieser Stelle leichte Zweifel in Bezug auf die Richtung der Kausalität aufkommen: Beeinflusst die Knappheit des Gesamtergebnisses die fraktionsinterne Abweichrate oder umgekehrt? Theoretisch lassen sich für beide Sichtweisen gute Argumente finden, für die vorliegende Arbeit ist hingegen nur die erste von Belang. Da es sich insgesamt um einen eher untergeordneten Punkt handelt, wurde auf eine eingehende Kausalitätsanalyse verzichtet.

⁶⁷Vgl. Art. 57 Abs. 3 GRN

- H14a In automatisch publizierten Abstimmungen ist geringeres abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.
- H14b In publizierten Abstimmungen auf Verlangen ist bei SP und SVP geringeres, bei CVP und FDP häufigeres abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.

Die theoretischen Erwartungen in Bezug auf die Wirkungen von Parlamentsämtern auf das abweichende Stimmverhalten fallen je nach wahrgenommener Funktion unterschiedlich aus. Dem Parlamentspräsidium kommt im schweizerischen System eine überparteiliche, konsensuale Rolle zu. Anders als beispielsweise im US-Repräsentantenhaus hat die vorsitzende Person im Nationalrat nicht die Rolle der Mehrheitsführerin inne. Das Nationalratspräsidium wird im jährlichen Turnus unter den vier Bundesratsparteien vergeben, selbst Nichtregierungsparteien werden hin und wieder berücksichtigt. Das Fehlen einer Mehrheitspartei sowie einer verbindlichen Regierungskoalition verstärkt die Bedeutung der Konsensorientierung des Präsidiums, und es kann vermutet werden, dass sich diese Orientierung auch im Stimmverhalten des Ratspräsidenten bzw. der Ratspräsidentin niederschlägt. Dies bedeutet, dass die Wahrnehmung des Ratspräsidiums das fraktionsabweichende Stimmverhalten fördert. Einschränkend ist anzufügen, dass der Ratspräsident nur abstimmen darf, wenn ein Stichtentscheid notwendig ist oder wenn zur Annahme einer Vorlage die absolute Mehrheit aller Ratsmitglieder erforderlich ist.⁶⁸ Zum Stimmverhalten von Ratspräsidentinnen und -präsidenten liegen darum weniger Daten vor als bei den anderen Ratsmitgliedern.

Anders gelagert sind die Erwartungen in Bezug auf das Fraktionspräsidium. Die Fraktionsleitung wird nur von der eigenen Gruppe gewählt; ausgleichende Fähigkeiten dieser Person müssen sich darum auch nur auf die eigene Fraktion beziehen, der überparteiliche Konsens wird von ihr nicht erwartet. Hinsichtlich des Stimmverhaltens kann erwartet werden, dass die Inhaber der Fraktionsleitung deutliche Vertreter der Fraktionsmehrheit darstellen bzw. mit ihrem Stimmverhalten im Rat gegenüber den eigenen Reihen mit guten Beispiel vorangehen möchten und darum weniger häufig abweichen als der Fraktionsdurchschnitt.

Die Argumentation der beiden vorangehenden Absätze führt zu folgenden Hypothesen:

- H15 Bei Inhabern des Ratspräsidiums ist abweichendes Stimmverhalten häufiger zu beobachten als bei anderen Fraktionsmitgliedern.
- H16 Bei Inhabern des Fraktionspräsidiums ist abweichendes Stimmverhalten weniger häufig zu beobachten als bei anderen Fraktionsmitgliedern.

Ebenfalls zur Kategorie der institutionellen Variablen können das Amtsalter und der Wiederwahlverzicht gerechnet werden. Verschiedentlich wird vermutet, dass Disziplinierungsversuche der Fraktionsleitung bei amtsjüngeren Mitgliedern grösseren Eindruck hinterlassen als bei „alten Hasen“, welche in ihren Wahlkreisen über eine gefestigte Stellung verfügen (z.B. Davis und Porter 1989). Ebenso wird angenommen, dass Ratsmitglieder, die sich bei der nächsten Wahl

⁶⁸Art. 80 ParlG

nicht mehr aufstellen lassen und somit freiwillig auf eine Wiederwahl verzichten, sowohl gegenüber der Fraktionsleitung als auch gegenüber den weiteren Anspruchsgruppen unabhängiger agieren können. Vom freiwilligen Rücktritt ist das Verpassen der Wiederwahl oder ein aus anderen Gründen erfolgtes unfreiwilliges Ausscheiden aus dem Rat zu unterscheiden, bei denen der genannte Zusammenhang nicht spielt.

Insgesamt ergeben sich daraus die folgenden beiden Hypothesen:

H17 Je höher das Amtsalter eines Ratsmitglieds, desto eher ist abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.

H18 Bei Ratsmitgliedern, die sich nicht zur Wiederwahl aufstellen lassen, ist vor dem Rücktrittstermin häufiger abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.

4.3.4 Weitere Faktoren

Das primäre Ziel der Arbeit ist darauf ausgerichtet, abweichendes Stimmverhalten den drei übergeordneten Erklärungssträngen Wahlkreisorientierung, Politikinhalte/Koalitionsbildung und Parlamentsinstitutionen zuzuordnen. Daneben werden zusätzliche Faktoren einbezogen und geprüft, die zwar keinem der drei Erklärungsansätze zuzurechnen sind, von denen aber aufgrund früherer Untersuchungen bekannt ist, dass sie für die Analyse der Fraktionsgeschlossenheit oder des Stimmverhaltens von Parlamentsmitgliedern ganz allgemein eine bedeutende Rolle spielen können.

4.3.4.1 Soziodemografische Merkmale

Der zur Verfügung stehende Datensatz enthält die beiden klassischen soziodemografischen Variablen: Geschlecht und Alter der Nationalratsmitglieder. In Bezug auf das Geschlecht bestehen nicht sehr viele Studien, welche die Unterschiede zwischen den politischen Präferenzen von politisch aktiven Männern und Frauen derselben Partei in der Schweiz systematisch untersucht haben. Neuere, explorativ angelegte Untersuchungen anhand der Daten der Online-Wahlhilfeplattform „smartvote“ stellen parteiinterne Geschlechterunterschiede fest, indem vorab Frauen innerhalb der bürgerlichen Parteien im Durchschnitt eine „linkere“ Position einnehmen als die Männer derselben Partei (Ladner, Schwarz und Fivaz 2008; Fivaz und Schwarz 2004). Hinzu kommt, dass die Frauen mit Ausnahme der SP eine klare Minderheit in ihren Fraktionen darstellen (vgl. Abschnitt 5.1). Dies legt insgesamt die Vermutung nahe, dass Frauen stärker von der Fraktionsmehrheit abweichen als Männer.

In Bezug auf das Alter des Ratsmitglieds kann einerseits spekuliert werden, dass sich ein Zusammenhang analog zum Amtsalter (vgl. Abschnitt 4.3.3) zeigt, d.h. dass mit zunehmendem Alter eine abgeklärtere, unabhängigere Stellung innerhalb der Fraktion eingenommen wird. Umgekehrt kann aber auch argumentiert werden, dass aufmüpfiges Verhalten und frische Ideen eher von den jungen Fraktionsmitgliedern erwartet werden. Der theoretisch zu erwartende Wirkungszusammenhang ist somit nicht eindeutig. Wie beim Geschlecht kann jedoch auch beim Alter festgestellt werden, dass sich unter den gewählten Parlamentsmitgliedern die ältere Garde in allen Fraktionen in der Mehrheit befindet,

was zur Vermutung führt, dass sich allfällige Alterseffekte in einem verstärkt abweichenden Verhalten der jüngeren Ratsmitglieder manifestieren.

H19 Bei Frauen ist häufiger fraktionsabweichendes Stimmverhalten zu beobachten als bei Männern.

H20 Jüngere Ratsmitglieder weichen häufiger von der Fraktionslinie ab als ältere.

4.3.4.2 Soziokulturelle Merkmale

Als soziokulturelle Variable wird primär die sprachregionale Herkunft des Ratsmitglieds verwendet. Loewenberg und Mans (1988) sowie Hertig (1978) postulieren eine geringere Fraktionsloyalität unter soziokulturellen Minderheiten, d.h. unter Ratsmitgliedern aus der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

H21 Bei Fraktionsmitgliedern aus der französisch- und italienischsprachigen Schweiz ist häufiger fraktionsabweichendes Stimmverhalten zu beobachten als unter Deutschschweizern.

4.3.4.3 Zeit

Jede Nationalratswahl stellt naturgemäss eine grössere Zäsur in der Zusammensetzung der Parlamentskammer dar. Obwohl in Abschnitt 3.2 nur eine sehr schwache Tendenz zu einer höheren Fraktionsgeschlossenheit festgestellt werden konnte, lautet die Hypothese im Hinblick auf den zunehmenden Parteienwettbewerb (Ladner 2006) und die Professionalisierung der Partei- und Fraktionsführung wie folgt:

H22 In späteren Legislaturperioden nimmt das abweichende Stimmverhalten ab.

4.3.4.4 Parteizugehörigkeit

In bisherigen Auswertungen haben sich bei der Fraktionsgeschlossenheit regelmässig relativ grosse und recht stabile Differenzen zwischen den schweizerischen Parteien gezeigt (vgl. Abschnitt 2.2.5.3 sowie Kapitel 3). Zurückgeführt werden diese auf unterschiedliche parteigeschichtliche Hintergründe, unterschiedliche Werthaltungen in Bezug auf individuelle Handlungsfreiheiten sowie auf unterschiedliche innerparteiliche Kulturen im Umgang mit fraktionsabweichendem Verhalten (Vasella 1956; Hertig 1978). Da sich die vorliegende Arbeit der Erklärung der innerparteilichen Geschlossenheit widmet und zwischenparteiliche Unterschiede nicht näher untersucht, bildet die Parteizugehörigkeit keine erklärende Variable für das fraktionsabweichende Stimmverhalten. Der Vergleich zwischen den vier untersuchten Parteien findet nicht im Rahmen eines einheitlichen Gesamtmodells statt, sondern aufgrund einer Gegenüberstellung fraktionspezifischer Modellberechnungen (vgl. Kapitel 6).

Kapitel 5

Beschreibung der Einflussfaktoren (unabhängige Variablen)

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln die Einflussfaktoren auf das fraktionsabweichende Stimmverhalten im Einzelnen theoretisch hergeleitet und in die Form von Untersuchungshypothesen gegossen wurden, geht es in den nachfolgenden Abschnitten darum, die unabhängigen Variablen einerseits zu operationalisieren und andererseits deren grundlegende statistischen Merkmale zu beschreiben.

Die Präsentation der deskriptiven statistischen Auswertungen folgt je nach Skalenniveau der Variable einem unterschiedlichen Muster: Bei kategorialen Variablen wird einerseits der Gesamtanteil pro Kategorie und Fraktion angegeben, gemessen an der Anzahl individueller Stimmabgaben (z.B. der Frauenanteil innerhalb der CVP). Diese Angaben vermitteln einen Eindruck über die Verteilung der einzelnen Variablenkategorien sowohl innerhalb der Fraktionen als auch im untersuchten Datensatz insgesamt. Andererseits wird in einer separaten Tabelle der Anteil abweichender Ratsmitglieder pro Fraktion und Variablenkategorie ausgewiesen (z.B. die Abweichrate innerhalb der CVP-Frauen). Der Vorteil dieser Darstellung liegt darin, dass eine von der Fallzahl unabhängige Interpretation der Information möglich ist. Zudem kann durch den Vergleich der einzelnen Kategorienwerte mit dem Gesamtanteil der Abweichungen über alle Kategorien (Spalte „alle“) rasch erfasst werden, ob in einer Kategorie über- oder unterdurchschnittlich häufig abweichendes Stimmverhalten vorliegt.

Weist eine Variable metrisches (d.h. mindestens intervallskaliertes) Skalenniveau auf, wird auf die nachträgliche Bildung von Variablenkategorien verzichtet; stattdessen werden herkömmliche Lage- und Streuungsmasse wie der arithmetische Mittelwert (\bar{x}), der Median (m) sowie die Standardabweichung (s) angegeben (jeweils getrennt nach abweichendem und fraktionstreuem Stimmverhalten). Über den Vergleich von Mittelwert und Median lässt sich die Verteilung zumindest grob abschätzen.⁶⁹

⁶⁹Es ist zu beachten, dass aufgrund der Nichtunabhängigkeit der Beobachtungen sämtliche Masszahlen einer bestimmten Verzerrung unterliegen, die sich erst im Rahmen der multivariaten Analyse in Kapitel 6 beheben lässt.

Gänzlich verzichtet — sowohl bei kategorialen als auch bei metrischen Variablen — wird auf die Berechnung von bivariaten Zusammenhangsmassen wie Korrelationskoeffizienten und Chi-Quadrat-Tests. Der Grund liegt darin, dass die sinnvolle Verwendung solcher Kennzahlen an statistische Voraussetzungen geknüpft ist, die mit den vorliegenden Daten nicht eingehalten werden können (Sachs 2004, 496).⁷⁰ Aller Vorsicht zum Trotz bleiben aufgrund der nachfolgenden Darstellungen approximative Aussagen über Zusammenhänge zwischen den Variablen nicht verwehrt: Aus den Tabellen lässt sich sowohl im Falle kategorialer als auch metrischer Variablen stets herleiten, ob eine positive oder negative Beziehung besteht. Was aus den dargelegten Gründen nicht angeboten werden kann, sind verlässliche Signifikanztests sowie präzise Anhaltspunkte über die Stärke des Zusammenhangs. Auch wird darauf verzichtet, bereits anhand der deskriptiven bzw. bivariaten Analysen die Hypothesen aus Abschnitt 4.3 zu überprüfen; diese Aufgabe kommt der multivariaten Analyse in Kapitel 6 zu.

Die Zahl der Beobachtungen — sowohl insgesamt als auch einzeln auf die vier Fraktionen bezogen — finden in den nachfolgenden Beschreibungen und Tabellen nicht durchgängig Erwähnung, da sich die Fallzahlen gegenüber den in Tabelle 4.1 dargestellten Werten (Spalte „66%-Schwelle“) nur bei einigen wenigen Variablen verändern. Wo dies der Fall ist, wird es sowohl im Text als auch in den tabellarischen Darstellungen entsprechend vermerkt.

In einem ersten Schritt werden nachfolgend die allgemeinen soziodemografischen und -kulturellen Variablen beschrieben, gefolgt von den wiederwahlbezogenen Faktoren, den Variablen mit Bezug zu Politikinhalten und -koalitionen sowie den institutionellen Variablen.

5.1 Soziodemografische und -kulturelle Variablen

5.1.1 Geschlecht

Zu den klassischen soziodemografischen Variablen zählen das Geschlecht und das Alter der erfassten Personen. Die Definition des Geschlechts wurde dichotom mit den Werten 0 = männlich und 1 = weiblich codiert (was bedeutet, dass im „Erfolgsfall“ die Person weiblich ist). Die Tabelle 5.1 zeigt, dass der Frauenanteil in den Parlamentsabstimmungen über alle vier Bundesratsparteien betrachtet bei rund 24.4 Prozent liegt. Im Verhältnis der Anzahl Ratsmitglieder machen die Parlamentarierinnen im Untersuchungszeitraum hingegen nur 22.7 Prozent aus, was bedeutet, dass Frauen im Nationalrat etwas häufiger bei Abstimmungen anwesend sind als ihre männlichen Kollegen. Die SP verfügt mit rund 43 Prozent über den höchsten Frauenanteil, gefolgt von CVP (24.6) und FDP (17.4). Das Schlusslicht bildet die SVP, wo 93 Prozent der abgegebenen Stimmen von Männern stammen.

⁷⁰Gegen die Verwendung sprechen die schiefe Verteilung der abhängigen Variablen, der teils fehlende lineare Zusammenhang sowie, was besonders gravierend erscheint, die Nichterfüllung des Erfordernisses unabhängiger Beobachtungen, denn die Ratsmitglieder geben ihre Stimme wiederholt und je nach Amtsdauer und Präsenz im Rat unterschiedlich oft ab. Dieser Umstand bliebe in einer bivariaten Korrelationsanalyse unberücksichtigt. Auch die einfachen deskriptiven Auswertungen (Mittelwerte, Standardabweichungen etc.) sind von solchen Verzerrungen betroffen, was bei Schlussfolgerungen stets bedacht werden muss. Hingegen bestehen für die multiple Regressionsanalyse entsprechende statistische Korrekturverfahren (vgl. Abschnitt 6.1).

In Bezug auf den Einfluss des Geschlechts auf das abweichende Stimmverhalten sind in Tabelle 5.2 zwischen den Fraktionen unterschiedliche Tendenzen erkennbar. Während bei CVP und SP die Frauen weniger häufig von ihrer Fraktion abweichen als die Männer, ist bei der FDP und vor allem bei der SVP auf Basis dieser bivariaten Auswertung der umgekehrte Schluss zu ziehen; in der SVP beträgt die Abweichrate unter den (wenigen) Frauen fast 15 Prozent, während sie bei den Männern mit rund vier Prozent im Rahmen der anderen Parteien liegt.

Tabelle 5.1: Geschlechteranteile nach Fraktion (in Prozent)

	Frauen	Männer	<i>N</i>
CVP	24.55	75.45	186'574
FDP	17.43	82.57	243'863
SP	43.06	56.94	331'853
SVP	7.05	92.95	261'875
BR-Parteien	24.38	75.62	1'024'165

Tabelle 5.2: Durchschnittliche Abweichrate nach Geschlecht und Fraktion (in Prozent)

	Frauen	Männer	alle
CVP	5.97	6.95	6.71
FDP	6.45	5.93	6.02
SP	2.14	2.87	2.56
SVP	14.96	3.96	4.74
BR-Parteien	4.52	4.75	4.70

5.1.2 Alter

Die Altersvariable wird im Datensatz dynamisch in Bezug auf den Abstimmungszeitpunkt definiert, d.h. es wird berücksichtigt, dass die Ratsmitglieder im Verlauf ihrer Karriere älter werden und sich somit bei langjährigen Mitgliedern auch ein Alterseffekt in ihrem Stimmverhalten einstellen könnte. Die Operationalisierung der Variable erfolgt in ganzen Jahren, d.h. die Erhöhung des Alters erfolgt nicht tageweise in geringen Dezimalschritten, sondern jahresweise um ein ganzes Jahr. Als erstes zeigt sich in Tabelle 5.3, dass die FDP mit 55.2 Jahren im Durchschnitt die älteste Fraktion bildet, während die SP als die jüngste ausgewiesen wird (49.6 Jahre). Die Altersdifferenz zwischen abweichenden und nicht abweichenden Parlamentsmitgliedern erweist sich bei allen vier Fraktionen als recht gering. Am grössten fällt sie bei der CVP und SVP aus, wobei der Unterschied jeweils nur rund 0.7 Jahre beträgt. Uneinheitlich ist das Bild in Bezug auf das abweichende Stimmverhalten: Während bei der CVP ältere Fraktionsangehörige eher abweichen, trifft dies in den Reihen von FDP, SP und SVP auf die jüngeren Mitglieder zu.

Tabelle 5.3: Altersdurchschnitt nach Stimmverhalten und Fraktion (in Jahren)

		abweichendes Stimmverhalten		
		nein	ja	alle
CVP	\bar{x} (s)	53.03 (7.00)	53.79 (6.95)	53.08 (7.00)
	m	53	53	53
FDP	\bar{x} (s)	55.21 (6.70)	55.19 (6.66)	55.21 (6.70)
	m	56	56	56
SP	\bar{x} (s)	49.63 (7.75)	49.61 (7.98)	49.63 (7.75)
	m	50	50	50
SVP	\bar{x} (s)	53.30 (8.52)	52.6 (8.12)	53.3 (8.50)
	m	54	53	54
BR-Parteien	\bar{x} (s)	52.48 (7.90)	53.17 (7.62)	52.51 (7.89)
	m	53	54	53

5.1.3 Sprache

Als soziokulturelle Variablen werden die Sprache und die regionale Herkunft der Ratsmitglieder aufgefasst. In Bezug auf die Verteilung der Muttersprache innerhalb der Fraktionen zeigt die Tabelle 5.4 ein deutliches Übergewicht der deutschsprachigen Ratsmitglieder, welche zwischen rund 70 (FDP) und 92 Prozent (SVP) der abgegebenen Stimmen ausmachen. Den höchsten Anteil französischsprachiger Fraktionsmitglieder weist die FDP auf (24.3 Prozent), den geringsten die SVP (8.0 Prozent). Anteilsmässig am meisten italienischsprachige Abgeordnete finden sich in der CVP-Fraktion. In der SVP existiert keine Delegation aus der Südschweiz. Die Tabelle 5.5 stellt die Abweichrate pro Fraktion und Muttersprache dar. Die Deutschschweizer Fraktionsmitglieder gehören in keiner Fraktion zur Gruppe mit den häufigsten Abweichungen; in der CVP-Fraktion fällt diese Rolle mit grossem Abstand den italienischsprachigen Mitgliedern, in der FDP, SP und SVP den Mitgliedern aus der Westschweiz zu. In allen vier Fraktionen ist es also eine der beiden lateinischen Sprachgruppen, welche am meisten Abweichungen verzeichnet.

Tabelle 5.4: Sprachenanteile nach Fraktion (in Prozent)

	deutsch	französisch	italienisch	N
CVP	74.63	19.11	6.26	186'574
FDP	70.12	24.34	5.54	243'863
SP	73.02	23.65	3.33	331'853
SVP	92.00	8.00	-	261'875
BR-Parteien	77.48	18.99	3.54	1'024'165

Tabelle 5.5: Durchschnittliche Abweichrate nach Sprache und Fraktion (in Prozent)

	deutsch	französisch	italienisch	alle
CVP	6.44	6.29	11.14	6.71
FDP	4.97	8.89	6.67	6.02
SP	2.24	3.58	2.13	2.56
SVP	4.64	5.85	-	4.74
BR-Parteien	4.30	5.94	6.75	4.70

5.1.4 Wohnkanton und -region

Selbstverständlich steht die Muttersprache in engster Beziehung zum Wohnkanton bzw. zur Wohnregion. In der Tabelle 5.6 sind in einem ersten Schritt für jede Partei jeweils die vier Kantone mit der tiefsten bzw. höchsten Abweichrate aufgelistet. Dabei zeigen sich innerhalb der Parteien grosse Unterschiede. Die grösste fraktionsinterne Differenz zwischen den Kantonsvertretungen weist die SVP auf, wo zwischen den Kantonen Zug und Graubünden eine Differenz von 18.4 Prozentpunkten besteht. Bei der CVP und FDP liegen zwischen dem fraktionstreuesten und -untreuesten Kanton (Genf und Appenzell Innerrhoden bei der CVP bzw. Nidwalden und Genf bei der FDP) 9.8 Prozentpunkte; bei der SP liegen zwischen den Kantonen Schaffhausen und Schwyz hingegen nur gerade 3.4 Prozentpunkte. Über alle vier Bundesratsparteien betrachtet, stammen die „rebellischsten“ Nationalratsmitglieder aus den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Graubünden, Obwalden und Tessin, die loyalsten aus Schaffhausen, Basel-Stadt, Nidwalden sowie Glarus. Zu beachten ist bei allen diesen Auswertungen zu den einzelnen Kantonen, dass die Parteien oft nur einen Sitz pro Kanton besetzen, d.h. die Berechnung der Abweichrate stützt sich in diesen Fällen auf das Stimmverhalten eines einzelnen Fraktionsmitglieds. Aus diesem Grund findet die Kantonsvariable auch nicht Eingang in die Regressionsmodelle des Kapitels 6, sondern wird hier bloss zur Information dargelegt.

Etwas handlicher präsentiert sich die Auswertung, wenn anstatt einzelner Kantone kulturell und geografisch zusammenhängende Einheiten, sogenannte funktionale Räume, betrachtet werden. Es handelt sich dabei um eine mittlere Analyseebene, die sich zwischen dem relativ groben Mass der Sprachregion und der aufgrund der kleinräumigen Wahlkreisstruktur wenig aussagekräftigen Kantonebene einpasst. Zu diesem Zweck wird eine Gliederung des Bundesamts für Statistik (BFS) verwendet, welche die Schweiz in sieben Grossregionen einteilt (Bundesamt für Statistik 1999). Die Gliederung orientiert sich an den bestehenden Kantonsgrenzen, d.h. sie fasst die heutigen Kantone lediglich zu grösseren Einheiten zusammen, weshalb sich die funktionale Perspektive in den sieben Grossregionen nur annäherungsweise realisiert. Insgesamt verteilen sich die 26 Kantone und 200 Nationalratssitze wie folgt auf die sieben Einheiten:

Espace Mittelland (EMIT): Bern, Freiburg, Jura, Neuenburg, Solothurn (47 Sitze)

Nordwestschweiz (NWCH): Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt (bis 46. Legislaturperiode 28 Sitze, danach 27)

Ostschweiz (OCH): Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau (bis 46. Legislaturperiode 29 Sitze, danach 28)

Région lémanique (RLEM): Genf, Waadt, Wallis (bis 46. Legislaturperiode 35 Sitze, danach 36).

Tessin (TI) (8 Sitze)

Zentralschweiz (ZECH): Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri, Zug (bis 46. Legislaturperiode 19 Sitze, danach 20)

Zürich (ZH) (34 Sitze)

Tabelle 5.6: Ausgewählte Kantone mit der tiefsten/höchsten durchschnittlichen Abweichrate nach Fraktion (in Prozent)

	durchschnittliche Abweichraten		Mittelwert
	niedrigste	höchste	
CVP	GE (2.75); AG (3.83) BL (4.27); GR (4.43)	AI (12.51); VD (12.09) TI (11.14); JU (9.01)	6.71
FDP	NW (2.71); BS (3.19) GR (3.43); TG (3.45)	GE (12.47); VD (8.94) VS (8.58); FR (7.71)	6.02
SP	SH (1.20); SG (1.66) AG (1.79); ZH (1.84)	SZ (4.59); BL (4.54) JU (3.90); NE (3.76)	2.56
SVP	ZG (1.86); GE (1.94) AR (2.12); BL (2.45)	GR (20.31); VD (7.25) SZ (6.10); FR (5.65)	4.74
BR-Parteien	SH (2.32); BS (2.39) NW (2.71); GL (3.08)	AI (12.51); GR (8.87) OW (7.32); TI (6.75)	4.70

Tabelle 5.7 zeigt die unterschiedliche Verankerung der Parteien in den Regionen. Im Vergleich zu den Anteilen aller vier Bundesratsparteien erweisen sich die Ost- und Zentralschweiz als die Hochburgen der CVP, während die Partei vor allem in der Region Zürich anteilmässig stark abfällt. Die FDP ist demgegenüber in allen Regionen in etwa dem Durchschnitt entsprechend vertreten. Die SP besitzt eine grosse Lücke in der Region Zentralschweiz. Gleiches kann für die SVP in der Genferseeregion und im Tessin festgestellt werden, während ihre Hochburg in der Region Zürich existiert.

Betrachtet man die Abweichrate in den sieben Regionen, zeigen vor allem CVP und FDP erhebliche Schwankungen zwischen den Regionen: Bei der CVP weichen die Tessiner Vertreter mit über elf Prozent ausserordentlich häufig von der Fraktionsmehrheit ab, am loyalsten sind die Mitglieder aus der Nordwestschweiz mit unter vier Prozent Abweichungen. Bei der FDP sind es die Mitglieder aus der Genferseeregion, welche knapp zehn Prozent Abweichungen verzeichnen, während die Ostschweizer Vertreter am häufigsten mit der Fraktionsmehrheit stimmen (4.3 Prozent Abweichungen). Deutlich geringer fallen die regionalen Unterschiede bei SP und SVP aus. Bei der SVP beträgt er zwischen der fraktionstreuesten (Zürich) und -untreuesten Region (Ostschweiz, was v.a. auf die inzwischen ausgeschlossene Bündner Sektion zurückzuführen ist) rund

3.5 Prozentpunkte, bei der SP zwischen der treuesten Gruppe aus der Zentralschweiz und der illoyalsten Vertretung aus dem Genferseebogen gar nur rund 1.5 Prozentpunkte.

Tabelle 5.7: Anteile der Grossregionen nach Fraktion (in Prozent)

	EMIT	NWCH	OCH	RLEM	TI	ZECH	ZH	N
CVP	18.39	9.69	22.27	17.39	6.26	20.25	5.75	186'574
FDP	21.16	11.32	15.08	18.40	5.54	14.44	14.07	243'863
SP	28.01	15.78	13.42	17.16	3.33	3.36	18.94	331'853
SVP	22.84	15.29	19.24	7.28	-	9.72	25.64	261'875
BR-Parteien	23.30	13.48	16.91	14.97	3.54	10.70	17.09	1'024'165

Tabelle 5.8: Durchschnittliche Abweichrate nach Grossregion und Fraktion (in Prozent)

	EMIT	NWCH	OCH	RLEM	TI	ZECH	ZH	alle
CVP	5.88	3.98	7.03	7.23	11.14	6.93	5.48	6.71
FDP	6.20	4.88	4.28	9.70	6.67	4.80	4.71	6.02
SP	2.93	2.51	1.86	3.41	2.13	2.45	1.84	2.56
SVP	4.95	4.12	6.88	6.12	-	3.63	3.34	
BR-Parteien	4.57	3.46	5.07	6.40	6.75	5.02	3.20	4.70

5.1.5 Zeitverlauf

Wie verhält sich das abweichende Stimmverhalten über die Zeit?⁷¹ Für die bivariate Analyse wird die Zeitvariable auf zwei Arten operationalisiert. Erstens als die drei Legislaturperioden, über die sich die Untersuchung erstreckt. Von der 45. Legislaturperiode (1995–1999) ist die Zeit zwischen der Wintersession 1996 und der Herbstsession 1999 in der Untersuchung enthalten, von der 46. Legislaturperiode alle vier Jahre und von der 47. Legislaturperiode die Zeit zwischen der Wintersession 2003 und der Herbstsession 2005. In die multiple Regressionsanalyse in Kapitel 6 findet die Variable in dichotomisierter Form Eingang, wobei die 45. Legislaturperiode die Referenzkategorie bildet.

Vergleicht man die Werte der 45. mit denjenigen der 47. Legislaturperiode in Tabelle 5.9, ist bei drei von vier Fraktionen ein Rückgang des abweichenden Verhaltens zu verzeichnen. Die Ausnahme bildet die CVP-Fraktion, bei der nach einem starken Anstieg in der 46. Legislaturperiode in der darauf folgenden Phase zwar ebenfalls ein Rückgang festzustellen ist, der jedoch nicht genügend stark ausfällt, um unter den Stand der 45. Legislaturperiode zu fallen. Die einzige Fraktion, in der ein kontinuierlicher Rückgang des Fraktionsabweichungen feststellbar ist, ist die FDP. In der multivariaten Analyse in Kapitel 6 wird

⁷¹Selbstverständlich handelt es sich bei der Zeitvariable um keinen soziodemografischen oder -kulturellen Faktor; dennoch wird sie in diesem Abschnitt abgehandelt, weil es wenig sinnvoll erscheint, eine einzelne Variable unter eine eigene grosse Überschrift zu setzen.

sich weisen, inwieweit sich diese Entwicklungen tatsächlich auf den Zeitverlauf als unabhängigen Faktor stützen bzw. welche Rolle hier nicht berücksichtigte Drittvariablen spielen.

Tabelle 5.9: Durchschnittliche Abweichrate nach Legislaturperiode und Fraktion (in Prozent)

	45. Leg. (1996–1999)	46. Leg. (1999–2003)	47. Leg. (2003–2005)	alle
CVP	6.33	7.06	6.60	6.71
FDP	6.51	5.92	5.43	6.02
SP	2.66	2.49	2.51	2.56
SVP	4.57	5.13	4.37	4.74
BR-Parteien	4.75	4.87	4.35	4.70

Als zweite Variante der Zeitvariable werden die neun Parlamentsjahre (d.h. jeweils von der Wintersession zur Herbstsession des darauf folgenden Jahres) einzeln analysiert (Tabelle 5.10; analog zur Abbildung 3.5 im Rahmen der Analyse der kollektiven Ebene in Abschnitt 3.2). Wiederum zeigen sich „unruhigere“ Verläufe als man aufgrund der Auswertung nach Legislaturperiode in Tabelle 5.9 vermuten könnte. Beispielsweise zeigt sich im Falle der FDP kein kontinuierlicher Rückgang der Abweichrate, sondern ein stetiges Auf und Ab. Dasselbe gilt für das Gesamtbild aller vier Bundesratsparteien, wo die Werte der beiden letzten Jahre höher liegen als in den beiden Jahren 1999 und 2000.

Tabelle 5.10: Durchschnittliche Abweichrate nach Parlamentsjahr und Fraktion (in Prozent)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	alle
CVP	6.96	6.82	5.18	6.07	7.03	7.30	7.46	6.52	6.73	6.71
FDP	6.88	6.86	5.70	5.05	5.88	6.58	5.92	5.62	5.16	6.02
SP	3.04	2.56	2.34	2.90	2.33	2.32	2.48	2.42	2.64	2.56
SVP	4.93	4.91	3.79	3.68	4.90	5.84	5.50	4.11	4.71	3.34
BR-Parteien	5.20	4.96	4.03	4.23	4.74	5.23	5.02	4.27	4.45	4.70

5.2 Variablen zur Wiederwahlorientierung

5.2.1 Ideologische Differenzen zwischen Fraktion und Kantonalpartei

Unter den Variablen mit Bezug zur Wiederwahlorientierung der Nationalratsmitglieder wird als erstes die ideologische Distanz zwischen der Fraktionsmehrheit im Nationalrat und den Kantonalparteien behandelt. Als Mass für die ideologische Distanz zwischen Fraktionsmehrheit und Kantonalpartei wird die Parolenfassung zu eidgenössischen Abstimmungsvorlagen herangezogen. Im Fal-

le der Nationalratsfraktionen bilden die Schlussabstimmungen zu 82 Vorlagen der Periode 1996–2005 mit anschliessender Volksabstimmung die Datengrundlage, für die Kantonalparteien die offizielle Parolenfassung zu denselben Abstimmungsvorlagen. Gebildet wurde eine Variable, welche für jede Kantonalpartei die durchschnittliche Abweichung zur Nationalratsfraktion erfasst, wobei der Maximalwert 1 eine Abweichung in allen 82 Fällen bedeutet und der Minimalwert 0 in keinem der einbezogenen Fälle.⁷²

Zunächst interessiert die Frage, welche Kantonalparteien besonders häufig von der Linie der Fraktionsmehrheit abweichen. Die Tabelle 5.11 stellt die Anzahl Abweichungen pro Kantonalpartei dar.⁷³ Über sämtliche Parteien betrachtet, fällt als erstes auf, dass keine einzige Kantonalpartei bei allen 82 Vorlagen die gleiche Position eingenommen hat wie die Mehrheit der Nationalratsfraktion. Die gegenüber der eigenen Fraktion loyalsten Kantonalparteien finden sich mit jeweils drei Abweichungen ausgerechnet in den Reihen von CVP (Bern, Solothurn, Zürich) und FDP (Basel-Landschaft, Appenzell Ausserrhodon). Die häufigsten Abweichungen finden sich in der SVP, wo die Berner und Bündner Sektionen — beide inzwischen in BDP und SVP aufgespalten bzw. von der SVP Schweiz ausgeschlossen — je 14mal, also in rund 17 Prozent der Fälle, von der Haltung der Fraktionsmehrheit abgewichen sind. Häufige Abweichungen sind jedoch auch innerhalb der SP zu beobachten, wo sich die Waadtländer und Walliser Kantonalpartei je 13mal gegen die eigene Fraktion in der grossen Kammer gestellt haben.

Wird die durchschnittliche Differenz zwischen Nationalratsfraktion und Kantonalparteien anhand der Individualdaten betrachtet, zeigen die Auswertungen in der Tabelle 5.12 für alle Fraktionen eine leicht erhöhte ideologische Differenz bei abweichenden Parlamentsmitgliedern, d.h. dass auf bivariater Basis eine grössere Distanz zwischen der Politik der Fraktionsmehrheit und der Kantonalpartei mit einem häufigeren fraktionsabweichenden Verhalten einher geht. Erstaunlich sind die beobachteten Niveauunterschiede zwischen den Fraktionen: Nicht bei den heterogen auftretenden Mitteparteien CVP und FDP, sondern bei der SP und vor allem bei der SVP sind die grössten Differenzen zwischen den Positionen der Nationalratsfraktion und der Kantonalparteien auszumachen.

5.2.2 Ideologische Differenzen zwischen Fraktion und Kantonsbevölkerung

Zwischen der politischen Positionierung der Kantonalpartei und dem abweichenden Stimmverhalten in der Fraktion besteht nach bivariater Auswertung ein Zusammenhang. Kann dasselbe auch hinsichtlich der politischen Position der Stimmberechtigten im Wahlkreis behauptet werden? Richten sich die Ratsmitglieder insofern nach den politischen Mehrheiten in ihren Kantonen, als dass eine grössere politische Differenz zwischen Bevölkerungs- und Fraktionsmehrheit vermehrt zu abweichendem Stimmverhalten führt? Es wird zur Überprüfung die-

⁷²Stimmfreigabe durch eine Kantonalpartei wurde jeweils als „halbe Abweichung“ taxiert. Es sei hier darauf hingewiesen, dass diese Berechnung nicht gleichbedeutend ist mit der Frage nach der Abweichung der Kantonalparteien von der Parolenfassung der Mutterpartei, da der Entscheid der parlamentarischen Fraktionsmehrheit und die Parole der Mutterpartei voneinander abweichen können.

⁷³Ein leeres Feld bedeutet, dass eine Fraktion zwischen 1996 und 2005 im betreffenden Kanton ohne Nationalratssitz geblieben ist.

Tabelle 5.11: Anzahl abweichende Abstimmungsparolen der Kantonalparteien gegenüber der Nationalratsfraktion

Kanton	CVP	FDP	SP	SVP
AG	4	8	8	7
AI	4			
AR		3		8
BE	3	5	10	14
BL	5	3	9	7
BS		5	9	5
FR	8	8	9	6
GE	5	9	11	8
GL			8	
GR	6	5	6	14
JU	10		11	
LU	4	6	8	7
NE		8	10	5
NW		5		
OW	7			
SG	4	6	8	7
SH		4	8	
SO	3	7	8	5
SZ	6	5	8	7
TG	4	10	7	7
TI	10	8	10	
UR		6		
VD	5	10	13	12
VS	7	9	13	6
ZG	4	7	8	9
ZH	3	5	8	8

ser Frage ein ähnliches Vorgehen wie zuvor gewählt, indem die Haltungen zu denselben 82 Abstimmungsvorlagen verglichen und in einem Index zwischen 0 (keine einzige Abweichung) und 1 (Abweichungen in sämtlichen Fällen) festgehalten werden. Statt der Parolenfassungen der Kantonalparteien werden freilich die Kantonsergebnisse aus den Volksabstimmungen verwendet und mit der Fraktionshaltung verglichen. Da in diesem Fall sowohl aus der Fraktion als auch aus den Kantonen die exakten Stimmenverhältnisse bekannt sind, konnte für die Operationalisierung zusätzlich die Intensität der Ja- bzw. Nein-Mehrheit berücksichtigt werden, indem die Differenz der Anteile herangezogen wird.⁷⁴ Bevor weiter unten auf die Auswertung des Index näher eingegangen wird, werden in der Tabelle 5.13 die Zahl der abweichenden Bevölkerungsmehrheiten in den Kantonen im Vergleich zu den vier Bundesratsparteien dargestellt.⁷⁵ Aufgrund der einbezogenen Volksabstimmungen wären maximal 82 Abweichungen

⁷⁴Stimmhaltungen in den Fraktionen werden nicht berücksichtigt.

⁷⁵Ein leeres Feld bedeutet, dass eine Fraktion zwischen 1996 und 2005 im betreffenden Kanton ohne Nationalratsstimmrecht geblieben ist.

Tabelle 5.12: Durchschnittliche ideologische Differenz zwischen Nationalratsfraktion und Kantonalparteien nach Stimmverhalten und Fraktion (Indexpunkte)

		abweichendes Stimmverhalten		
		nein	ja	alle
CVP	\bar{x} (s)	0.064 (0.024)	0.067 (0.026)	0.064 (0.024)
	m	0.049	0.049	0.049
FDP	\bar{x} (s)	0.074 (0.024)	0.079 (0.025)	0.074 (0.024)
	m	0.067	0.079	0.067
SP	\bar{x} (s)	0.090 (0.021)	0.094 (0.022)	0.090 (0.021)
	m	0.079	0.098	0.079
SVP	\bar{x} (s)	0.110 (0.036)	0.125 (0.040)	0.111 (0.036)
	m	0.098	0.098	0.098
BR-Parteien	\bar{x} (s)	0.087 (0.031)	0.091 (0.037)	0.087 (0.032)
	m	0.085	0.085	0.085

möglich. Es zeigt sich, dass CVP und FDP über sämtliche Kantone betrachtet, in denen sie mindestens einen Nationalratssitz gehalten haben, die geringsten Abweichungen zur Bevölkerungsmehrheit in den Kantonen aufweisen. Eine Mittelposition nimmt die SVP ein, welche in den Kantonen Graubünden, St. Gallen, Schwyz und Thurgau am meisten Übereinstimmungen mit dem „Medianwähler“ aufweist. Die SP schliesslich weist in allen Kantonen die geringste Übereinstimmung mit der Bevölkerungsmehrheit auf, d.h. selbst in Kantonen wie Basel-Stadt, Genf oder Neuenburg, welche linken Anliegen oft milder gestimmt sind als der Rest der Schweiz, sind nicht nur CVP und/oder FDP, sondern ist auch die SVP in Volksabstimmungen erfolgreicher als die Sozialdemokraten.

Die Tabelle 5.14 bezieht sich nun auf den oben beschriebenen Index und gibt Auskunft zur Frage, welche Kantone in den Volksabstimmungen wie stark von den Positionsbezügen der Nationalratsfraktionen abweichen.⁷⁶ Auch in dieser Auswertung ist das unterschiedliche Niveau der Differenzen zwischen den drei bürgerlichen Parteien einerseits und der SP andererseits klar ersichtlich. Während unter den Bürgerlichen die durchschnittliche Differenz zwischen 26 (CVP Zug) und 37.4 Prozent (SVP Genf) liegt, fängt die Wertespanne bei der SP erst bei einer Abweichung von 42.1 Prozent (SP Genf) an und reicht bis 55.7 Prozent (SP Schwyz). Anders formuliert: Unter denjenigen Kantonen, in denen die untersuchten Fraktionen in den Jahren 1996 bis 2005 Sitze errungen haben, steht selbst der am weitesten links stehende Kanton Genf im Durchschnitt näher bei der SVP-Nationalratsfraktion als bei der SP-Fraktion. Dieser Befund deckt sich mit den Auswertungen in Tabelle 5.13 und zeigt auf, dass in der Summe die stimmberechtigte Kantonsbevölkerung in allen Kantonen stark zur Mitte oder zum Mitte-rechts-Lager tendiert; linke (SP-)Anliegen haben es durchs Band weg schwerer als bürgerliche.

Im Vergleich zur Auswertung des Zusammenhangs zwischen Fraktion und den Parolen der Kantonalparteien sind bei der Analyse der Beziehung zwischen Fraktionsposition und der Position der Stimmberechtigten in den Kan-

⁷⁶Ein leeres Feld bedeutet wiederum, dass eine Fraktion zwischen 1996 und 2005 im betreffenden Kanton keine Nationalratssitze innehatte.

Tabelle 5.13: Anzahl abweichende Bevölkerungsmehrheiten in den Kantonen gegenüber der Nationalratsfraktion

Kanton	CVP	FDP	SP	SVP
AG	18	14	51	16
AI	25			
AR		21		17
BE	10	8	43	22
BL	15	13	42	23
BS		12	37	28
FR	18	18	39	30
GE	19	21	34	33
GL			55	
GR	19	17	48	17
JU	25		38	
LU	14	12	45	20
NE		21	36	33
NW		19		
OW	22			
SG	21	19	52	17
SH		19	50	
SO	16	14	45	22
SZ	27	23	56	13
TG	25	23	56	13
TI	27	27	44	
UR		20		
VD	16	16	37	30
VS	22	22	47	24
ZG	14	12	45	22
ZH	13	11	46	21

tonen kaum eindeutige Schlüsse zu ziehen (vgl. Tabelle 5.15). Auf jeden Fall lassen sich nur sehr schwache Hinweise finden, dass Fraktionsmitglieder, deren Bevölkerung „zu Hause“ im Wahlkreis eine grössere ideologische Distanz zur Fraktion aufweist, vermehrt fraktionsabweichendes Verhalten zeigen. Im Falle der SP-Fraktion zeigt sich gar ein umgekehrter Effekt, was nicht unplausibel scheint, wenn man bedenkt, dass diese Partei den Grossteil ihrer Sitze in bevölkerungsreichen Kantonen hält, wo aufgrund des Proporzwahlrechts die Rücksichtnahme auf Bevölkerungsmehrheiten eine kleinere Rolle spielt.

5.2.3 Wahlkreisgösse

Nachfolgend werden die Variablen zur Wahlkreisgrösse genauer untersucht. Der Zusammenhang von Wahlkreisgrösse und Stimmverhalten wird auf zwei Arten dargestellt, zunächst als normale metrische Variable und anschliessend in kategorisierter Form. Aufgrund der spezifischen Hypothesenformulierung in Abschnitt 4.3.1.2 werden in der multiplen Regressionsanalyse in Kapitel 6 kategoriale Va-

Tabelle 5.14: Durchschnittliche Differenz der Mehrheiten in der Kantonsbevölkerung gegenüber der Nationalratsfraktion (Indexpunkte)

Kanton	CVP	FDP	SP	SVP
AG	0.279	0.288	0.528	0.268
AI	0.281			
AR		0.295		0.267
BE	0.266	0.288	0.484	0.306
BL	0.269	0.283	0.482	0.306
BS		0.307	0.440	0.348
FR	0.278	0.298	0.482	0.310
GE	0.296	0.322	0.421	0.374
GL			0.534	
GR	0.286	0.304	0.500	0.292
JU	0.328		0.432	
LU	0.265	0.285	0.517	0.275
NE		0.321	0.441	0.357
NW		0.284		
OW	0.276			
SG	0.277	0.295	0.525	0.266
SH		0.321	0.494	
SO	0.280	0.292	0.507	0.288
SZ	0.301	0.316	0.557	0.249
TG	0.284	0.301	0.540	0.255
TI	0.317	0.351	0.475	
UR		0.326		
VD	0.277	0.292	0.454	0.341
VS	0.294	0.328	0.503	0.301
ZG	0.260	0.277	0.508	0.286
ZH	0.266	0.287	0.477	0.311

riablen verwendet.

Wie Tabelle 5.16 zeigt, stammt bei CVP, SP und SVP das durchschnittliche abweichende Fraktionsmitglied aus kleineren Wahlkreisen. Ein umgekehrtes Verhalten ist hingegen bei den FDP-Mitgliedern zu beobachten. Insgesamt die geringste durchschnittliche Wahlkreisgrösse weisen die CVP-Ratsmitglieder auf, gefolgt von FDP, SP und SVP. Es zeigt sich darin, dass CVP und FDP in den kleinen Wahlkreisen der Ost- und Innerschweiz im Untersuchungszeitraum sehr stark vertreten sind, während die Hochburgen von SP und SVP in den bevölkerungsreicheren Kantonen liegen.

In kategorisierter Form weist die Wahlkreisvariable drei Ausprägungen auf: Kantone mit bis zu vier Sitzen, solche mit fünf bis 14 Sitzen und schliesslich Kantone mit 15 und mehr Sitzen im Nationalrat. Es wurde also eine Variable gebildet, welche die zehn kleinsten Kantone, zwölf mittelgrosse Kantone sowie die vier grössten Kantone wie folgt gruppiert:

Wahlkreise mit maximal vier Sitzen: Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Jura, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, Schwyz, Uri, Zug

Wahlkreise mit fünf bis 14 Sitzen: Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Graubünden, Luzern, Neuenburg, St. Gallen, Solothurn, Thurgau, Tessin, Wallis

Wahlkreise mit mindestens 15 Sitzen: Aargau, Bern, Waadt, Zürich

Tabelle 5.15: Durchschnittliche ideologische Differenz zwischen Nationalratsfraktion und Stimmberechtigten in den Kantonen nach Stimmverhalten und Fraktion (Indexpunkte)

		abweichendes Stimmverhalten		
		nein	ja	alle
CVP	$\bar{x} (s)$	0.316 (0.018)	0.318 (0.020)	0.316 (0.018)
	m	0.311	0.311	0.311
FDP	$\bar{x} (s)$	0.322 (0.017)	0.323 (0.018)	0.322 (0.017)
	m	0.317	0.317	0.317
SP	$\bar{x} (s)$	0.477 (0.034)	0.472 (0.035)	0.477 (0.034)
	m	0.475	0.475	0.475
SVP	$\bar{x} (s)$	0.299 (0.023)	0.300 (0.021)	0.299 (0.023)
	m	0.309	0.309	0.309
BR-Parteien	$\bar{x} (s)$	0.366 (0.082)	0.342 (0.065)	0.365 (0.082)
	m	0.318	0.313	0.318

Tabelle 5.16: Durchschnittliche Wahlkreisgrösse nach Stimmverhalten und Fraktion (Anzahl Sitze)

		abweichendes Stimmverhalten		
		nein	ja	alle
CVP	$\bar{x} (s)$	10.22 (7.64)	9.58 (7.23)	10.18 (7.62)
	m	8	8	8
FDP	$\bar{x} (s)$	14.24 (10.65)	14.42 (9.85)	14.25 (10.60)
	m	11	11	11
SP	$\bar{x} (s)$	16.32 (11.26)	15.06 (10.61)	16.29 (11.24)
	m	12	11	12
SVP	$\bar{x} (s)$	19.30 (11.35)	17.45 (11.16)	19.21 (11.35)
	m	17	15	17
BR-Parteien	$\bar{x} (s)$	15.51 (11.01)	14.05 (10.18)	15.44 (10.98)
	m	12	11	12

Bei der Bestimmung der Kategoriegrenzen wurde darauf geachtet, dass aufgrund der volkszählungsbedingten Sitzverschiebungen in den Wahlen 2003 keine Neueinteilung der Kantone notwendig wurde. Die Verteilung der Wahlkreisgrösse innerhalb der Fraktionen zeigt deutliche Unterschiede (Tabelle 5.17): Während in der CVP und FDP überdurchschnittlich viele Stimmen aus der

Gruppe der kleinen Wahlkreise stammen, trifft dies bei der SVP auf die Kategorie der bevölkerungsreichsten Kantone zu. In der SP sind im Vergleich zu allen vier Bundesratsparteien ebenfalls die Kantone mit mindestens 15 Sitzen (leicht) übervertreten, insgesamt stellt sie jedoch diejenige Partei, welche der Gesamtverteilung am besten entspricht. Besonders augenfällig ist darüber hinaus die schwache Stellung der CVP in den grossen Kantonen. Der Vergleich der durchschnittlichen Abweichrate in Tabelle 5.18 zeigt im Unterschied zu den in Tabelle 5.16 präsentierten Ergebnissen für die SVP einen uneinheitlichen Trend (am meisten Abweichungen in mittelgrossen Wahlkreisen), während die Ergebnisse für CVP und SP (kleinere Wahlkreise mit mehr Abweichungen) und FDP (grössere Wahlkreise mit mehr Abweichungen) bestätigt werden.

Tabelle 5.17: Anteile der Wahlkreisgrösse nach Fraktion (in Prozent)

	Sitze im Wahlkreis			<i>N</i>
	1–4	5–14	15–34	
CVP	14.65	68.05	17.30	186'574
FDP	13.79	44.32	41.89	243'863
SP	7.15	44.68	48.17	331'853
SVP	6.68	32.50	60.82	261'875
BR-Parteien	9.98	45.74	44.28	1'024'165

Tabelle 5.18: Durchschnittliche Abweichrate nach Wahlkreisgrösse und Fraktion (in Prozent)

	Sitze im Wahlkreis			
	1–4	5–14	15–34	alle
CVP	8.07	6.68	5.67	6.71
FDP	4.98	5.94	6.44	6.02
SP	2.84	2.69	2.39	2.56
SVP	3.71	5.36	4.52	4.74
BR-Parteien	5.09	5.01	4.28	4.70

5.2.4 Persönliche Stimmzahl

Welche Verbindung besteht zwischen der persönlichen Stimmzahl bei der letzten Wahl und der Neigung zu fraktionsabweichendem Stimmverhalten? Oder anders formuliert: Welche Auswirkungen hat die Intensität der Konkurrenz innerhalb der eigenen Liste? Datenbasis bildete die offizielle BFS-Statistik zu den Stimmzahlen der Nationalratskandidierenden hinsichtlich der Wahlen 1995, 1999 und 2003. Für jedes gewählte Nationalratsmitglied wurde daraus der prozentuale Stimmenvorsprung auf das erste nicht gewählte Mitglied auf der eigenen Parteiliste berechnet.⁷⁷ Ein Beispiel: Der erste Baselstädter SVP-Nationalrat

⁷⁷In Einerwahlkreisen, in denen gemäss Art. 47 BPR keine Listenwahl stattfindet, wurde jeweils der Stimmenvorsprung auf den nächstplatzierten Kandidierenden herangezogen. Nationalratsmitglieder, die in stillen Wahlen gewählt wurden, werden hier nicht berücksichtigt, weshalb die Anzahl Beobachtungen auf 1'014'694 sinkt.

Jean Henri Dunant hat im Jahr 1999 7'827 Stimmen erhalten, die erste nicht gewählte Person auf der SVP-Liste deren 7'776, womit der relative Vorsprung von Nationalrat Dunant lediglich 0.66 Prozent betrug.

Die Auswertung in Tabelle 5.19 zeigt ein gemischtes Bild: Während bei CVP und FDP ein negativer Zusammenhang ersichtlich wird (d.h. abweichendes Verhalten tritt deutlich weniger häufig auf, wenn ein grosser Stimmenvorsprung vorhanden ist), zeigen die Vorzeichen im Falle der SVP in die entgegengesetzte Richtung. Kein eindeutiger Zusammenhang lässt sich bei der SP finden. Die grossen Standardabweichungen insbesondere bei CVP und FDP sind u.a. eine Folge der starken Vertretung dieser beiden Parteien in den kleinen Kantonen (vgl. Tabelle 5.17); in Einerwahlkreisen zeigt sich wiederholt die Situation, dass sich etablierte Amtsinhaber chancenlosen Herausforderern gegenüber stehen, wodurch sich grosse prozentuale Stimmenvorsprünge ergeben. Den grössten Vorsprung im Untersuchungszeitraum erreichte beispielsweise der Urner Nationalrat Franz Steinegger, der in den Wahlen 1995 als Bisheriger gegenüber seinem Herausforderer rund 28mal mehr Stimmen erhalten hat.

Tabelle 5.19: Durchschnittlicher prozentualer Stimmenvorsprung nach Stimmverhalten und Fraktion

		abweichendes Stimmverhalten			<i>N</i>
		nein	ja	alle	
CVP	\bar{x} (<i>s</i>)	65.66 (257.89)	46.61 (117.83)	64.39 (251.04)	183'315
	<i>m</i>	22.88	31.74	24.21	
FDP	\bar{x} (<i>s</i>)	79.37 (248.09)	66.22 (220.00)	78.58 (246.51)	243'863
	<i>m</i>	33.77	33.77	33.77	
SP	\bar{x} (<i>s</i>)	40.85 (53.29)	40.19 (47.86)	40.83 (53.16)	325'641
	<i>m</i>	27.03	27.62	27.03	
SVP	\bar{x} (<i>s</i>)	37.59 (40.58)	46.38 (46.12)	38.01 (40.90)	261'875
	<i>m</i>	26.16	36.39	26.51	
BR-Parteien	\bar{x} (<i>s</i>)	53.53 (167.37)	51.48 (139.81)	53.43 (166.18)	1'014'694
	<i>m</i>	27.22	32.61	27.29	

5.2.5 Erfolg der Kantonalpartei

Welchen Bezug hat das Abschneiden der eigenen Kantonalpartei bei der letzten Nationalratswahl auf das abweichende Stimmverhalten? Wirken sich Stimmengewinne oder -verluste auf die Haltung zur Mehrheitspolitik der eigenen Fraktion aus? Zur Abklärung dieser Frage wird eine Variable gebildet, welche die Veränderung der kantonalen Wähleranteile bei den Nationalratswahlen 1995, 1999 und 2003 festhält (in Prozentpunkten gemäss offizieller BFS-Statistik der Wähleranteile). Wie bei der Berechnung des Stimmenvorsprungs reduziert sich auch hier die Zahl der Beobachtungen, weil in Einerwahlkreisen ohne Listensystem keine sinnvolle Basis für die Berechnung der Anteilswerte vorliegt. Insgesamt fliessen noch 992'976 Beobachtungen in die Untersuchung der Variable ein. Die Auswertungen in der Tabelle 5.20 zeigen bei drei Fraktionen (CVP, SP und SVP) einen negativen Zusammenhang (d.h. je erfolgreicher die eigene Kantonalpartei bei den letzten Nationalratswahlen abgeschnitten hat, desto

geringer fällt in der anschliessenden Legislaturperiode das abweichende Stimmverhalten aus). Einzig bei der FDP ist kein solcher Bezug festzustellen.

Tabelle 5.20: Durchschnittliche Veränderung des Wähleranteils nach Stimmverhalten und Fraktion (in Prozentpunkten)

		abweichendes Stimmverhalten			<i>N</i>
		nein	ja	alle	
CVP	\bar{x} (<i>s</i>)	-2.17 (3.03)	-2.53 (3.07)	-2.20 (3.04)	176'351
	<i>m</i>	-1.34	-2.5	-1.34	
FDP	\bar{x} (<i>s</i>)	-0.97 (2.94)	-0.96 (2.84)	-0.97 (2.93)	230'592
	<i>m</i>	-0.6	-0.8	-0.6	
SP	\bar{x} (<i>s</i>)	1.81 (3.09)	1.50 (3.16)	1.80 (3.09)	324'158
	<i>m</i>	2.0	1.25	2.0	
SVP	\bar{x} (<i>s</i>)	5.86 (5.17)	5.23 (4.73)	5.83 (5.15)	261'875
	<i>m</i>	5.3	5.3	5.3	
BR-Parteien	\bar{x} (<i>s</i>)	1.55 (4.75)	0.75 (4.65)	1.51 (4.75)	992'976
	<i>m</i>	0.89	0.1	0.89	

5.2.6 Interessenbindungen

Nicht nur Partei und Wählerschaft, auch die Interessengruppen zählen im Rahmen von wiederwahlorientierten Ansätzen zu den bedeutendsten Principals der einzelnen Parlamentsmitglieder (vgl. Abschnitt 4.3.1). Der Einbezug von Interessengruppen in die Analyse ist alles andere als trivial, da die Mitgliedschaft in einer Interessengruppe (Verbände, politische Vereine und Organisationen) einerseits Ausdruck einer vorbestehenden politischen Geisteshaltung ist, andererseits das Verhalten von Parlamentsmitgliedern laufend mitprägt. Es ist darum nicht davon auszugehen, dass die Beziehung zwischen Interessenbindungen und Stimmverhalten kausal nur in eine Richtung weist. Die vorliegende Untersuchung umgeht diese Problematik, indem sie nicht den Einfluss einzelner Interessengruppen auf das Stimmverhalten zu testen versucht, sondern in genereller Weise am Zusammenhang zwischen der Anzahl Mitgliedschaften und dem abweichenden Stimmverhalten interessiert ist (vgl. dazu die Hypothesenbildung in Abschnitt 4.3.1.1).

Unter dem Titel des Instruktionsverbots sind die Parlamentarier gemäss Bundesverfassung verpflichtet, ihre Interessenbindungen offen zu legen (Art. 161 Abs. 2 BV).⁷⁸ Die entsprechenden Angaben werden von den Parlamentsdiensten erfasst. In den nachfolgenden Darstellungen werden die Interessenbindungen auf zwei Arten operationalisiert: einerseits als einfache Anzahl erfasster Interessenbindungen pro Parlamentsmitglied, andererseits als kategorisierte Variable, welche die politische Ausrichtung der Interessenbindungen berücksichtigt. Hierzu wurden die Angaben in 14 Kategorien eingeteilt, die sich an die von Lüthi, Meyer und Hirter (1991) verwendete Gliederung anlehnen und diese teilweise erweitern (vgl. auch Abschnitt 3.3):

⁷⁸Die Verfassungsbestimmung wird durch Art. 11 ParlG weiter konkretisiert.

- Arbeitgeber- und Unternehmerorganisationen
- Gewerbeorganisationen (inkl. Berufsverbände)
- allgemeine wirtschaftsnahe Organisationen (inkl. Hauseigentümergeverband)
- Landwirtschaftsorganisationen (inkl. Forst- und Jagdverbände)
- Gewerkschaften (inkl. Mieterorganisationen)
- Umweltschutzorganisationen (inkl. „grüne“ Energie- und Verkehrsorganisationen, Gesundheits- und Tierschutzorganisationen)
- Kulturorganisationen
- Rechtsbürgerliche Organisationen (inkl. ACS)
- Soziale und internationale Organisationen/NGOs
- Organisationen zur Promotion der aussenpolitischen Öffnung
- allgemeine linke/progressive Organisationen
- andere Interessengruppen (inkl. Sportorganisationen)
- einzelne Unternehmungen (insbesondere Verwaltungsratsmandate)

Die kategoriale Erfassung der Interessenbindung geht von der Annahme aus, dass nicht die bloße Anzahl, sondern die „politische Spannweite“ der angegebenen Interessenbindungen für die Häufigkeit des abweichenden Stimmverhaltens entscheidend ist. Im Folgenden wird der bivariate Zusammenhang zwischen den Interessenbindungen und dem abweichenden Stimmverhalten mit beiden Operationalisierungsvarianten dargestellt. In den multivariaten Analysen in Kapitel 6 wird hauptsächlich die kategorisierte Variante verwendet, welche der in Abschnitt 4.3.1 definierten Hypothese entspricht.

In Bezug auf den Zusammenhang zwischen der einfachen Anzahl Interessenbindungen pro Ratsmitglied und dem abweichenden Stimmverhalten lässt sich mit Ausnahme der FDP bei allen Fraktionen ein der Erwartung entsprechender Zusammenhang ausfindig machen, am deutlichsten in den Reihen der SVP (Tabelle 5.21). In der bivariaten Auswertung führen mehr Interessenbindungen also zu vermehrter Fraktionsabweichung. Es zeigt sich auch, dass die Zahl der angegebenen Interessenbindungen zwischen den Fraktionen stark variiert: Auf Basis der an den Abstimmungen teilnehmenden Parlamentsmitgliedern besitzen die SP-Mitglieder im Untersuchungszeitraum mit durchschnittlich 7.25 Mandaten die geringste Anzahl, dicht gefolgt von der SVP (7.4) und der CVP (9.1 Mandate pro Fraktionsmitglied). Am meisten Interessenbindungen weisen im Schnitt die FDP-Mitglieder auf (13.2).

Ändert sich das Bild, wenn als Basis anstatt der abgegebenen Stimmen die Interessenbindungen pro Fraktionsmitglied unabhängig von der Teilnahme im Rat dargestellt wird? Dies erlaubt eine Aussage darüber, ob diejenigen Nationalratsmitglieder, welche häufiger an Abstimmungen teilnehmen, mehr oder weniger Interessenbindungen aufweisen als diejenigen, welche seltener im Rat anwesend sind. Die Gegenüberstellung der Mittelwerte in der Tabelle 5.22 zeigt

Tabelle 5.21: Durchschnittliche Anzahl Interessenbindungen nach Stimmverhalten und Fraktion

		abweichendes Stimmverhalten		
		nein	ja	alle
CVP	$\bar{x} (s)$	9.06 (6.93)	9.68 (8.65)	9.10 (7.06)
	m	7	6	7
FDP	$\bar{x} (s)$	13.23 (8.59)	12.67 (8.23)	13.20 (8.57)
	m	11	11	11
SP	$\bar{x} (s)$	7.25 (6.12)	7.56 (6.54)	7.25 (6.13)
	m	6	6	6
SVP	$\bar{x} (s)$	7.27 (5.86)	9.22 (6.71)	7.36 (5.92)
	m	6	9	6
BR-Parteien	$\bar{x} (s)$	8.98 (7.29)	10.10 (7.92)	9.03 (7.32)
	m	7	8	7

als erstes, dass sich das grundsätzliche Bild durch die Änderung des Berechnungsmodus nicht ändert. Zweitens wird ersichtlich, dass die Berechnung auf Pro-Kopf-Basis bei allen Fraktionen zu einer geringeren durchschnittlichen Mandatszahl führt, was bedeutet, dass Parlamentsmitglieder mit mehr Interessenbindungen fleissiger an den Abstimmungen im Nationalrat teilnehmen.

Tabelle 5.22: Vergleich der durchschnittlichen Anzahl Interessenbindungen nach Fraktion

	auf Basis Abstimmungen	auf Basis Parlamentsmitglied
CVP	9.1	7.7
FDP	13.2	12.0
SP	7.3	5.9
SVP	7.4	7.0
BR-Parteien	9.0	8.0

Wie bereits beschrieben, werden in der weiteren Analyse die Interessenbindungen kategorial operationalisiert, d.h. es wird berechnet, wie viele der oben aufgelisteten Interessengruppenkategorien durch die Gesamtzahl der angegebenen Mandate betroffen sind. Dadurch ergibt sich ein Mass für die „politische Spannweite“ der Interessenbindungen, wobei Werte zwischen null und 14 möglich sind. Die Auswertung in der Tabelle 5.23 macht deutlich, dass die Anzahl der betroffenen Interessengruppenkategorien einen geringeren Zusammenhang mit dem abweichenden Stimmverhalten aufweist als die einfache Mandatszahl gemäss Tabelle 5.21. Von einem deutlich sichtbaren Zusammenhang kann nur noch bei der SVP gesprochen werden, wo abweichende Ratsmitglieder durchschnittlich 3.38 Interessengruppenkategorien belegen, während es unter den linientreuen Mitgliedern nur deren 2.9 sind.

Tabelle 5.23: Durchschnittliche Anzahl betroffene Interessengruppenkategorien nach Stimmverhalten und Fraktion

		abweichendes Stimmverhalten		
		nein	ja	alle
CVP	$\bar{x} (s)$	3.30 (1.72)	3.25 (1.70)	3.29 (1.72)
	m	3	3	3
FDP	$\bar{x} (s)$	3.93 (1.85)	3.95 (1.77)	3.93 (1.85)
	m	4	4	4
SP	$\bar{x} (s)$	2.99 (1.46)	3.03 (1.53)	2.99 (1.46)
	m	3	3	3
SVP	$\bar{x} (s)$	2.90 (1.45)	3.38 (1.52)	2.92 (1.46)
	m	3	3	3
BR-Parteien	$\bar{x} (s)$	3.24 (1.65)	3.46 (1.68)	3.25 (1.66)
	m	3	3	3

5.2.7 Zeitliche Nähe zum Wahltermin

Eine letzte Variable im Bereich der wiederwahlbezogenen Faktoren beschäftigt sich mit dem Zeitpunkt der Abstimmung, konkret mit dem letzten Jahr vor dem Wahltermin. Tabelle 5.24 stellt die durchschnittliche Abweichrate getrennt nach zwei unterschiedlichen Zeitabschnitten innerhalb der vierjährigen Legislaturperiode dar: die Jahre 1–3 sowie das vierte Jahr, d.h. die letzten zwölf Monate vor dem Wahltermin. Bei CVP, FDP und SP zeigt sich ein negativer Zusammenhang, d.h. im letzten Jahr vor der Wahl sinkt die Abweichrate, die Fraktionen zeigen sich tendenziell geschlossener. Einzig bei der SVP ist eine Zunahme des abweichenden Stimmverhaltens im letzten Jahr vor dem Wahltermin festzustellen.

Tabelle 5.24: Durchschnittliche Abweichrate nach Zeitpunkt (letztes Jahr vor dem Wahltermin) und Fraktion (in Prozent)

	Jahre 1–3	Jahr 4	alle
CVP	6.79	6.48	6.71
FDP	6.08	5.83	6.02
SP	2.60	2.42	2.56
SVP	4.69	4.91	4.74
BR-Parteien	4.72	4.60	4.70

5.3 Variablen zu Politikgehalten und Koalitionen

5.3.1 Politikbereiche

Als Einstieg zur Beschreibung der Variablen zu Politikgehalten und Koalitionen wird der Zusammenhang zwischen einzelnen Politikbereichen und dem abweichenden Stimmverhalten untersucht. Bei welchen Politikfeldern sind sich die Fraktionsmitglieder relativ einig, wo treten verstärkt Fraktionsabweichungen auf? Zwecks Operationalisierung der Politikbereiche wird auf die offizielle Kategorisierung der Parlamentsdienste anhand der sogenannten Helvetosaurus-Deskriptoren abgestellt. Die Parlamentsdienste teilen die Vorlagen in 20 Politikbereiche ein; jedes Geschäft wird einem oder mehreren Politikbereichen zugeordnet. Für die Zwecke der vorliegenden Arbeit sind die 20 Bereiche zu deren 16 verdichtet worden, indem kleinere, thematisch eng verbundene Themenfelder zusammengefasst bzw. einem grösseren Bereich angeschlossen wurden. Der kleinste Bereich (Europapolitik) enthält nun rund 60'000 Beobachtungen, die umfangreichste Kategorie bildet das Finanzwesen mit knapp 368'000 Beobachtungen, die in die Untersuchung einfließen (für einen Vergleich der relativen Anteile der einzelnen Bereiche vgl. Tabelle 5.25). Bei den 16 Bereichen handelt es sich um die Folgenden (in Klammern der im Text verwendete Kurzbegriff):

- Staatliche Institutionen (Staat)
- internationale Politik (Internationales)
- Europa
- Sicherheit
- Recht
- Wirtschaft
- Finanzwesen
- soziale Fragen, Raumplanung und Wohnungswesen (Soziales)
- Migration, Ausländer und Asylwesen (Migration)
- Gesundheit
- Bildung, Wissenschaft, Forschung sowie Kultur und Religion (Bildung/Kultur)
- Medien und Kommunikation (Kommunikation)
- Verkehr
- Umwelt
- Landwirtschaft
- Energie

Tabelle 5.25: Prozentualer Anteil der Politikbereiche an den Beobachtungen

	Anteil (%)	<i>N</i>
Staat	25.23	254'931
Internationales	6.94	70'120
Europa	5.92	59'824
Sicherheit	7.83	79'100
Recht	35.50	358'609
Wirtschaft	23.93	241'709
Finanzwesen	36.39	367'633
Soziales	23.53	237'664
Migration	7.45	75'307
Gesundheit	7.80	78'794
Bildung/Kultur	10.67	107'789
Kommunikation	8.03	81'125
Verkehr	10.31	104'166
Umwelt	7.29	73'609
Landwirtschaft	7.40	74'732
Energie	6.98	70'515
Total (Summe)	231.20	1'010'229

Aufgrund der Mehrfachzuteilungen sind die 16 Bereiche als einzelne, dichotom codierte Variablen aufzufassen. Die Tabelle 5.26 versucht die Auswertung so handlich wie möglich zu halten und stellt die Abweichrate pro Fraktion für alle Politikbereiche dar. Anders als bei den bisherigen Tabellen sind die Fraktionen in den Spalten angeordnet. Um abzuschätzen, ob in einem Politikbereich besonders häufig bzw. selten von der Fraktionslinie abgewichen wird, bietet sich ein Vergleich mit der durchschnittlichen Abweichrate über sämtliche Bereiche an (letzte Zeile in der Tabelle). Diejenigen Bereiche, in denen besonders häufig abgewichen wird, sind fett markiert; bei besonders tiefer Abweichrate ist der Wert kursiv gesetzt.

Die Auswertung gibt einigen Aufschluss über den politikfeldspezifischen Zusammenhang in den Fraktionen. In der CVP-Fraktion tritt abweichendes Verhalten besonders häufig auf, wenn Abstimmungen zu staatlichen Institutionen, Migration, Gesundheit, Umwelt sowie Energie abgehalten werden. Relativ wenige Abweichungen sind demgegenüber im aussen- und europapolitischen Bereich, in der Sicherheitspolitik sowie im Bereich Bildung/Kultur festzustellen. In der FDP-Fraktion weichen die Mitglieder am häufigsten ab, wenn sozial- und gesundheitspolitische Themen sowie Abstimmungen zur Umwelt- und Energiepolitik anstehen. Relativ selten zeigt sich abweichendes Verhalten hingegen in der internationalen Politik, bei Sicherheitsfragen sowie im Bildungs- und Kulturbereich. Wie bei den anderen beiden bürgerlichen Parteien zählt auch bei der SVP die Sicherheitspolitik zu den Themen mit geringen Abweichraten und die Gesundheits-, Umwelt- und Energiepolitik zu denjenigen mit häufigen Abweichungen. Im Unterschied zu CVP und FDP sind bei der SVP aber relativ hohe Abweichraten auch in den Bereichen internationale Politik, Bildung/Kultur, Kommunikation, Verkehr sowie Landwirtschaft auszumachen. Dafür herrscht

im Migrationsbereich ein hoher Konsens in der SVP. Vergleicht man die drei bürgerlichen Parteien, fallen als erstes die häufigen Abweichungen in Themenbereichen auf, die einen Umweltbezug aufweisen. Deutlich zeigen sich zudem die internen Mühen der SVP in den Jahren 1996 bis 2005, eine einheitliche Linie in Landwirtschafts- sowie Bildungs- und Kulturfragen zu erringen, was auf unterschiedliche Vorstellungen zwischen bäuerlich-konservativen und wirtschaftsliberalen Flügeln innerhalb der Partei hinweist.

Tabelle 5.26: Durchschnittliche Abweichrate nach Politikbereich und Fraktion (in Prozent)

	CVP	FDP	SP	SVP	BR- Parteien
Staat	7.14	6.23	2.60	4.56	4.81
Internationales	<i>3.16</i>	<i>4.19</i>	<i>1.53</i>	5.59	3.42
Europa	<i>5.49</i>	5.75	<i>1.86</i>	5.10	4.23
Sicherheit	<i>4.52</i>	<i>3.70</i>	4.65	<i>3.80</i>	4.18
Recht	6.27	6.01	2.33	4.24	4.42
Wirtschaft	6.41	5.75	2.56	4.41	4.51
Finanzwesen	7.12	6.13	2.33	4.81	4.75
Soziales	6.89	6.74	2.34	4.51	4.80
Migration	7.91	6.34	2.12	<i>3.72</i>	4.55
Gesundheit	7.51	7.57	2.63	5.38	5.40
Bildung/Kultur	<i>6.14</i>	<i>5.37</i>	<i>1.95</i>	7.21	4.81
Kommunikation	6.49	5.86	2.54	5.30	4.76
Verkehr	6.31	6.15	2.94	5.99	5.07
Umwelt	7.38	8.42	2.26	6.16	5.66
Landwirtschaft	6.60	6.18	3.57	5.65	5.29
Energie	8.14	8.21	<i>1.80</i>	5.30	5.39
alle Bereiche	6.66	5.99	2.53	4.73	4.67

Legende: **fett** = Bereiche mit höchsten, *kursiv* = mit tiefsten Abweichraten pro Fraktion.

Die SP schliesslich hat mit besonders wenigen Abweichungen zu kämpfen, wenn aussen- und europapolitische, bildungs- und kulturpolitische sowie energiepolitische Fragen behandelt werden. Ungewöhnlich oft treten Abweichungen in der Sicherheits- und Landwirtschaftspolitik auf. Bei Sicherheitsfragen dürfte die Konfliktlinie zwischen militärpolitisch engagierten „Realos“ und friedenspolitischen „Fundis“ (z.B. bei der Frage der Armeeabschaffung) verlaufen, bei Landwirtschaftsfragen stehen sich Konsumentenschutz- und (Bio-)Bauerninteressen gegenüber, die sich z.B. im Bereich von Subventionsfragen nicht immer unter einen Hut bringen lassen.

5.3.2 Porkbarrelbereiche

Gesondert dargestellt wird in Tabelle 5.27 die Abweichrate zu den drei sogenannten Porkbarrelbereichen Finanzen, Verkehr und Energie (für die Definition vgl. Abschnitt 4.3.1). Die ersten beiden Zeilen der Tabelle stellen die Abweichrate dar, wenn eine Vorlage sowohl finanzielle als auch verkehrs- bzw. energiepolitische Aspekte berührt. In der bivariaten Auswertung zeigt sich, dass in allen

Fraktionen die internen Abweichungen zunehmen, wenn Verkehrs- und Finanzpolitik zusammentreffen (Vergleich der Abweichrate in der Zeile „Finanzwesen & Verkehr“ mit derjenigen in der Zeile „Verkehr“). In der SP fällt der entsprechende Unterschied allerdings sehr gering aus. Weniger eindeutig ist der Befund hinsichtlich energiepolitischer Vorlagen, wo ein stärkerer Zusammenhang nur für die SVP-Fraktion auszumachen ist.

Insgesamt zeigen die dargestellten bivariaten Zusammenhänge eine geringe Neigung zu Porkbarrelverhalten in der SP-Fraktion an, während bei der CVP eine mittlere Neigung und in der FDP- sowie vor allem in der SVP-Fraktion eine relativ grosse Neigung zum entsprechenden Verhalten vorliegt.

Tabelle 5.27: Durchschnittliche Abweichrate nach Porbarrel-Bereichen und Fraktion (in Prozent)

	CVP	FDP	SP	SVP	BR- Parteien
Finanzwesen & Verkehr	7.05	7.38	2.97	7.40	5.83
Finanzwesen & Energie	8.01	8.58	2.14	6.15	5.79
Finanzwesen	7.12	6.13	2.33	4.81	4.75
Verkehr	6.31	6.15	2.94	5.99	5.07
Energie	8.14	8.21	1.80	5.30	5.39
alle 16 Bereiche	6.66	5.99	2.53	4.73	4.67

5.3.3 Kernthemen der Parteien

Mit Ausnahme der Porkbarrel-Hypothese besitzt der Einbezug einzelner Politikbereiche in die Analyse abweichenden Stimmverhaltens aus theoretischer Perspektive vor allem explorativen Charakter. Die eigentliche Hypothese zu den Themenbereichen bezieht sich hingegen auf die Kernthemen einer Partei (vgl. Abschnitt 4.3.2). Doch wie lassen sich diese Kernthemen bestimmen? Dazu bestehen mehrere Optionen: ein Rekurs auf die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Partei (historische oder aktuelle Konfliktlinien, über die sie sich definiert), Befragungen von Parteiliten, Wähler- oder Expertenbefragungen, Analyse von Partei- und Wahlprogrammen oder auch die Untersuchung der themenspezifischen Fraktionsgeschlossenheit im Parlament, wie sie weiter oben bzw. in Abschnitt 3.2 dargestellt wurde. Letzteres scheidet für die vorliegende Untersuchung aus methodischen Gründen von vornherein aus, da ansonsten dieselbe Datengrundlage sowohl für die Definition der unabhängigen Variable „Kernthema“ als auch der abhängigen Variable „Fraktionsabweichung“ herangezogen würde. Zur Bestimmung der Kernthemenbereiche der vier Bundesratsparteien wurde stattdessen eine Analyse der Antworten von Kandidierenden auf den Fragebogen der Online-Wahlhilfeplattform „smartvote“ im Rahmen der Nationalratswahlen 2003 verwendet.⁷⁹ Der smartvote-Datensatz enthält eine breite Auswahl

⁷⁹Die neusten smartvote-Daten stammen zwar aus den Wahlen 2007 (vgl. Ladner, Schwarz und Fivaz 2008), doch wurde bewusst der Datensatz aus den Wahlen 2003 herangezogen, da sich der Untersuchungszeitraum der Arbeit auf die Jahre 1996 bis 2005 bezieht. Die Rücklaufquote betrug zwischen 47.4 (SVP) und 80.1 Prozent (SP) aller Kandidierenden.

von 70 Fragen zu politischen Issues aus diversen Politikbereichen. Für die Zwecke der vorliegenden Arbeit werden diese gemäss den Helvetosaurus-Kriterien der Parlamentsdienste den 16 Themenbereichen zugeteilt. Als Kernthemen einer Partei werden anschliessend diejenigen fünf Politikbereiche definiert, in denen ihre Kandidierenden gesamtschweizerisch die grösste Homogenität in den abgegebenen Antworten (d.h. die geringste mittlere Standardabweichung) aufweisen. Die Tabelle 5.28 stellt diese pro Partei und Politikbereich dar; fett gedruckt sind für jede Partei die fünf Kernthemenfelder.

Tabelle 5.28: Durchschnittliche Standardabweichung in den Antworten der Nationalratskandidierenden auf den smartvote-Fragebogen 2003 nach Politikbereichen und Partei

	CVP	FDP	SP	SVP
Staat	29.11	34.32	29.78	38.37
Internationales	26.20	27.57	18.76	24.43
Europa	38.19	38.20	16.16	24.43
Sicherheit	34.99	32.96	20.36	35.57
Recht	38.49	35.84	19.87	29.64
Wirtschaft	36.85	34.77	22.14	35.91
Finanzwesen	33.16	25.95	21.75	23.48
Soziales	29.11	34.25	8.16	31.43
Migration	34.59	35.72	11.77	24.51
Gesundheit	38.12	32.52	27.34	34.32
Bildung/Kultur	38.01	34.71	23.54	38.41
Kommunikation	36.09	28.42	31.09	32.58
Verkehr	43.23	37.20	23.36	31.03
Umwelt	38.85	38.12	24.38	32.44
Landwirtschaft	39.06	34.15	26.20	31.56
Energie	26.16	19.71	18.76	22.09

Legende: **fett** = Bereiche mit geringster Standardabweichung pro Fraktion (Kernthemen).

Die fünf Kernbereiche pro Partei werden schliesslich zu einer dichotom codierten Variable zusammengefasst, welche den Wert 1 annimmt, wenn die betreffende Abstimmung zu den Kernthemen der Partei zählt. Die Tabelle 5.29 enthält die durchschnittliche Abweichrate pro Fraktion je nachdem, ob eine Abstimmung zu einem der Kernthemenbereiche stattgefunden hat oder nicht. Die Auswertung zeigt, dass SP und SVP in ihren Kernbereichen geschlossener auftreten als in anderen Bereichen, während bei CVP und FDP keine tieferen Abweichraten bei den Kernthemen festzustellen sind.

5.3.4 Gemeindetypus

Wie in Abschnitt 4.3.2 ausgeführt, werden in der vorliegenden Arbeit einige sozialräumliche Faktoren unter den politischen Variablen subsumiert. Konkret geht es um die Einteilung der Wohnorte der Ratsmitglieder nach deren Urbanisierungsgrad. Zu diesem Zweck werden drei Kategorien gebildet: städtische, ländliche und gemischträumliche Herkunftsorte. Als Kriterium für die Einteilung

Tabelle 5.29: Durchschnittliche Abweichrate nach Kernthema und Fraktion (in Prozent)

	Kern- themen	andere Themen	alle
CVP	6.88	6.34	6.71
FDP	6.19	5.81	6.02
SP	2.02	2.94	2.56
SVP	4.40	5.37	4.74

diente die Raumgliederungsstatistik des BFS, welche die Gemeinden in neun Typen unterteilt (vgl. Bundesamt für Statistik 2002; Bundesamt für Raumentwicklung 2003). Die hier verwendeten Daten stammen aus der Volkszählung 2000, welche für den Untersuchungszeitraum 1996 bis 2005 eine gute Grundlage bildet. Als städtisch bzw. urban wird gewertet, wenn eine Wohngemeinde entweder zu den Zentren oder zu den suburbanen Gemeinden gemäss BFS-Typologie zählt (Typen 1 und 2). Als ländlich bzw. rural werden Gemeinden verstanden, die zu den sogenannten agrar-gemischten oder zu den agrarischen Gemeinden gehören (Typen 8 und 9). Alle restlichen Gemeinden stehen für das breite Mittelfeld zwischen ausgeprägt urbanen und klar ländlichen Räumen.

Die Verteilung der drei Gemeindetypen innerhalb der vier Fraktionen wird in Tabelle 5.30 dargestellt. Dabei zeigen sich deutliche Strukturunterschiede: Zwar bilden in allen vier Fraktionen die städtisch geprägten Mitglieder die Mehrheit, doch fällt das Niveau sehr unterschiedlich aus. In der FDP-Fraktion sind mehr als die Hälfte, in der SP-Fraktion gar fast 70 Prozent der abgegebenen Stimmen „städtische“ Stimmen, während es in der CVP nur rund 42 Prozent sind. Dass die CVP die ländlichste aller Parteien darstellt, zeigt sich daran, dass rund ein Viertel der Stimmen von Mitgliedern aus agrarisch geprägten Gemeinden stammt. Der Anteil ländlicher Stimmen ist zwar auch in der SVP überproportional hoch, doch handelt es sich bei ihr längst nicht mehr um eine vorwiegend bäuerlich-gewerblich geprägte Partei. Praktisch inexistent sind Stimmen aus ausgeprägt ländlichen Gemeinden innerhalb von SP und FDP. Die FDP stellt zudem besonders viele Mitglieder aus der gemischten „Pufferzone“ zwischen Stadt und Land. Aufgrund der bisherigen Analyse ist es nur folgerichtig, dass die durchschnittliche Abweichrate in der CVP bei Fraktionsmitgliedern aus dem ländlichen Raum am geringsten ist, während städtische Mitglieder am häufigsten abweichen (vgl. Tabelle 5.31). Genau umgekehrt verhält es sich bei FDP und SP, welche als städtisch geprägte Parteien diesen Gruppen am wenigsten Grund zur Abweichung bieten. Bei der SVP schliesslich sind es die Mitglieder aus den Mischgemeinden, welche am seltensten fraktionsabweichendes Verhalten zeigen.

5.3.5 Koalitionsbildung

Neben Politikbereichen und sozialräumlichen Faktoren wird im Rahmen der „politischen“ Variablen zusätzlich die Koalitionsbildung einbezogen. Begrifflich wird auf die Koalitionsdefinition gemäss Abschnitt 3.1 bzw. Schwarz und Linder (2006) abgestellt, d.h. in der Analyse werden Koalitionsmuster mit Gegenkoali-

Tabelle 5.30: Anteile der Gemeindetypen nach Fraktion (in Prozent)

	städtisch	gemischt	ländlich	<i>N</i>
CVP	42.35	33.50	24.15	186'574
FDP	54.28	42.30	3.42	243'863
SP	69.20	29.97	0.83	331'853
SVP	46.84	32.38	20.79	261'875
BR-Parteien	55.04	34.17	10.80	1'024'165

Tabelle 5.31: Durchschnittliche Abweichrate nach Gemeindetypus und Fraktion (in Prozent)

	städtisch	gemischt	ländlich	alle
CVP	7.93	5.87	5.72	6.71
FDP	5.75	6.18	8.39	6.02
SP	2.42	2.81	5.24	2.56
SVP	5.52	3.09	5.54	4.74
BR-Parteien	4.65	4.42	5.82	4.70

tion verwendet. Aufgrund der konkreten Formulierung der Koalitionshypothese in Abschnitt 4.3.2 werden für die vier untersuchten Parteien teilweise unterschiedliche Koalitionsmuster getestet (vgl. Tabelle 5.32).

In der Tabelle 5.33 ist die Verteilung der Koalitionsmuster aufgrund der abgegebenen Stimmen dargestellt. Die Auswertung zeigt ein sehr ähnliches Bild wie in Abbildung 3.1 in Abschnitt 3.1, wo die Koalitionsbildung *pro Abstimmung* und getrennt nach Legislaturperiode dargestellt ist.⁸⁰ Mit einem Anteil von rund 40 Prozent das häufigste Muster bildet die Konstellation „Bürgerliche gegen SP“, gefolgt von „Mitte-links gegen Mitte-rechts“ mit rund 15 Prozent und „alle gegen SVP“ mit rund 14 Prozent. Einen Spezialfall stellt das Koalitionsmuster dar, welches alle vier Bundesratsparteien vereint, ohne dass eine Gegenkoalition definiert wird. Dieses Muster schliesst nicht nur Konstellationen ein, bei welchen die vier Regierungspartner gemeinsam gegen die Nichtregierungsparteien (wie z.B. die Grünen) antreten (vgl. das entsprechende Koalitionsmuster in der Tabelle), sondern sämtliche „Konsens-Konstellationen“ inklusive einstimmig verabschiedeter Vorlagen. Gemessen an den abgegebenen Stimmen besteht somit in fast 20 Prozent ein Konsens (mindestens) zwischen den vier Bundesratsparteien.

⁸⁰Auch die Operationalisierung der Koalitionsmuster richtet sich nach den Ausführungen in Abschnitt 3.1 bzw. Schwarz und Linder (2006).

Tabelle 5.32: Einbezogene Koalitionsmuster nach Partei

	CVP	FDP	SP	SVP
SP-FDP vs. CVP-SVP	x	x		x
FDP-SVP vs. SP-CVP	x	x	x	x
SP-SVP vs. CVP-FDP			x	x
SP-FDP-SVP vs. CVP	x			
SP-CVP-SVP vs. FDP		x		
SP-CVP-FDP vs. SVP	x	x	x	x
CVP-FDP-SVP vs. SP	x	x	x	x
SP-CVP-FDP-SVP vs. GP			x	
SP-CVP-FDP-SVP ⁸¹	x	x	x	x
keine/andere Koalition	x	x	x	x

Tabelle 5.33: Prozentualer Anteil der Koalitionsmuster an den Beobachtungen

	Anteil (%)	<i>N</i>
SP-FDP vs. CVP-SVP	1.21	12'441
FDP-SVP vs. SP-CVP	15.20	155'657
SP-SVP vs. CVP-FDP	1.41	14'453
SP-FDP-SVP vs. CVP	1.13	11'532
SP-CVP-SVP vs. FDP	1.12	11'447
SP-CVP-FDP vs. SVP	14.22	145'595
CVP-FDP-SVP vs. SP	39.48	404'304
SP-CVP-FDP-SVP vs. GP	1.86	19'091
SP-CVP-FDP-SVP ⁸²	19.05	195'070
keine/andere Koalition	7.19	73'666

Welcher Zusammenhang lässt sich zwischen der Koalitionsbildung und dem abweichenden Stimmverhalten eruieren? Ist die Koalitionsbildung für das individuelle Stimmverhalten überhaupt von Bedeutung? Die Antworten, welche die Tabelle 5.34 vermittelt, fallen sehr deutlich aus: Überdurchschnittliche Abweichungen sind in der Regel dann festzustellen, wenn die Trennlinie entweder direkt neben der eigenen Fraktion verläuft oder man sich zusammen mit ideologisch weit entfernten Partnern in einer Allianz wiederfindet, ohne dass es sich um eine unbestrittene Vorlage handelt. Eine Ausnahme von der Regel bildet die SP, wenn sie alleine (bzw. meist zusammen mit den Grünen) gegen die drei Bürgerlichen antritt; die SP-Fraktionsmitglieder zeigen in dieser Konstellation keine Anzeichen verstärkter Abweichungen, während in der CVP-Fraktion — welche sich in dieser Konstellation mehrheitlich auf der bürgerlichen Seite der Konfliktlinie befindet — eine erhöhte Abweichrate feststellbar ist. Die zentrale Rolle der beiden Mitteparteien CVP und FDP zeigt sich daran, dass ein Ausscheren einer der beiden Parteien mit einer erhöhten Abweichrate in den

⁸¹ohne definierte Gegenkoalition⁸²ohne definierte Gegenkoalition

anderen Fraktionen einher geht. Wie in Abschnitt 3.1 aufgezeigt wurde, hat die Koalitionsbildung einen relativ engen Bezug zum politischen Inhalt einer Vorlage. Die Frage, ob sich hinter den hier präsentierten Ergebnissen auf bivariater Ebene in Wahrheit die politische Thematik als unberücksichtigte Drittvariable versteckt, kann erst im Rahmen der multiplen Regressionsanalyse eruiert werden (vgl. Kapitel 6).

Tabelle 5.34: Durchschnittliche Abweichrate nach Koalitionsmuster und Fraktion (in Prozent)

	CVP	FDP	SP	SVP	BR- Parteien
SP-FDP vs. CVP-SVP	8.86	10.22	2.37	7.87	6.79
FDP-SVP vs. SP-CVP	9.97	10.52	0.97	5.14	5.91
SP-SVP vs. CVP-FDP	8.84	8.25	5.11	10.35	7.91
SP-FDP-SVP vs. CVP	10.69	10.15	6.08	7.16	8.19
SP-CVP-SVP vs. FDP	9.01	11.76	3.59	11.13	8.44
SP-CVP-FDP vs. SVP	5.51	9.40	1.82	10.09	6.45
CVP-FDP-SVP vs. SP	8.19	4.44	2.60	1.99	3.88
SP-CVP-FDP-SVP vs. GP	4.02	3.91	10.67	4.65	6.23
SP-CVP-FDP-SVP ⁸³	1.95	2.64	3.36	4.60	3.23
keine/andere Koalition	5.76	5.19	3.90	5.28	4.90
alle Abstimmungen	6.71	6.02	2.56	4.74	4.70

5.4 Variablen zu Parlamentsinstitutionen

5.4.1 Abstimmungs- und Geschäftskategorien

Unter dem Titel „parlamentarische Institutionen“ wird in der vorliegenden Untersuchung eine ganze Reihe von Einflussfaktoren subsumiert, die alle einen Bezug zu parlamentarischen Verfahren und Ämtern aufweisen (vgl. Abschnitt 4.3.3). Als erstes steht die nationalrätliche Abstimmungs- und Geschäftstypologie bzw. -hierarchie im Zentrum des Interesses. Die Parlamentsdienste unterscheiden 16 Abstimmungskategorien, welche für die vorliegenden Zwecke in eine dichotom codierte Variable zusammengefasst werden. Die Variable operationalisiert den unmittelbaren gesetzgeberischen Effekt einer Abstimmung und somit deren Bedeutung gemäss „Abstimmungshierarchie“; Abstimmungen mit einem unmittelbaren Effekt (z.B. Annahme oder Ablehnung einer Vorlage) werden mit dem Wert 1 codiert, alle anderen Abstimmungen mit dem Wert 0. Die Zuteilung der 16 Abstimmungskategorien auf die beiden Kategorien der dichotomisierten Variable ist in Tabelle 5.35 dargestellt.

Über sämtliche Beobachtungen betrachtet, kommt rund 27.5 Prozent der Abstimmungen ein unmittelbarer Effekt zu, während 72.5 Prozent zu den tieferen Hierarchiestufen zu zählen sind. Betrachtet man die durchschnittlichen Abweichraten nach Abstimmungskategorie und Fraktion (Tabelle 5.36), ragen zwei fraktionsabhängige Muster heraus: CVP und FDP weisen deutlich weniger Fraktionsabweichungen in „bedeutenden“ Abstimmungen auf, d.h. wenn die Folgen

⁸³ohne definierte Gegenkoalition

Tabelle 5.35: Operationalisierung der Abstimmungskategorien

Kategorien gemäss Parlamentsdienste	Kategorisierung der vorliegenden Arbeit
Abschreibung	0
Ausgabenbremse	1
Detailberatung	0
Diskussionsantrag	0
Dringlichkeitserklärung	0
Eintreten	1
Folge geben	0
Gesamtabstimmung	1
Immunität aufheben	0
Motion	0
Ordnungsantrag	0
Petition	0
Postulat	0
Rückkommensantrag	0
Rückweisungsantrag	1
Schlussabstimmung	1

des Abstimmungsergebnisses das Schicksal der gesamten Vorlage unmittelbar und nachhaltig beeinflussen können. Dieser Zusammenhang lässt sich bei der SP und SVP nicht beobachten, im Gegenteil, weisen diese beiden Fraktionen doch geringere Fraktionsabweichraten aus, wenn die unmittelbare Bedeutung der Abstimmung eher gering ist. In diesen Auswertungen spiegeln sich die Ergebnisse der kollektiven Analyseebene wider, wo bereits festgestellt wurde, dass im Rahmen von Bundesratsgeschäften die beiden Mittefraktionen in der Phase von Gesamt- und Schlussabstimmungen die höchste Fraktionsgeschlossenheit zeigen, während SP und SVP am homogensten in der Detailberatungsphase der Gesetzgebung auftreten (vgl. Abbildung 3.6 in Abschnitt 3.2).

Analog zur Abstimmungstypologie werden auch die Geschäftskategorien in die Analyse einbezogen. Die Parlamentsdienste führen zehn Geschäftskategorien auf, welche für die vorliegende Arbeit wiederum gemäss ihrer Bedeutung dichotomisiert werden. Geschäfte, welche die Form einer konkreten Gesetzgebungsvorlage besitzen, werden mit dem Wert 1 codiert, alle anderen Geschäfte erhalten den Wert 0. Die konkrete Zuteilung der zehn Geschäftskategorien auf die beiden Kategorien der dichotomisierten Variable ist in Tabelle 5.37 dargestellt.

Anders als bei den Abstimmungskategorien zeigt sich bei den Geschäftstypen, dass die gewichtigen Geschäfte mit grossem Abstand am meisten Abstimmungen auf sich vereinen. Die Verteilung der Variable ist darum wesentlich schief als bei den Abstimmungskategorien: 91.1 Prozent der Beobachtungen entfallen auf „wichtige“ Geschäftskategorien und bloss 8.9 Prozent auf Geschäfte tieferer Hierarchiestufen. Die in Tabelle 5.38 berechneten durchschnittlichen Abweichraten zeigen in Teilen ein ähnliches Bild wie die vorgängige Analyse der Abstimmungskategorien. Wiederum zeigen CVP und FDP deutlich weniger Abweichungen bei „ernsthafteren“ Vorlagen, hingegen fällt der erkennbare Zusammenhang bei SP und SVP kaum mehr ins Gewicht. Bei der SP hat er

Tabelle 5.36: Durchschnittliche Abweichrate nach Abstimmungskategorie und Fraktion (in Prozent)

	hohe Hierarchiestufe	tiefe Hierarchiestufe	alle
CVP	2.98	8.23	6.71
FDP	3.38	7.04	6.02
SP	3.10	2.35	2.56
SVP	5.59	4.43	4.74
BR-Parteien	3.77	5.05	4.70

Tabelle 5.37: Operationalisierung der Geschäftskategorien

Kategorien gemäss Parlamentsdienste	Kategorisierung der vorliegenden Arbeit
Erklärung	0
Geschäft des Bundesrates	1
Geschäft des Parlaments	1
Interpellation	0
Motion	0
Ordnungsantrag	0
Parlamentarische Initiative	1
Petition	0
Postulat	0
Standesinitiative	1

im Vergleich zu den Abstimmungskategorien gar gedreht. Auch hier lässt sich eine Parallele zur Analyse der kollektiven Ebene in Abschnitt 3.2 ziehen (vgl. Tabelle 3.2). Dort wurden jedoch nur Bundesratsgeschäfte auf der einen Seite sowie Motionen und Postulate auf der anderen Seite analysiert, was eine leicht unterschiedliche Datengrundlage ergibt; dennoch sind grössere Unterschiede im abweichenden Verhalten nach Geschäftskategorien bei CVP und FDP als bei SP und SVP erkennbar.

Tabelle 5.38: Durchschnittliche Abweichrate nach Geschäftskategorie und Fraktion (in Prozent)

	hohe Hierarchiestufe	tiefe Hierarchiestufe	alle
CVP	6.46	9.38	6.71
FDP	5.91	7.19	6.02
SP	2.54	2.66	2.56
SVP	4.75	4.67	4.74
BR-Parteien	4.62	5.43	4.70

5.4.2 Knappes Abstimmungsergebnis

Als weiterer institutioneller Faktor dient die Konfliktivität einer Abstimmung. Es mag erstaunen, dass dieser Faktor unter den institutionellen und nicht unter den „politischen“ Variablen des vorangehenden Abschnitts erscheint. Der Grund liegt darin, dass die Variable hier stellvertretend für die Druckausübung seitens der Fraktionsleitung steht: Es ist anzunehmen, dass die Fraktion vor allem dann auf geschlossenes Stimmverhalten drängt, wenn das Ergebnis im Gesamtrat absehbar knapp ausfallen wird (vgl. für die entsprechende Hypothesenbildung sowie einen kritischen Einwurf bzgl. der Kausalitätsfrage den Abschnitt 4.3.3). Die Variable ist darum dichotom und nicht metrisch definiert: Wenn der auf das Abstimmungsergebnis im Gesamtrat bezogene Rice-Index⁸⁴ zwischen 0 und 0.05 liegt (d.h. wenn der Unterschied zwischen Ja- und Nein-Stimmen maximal fünf Prozent ausmacht, was im mit 200 Sitzen voll besetzten Nationalrat 10 Stimmen entspricht), ist der Variablenwert auf 1 gesetzt, andernfalls auf 0. Die Verteilung der Variablen gemessen an sämtlichen Beobachtungen zeigt, dass in 7.1 Prozent der Fälle ein sehr knappes Abstimmungsergebnis im Sinne der oben definierten Variable vorliegt. In Bezug auf die durchschnittliche Abweichrate nach Fraktionen zeigt sich ein ebenso interessantes wie plausibles Muster: CVP- und FDP-Mitglieder weichen deutlich häufiger von ihrer Fraktion ab, wenn das Gesamtergebnis im Nationalrat sehr knapp ausfällt (Tabelle 5.39). Bei der SP (recht deutlich) und der SVP (relativ knapp) ist hingegen genau der umgekehrte Zusammenhang erkennbar: geringeres illoyales Verhalten bei knappen Resultaten. Plausibel erscheint dieses Ergebnis, weil die Disziplinierung der Fraktionsmitglieder im Falle der SP eine längere Tradition besitzt und im Falle der SVP seit Mitte der 1990er Jahre zunehmendes Gewicht erhalten hat.⁸⁵

Tabelle 5.39: Durchschnittliche Abweichrate nach knappen Abstimmungsergebnissen und Fraktion (in Prozent)

	knappe Ergebnisse	andere Ergebnisse	alle
CVP	9.81	6.48	6.71
FDP	9.77	5.74	6.02
SP	1.36	2.65	2.56
SVP	4.58	4.75	4.74
BR-Parteien	5.65	4.62	4.70

⁸⁴Der Rice-Index (Rice 1925) berechnet sich aus dem Absolutwert der Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen, dividiert durch die Anzahl abgegebene Stimmen. Der Minimalwert 0 bedeutet, dass gleich viele Ja- wie Nein-Stimmen vorliegen, während der Maximalwert 1 bei Einstimmigkeit aller Parlamentarier erreicht wird. Im vorliegenden Fall wurde der Rice-Index anstatt des Agreement-Index (vgl. Abschnitt 3.2) verwendet, weil sich Stimmenthaltungen auf die Knappheit des Abstimmungsausgangs in der Regel nicht auswirken (eine Ausnahme bilden diejenigen Abstimmungen, welche die absolute Mehrheit aller Nationalratsmitglieder benötigen, was gemäss Art. 159 Abs. 3 BV zur Dringlicherklärung von Bundesgesetzen sowie zur Überwindung der Bestimmungen zur Schuldenbremse notwendig ist).

⁸⁵Würde die Untersuchung auf die Zeit nach 2006 ausgedehnt, wäre im Falle der SVP eine Verstärkung der Effekte zu erwarten.

5.4.3 Publikation des individuellen Stimmverhaltens

Das individuelle Stimmverhalten wird im Nationalrat teils automatisch, teils auf Verlangen publiziert, grösstenteils bleibt es der breiten Öffentlichkeit aber auch heute noch verborgen. Welche Zusammenhänge sind im Hinblick auf das abweichende Stimmverhalten zu erkennen? Nachfolgend wird zwischen automatisch und auf Verlangen veröffentlichten Abstimmungen unterschieden.⁸⁶ In Bezug auf deren Häufigkeit zeigt sich, dass rund 19.8 Prozent der Beobachtungen der automatischen Publikation unterstehen und 15.3 Prozent auf Verlangen publiziert werden. Mit anderen Worten, fast zwei Drittel aller Abstimmungen sind unveröffentlicht (vgl. auch Schwarz 2005). Der Blick auf die durchschnittlichen Abweichraten pro Fraktion zeigt drei unterschiedliche Muster, welche die fraktionsinterne Kultur sowie die Stellung der Fraktion in der Bundesversammlung widerspiegeln. CVP und FDP haben kaum Fraktionsabweichungen zu beklagen, wenn die Abstimmung automatisch publiziert wird; hingegen kommt abweichendes Stimmverhalten relativ häufig bei einer Veröffentlichung auf Verlangen vor. Letzteres trifft auch auf die SVP zu, hingegen kann bei ihr von einem besonders geschlossenen Verhalten bei automatisch veröffentlichten Abstimmungen keine Rede sein. Bei der SP schliesslich treten am wenigsten Fraktionsabweichungen auf, wenn eine Abstimmung auf Verlangen durchgeführt wird, und am häufigsten, wenn die Abstimmung automatisch publiziert wird. Die Interpretation dieser Muster muss Faktoren berücksichtigen, welche sich hinter dem Publikationsstatus verstecken. Wie in Abschnitt 4.3.3 dargelegt wurde, ist der Publikationsstatus einerseits an institutionelle Vorgaben, andererseits an spezifische Motivlagen der einzelnen Fraktionen geknüpft. Die Variable vermag daher nur sehr beschränkt den tatsächlichen Effekt der Veröffentlichung des individuellen Stimmverhaltens messen, sondern bewegt sich im Falle der automatischen Publikation in die Richtung des Abstimmungstypus (vgl. oben); die Publikation auf Verlangen dürfte eine Mischung aus Oppositionsgrad der Fraktion im Nationalrat und interne Fähigkeit zur Durchsetzung der Fraktionsdisziplin messen, weshalb die SP mit grossem Abstand vor der SVP und FDP/CVP die geringste Abweichrate verzeichnet.

Tabelle 5.40: Durchschnittliche Abweichrate nach Publikationsstatus der Abstimmungen und Fraktion (in Prozent)

		auf Verlangen	keine Publikation	alle
CVP	2.44	8.73	7.62	6.71
FDP	2.81	8.55	6.42	6.02
SP	3.15	1.92	2.53	2.56
SVP	5.11	5.51	4.45	4.74
BR-Parteien	3.42	5.66	4.85	4.70

⁸⁶Im Datensatz sind zwei dichotome Variablen enthalten, jeweils eine für die Frage, ob automatisch bzw. auf Verlangen veröffentlichtes Stimmverhalten vorliegt oder nicht. Falls ein solches vorliegt, erhält die entsprechende Variable den Wert 1, andernfalls den Wert 0.

5.4.4 Rats- und Fraktionspräsidium

Von den Ämtern, welche im Rahmen der Parlamentsorganisation zu vergeben sind, werden deren zwei in die vorliegende Arbeit als unabhängige Variablen integriert: das Nationalrats- sowie das Fraktionspräsidium. Beide Variablen sind dichotom operationalisiert, wobei der Wert 1 bedeutet, dass das Ratsmitglied zum Zeitpunkt der betreffenden Abstimmung das entsprechende Parlamentsamt ausübt, und der Wert 0, dass dies nicht der Fall ist. Wie die Verteilung der Stimmen in Tabelle 5.41 zeigt, beteiligen sich die Ratspräsidentinnen und -präsidenten aufgrund ihrer institutionellen Funktion sehr selten an den Abstimmungen (vgl. Abschnitt 4.3.3). In absoluten Zahlen sind dies zwischen 17 (SVP) und 96 (CVP) Abstimmungen, was Stimmenanteile zwischen 0.01 und 0.05 Prozent ergibt. In diesen Zahlen zeigt sich auch, dass die vier Parteien im Untersuchungszeitraum unterschiedlich oft das Ratspräsidium stellen konnten (CVP dreimal, FDP, SP und SVP je zweimal), was aber aufgrund des konsensualen Rotationsprinzips bei der Besetzung des Amtes allein dem Umstand angelastet werden kann, dass die Untersuchungsperiode neun (statt acht oder zwölf) Jahre umfasst.

Etwas grösser sind die Unterschiede der Stimmenanteile zwischen den Fraktionen beim Fraktionspräsidium; die FDP weist hier einen sehr geringen Anteil von wenig mehr als einem Prozent aus, während er bei der CVP über drei Prozent beträgt. Da sich die Fraktionen über beide Parlamentskammern erstrecken, kommt es vor, dass das Fraktionspräsidium durch Ständeratsmitglieder wahrgenommen wird. In der FDP war dies in der relativ langen Zeitspanne zwischen September 1996 und November 2002 der Fall, als die ehemalige Berner Ständerätin Christine Beerli der Fraktion vorstand. In der CVP ist derselbe Fall im Mai 2005 durch den Freiburger Ständerat Urs Schwaller eingetreten, was den untersuchten Datensatz jedoch nur geringfügig tangiert. Erstaunlich ist, dass die aus dem Nationalrat stammenden CVP-Fraktionspräsidenten dennoch häufiger ihre Stimme abgegeben haben als ihre Kolleginnen und Kollegen aus der SP- und SVP-Fraktion.

Der Zusammenhang zwischen Parlamentsamt und Fraktionsabweichung wird in Tabelle 5.42 ersichtlich. Inhaber des Ratspräsidiums weichen nur innerhalb der FDP- und SP-Fraktion häufiger von der Fraktionslinie ab, während bei den Inhabern des Fraktionspräsidiums in allen Fraktionen eine grössere Loyalität zur eigenen Gruppe feststellbar ist. Die Angaben zum Ratspräsidium sind aufgrund der sehr geringen Fallzahlen vorsichtig zu interpretieren, was sich am Beispiel der SVP zeigen lässt: In den bloss 17 Fällen, in denen ein SVP-Ratspräsident seine Stimme abgeben konnte, ist dieser kein einziges Mal von der Fraktionslinie abgewichen. Für die nachfolgenden Regressionsanalysen bedeutet dies, dass diese Variable in den SVP-Modellen aufgrund der fehlenden Varianz nicht berücksichtigt werden kann.

Aufschlussreich ist, wenn man dieselbe Auswertung auf die Gruppe derjenigen Ratsmitglieder beschränkt, welche innerhalb der Untersuchungsperiode zumindest einmal das Rats- bzw. Fraktionspräsidium innehatten. Dadurch kann abgeschätzt werden, ob sich das Stimmverhalten erst durch die Funktionsausübung ändert oder ob bereits bei der Auswahl der entsprechenden Personen darauf geachtet wird, dass sie kompromissbereitere (Ratspräsidium) bzw. fraktionstreuere Positionen (Fraktionspräsidium) vertreten. Durch diese Datenselektion verringert sich die Zahl der Beobachtungen auf 41'273 (Ratspräsidium) bzw.

Tabelle 5.41: Stimmenanteile des Rats- und Fraktionspräsidiums nach Fraktion (in Prozent)

	Rats- präsidium	Fraktions- präsidium	übrige Ratsmitglieder	<i>N</i>
CVP	0.05	3.16	96.79	186'574
FDP	0.03	1.02	98.95	243'863
SP	0.01	2.12	97.87	331'853
SVP	0.01	2.14	97.85	261'875
BR-Parteien	0.02	2.05	97.93	1'024'165

Tabelle 5.42: Durchschnittliche Abweichrate nach Parlamentsamt und Fraktion (in Prozent)

	Rats- präsidium	Fraktions- präsidium	übrige Ratsmitglieder	alle
CVP	6.25	2.33	6.85	6.71
FDP	10.53	4.32	6.04	6.02
SP	4.35	1.52	2.58	2.56
SVP	0.00	3.41	4.77	4.74
BR-Parteien	6.81	2.58	4.74	4.70

49'582 (Fraktionspräsidium). Die Resultate in den Tabellen 5.43 und 5.44 zeichnen ein einheitliches Bild: In beiden Fällen sowie in allen Fraktionen sind deutliche Unterschiede im fraktionsabweichenden Stimmverhalten in Abhängigkeit der aktuellen Wahrnehmung des entsprechenden Amtes feststellbar. Beim Ratspräsidium weichen die betreffenden Fraktionsmitglieder während der Amtsausübung häufiger von der Fraktionslinie ab (mit Ausnahme des oben beschriebenen Sonderfalls der SVP). Statistisch gesicherter aufgrund der höheren Fallzahlen präsentiert sich das Bild beim Fraktionspräsidium: Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten weichen während ihrer Amtsdauer klar weniger häufig von der Fraktionsmehrheit ab als vor- und nachher. Aufgrund der bivariaten Auswertung darf daher davon ausgegangen werden, dass die Wahrnehmung von Parlamentsfunktionen eine Veränderung des Stimmverhaltens nach sich zieht. Des Weiteren steht die Frage im Raum, ob bereits bei der Auswahl der entsprechenden Ratsmitglieder auf bestimmte Merkmale geachtet wird. Dies kann eruiert werden, indem das Stimmverhalten ausserhalb der Amtsdauer mit demjenigen aller Fraktionsmitglieder verglichen wird. Beim Ratspräsidium präsentieren sich die Ergebnisse nicht einheitlich; mit Ausnahme der CVP haben die Fraktionen eher solche Personen vorgeschlagen, die gegenüber der eigenen Fraktion einen unabhängigeren Kurs gefahren sind. Wiederum ist hier auf die geringe Fallzahl hinzuweisen. Uneinheitlich ist das Bild auch in Bezug auf das Fraktionspräsidium, wo CVP und SVP eher linientreue Mitglieder für das Amt bevorzugen, während FDP und SP eher fraktionsunabhängigere Persönlichkeiten portiert haben. Den Auserwählten sämtlicher Fraktionen ist jedoch gemeinsam, dass sie — sobald im Amt — deutlich weniger oft von der Fraktionslinie abwei-

chen als das durchschnittliche Fraktionsmitglied.⁸⁷

Tabelle 5.43: Durchschnittliche Abweichrate nach Fraktion unter Ratsmitgliedern, die einmal das Ratspräsidium inne hatten (in Prozent)

	während Ratspräsidium	restliche Zeit	alle Fraktions- mitglieder	<i>N</i>
CVP	6.25	4.03	6.71	15'324
FDP	10.53	7.33	6.02	8'977
SP	4.35	4.11	2.56	7'565
SVP	0.00	4.86	4.74	9'407
BR-Parteien	6.81	4.95	4.70	41'273

Tabelle 5.44: Durchschnittliche Abweichrate nach Fraktion unter Ratsmitgliedern, die einmal das Fraktionspräsidium inne hatten (in Prozent)

	während Ratspräsidium	restliche Zeit	alle Fraktions- mitglieder	<i>N</i>
CVP	2.33	3.93	6.71	13'248
FDP	4.32	6.99	6.02	10'233
SP	1.52	2.94	2.56	13'962
SVP	3.41	3.98	4.74	12'139
BR-Parteien	2.58	4.53	4.70	49'582

Ein Blick auf die Liste der Inhaber des Rats- und Fraktionspräsidiums in den Jahren 1996 bis 2005 verdeutlicht die bisherigen Resultate zusätzlich (Tabellen 5.45 und 5.46). Bei der Liste der Ratspräsidentinnen und -präsidenten zeigt sich bei SP und SVP, dass deren Amtsinhaber tatsächlich über dem Fraktionsmedian angesiedelt sind, d.h. stärker von der Fraktionslinie abweichen. Bei CVP und FDP hingegen verteilen sich die Amtsinhaber quer über die ganze Rangliste, was angesichts der politischen Zentrumsposition der beiden Fraktionen nicht erstaunt. Beim Blick auf die Liste der Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten fällt die Spannweite der Abweichungen geringer aus und die Inhaber befinden sich im Schnitt bei allen vier Fraktionen näher bei ihrer Fraktionsmehrheit als der Fraktionsdurchschnitt..

5.4.5 Amtsalter

In Abschnitt 5.1 wurde in Bezug auf das Alter der Fraktionsmitglieder bereits festgestellt, dass die Unterschiede zwischen abweichenden und nicht abweichenden Mitgliedern gering ausfallen. Zudem zeigte sich ein uneinheitliches Bild zwischen den Fraktionen hinsichtlich der Richtung des Zusammenhangs. Neben dem biologischen Alter existiert als weitere Variable das Amtsalter, d.h. die Zeit, die ein Parlamentsmitglied zum Zeitpunkt einer Abstimmung im Nationalrat

⁸⁷Die Richtung der Kausalität ist jedoch nicht ganz eindeutig: Einerseits kann das Amt das Verhalten des Amtsinhabers beeinflussen, andererseits dürfte die Fraktionslinie bis zu einem gewissen Grad auch die Handschrift des Fraktionspräsidenten tragen.

Tabelle 5.45: Abweichrate von Ratsmitgliedern, die einmal das Nationalratspräsidium inne hatten

	Abweichrate
Yves Christen, FDP	12.0
Judith Stamm, CVP	8.4
Hanspeter Seiler, SVP	6.9
<i>CVP-Median</i>	<i>5.6</i>
<i>FDP-Median</i>	<i>5.3</i>
Peter Hess, CVP	4.6
Liliane Maury Pasquier, SP	4.2
Thérèse Meyer, CVP	4.0
Ernst Leuenberger, SP	3.6
Max Binder, SVP	3.4
<i>SVP-Median</i>	<i>3.4</i>
Jean-Philippe Maitre, CVP	2.5
<i>SP-Median</i>	<i>2.4</i>
Trix Heberlein, FDP	2.1

Tabelle 5.46: Abweichrate von Ratsmitgliedern, die einmal das Fraktionspräsidium inne hatten

	Abweichrate
Fulvio Pelli, FDP	8.0
Samuel Schmid, SVP	6.6
Pascal Couchepin, FDP	6.2
<i>CVP-Median</i>	<i>5.6</i>
<i>FDP-Median</i>	<i>5.3</i>
Peter Hess, CVP	4.6
Theo Fischer, SVP	4.3
Felix Gutzwiller, FDP	4.2
Walter Frey, SVP	4.1
<i>SVP-Median</i>	<i>3.4</i>
Franco Cavalli, SP	3.0
Jean-Michel Cina, CVP	2.7
Jean-Philippe Maitre, CVP	2.5
<i>SP-Median</i>	<i>2.4</i>
Hildegard Fässler, SP	2.1
Caspar Baader, SVP	2.0
Ursula Hafner, SP	1.5

verbracht hat. Das Amtsalter dient dazu, die Wirkungen der Parlamentsinstitution auf das Stimmverhalten zu erfassen. Die Operationalisierung der Variable

erfolgt über die Anzahl Tage, die eine Person dem Nationalrat angehört (bei Mitgliedern, die nach einem Unterbruch wieder in den Rat eingetreten sind, wird einfach beim letzten Stand fortgesetzt).

Auch hier fallen die Ergebnisse der Auswertung uneinheitlich aus (Tabelle 5.47): Während sich bei SP und SVP mit steigendem Amtsalter auch das abweichende Stimmverhalten erhöht, ist bei CVP und FDP genau das Gegenteil zu vermerken. Interessant ist auch ein Blick auf das durchschnittliche Amtsalter in den Fraktionen: Die dienstälteste Fraktion stellt die FDP, gefolgt von der SP und der CVP. Betrachtet man den Medianwert, so tauschen CVP und SP die Plätze, was bedeutet, dass in der SP einige wenige Mitglieder mit sehr vielen Amtsjahren vertreten sind, welche den arithmetischen Mittelwert nach oben drücken. Die dienstjüngste Fraktion stellt demgegenüber die SVP, was auf deren starkes Wachstum im Untersuchungszeitraum zurückgeführt werden kann.

Tabelle 5.47: Durchschnitt des Amtsalters nach Stimmverhalten und Fraktion (in Jahren)

		abweichendes Stimmverhalten		
		nein	ja	alle
CVP	\bar{x} (s)	1'906.17 (1'779.46)	1'847.92 (1'631.45)	1'902.26 (1'769.98)
	m	1'333	1'369	1'355
FDP	\bar{x} (s)	2'368.72 (1'826.45)	2'338.77 (1'788.15)	2'366.92 (1'824.18)
	m	2'017	2'019	2'017
SP	\bar{x} (s)	2'216.46 (1'745.72)	2'313.17 (1'913.17)	2'218.93 (1'750.26)
	m	1'835	1'835	1'835
SVP	\bar{x} (s)	1'934.06 (1'469.32)	1'987.81 (1'470.33)	1'936.60 (1'469.41)
	m	1'641	1'646	1'642
BR-Parteien	\bar{x} (s)	2'124.70 (1'715.78)	2'115.94 (1'707.96)	2'124.29 (1'715.41)
	m	1'663	1'654	1'662

5.4.6 Freiwilliger Rücktritt aus dem Nationalrat

Zu guter Letzt wird noch ein Blick auf die Auswirkung von Rücktrittsabsichten auf das abweichende Stimmverhalten geworfen. Als Rücktritt wird gewertet, wenn ein Ratsmitglied entweder auf die Wiederwahl verzichtet hat oder während der Legislaturperiode zurückgetreten ist. Im Falle der Schweiz ist es plausibel anzunehmen, dass der grösste Teil dieser Rücktritte geplant und auf freiwilliger Basis erfolgt; der Anteil erzwungenen Ausscheidens aus dem Rat — beispielsweise aufgrund politischer Skandale oder weil die eigene Kantonalpartei eine erneute Nomination verweigert — fällt eher gering aus. Nicht als Rücktritt gewertet werden die Nichtwiederwahl in den Nationalrat, die Wahl in ein anderes Gremium (Bundesrat, Ständerat, kantonale oder städtische Exekutiven) sowie natürlich ein Ausscheiden von Todes wegen. Die entsprechende Variable wurde dichotom codiert mit dem Wert 1 für die letzten 365 Tagen vor dem Rücktritt und dem Wert 0 in allen anderen Fällen (inklusive wenn kein Rücktritt vorliegt). Die Analyse der durchschnittlichen Abweichrate in Tabelle 5.49 zeigt ein ambivalentes Bild: Während bei FDP und SP ein Zusammenhang praktisch inexistent scheint, tritt bei CVP und SVP ein solcher recht deutlich hervor. Dies allerdings

mit verschiedenen Vorzeichen: Bei der CVP scheinen sich rücktrittswillige Fraktionsmitglieder eher der Fraktionsmehrheit anzunähern, bei der SVP weichen solche Fraktionsmitglieder häufiger ab.

Tabelle 5.48: Anteil der Abstimmungen im letzten Jahr vor dem Rücktritt eines Ratsmitglieds nach Stimmverhalten und Fraktion (in Prozent)

	≤ 1 Jahr vor Rücktritt	> 1 Jahr vor Rücktritt	<i>N</i>
CVP	7.84	92.16	186'574
FDP	5.83	94.17	243'863
SP	3.52	96.48	331'853
SVP	2.04	97.96	261'875
BR-Parteien	4.48	95.52	1'024'165

Tabelle 5.49: Durchschnittliche Abweichrate im letzten Jahr vor dem Rücktritt eines Ratsmitglieds nach Fraktion (in Prozent)

	≤ 1 Jahr vor Rücktritt	> 1 Jahr vor Rücktritt	alle
CVP	5.53	6.81	6.71
FDP	6.11	6.01	6.02
SP	2.46	2.56	2.56
SVP	6.37	4.70	4.74
BR-Parteien	5.03	4.68	4.70

Wie bei den Variablen zum Rats- und Fraktionspräsidium lässt sich auch hier die Auswertung auf diejenigen Ratsmitglieder beschränken, welche im Untersuchungszeitraum tatsächlich zurückgetreten sind. Die Zahl der Beobachtungen reduziert sich dadurch auf 206'718. Allfällige Bezüge zum abweichenden Stimmverhalten müssten bei dieser Gruppe besonders deutlich zu Tage treten. Die Zusammenhänge akzentuieren sich lediglich bei FDP und SP (vgl. Tabelle 5.50), während sie sich bei CVP und SVP abschwächen. Die Beschränkung der Auswertung auf die Gruppe der tatsächlich Zurückgetretenen bringt insgesamt keine neuen Erkenntnisse hervor.

Tabelle 5.50: Durchschnittliche Abweichrate im letzten Jahr vor dem Rücktritt eines Ratsmitglieds nach Fraktion (in Prozent; Datenbasis: zurückgetretene Ratsmitglieder)

	≤ 1 Jahr vor Rücktritt	> 1 Jahr vor Rücktritt	alle Fraktions- mitglieder	<i>N</i>
CVP	5.53	6.60	6.71	66'725
FDP	6.11	5.74	6.02	72'185
SP	2.46	2.72	2.56	45'476
SVP	6.37	5.72	4.74	22'332
BR-Parteien	5.03	5.38	4.70	206'718

Kapitel 6

Erklärung abweichenden Stimmverhaltens (multiple Regressionsmodelle)

6.1 Methodische Aspekte

Zur Beantwortung der zentralen Forschungsfragen sowie zur Überprüfung der daraus abgeleiteten Hypothesen wird im Folgenden auf das Verfahren der multiplen Regression zurückgegriffen. Aufgrund der dichotomen Codierung der abhängigen Variable stehen nicht-lineare Regressionsvarianten im Vordergrund. Als Basisvariante dient in solchen Fällen regelmässig das logistische bzw. Logit-Regressionsverfahren. Der untersuchte Datensatz weist jedoch einige Besonderheiten auf, welche die Auswahl der Analysemethode zusätzlich beeinflussen:

Grosse Fallzahlen und Modellkomplexität: Obwohl die Rechnerkapazität heute nicht mehr als wesentliches Problem wahrgenommen wird, kann die Anwendung komplexer Verfahren dennoch zu sehr langen Berechnungszeiten führen bzw. die Fähigkeiten der verwendeten Statistiksoftware⁸⁸ oder die Möglichkeiten herkömmlicher Hardware⁸⁹ übersteigen. Ein Ausweichen auf universitäre Grossrechner ist zwar möglich, schränkt aber die Flexibilität des Forschers insbesondere in zeitlicher Hinsicht ein. Will man sich diese erhalten, gilt es, den Datensatz so handlich wie möglich zu halten und keine Scheu vor Kompromissen zwischen dem methodisch Wünsch- und forschungsökonomisch Vertretbaren zu zeigen.

Grosse Fallzahlen und Teststatistik: Herkömmliche Signifikanztests sind bei Stichproben im Umfang von einigen hundert bis einigen (wenigen) tausend Fällen ideal. Bei sehr grossen Fallzahlen besteht das Risiko, dass selbst minimale statistische Effekte als signifikant ausgegeben werden (Andress, Hagenaars und Kühnel 1997, 52). Hinzu gesellt sich die alte Streitfrage, ob bei Vollerhebungen inferenzstatistische Angaben überhaupt sinnvoll sind, da keine Stichprobe vorliegt, sondern ein „exaktes“ Abbild der

⁸⁸Im vorliegenden Fall Stata IC 9.2 unter Linux

⁸⁹Intel Core 2 T7200 2.00GHz in einem ThinkPad T60

Realität. Eine substanzielle Interpretation der Regressionskoeffizienten würde darum genügen, so eine verbreitete Ansicht. Diese Logik besticht nur auf den ersten Blick. In der Tat gibt es gute wahrscheinlichkeitstheoretische Gründe, um auf die Inferenzstatistik selbst im Fall einer Vollerhebung nicht zu verzichten: So sind in Vollerhebungen Messfehler, Irrtümer und die inhärente Stochastizität menschlichen Handelns gleichermaßen enthalten wie in Stichprobenerhebungen (Broscheid und Gschwend 2003). Unter der Bedingung einer ausreichend hohen Fallzahl schlagen die beiden Autoren als einfachste Variante die Anwendung statistischer Methoden vor, welche auf dem Maximum-Likelihood-Schätzverfahren (ML) basieren.⁹⁰ Regressionsverfahren zu dichotom codierten abhängigen Variablen (wie z.B. die bereits erwähnten Logit-Modelle) basieren auf ML-Schätzern.

Schiefe Verteilung der abhängigen Variablen: Selbst eine extrem schiefe Verteilung der abhängigen Variablen, wie sie im vorliegenden Fall besteht, verletzt keine zwingenden Modellvoraussetzungen des Regressionsverfahrens. Dennoch hat sie die unangenehme Konsequenz, dass sie die Modellgüte erheblich beeinträchtigen kann. Insbesondere wenn als zentrales Kriterium für die Modellbeurteilung herkömmliche Gütemasse wie die verschiedenen R^2 -Varianten (vgl. Gujarati 2003, 217–223; DeMaris 2004, 273–276) oder Klassifikationstabellen (Anteil korrekt vorhergesagter Fälle) herangezogen werden, besteht das Risiko, dass das berechnete Modell vorschnell verworfen wird. Es gilt zu bedenken, dass die Aussagekraft von Gütemassen im Allgemeinen und diejenige der R^2 -Statistik im Besonderen sowohl aus praktisch-empirischen als auch aus forschungstheoretischen Überlegungen stark angezweifelt wird (Achen 1982; King 1986; Cameron 1993; Goldberger 1991). Die Bedenken, welche gegenüber diesen Kennzahlen angemeldet werden, sind in nicht-linearen Modellen (wie im vorliegenden Fall) zudem noch grösser als bei linearen Berechnungen. Gemäss Andress, Hagensars und Kühnel (1997, 289) bestehen in nicht-linearen Modellen folgende unerwünschten Eigenschaften der oft verwendeten Pseudo- R^2 -Kennzahlen:

„Bei sehr schiefen Verteilungen, in denen eine Kategorie sehr viel seltener vorkommt, ist eher mit geringeren Werten von R^2 zu rechnen, da hier auch ohne Kenntnis der Werte der unabhängigen Variablen bereits gute Prognosen möglich sind. Umgekehrt lässt sich in kleineren Stichproben bei ansonsten gleichen Bedingungen eher ein höherer Wert erreichen als in grossen Stichproben von mehreren hundert oder tausend Fällen.“

Wie weiter oben bereits angedeutet, sind bei schiefen Verteilungen der (dichotomen) abhängigen Variablen auch die beliebten Klassifikationstabellen wenig aussagekräftig, da aufgrund der geringen Wahrscheinlichkeit des untersuchten Ereignisses die entsprechende Kategorie nicht prognostiziert wird (Andress, Hagensars und Kühnel 1997, 292). Als Alternative wird vorgeschlagen, auf McFaddens Erfolgsindex („prediction suc-

⁹⁰Zum ML-Schätzverfahren vgl. beispielsweise Gujarati (2003, 633–635). Eine Alternative zu ML-Schätzern bieten bayesianische Ansätze, die gemäss Broscheid und Gschwend (2003) insbesondere bei relativ geringen Fallzahlen den einzigen methodisch vertretbaren Ausweg bieten.

cess index“; PSI) auszuweichen, der nicht auf einer groben Klassifikation der Fälle, sondern auf den summierten geschätzten Wahrscheinlichkeiten des Modells basiert und diese mit der beobachteten Häufigkeitsverteilung der abhängigen Variablen vergleicht (McFadden 1977). Doch auch diese Kennzahl kann nicht als Mass aller Dinge dienen, sondern lediglich die Schwachpunkte von Klassifikationstabellen etwas mildern. Letztlich führt kein Weg daran vorbei anzuerkennen, dass die vorliegende Kombination aus extrem schiefer Verteilung der abhängigen Variablen, sehr grossen Fallzahlen, einer geclusterten Datenstruktur (vgl. dazu unten mehr) sowie die Anwendung nicht-linearer Regressionsverfahren sehr schlechte Voraussetzungen für die Anwendung üblicher Interpretationshilfen hinsichtlich der Schätzergebnisse bieten. Nicht umsonst verzichten eigens für schiefe Verteilungen konzipierte Modelle in der Standardausgabe auf die Angabe solcher Gütemasse.

Geclusterte bzw. Mehrebenenstruktur der Daten: Die vorliegenden Daten verletzen eine zentrale Bedingung des Regressionsverfahrens: die Unabhängigkeit der Beobachtungen. Es handelt sich immer wieder um dieselben Parlamentsmitglieder, welche ihre Stimme abgeben.⁹¹ Der Datensatz weist somit eine starke Clusterstruktur auf, welche im Regressionsmodell zu korrigieren ist. Dem Problem nicht-unabhängiger Beobachtungen (sowie den damit verbundenen Problemen der Heteroskedastizität⁹²) kann in Stata mittels der `cluster`-Option begegnet werden, wodurch allfällige Cluster-Effekte korrigiert und gleichzeitig robuste Standardfehler (Huber-/White- bzw. Sandwich-Schätzer) ausgegeben werden (Gujarati 2003, 417–422; Long und Freese 2006, 86).⁹³

Die Gruppierung der Daten nach Ratsmitglied ist jedoch nicht die einzige Struktur, die sich in den Abstimmungsdaten verbirgt. Es darf vermutet werden, dass übergeordnete (kontextuelle) Ebenen bestehen, die z.B. durch die Fraktion (Mitglieder derselben Fraktion stimmen untereinander ähnlicher als zwischen den Fraktionen), durch die behandelte Vorlage (das Verhalten bei Abstimmungen innerhalb derselben Vorlage ist sich ähnlicher als zwischen unterschiedlichen Vorlagen) oder auch durch die Themengebiete (das Stimmverhalten innerhalb desselben Politikfelds ist ähnlicher als zwischen unterschiedlichen Politikfeldern) gebildet werden, so dass von einer Mehrebenenstruktur in den Daten ausgegangen werden kann. Für solche Problemstellungen, wenn das Verhalten von Individuen von übergeordneten Kontexten strukturiert wird und somit die Un-

⁹¹Die Abstimmungsdaten liessen sich aus dieser Perspektive auch als Paneldaten oder Zeitreihe interpretieren, da jedes Parlamentsmitglied zu unterschiedlichen Zeitpunkten wiederholt „befragt“ wird. Eine Zeitreihenanalyse stiesse jedoch auf erhebliche methodische Probleme: So handelt es sich bei den vorliegenden Daten beispielsweise um ein stark „unbalanciertes“ Datenset, weil die Zusammensetzung des Nationalrats einerseits über die Jahre (Rücktritte und Abwahlen), andererseits von Abstimmung zu Abstimmung (Abwesenheit im Rat) wechselt. Aufgrund dieser Unvollständigkeit der Daten wird hier von einer Panel- bzw. Zeitreihenanalyse Abstand genommen.

⁹²Regressionsmodelle bauen u.a. auf der Grundannahme auf, dass die Streuung (Varianz) der Störgrösse u_i homoskedastisch ist, d.h. dass für sämtliche gegebenen X_i die Streuung der Beobachtungen gleich und konstant ist: $\text{var}(u_i|X_i) = \sigma^2$ (Gujarati 2003, 68–70).

⁹³Robuste Schätzer besitzen den Vorteil, dass sie selbst dann „korrekte“ Standardfehler enthalten, wenn die Grundannahme der Unabhängigkeit der Beobachtungen gelockert wird (Stata 2007b, 271).

abhängigkeit der Beobachtungen nicht erfüllt ist, bietet sich als Alternative zu Cluster-Korrekturverfahren und robusten Standardfehlern die Anwendung der Mehrebenenanalyse an (Goldstein 2003; Bühlmann 2006). Abhilfe kann von der Mehrebenenanalyse jedoch nur erwartet werden, wenn die untersuchten Daten den relativ strikten Anforderungen des Verfahrens genügen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass jede Ebene aus mindestens 25 Kontexten besteht, in denen wiederum die Angaben von mindestens 25 Individuen enthalten sind (Bühlmann 2006, 281). Daneben muss jeder Kontext exklusiv definiert sein, so dass kein Individuum gleichzeitig mehreren Kontexten derselben Ebene angehört. Die Überprüfung dieser Kriterien für die vorliegende Untersuchung führt zu einem ernüchternden Ergebnis: Die Fraktionsebene enthält lediglich vier Kontexte (selbst wenn man die Grüne Fraktion in die Analyse integrieren würde, wäre man von den erforderlichen Zahl von 25 Kontexten weit entfernt). Die Politikbereiche erreichen weder die erforderliche Zahl (in der Untersuchung sind 16 Bereiche enthalten, maximal möglich aufgrund der verfügbaren Daten wären 20 Themenbereiche), noch sind sie exklusiv definiert, da eine Vorlage mehreren Themenbereichen gleichzeitig zugeordnet sein kann (was ein realistischeres Bild ergibt, als wenn nur ein Bereich pro Vorlage zugelassen wäre). Es bleibt die Ebene der Ratsgeschäfte, welche tatsächlich alle Vorgaben erfüllt. Es fragt sich einzig, wie sinnvoll eine Mehrebenenanalyse ist, in welcher ausgerechnet die offensichtlichsten Kontexte nicht modelliert werden können, bzw. ob die postulierten Vorteile des Verfahrens gegenüber der herkömmlichen Regressionsrechnung mit robusten Standardfehlern in einem solchen Fall überhaupt zum Tragen kommen können. Da sich die vorliegende Studie nicht als methodische Arbeit versteht, wird auf ein „Experimentieren“ mit der Mehrebenenanalyse darum bewusst verzichtet.

Die dargelegten Erwägungen führen zum Schluss, dass in der vorliegenden Arbeit ein auf ML-Schätzern basierendes Regressionsverfahren für eine dichotome abhängige Variable anzuwenden ist, das der extrem schiefen Verteilung der abhängigen Variable sowie der geclusterten Datenstruktur hinreichend Rechnung trägt. Ein solches Verfahren existiert in der Form sogenannter komplementärer Log-log-Modelle (Powers und Xie 2000, 83–84).⁹⁴

⁹⁴Der zugehörige Stata-Befehl lautet `cloglog` (Hilbe 1996; Stata 2007a, 292–299). Alternative Verfahren bestehen einerseits im „rare events logit“-Modell (`relogit`; King und Zeng 2001), andererseits im „skewed logit“-Verfahren (`scobit`; Nagler 1994). Soweit möglich und sinnvoll, wurden sämtliche `cloglog`-Berechnungen auch mittels `relogit` bzw. `scobit` repliziert, um die Abhängigkeit der Berechnungsergebnisse von der zugrunde liegenden Wahrscheinlichkeitsfunktion abzuschätzen. Beim `scobit`-Verfahren bekundete Stata aufgrund der hohen Fallzahlen regelmässig grösste Mühe, die Modellschätzung zu Ende zu führen (meist wurde die ML-Iteration mit dem Hinweis „not concave“ abgebrochen, was sich auch mit der empfohlenen `difficult`-Maximierungsoption nicht beheben liess). Der Modellvergleich wird darum lediglich als Vergleich zwischen komplementärem Log-log-Modell, `relogit`-Modell sowie dem normalen Logit-Modell ausgegeben (vgl. Abschnitt 6.8.1). Im logistischen Regressionsmodell gilt für die Erfolgswahrscheinlichkeit

$$P(Y_i = 1) = p_i = \frac{\exp(z_i)}{1 + \exp(z_i)}$$

wobei $z_i = \sum \beta_k X_{ik}$. Das komplementäre Log-log-Modell hingegen verfügt über eine asym-

6.2 Konkretes Vorgehen

Die nachfolgenden Berechnungen basieren auf relativ umfangreichen Modellen; aufgrund der grossen Fallzahlen entfallen die Vorteile eines sparsamen Umgangs mit den unabhängigen Variablen weitgehend (sofern deren Integration ins Modell theoretisch begründet ist). Um die Robustheit der berechneten Modelle abzuschätzen, werden variierte Modellspezifikationen eingesetzt, was für jede der vier untersuchten Fraktionen eine beträchtliche Anzahl Modellrechnungen generiert. Um die Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit der Auswertungen zu wahren, wird darauf geachtet, dass für alle vier Fraktionen identische Berechnungen durchgeführt werden und die dargestellten Auswertungstabellen nicht mehr Informationen als notwendig enthalten. Die Modelle werden fortlaufend durchnummeriert, was die Übersichtlichkeit innerhalb und zwischen den Fraktionen erhöht (so entsprechen z.B. die Spezifikationen des Modells 5 der CVP-Analyse genau denjenigen des Modells 5 der FDP-Analyse).

Für jede Fraktion ergibt sich folgendes Drehbuch:

1. In einer ersten Auswertung werden vier Teilmodelle dem vollständigen Basismodell gegenübergestellt. Die Teilmodelle sind getrennt nach den drei übergeordneten theoretischen Erklärungsansätzen (Wahlkreisorientierung, persönliche Ideologie, Institutionen) spezifiziert sowie einem Modell, das lediglich die soziodemografischen bzw. -kulturellen Variablen beinhaltet. Das vollständige Basismodell besteht aus der Summe der vier Teilmodelle.
2. Die zweite Auswertung enthält vier Modellberechnungen, wovon eine wiederum das vollständige Basismodell darstellt. Die anderen drei Modelle weichen von diesem ab, indem sie entweder unbestrittene Abstimmungen oder die beiden Variablen zum persönlichen Stimmvorsprung bzw. zum Abschneiden der eigenen Kantonalpartei bei der letzten Wahl weglassen oder die sogenannten Porkbarrel-Variablen (Interaktionsterme) ins Modell aufnehmen.
3. Die dritte Auswertung besteht aus drei Modellen: Neben dem vollständigen Basismodell sind dies zwei Modelle, in denen die Variable zum Kernthemenbereich durch die 16 Politikfelder ersetzt wird. Im einen der beiden Modelle werden zusätzlich die Porkbarrel-Variablen (Interaktionsterme) integriert.
4. Die vierte Auswertung umfasst folgende drei Modelle: Erstens, das vollständige Basismodell, zweitens ein Modell, in welchem die Zahl der Interessengruppenkategorien durch die Gesamtzahl der Interessenbindungen ersetzt

metrische Modellgleichung:

$$P(Y_i = 1) = p_i = 1 - \exp[-\exp(z_i)]$$

wobei für z_i dieselbe Linearbeziehung wie beim logistischen Modell gilt. Die Linkfunktion, welche die beiden Modellgleichungen linearisiert, lautet bei der logistischen Regression

$$z_i = \ln \frac{p_i}{1 - p_i}$$

und bei der komplementären Log-log-Regression

$$z_i = \ln[-\ln(1 - p_i)]$$

Für die hier weniger im Blickpunkt stehenden Relogit- und Scobit-Modelle vgl. King und Zeng 2001 bzw. DeMaris 2004, 260 f.

wird sowie drittens ein Modell, in welchem die Ratspräsidentschaftsvariable nicht zeitabhängig, sondern als persönliche Eigenschaft über die gesamte Untersuchungsperiode gemessen wird.

Sämtliche Auswertungstabellen enthalten folgende statistischen Angaben:

- unstandardisierte β -Koeffizienten mit clusterkorrigierten, robusten Standardfehlern in Klammern,
- Anzahl der Beobachtungen,
- Anzahl der „Erfolgfälle“ (d.h. abhängige Variable = 1),
- Anzahl der gebildeten Cluster,
- χ^2 -Statistik nach Wald (Test der Nullhypothese, dass sämtliche Koeffizienten der unabhängigen Variablen = 0 sind; vgl. Long und Freese 2006, 99–101),
- höchster sowie durchschnittlicher VIF-Wert („variance inflation factor“; Gujarati 2003, 351–353) zur Abschätzung von Multikollinearität (als Daumenregel geben sowohl DeMaris (2004, 268) als auch Gujarati (2003, 362) an, dass VIF-Werte über 10 auf ernsthafte Multikollinearitätsprobleme hindeuten),
- McFaddens „prediction success index“ (PSI; Andress, Hagenaars und Kühnel 1997, 292f.) sowie aus der Gruppe der Pseudo- R^2 -Werte McFaddens adj. R^2 (Long und Freese 2006, 109f.). Beide Kennzahlen werden aus den in Abschnitt 6.1 dargelegten Gründen bloss der Vollständigkeit halber und explizit nicht als sinnvolle Bewertungshilfe für die berechneten Modelle aufgeführt.

Das Ziel der multivariaten statistischen Analyse liegt in der Beurteilung der Hypothesen aus Abschnitt 4.3: Welche der theoretisch hergeleiteten Aussagen können bestätigt, welche müssen verworfen werden? Für die Bewertung wird eine einheitliche Systematik verwendet, welche eine willkürliche Interpretation der Modellschätzungen so weit wie möglich verhindern soll: Eindeutig bestätigt oder verworfen wird eine Hypothese nur dann, wenn sich über alle voll spezifizierten Modelle ein gleichgerichteter signifikanter Zusammenhang mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von maximal fünf Prozent zeigt. Ist die Signifikanzbedingung nur teilweise erfüllt, aber die Richtung des Zusammenhangs in allen Modellen identisch, dann gilt die Hypothese als bedingt angenommen (bzw. bedingt verworfen).

In den Auswertungstabellen sind die Variablenbezeichnungen als englisch abgekürzte Labels angegeben, so wie sie auch im untersuchten Datensatz erscheinen. Dies spart zwar Platz, doch für Aussenstehende sind die Bezeichnungen nicht immer auf Anhieb verständlich. Abhilfe schafft darum die Tabelle 6.1, in der die Abkürzungen einzeln erklärt sind.

Wer die ausführlichen Erörterungen zu den statistischen Modellen lieber überspringen und die wesentlichsten Erkenntnisse in kurzer Form dargestellt erhalten möchte, sei auf die jeweils am Ende der folgenden Abschnitte eingefügte Zusammenfassung sowie auf den Vergleich der Ergebnisse zu den vier Fraktionen in Abschnitt 6.7 verwiesen.

Tabelle 6.1: Bezeichnung der unabhängigen Variablen in den multiplen Regressionsmodellen

Variablenlabel	inhaltliche Bedeutung	Beschreibung in Tabelle...	zugehörige Hypothese
female	weibliches Geschlecht	5.1 und 5.2	H19
c_age	Alter (zentriert)	5.3	H20
leg46	46. Legislaturperiode ⁹⁵	5.9	H22
leg47	47. Legislaturperiode ⁹⁵	5.9	H22
language_2	französischsprachig ⁹⁶	5.4 und 5.5	H21
language_3	italienischsprachig ⁹⁶	5.4 und 5.5	H21
paroldiffMEAN	politische Differenz zw. NR-Fraktion und Kantonalpartei	5.11 und 5.12	H1
resdiffMEAN	politische Differenz zw. NR-Fraktion und Wahlberechtigten im Wahlkreis	5.14 und 5.15	H2
interest_cat_COUNT	Anzahl Interessenbindungskategorien	5.23	H3
interest_COUNT	Anzahl Interessenbindungen	5.21	
constit5	Wahlkreisgrösse ≤ 4 Sitze ⁹⁷	5.17 und 5.18	H5
constit14	Wahlkreisgrösse ≥ 15 Sitze ⁹⁷	5.17 und 5.18	H5
voteedge	Stimmenvorsprung auf eigener Liste	5.19	H6
votesharediff	Veränderung des Wähleranteils	5.20	H7
preelect	Vorwahljahr	5.24	H8
[party]_core	Kernthemen der betreffenden Partei (CVP, FDP, SP, SVP)	5.28	H9
STATE	Bereich staatl. Institutionen	5.25 und 5.26	
INT	Bereich internat. Politik	5.25 und 5.26	
SEC	Bereich Sicherheit	5.25 und 5.26	
EUR	Bereich Europa	5.25 und 5.26	
LAW	Bereich Recht	5.25 und 5.26	
ECON	Bereich Wirtschaft	5.25 und 5.26	
FIN	Bereich Finanzwesen	5.25 und 5.26	
SOC	Bereich soziale Fragen	5.25 und 5.26	
MIG	Bereich Migration	5.25 und 5.26	
HEA	Bereich Gesundheit	5.25 und 5.26	
EDUCUL	Bereich Bildung/Kultur	5.25 und 5.26	
COMM	Bereich Medien/Kommunikation	5.25 und 5.26	
TRAN	Bereich Verkehr	5.25 und 5.26	
ENV	Bereich Umwelt	5.25 und 5.26	
AGR	Bereich Landwirtschaft	5.25 und 5.26	
ENER	Bereich Energie	5.25 und 5.26	
TRAN_FIN	Porkbarrelbereich Verkehr	5.27	H4
ENER_FIN	Porkbarrelbereich Energie	5.27	H4
rural	Wohnort im ländlichen Raum ⁹⁸	5.30 und 5.31	H10
urban	Wohnort im städtischen Raum ⁹⁸	5.30 und 5.31	H10
coalitSR_CV	Koalition SP-FDP vs. CVP-SVP ⁹⁹	5.33 und 5.34	H11
coalitRV_SC	Koalition FDP-SVP vs. SP-CVP	5.33 und 5.34	H11
coalitSV_CR	Koalition SP-SVP vs. CVP-FDP	5.33 und 5.34	H11
coalitSRV_C	Koalition SP-FDP-SVP vs. CVP	5.33 und 5.34	H11
coalitSCR_V	Koalition SP-CVP-FDP vs. SVP	5.33 und 5.34	H11
coalitSCV_R	Koalition SP-CVP-SVP vs. FDP	5.33 und 5.34	H11
coalitCRV_S	Koalition CVP-FDP-SVP vs. SP	5.33 und 5.34	H11
coalitSCRV	Koalition SP-CVP-FDP-SVP ¹⁰⁰	5.33 und 5.34	H11

⁹⁵Referenzkategorie: 45. Legislaturperiode⁹⁶Referenzkategorie: deutschsprachige Fraktionsmitglieder⁹⁷Referenzkategorie: Wahlkreise mit 5–14 Sitzen⁹⁸Referenzkategorie: Wohnort in funktionalen Räumen zwischen ausgeprägt urbanem und ausgeprägt ruraalem Charakter⁹⁹Bei allen Koalitionsmustern gilt als Referenzkategorie „alle anderen Koalitionsmuster“.¹⁰⁰Koalitionsmuster ohne definierte Gegenkoalition

(Fortsetzung)

Variablenlabel	inhaltliche Bedeutung	Beschreibung in Tabelle...	zugehörige Hypothese
coalitSCRVoG	vgl. coalitSCRV	5.33 und 5.34	H11
coalitSCRV_G	Koalition SP-CVP-FDP-SVP vs. GP	5.33 und 5.34	H11
billtype_dec	formelle Bedeutung des Geschäfts	5.37 und 5.38	H12
votetype_dec	formelle Bedeutung der Abstimmung	5.35 und 5.36	H12
rollcalloblig	obligatorisch namentliche Abstimmung ¹⁰¹	5.40	H14a
rollcalldem	namentliche Abstimmung auf Verlangen ¹⁰¹	5.40	H14b
rice_all_05	knappes Abstimmungsergebnis	5.39	H13
pres	aktueller Inhaber des Ratspräsidiums	5.41 und 5.42	H15
mp_pres	hatte 1996–2005 einmal Ratspräsidium inne	5.43	H15
pg_pres	aktueller Inhaber des Fraktionspräsidiums	5.41 und 5.42	H16
days_in	Amtsalter	5.47	H17
preresign	letztes Jahr vor Ausscheiden	5.48 und 5.49	H18

6.3 Abweichendes Stimmverhalten in der CVP-Fraktion

Das Modell 1 in der Tabelle 6.2 beinhaltet lediglich die beiden soziodemografischen Variablen Geschlecht und Alter, die soziokulturelle Sprachvariable sowie die Zeitvariablen (Legislaturperioden). In Bezug zum theoretischen Analyserahmen (vgl. Kapitel 4) ist das erste Modell — wie auch die Modelle 2 bis 4 — eindeutig unterspezifiziert und wird nicht als vollwertiges Modell zur Erklärung des fraktionsabweichenden Stimmverhaltens betrachtet. Zweck des Vergleichs der vier Teilmodelle mit dem vollständigen Basismodell (Modell 5) ist das Erlangen von Informationen zur Robustheit der einzelnen Elemente des Gesamtmodells. Diesbezüglich ist vor allem der Vergleich der Richtung und Stärke der Koeffizienten der einzelnen Teilmodelle mit dem vollständigen Basismodell interessant: Je weniger deutliche Unterschiede zwischen den Teilmodellen und dem Basismodell erkennbar sind bzw. je stärker sich die Effekte im Teil- und Basismodell gleichen, desto robuster erweist sich die Modellschätzung in Bezug auf das Auslassen oder Hinzufügen von unabhängigen Variablen.

Der Vergleich zeigt bereits ein recht stabiles Bild. Der gravierendste Fall — dass eine Variable mit signifikantem Einfluss durch den Wechsel in der Zusammensetzung der unabhängigen Variablen plötzlich einen signifikanten Einfluss in die entgegengesetzte Richtung ausweist — ist nirgends festzustellen. Die grösste Veränderung erfährt die Variable „language_3“ (italienischsprachige Fraktionsmitglieder), welche zwischen Modell 1 und 5 von einem signifikant positiven Einfluss mit Irrtumswahrscheinlichkeit von unter einem Prozent zu einer nicht signifikanten Variable mit negativem Vorzeichen wechselt. Bei den restlichen Variablen ändert teilweise das Signifikanzniveau, doch nicht die Richtung des ausgewiesenen Einflusses.

Schaut man sich nun das Basismodell 5 genauer an, lassen sich bei der ersten Variablengruppe, den soziodemografischen und -kulturellen Variablen sowie der Zeitvariable, keine signifikanten Einflüsse auf das abweichende Stimmverhalten der CVP-Fraktionsmitglieder erkennen; weder das Geschlecht, noch das Alter,

¹⁰¹Referenzkategorie: Abstimmungen ohne veröffentlichtes individuelles Stimmverhalten

die Legislaturperiode oder die Sprache machen hier einen (signifikanten) Unterschied. Somit kann auch keine der auf diese Variablen bezogenen Hypothesen in Abschnitt 4.3.4 bestätigt werden.

Auch in Bezug auf die Wahlkreisorientierung der CVP-Mitglieder sind nur bei einer einzigen Variablen, der zwischenzeitlichen Veränderung des Wähleranteils der eigenen Kantonalpartei bei der letzten Nationalratswahl (voteshare-diff), signifikante Einflüsse erkennbar. Der ausgewiesene Zusammenhang bestätigt die Hypothese H7: Je schlechter die eigene Kantonalpartei bei den letzten Wahlen abgeschnitten hat, desto stärker bemüht sich das CVP-Parlamentsmitglied um ein eigenständigeres politisches Profil. Keine Bestätigung finden demnach sämtliche Hypothesen, welche in ideologischen Unterschieden zwischen der CVP-Nationalratsfraktion und der Kantonalpartei bzw. dem Medianwähler im eigenen Wahlkreis, in der Zahl der Interessengruppenkategorien, in der Grösse des eigenen Wahlkreises, im Stimmenvorsprung auf die Listenkonkurrenz oder in der zeitlichen Nähe zu den nächsten Wahlen einen erheblichen Einfluss vermuten.

Stärkere Einflüsse sind demgegenüber bei den „politischen“ Variablen auszumachen. Das Wesen der CVP zeigt sich beispielsweise im Einfluss der räumlichen Herkunft der Fraktionsmitglieder, gemessen mit den beiden Variablen „rural“ für ländlich und „urban“ für städtisch (als Referenzkategorie dienen alle Gemeindetypen, die keiner dieser Kategorien zuzuordnen sind): CVP-Fraktionsmitglieder aus städtischen Räumen weichen in der Analyse signifikant häufiger von der Fraktionslinie ab, was bestätigt, dass die CVP im Nationalrat nach wie vor eine mehrheitlich die ländlichen Interessen repräsentierende, von nicht-urbanen Milieus geprägte Partei darstellt; die entsprechende Hypothese H10 kann somit auf dieser Basis als bestätigt gelten. Eine Spur weniger eindeutig fällt die Bilanz beim Einfluss der Koalitionsmuster auf das Stimmverhalten aus: Im Prinzip weisen alle Vorzeichen in die theoretisch erwartete Richtung, indem für die CVP „ungemütliche“ Koalitionsmuster eher stärkere Fraktionsabweichungen provozieren, während sich die Fraktionsmitglieder offenbar deutlich wohler fühlen, wenn die politischen Nachbarn FDP und SP mit im CVP-Boot sind. Gegenüber der Referenzkategorie („alle anderen Koalitionsmuster“) signifikant häufiger zu abweichendem Stimmverhalten kommt es daher, wenn die CVP alleine gegen den Rest antritt – die CVP fühlt sich offensichtlich in der (seltenen) Oppositionsrolle sehr unwohl – sowie wenn sie zusammen mit der SVP gegen FDP/SP am selben Strick zieht. Ausgesprochene Fraktionstreue ist demgegenüber dann zu beobachten, wenn die CVP zusammen mit SP und FDP gegen die SVP antritt oder wenn alle vier Bundesratsparteien zusammen den „Konkordanzfall“ proben.¹⁰²

Nicht bestätigt werden kann im Falle der CVP, dass die Fraktionsmitglieder bei den Kernthemen (bzw. bei denjenigen Fragen, die sich aufgrund der Antworten der CVP-Kandidierenden auf den smartvote-Fragebogen bei den Nationalratswahlen 2003 als Kernthemen herauskristallisiert haben) geschlossener abstimmen. Es zeigt sich darin die politische Heterogenität der Christlichdemokraten, wo offenbar zwischen dem Kandidierendenfeld und den gewählten

¹⁰²Im Falle der Konkordanz-Koalition ist zu beachten, dass es in rund einem Viertel der Fälle um absolut unbestrittene Vorlagen handelt. Das Konkordanz-Koalitionsmuster ist darum gleichzeitig ein Gradmesser für die Unbestrittenheit einer Vorlage. Ob sich das Bild ändert, wenn unbestrittene Vorlagen unbeachtet bleiben, zeigt sich in einer späteren Analyse (vgl. Tabelle 6.3).

Nationalratsmitgliedern eine eher geringe Übereinstimmung in Bezug auf die parteiinterne Themengewichtung besteht.

Es bleiben die institutionellen Faktoren, welche in der Analyse gemäss Modell 5 zusammen mit den Variablen zu den Politikgehalten die bedeutendsten Effekte auf das fraktionsabweichende Verhalten zeigen. So ist sowohl bei der formalen Bedeutung des übergeordneten Geschäfts (*billtype_dec*) als auch der einzelnen Abstimmung (*vote_type_dec*) ein signifikant negativer Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten auszumachen. Für die Mitglieder der CVP-Fraktion kann daher in Übereinstimmung mit Hypothese H12 bestätigt werden, dass sie weniger häufig von der Fraktionsmehrheit abweichen, wenn gesetzgebungstechnisch viel auf dem Spiel steht. Dieser Befund zeigt auch, dass die CVP weniger Energie in unverbindliche parlamentarische Vorstösse steckt und sich stattdessen stärker „ernsthaften“ Gesetzgebungsprozessen verschreibt. In einen ähnlichen Zusammenhang kann das Ergebnis bei den Abstimmungen mit publiziertem Stimmverhalten gestellt werden, wo CVP-Ratsmitglieder signifikant weniger häufig fraktionsabweichendes Verhalten aufweisen, wenn das individuelle Stimmverhalten bei einer Abstimmung automatisch publiziert wird (*rollcalloblig*). Der umgekehrte Zusammenhang wird ersichtlich, wenn es sich um eine Abstimmung mit Publikation auf Verlangen handelt (*rollcalldem*). Dies zeigt, dass nicht die Frage der Publikation des Stimmverhaltens an sich die Haltung gegenüber der eigenen Fraktionsmehrheit beeinflusst, sondern dahinter liegende Faktoren wie z.B. die politische Urheberschaft (bei der Publikation auf Verlangen) sowie die Tatsache, dass sich unter den automatisch publizierten Abstimmungen die wichtigsten Abstimmungskategorien befinden und sich somit eine Übereinstimmung mit der Variable „*vote_type_dec*“ ergibt.¹⁰³ Die beiden Teilhypothesen H14a und H14b können somit bestätigt werden.

Bei den Parlamentsämtern, die ins Modell integriert werden konnten, zeigt sich besonders deutlich, dass sich amtierende CVP-Fraktionspräsidenten (*pg_pres*) vermehrt in den Dienst ihrer politischen Gruppe stellen, d.h. weniger abweichendes Stimmverhalten an den Tag legen. Die Hypothese H16 findet somit Bestätigung. Kein entsprechender Einfluss ist hingegen in Bezug auf das Ratspräsidium (*pres*) auszumachen. Hier wird die spätere Analyse interessant sein, welche die Ratspräsidenschaft nicht zeitabhängig, sondern als generelle Eigenschaft eines Fraktionsmitglieds definiert (vgl. Tabelle 6.5). Somit sind diejenigen institutionellen Faktoren angesprochen, welche keinen Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten der CVP-Mitglieder aufweisen: Dies betrifft neben dem bereits erwähnten Ratspräsidium auch Abstimmungen mit knappem Stimmenverhältnis, das Amtsalter sowie die zeitliche Nähe zum freiwilligen Rücktrittstermin.

Die zweite Auswertungsbatterie ist in Tabelle 6.3 dargestellt und umfasst die Modelle 5 bis 8. Das Modell 5 ist bereits aus der Tabelle 6.2 bekannt; es handelt sich um das Basismodell, das im weiteren Verlauf der CVP-Analyse als Referenzmodell bzw. Vergleichsbasis dient. Das Modell 6 unterscheidet sich vom Basismodell, indem absolut unbestrittene Vorlagen weggelassen werden.

¹⁰³Dennoch sind keine Anzeichen einer ausgeprägten Multikollinearität festzustellen: Die Standardfehler sind unauffällig und der VIF-Wert der beiden Variablen liegt bei ca. 2.8.

Tabelle 6.2: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der CVP-Fraktion (I)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
female	-0.193 (0.170)				-0.0638 (0.110)
c_age	0.0130 (0.0103)				0.00677 (0.0105)
leg46	0.106 (0.0953)				0.137 (0.0841)
leg47	0.0767 (0.146)				0.0125 (0.129)
language_2	-0.0108 (0.183)				-0.207 (0.285)
language_3	0.584** (0.202)				-0.0199 (0.481)
paroldiffMEAN		0.0550 (0.0388)			0.0738 (0.0453)
resdiffMEAN		0.0685 (0.0610)			0.0766 (0.0754)
interest_cat_COUNT		-0.0448 (0.0391)			-0.0274 (0.0283)
constit5		-0.0833 (0.202)			-0.134 (0.314)
constit14		0.286 (0.224)			0.234 (0.196)
voteedge		0.000819 (0.000798)			0.00143 (0.000857)
votesharediff		-0.0672*** (0.0156)			-0.0669*** (0.0163)
preelect		-0.0689 (0.0451)			-0.0258 (0.0513)
CVP_core			0.0507 (0.0494)		0.0740 (0.0461)
rural			-0.0326 (0.181)		0.0886 (0.175)
urban			0.316 (0.203)		0.371** (0.140)
coalitSR_CV			0.314** (0.112)		0.243* (0.107)
coalitRV_SC			0.435** (0.163)		0.148 (0.171)
coalitSRV_C			0.509*** (0.103)		0.358** (0.115)
coalitSCR_V			-0.177 (0.142)		-0.335* (0.138)
coalitCRV_S			0.233 (0.166)		0.206 (0.163)
coalitSCRV			-1.242*** (0.0634)		-0.921*** (0.0756)

(Fortsetzung)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
billtype_dec				-0.165*** (0.0357)	-0.218*** (0.0324)
votetype_dec				-0.616*** (0.0833)	-0.453*** (0.0618)
rice_all_05				0.211* (0.0926)	0.0308 (0.0720)
rollcalloblig				-0.573*** (0.0781)	-0.277*** (0.0829)
rollcalldem				0.161*** (0.0285)	0.116*** (0.0275)
pres				-0.0213 (0.243)	-0.163 (0.221)
pg-pres				-1.146*** (0.245)	-1.105*** (0.220)
days_in				6.87e-06 (3.38e-05)	2.80e-05 (3.50e-05)
preresign				-0.196 (0.110)	-0.210 (0.108)
Constant	-2.744*** (0.109)	-5.306** (1.793)	-2.864*** (0.161)	-2.340*** (0.112)	-5.710* (2.407)
Beobachtungen	186'574	176'351	186'574	186'574	176'351
beob. Erfolge	12'514	11'456	12'514	12'514	11'456
Anz. Cluster	72	68	72	72	68
Prob > Wald χ^2	0.0335	0.0002	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	1.34/1.13	3.75/1.82	3.02/1.72	2.68/1.42	4.83/1.90
McFadden PSI	0.0031	0.0041	0.0131	0.0109	0.0254
McFadden adj. R^2	0.006	0.009	0.032	0.027	0.055

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

Als Kriterium dient der Agreement-Indexwert¹⁰⁴ der vier untersuchten Fraktionen: Eine Abstimmung wird einbezogen, wenn die Summe der vier AI-Werte < 4 ist, d.h. keine gleichzeitige Einstimmigkeit in allen vier untersuchten Fraktionen vorliegt.¹⁰⁵ Aufgrund der Beschränkung fließen rund 20'000 Fälle weniger in die Berechnung des sechsten Modells ein. Der Vergleich zum Modell 5 zeigt auf den ersten Blick kaum Unterschiede. Tatsächlich muss man sehr genau hinschauen, um insgesamt drei Veränderungen auszumachen, welche für das Gesamtbild der Untersuchung jedoch kaum relevant sind: Erstens, das Koalitionsmuster „Bürgerliche vs. SP“ zeigt nun einen schwach signifikanten positiven Einfluss auf abweichendes Stimmverhalten innerhalb der CVP-Fraktion, was im Sinne der Hypothese H11 liegt. Zweitens, das Vorzeichen der Variable, welche

¹⁰⁴Zum Agreement-Index vgl. Abschnitt 3.2

¹⁰⁵Dies hat gegenüber der Alternative, die Einstimmigkeit lediglich innerhalb der CVP-Fraktion als Kriterium zu wählen, zwei Vorteile: Erstens, es entstehen keine Unterschiede zwischen den vier Fraktionen in Bezug auf den Bestand der analysierten Abstimmungen. Zweitens, einige unabhängige Variablen (z.B. die Koalitionsvariablen) weisen eine Relation zum Stimmverhalten der anderen drei Fraktionen auf; kürzt man sämtliche in einer Fraktion unbestrittenen Abstimmungen weg, geht ein essenzieller Teil der Information zur Erklärung abweichenden bzw. loyalen Stimmverhaltens verloren.

knappe Abstimmungsergebnisse misst, fällt nun negativ aus, ist jedoch nach wie vor von einem signifikanten Einflussniveau weit entfernt. Und drittens schwächt sich das Signifikanzniveau der auf Verlangen publizierten Abstimmungen leicht ab. Insgesamt kann festgehalten werden: Die Beschränkung der Analyse auf Vorlagen, welche nicht absolut unumstritten sind, führt gegenüber dem Basismodell zu keinen bedeutenden Veränderungen in den Parametern.

Das Modell 7 ist so angelegt, dass sämtliche Abstimmungen aller CVP-Fraktionsmitglieder in die Berechnung einfließen, d.h. es unterscheidet sich vom Basismodell durch den Wegfall der beiden Variablen, welche in Einerwahlkreisen häufig fehlende Werte generieren: der Stimmenvorsprung innerhalb der eigenen Liste (*voteedge*) sowie der Erfolg der eigenen Kantonalpartei bei der letzten Wahl (*votesharediff*).¹⁰⁶ Bei dieser Modellanpassung sind grössere Veränderungen in den Koeffizienten zu erwarten, da sich nicht nur die Zahl der einbezogenen Fraktionsmitglieder von 68 auf 72 erhöht, sondern auch eine hoch signifikante Variable aus dem Modell entfernt wird. In Bezug zur theoretischen Herleitung wird dadurch eine „Fehlspezifizierung“ des empirischen Modells im Sinne eines sogenannten „omitted variable bias“ provoziert (vgl. Gujarati 2003, 517). Dennoch halten sich die Verschiebungen in relativ engen Grenzen, da ein Wechsel der Einflussrichtung nur bei vier nicht signifikanten Variablen stattfindet. Bei fünf weiteren Variablen verändert sich das Signifikanzniveau; nicht mehr signifikant ist der positive Einfluss städtischer Räume und des Koalitionsmusters „SP/FDP vs. CVP/SVP“ sowie der negative Einfluss des Musters „alle gegen die SVP“. Schwach signifikant fällt neu der negative Einfluss des letzten Jahres vor dem Rücktritt aus, was der Hypothese H18 allerdings widerspricht. In Anbetracht dessen, dass es sich beim Weglassen der beiden Variablen aus theoretischer Perspektive um einen recht schwerwiegenden Eingriff in die Modellspezifikation handelt, fallen die Unterschiede relativ moderat aus, indem kein signifikanter Effekt aus Modell 5 einen Wechsel der Einflussrichtung ausweist.

Modell 8 in Tabelle 6.3 führt erstmals die Porkbarrel-Interaktionsterme ein.¹⁰⁷ Zu diesem Zweck ist es notwendig, die Kernthemen (*CVP_core*) aus dem Modell zu entfernen, um multikollineare Beziehungen zwischen den unabhängigen Variablen zu vermeiden. Das Modell enthält also statt der Kernthemenvariable fünf neue Variablen, die jeweils dichotom codiert sind: die Porkbarrelbereiche Finanzwesen (*FIN*), Verkehr (*TRAN*), Energie (*ENER*) sowie die beiden Interaktionsterme Energie x Finanzwesen (*ENER_FIN*) sowie Verkehr x Finanzwesen (*TRAN_FIN*). Die dichotome Codierung aller fünf Variablen erlaubt eine relativ einfache Interpretation der Interaktionsterme, welche den Wert 1 annehmen, wenn eine Vorlage sowohl dem Finanzbereich als auch dem Verkehrs- respektive Energiebereich zugeordnet wird. In allen anderen Fällen ist ihr Wert 0. Vergleicht man zuerst die Veränderung aller übrigen Variablen mit dem Basismodell 5, bewegt sich diese im minimalen Bereich; um die Robustheit des Modells muss man sich weiterhin keine grossen Sorgen machen. Richtet man den Blick auf die Porkbarrelvariablen, zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Kombination Verkehr/Finanzen und dem abweichenden Stimmverhalten, der jedoch nur schwach signifikant ausfällt. Weder signifikant noch in die erwartete Richtung fällt die Beziehung zwischen Energie/Finanzen und dem abweichenden Verhalten aus, so dass auf Basis des achten Modells kei-

¹⁰⁶Zur Begründung vgl. Abschnitt 5.2.

¹⁰⁷Zur Definition der Porkbarrelbereiche vgl. Abschnitt 4.3.1.1.

ne klare Bestätigung der Porkbarrelhypothese H4 abgeleitet werden kann. Mit dieser Frage wird sich die nachfolgende dritte Auswertungsreihe in Tabelle 6.4 nochmals eingehend beschäftigen.

Tabelle 6.3: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der CVP-Fraktion (II)

	(5)	(6)	(7)	(8)
female	-0.0638 (0.110)	-0.0602 (0.111)	-0.0982 (0.152)	-0.0591 (0.111)
c_age	0.00677 (0.0105)	0.00682 (0.0106)	0.0147 (0.0121)	0.00700 (0.0106)
leg46	0.137 (0.0841)	0.121 (0.0841)	0.104 (0.0837)	0.151 (0.0848)
leg47	0.0125 (0.129)	0.0317 (0.129)	0.0394 (0.112)	0.0124 (0.127)
language_2	-0.207 (0.285)	-0.204 (0.286)	-0.0843 (0.345)	-0.207 (0.287)
language_3	-0.0199 (0.481)	-0.0152 (0.484)	0.302 (0.600)	-0.0108 (0.488)
paroldiffMEAN	0.0738 (0.0453)	0.0748 (0.0455)	0.0341 (0.0583)	0.0739 (0.0457)
resdiffMEAN	0.0766 (0.0754)	0.0766 (0.0758)	0.00837 (0.0739)	0.0752 (0.0763)
interest_cat_COUNT	-0.0274 (0.0283)	-0.0281 (0.0285)	0.0133 (0.0404)	-0.0264 (0.0283)
FIN				0.0939** (0.0333)
TRAN				-0.0397 (0.0697)
ENER				0.147 (0.118)
ENER_FIN				-0.113 (0.135)
TRAN_FIN				0.204* (0.0862)
constit5	-0.134 (0.314)	-0.137 (0.315)	0.201 (0.323)	-0.134 (0.319)
constit14	0.234 (0.196)	0.233 (0.197)	-0.150 (0.200)	0.226 (0.197)
voteedge	0.00143 (0.000857)	0.00145 (0.000861)		0.00144 (0.000860)
votesharediff	-0.0669*** (0.0163)	-0.0674*** (0.0164)		-0.0670*** (0.0164)
preelect	-0.0258 (0.0513)	-0.0111 (0.0517)	-2.56e-05 (0.0542)	-0.0302 (0.0515)
CVP_core	0.0740 (0.0461)	0.0787 (0.0470)	0.0831 (0.0424)	
rural	0.0886 (0.175)	0.0915 (0.176)	0.0482 (0.192)	0.0852 (0.177)

(Fortsetzung)

	(5)	(6)	(7)	(8)
urban	0.371** (0.140)	0.375** (0.141)	0.318 (0.167)	0.372** (0.142)
coalitSR_CV	0.243* (0.107)	0.263* (0.108)	0.161 (0.112)	0.259* (0.114)
coalitRV_SC	0.148 (0.171)	0.178 (0.170)	0.264 (0.165)	0.157 (0.171)
coalitSRV_C	0.358** (0.115)	0.365** (0.115)	0.361*** (0.105)	0.385*** (0.116)
coalitSCR_V	-0.335* (0.138)	-0.326* (0.139)	-0.202 (0.146)	-0.326* (0.138)
coalitCRV_S	0.206 (0.163)	0.345* (0.163)	0.106 (0.173)	0.213 (0.164)
coalitSCRV	-0.921*** (0.0756)	-0.638*** (0.0688)	-0.965*** (0.0745)	-0.915*** (0.0746)
billtype_dec	-0.218*** (0.0324)	-0.185*** (0.0321)	-0.184*** (0.0379)	-0.206*** (0.0349)
votetype_dec	-0.453*** (0.0618)	-0.457*** (0.0621)	-0.398*** (0.0649)	-0.456*** (0.0624)
rice_all_05	0.0308 (0.0720)	-0.0256 (0.0751)	0.0560 (0.0670)	0.0308 (0.0721)
rollcalloblig	-0.277*** (0.0829)	-0.184* (0.0789)	-0.322*** (0.0799)	-0.272** (0.0831)
rollcalldem	0.116*** (0.0275)	0.0849** (0.0270)	0.102*** (0.0263)	0.112*** (0.0276)
pres	-0.163 (0.221)	-0.156 (0.223)	0.0107 (0.223)	-0.335 (0.282)
pg_pres	-1.105*** (0.220)	-1.104*** (0.218)	-1.039*** (0.196)	-1.111*** (0.222)
days_in	2.80e-05 (3.50e-05)	2.83e-05 (3.51e-05)	1.37e-05 (3.91e-05)	2.95e-05 (3.51e-05)
preresign	-0.210 (0.108)	-0.203 (0.107)	-0.248* (0.123)	-0.203 (0.107)
Constant	-5.710* (2.407)	-5.758* (2.422)	-3.160 (2.375)	-5.691* (2.433)
Beobachtungen	176'351	156'690	186'574	173'979
beob. Erfolge	11'456	11'456	12'514	12'212
Anz. Cluster	68	68	72	68
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	4.83/1.90	4.86/1.85	4.02/1.81	4.84/1.96
McFadden PSI	0.0254	0.0252	0.0208	0.0256
McFadden adj. R^2	0.055	0.047	0.049	0.055

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

Die angesprochene dritte Auswertung befasst sich mit der Integration sämtlicher 16 Politikbereiche in die Modellberechnungen (vgl. Tabelle 6.4). Wiederum handelt es sich beim Modell 5 um das bereits bekannte Basismodell, die Modelle 9 und 10 beinhalten statt der Kernthemenvariable (CVP_core) die einzelnen Politikbereiche. Im dritten Modell sind zusätzlich die beiden Porkbarrel-

Interaktionsterme enthalten. Erneut wird mit einem Vergleich der Modellkoeffizienten zwischen den drei Modellen begonnen. Es bietet sich das bereits bekannte Bild eines recht robusten Modells: Obwohl 16 bzw. 18 neue Variablen in die Analyse eingeführt werden, bleiben die Effekte praktisch gleich. Einziger Unterschied zwischen den Modellen 9/10 und dem Modell 5 ist ein Vorzeichenwechsel im nicht-signifikanten Bereich in der 47. Legislaturperiode. Minim sind die Unterschiede darüber hinaus zwischen Modell 9 und 10; der Einbezug der beiden Porkbarrelvariablen führt lediglich bei der (nicht signifikanten) Variablen zum Verkehrsbereich (TRAN) zu einem Vorzeichenwechsel.

Aus einer explorativen Perspektive von Interesse ist die Frage, in welchen Politikbereichen die CVP-Fraktion besonders wenige bzw. besonders häufige Abweichungen zu verkraften hat. Wenig Abweichungen sind in den Bereichen internationale Politik, Sicherheits- sowie Rechtspolitik festzustellen. Besonders häufig weichen CVP-Parlamentsmitglieder hingegen in Fragen zu staatlichen Institutionen sowie in der Migrations- und Gesundheitspolitik von der Fraktionsmehrheit ab. In allen anderen Bereichen sind keine signifikanten Einflüsse festzustellen. Bestätigung findet darüber hinaus die weiter oben gemachte Aussage bezüglich der Porkbarrelhypothese: Beide Interaktionsvariablen in Modell 10 sind nicht signifikant.

Tabelle 6.4: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der CVP-Fraktion (III)

	(5)	(9)	(10)
female	-0.0638 (0.110)	-0.0570 (0.111)	-0.0564 (0.111)
c_age	0.00677 (0.0105)	0.00691 (0.0106)	0.00692 (0.0106)
leg46	0.137 (0.0841)	0.123 (0.0876)	0.131 (0.0862)
leg47	0.0125 (0.129)	-0.0496 (0.134)	-0.0429 (0.134)
language_2	-0.207 (0.285)	-0.210 (0.289)	-0.211 (0.289)
language_3	-0.0199 (0.481)	-0.0155 (0.489)	-0.0167 (0.490)
paroldiffMEAN	0.0738 (0.0453)	0.0744 (0.0457)	0.0743 (0.0458)
resdiffMEAN	0.0766 (0.0754)	0.0754 (0.0763)	0.0756 (0.0763)
interest_cat_COUNT	-0.0274 (0.0283)	-0.0261 (0.0283)	-0.0260 (0.0283)
constit5	-0.134 (0.314)	-0.134 (0.319)	-0.134 (0.319)
constit14	0.234 (0.196)	0.222 (0.197)	0.221 (0.198)
votedge	0.00143 (0.000857)	0.00144 (0.000867)	0.00144 (0.000868)
votesharediff	-0.0669*** (0.0163)	-0.0668*** (0.0164)	-0.0669*** (0.0164)

(Fortsetzung)

	(5)	(9)	(10)
preelect	-0.0258 (0.0513)	-0.0444 (0.0568)	-0.0372 (0.0574)
ENER_FIN			-0.00161 (0.140)
TRAN_FIN			0.153 (0.0857)
STATE		0.0917* (0.0370)	0.0939* (0.0387)
INT		-0.394*** (0.0769)	-0.386*** (0.0773)
SEC		-0.320*** (0.0873)	-0.320*** (0.0895)
EUR		-0.0251 (0.0741)	-0.0129 (0.0736)
LAW		-0.107*** (0.0322)	-0.106*** (0.0303)
ECON		-0.0273 (0.0389)	-0.0299 (0.0391)
FIN		0.0648 (0.0348)	0.0513 (0.0350)
SOC		-0.0672 (0.0448)	-0.0653 (0.0447)
MIG		0.172** (0.0557)	0.168** (0.0557)
HEA		0.133* (0.0628)	0.133* (0.0630)
EDUCUL		-0.0111 (0.0556)	-0.0161 (0.0564)
COMM		-0.0450 (0.0606)	-0.0421 (0.0606)
TRAN		0.0337 (0.0609)	-0.0170 (0.0692)
ENV		0.0546 (0.0544)	0.0519 (0.0536)
AGR		0.0837 (0.0660)	0.0886 (0.0648)
ENER		0.118 (0.0614)	0.118 (0.122)
CVP_core	0.0740 (0.0461)		
rural	0.0886 (0.175)	0.0849 (0.177)	0.0846 (0.177)
urban	0.371** (0.140)	0.373** (0.142)	0.373** (0.142)
coalitSR_CV	0.243* (0.107)	0.243* (0.117)	0.245* (0.117)
coalitRV_SC	0.148 (0.171)	0.156 (0.172)	0.158 (0.172)

(Fortsetzung)

	(5)	(9)	(10)
coalitSRV_C	0.358** (0.115)	0.393*** (0.117)	0.392*** (0.117)
coalitSCR_V	-0.335* (0.138)	-0.328* (0.137)	-0.330* (0.137)
coalitCRV_S	0.206 (0.163)	0.217 (0.161)	0.220 (0.161)
coalitSCRV	-0.921*** (0.0756)	-0.903*** (0.0754)	-0.902*** (0.0754)
billtype_dec	-0.218*** (0.0324)	-0.190*** (0.0352)	-0.192*** (0.0362)
votetype_dec	-0.453*** (0.0618)	-0.417*** (0.0606)	-0.420*** (0.0605)
rice_all_05	0.0308 (0.0720)	0.0233 (0.0735)	0.0221 (0.0737)
rollcalloblig	-0.277*** (0.0829)	-0.274*** (0.0827)	-0.272*** (0.0824)
rollcalldem	0.116*** (0.0275)	0.0942*** (0.0262)	0.0956*** (0.0265)
pres	-0.163 (0.221)	-0.325 (0.277)	-0.332 (0.278)
pg_pres	-1.105*** (0.220)	-1.113*** (0.221)	-1.114*** (0.221)
days_in	2.80e-05 (3.50e-05)	2.74e-05 (3.53e-05)	2.74e-05 (3.53e-05)
preresign	-0.210 (0.108)	-0.187 (0.104)	-0.185 (0.104)
Constant	-5.710* (2.407)	-5.633* (2.442)	-5.645* (2.443)
Beobachtungen	176'351	173'979	173'979
beob. Erfolge	11'456	11'212	11'212
Anz. Cluster	68	68	68
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	4.83/1.90	4.84/1.70	4.84/1.80
McFadden PSI	0.0254	0.0266	0.0267
McFadden adj. R^2	0.055	0.057	0.057

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

Die vierte Modellserie (Tabelle 6.5) variiert die Zusammensetzung der unabhängigen Variablen an zwei Punkten. Erstens wird anstelle der Interessengruppenkategorien die Gesamtzahl der Interessenbindungen ins Modell 11 integriert. Der Vergleich zum Basismodell 5 zeigt lediglich eine Veränderung in den Effekten: Wie schon zuvor in Modell 7 wird wiederum ein schwach signifikanter negativer Effekt des letzten Jahres vor einem Rücktritt sichtbar. Auf die Interessenbindungen selbst bezogen kann jedoch festgestellt werden, dass die Art und Weise der Operationalisierung praktisch keinen Unterschied macht. Zweitens wird in Modell 12 anstelle der zeitabhängigen Ratspräsidentenschaftsvariable (pres) eine zeitunabhängige Variable eingeführt, welche angibt, ob ein Parlamentsmitglied in der Untersuchungsperiode jemals das Amt des Ratspräsidenten

ausgeübt hat (`mp_pres`). Hintergrund dieser Massnahme ist, dass der Ratspräsident nur in wenigen Fällen zur Stimmabgabe zugelassen ist (vgl. Abschnitt 5.4). Der Vergleich des Modells 12 mit dem Basismodell 5 zeigt erneut recht geringe Veränderungen. Zwei Faktoren zeigen neu schwach signifikante Einflüsse (Positionsdifferenzen zwischen Fraktion und Kantonalpartei führen zu vermehrtem sowie das letzte Jahr vor einem Rücktritt aus dem Nationalrat zu verminderter abweichendem Stimmverhalten), zudem hat die (nicht signifikante) Einflussrichtung der 47. Legislaturperiode sowie diejenige bei den italienischsprachigen Fraktionsmitgliedern gewechselt. Schwach signifikant zeigt sich auch die neu hinzugefügte Variable: Ihr Einfluss ist negativ, d.h. CVP-Fraktionsmitglieder, welche zwischen 1996 und 2005 einmal die Leitung des Nationalrats inne hatten, weisen eher geringeres abweichendes Stimmverhalten auf. Dieser Befund widerspricht der Hypothese H15.

Tabelle 6.5: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der CVP-Fraktion (IV)

	(5)	(11)	(12)
female	-0.0638 (0.110)	-0.0558 (0.107)	-0.0268 (0.0967)
c_age	0.00677 (0.0105)	0.00662 (0.0102)	0.00770 (0.00977)
leg46	0.137 (0.0841)	0.138 (0.0848)	0.143 (0.0799)
leg47	0.0125 (0.129)	0.0147 (0.126)	-0.00871 (0.125)
language_2	-0.207 (0.285)	-0.203 (0.290)	-0.0803 (0.336)
language_3	-0.0199 (0.481)	-0.000850 (0.514)	0.0831 (0.567)
paroldiffMEAN	0.0738 (0.0453)	0.0769 (0.0451)	0.0866* (0.0437)
resdiffMEAN	0.0766 (0.0754)	0.0703 (0.0812)	0.0332 (0.0908)
interest_cat_COUNT	-0.0274 (0.0283)		-0.0156 (0.0247)
constit5	-0.134 (0.314)	-0.102 (0.348)	-0.0326 (0.362)
constit14	0.234 (0.196)	0.229 (0.199)	0.184 (0.192)
voteedge	0.00143 (0.000857)	0.00148 (0.000896)	0.00134 (0.000848)
votesharediff	-0.0669*** (0.0163)	-0.0632*** (0.0165)	-0.0668*** (0.0163)
preelect	-0.0258 (0.0513)	-0.0268 (0.0492)	-0.0290 (0.0505)
CVP_core	0.0740 (0.0461)	0.0740 (0.0461)	0.0769 (0.0457)
rural	0.0886 (0.175)	0.101 (0.178)	0.0195 (0.164)

(Fortsetzung)

	(5)	(11)	(12)
urban	0.371** (0.140)	0.382** (0.141)	0.334* (0.143)
coalitSR_CV	0.243* (0.107)	0.242* (0.107)	0.241* (0.108)
coalitRV_SC	0.148 (0.171)	0.148 (0.171)	0.150 (0.171)
coalitSRV_C	0.358** (0.115)	0.359** (0.115)	0.358** (0.115)
coalitSCR_V	-0.335* (0.138)	-0.335* (0.139)	-0.334* (0.139)
coalitCRV_S	0.206 (0.163)	0.205 (0.163)	0.208 (0.163)
coalitSCRV	-0.921*** (0.0756)	-0.921*** (0.0756)	-0.919*** (0.0758)
billtype_dec	-0.218*** (0.0324)	-0.219*** (0.0326)	-0.222*** (0.0325)
votetype_dec	-0.453*** (0.0618)	-0.452*** (0.0617)	-0.452*** (0.0619)
rice_all_05	0.0308 (0.0720)	0.0305 (0.0721)	0.0305 (0.0721)
rollcaloblig	-0.277*** (0.0829)	-0.276*** (0.0833)	-0.276*** (0.0827)
rollcaldem	0.116*** (0.0275)	0.116*** (0.0284)	0.117*** (0.0274)
pres	-0.163 (0.221)	-0.186 (0.226)	
pg_pres	-1.105*** (0.220)	-1.034*** (0.241)	-0.890*** (0.258)
days_in	2.80e-05 (3.50e-05)	3.69e-05 (3.49e-05)	5.53e-05 (3.05e-05)
preresign	-0.210 (0.108)	-0.224* (0.106)	-0.223* (0.107)
interestCOUNT		-0.0108 (0.0106)	
mp_pres			-0.542* (0.233)
Constant	-5.710* (2.407)	-5.556* (2.587)	-4.479 (2.883)
Beobachtungen	176'351	176'351	176'351
beob. Erfolge	11'456	11'456	11'456
Anz. Cluster	68	68	68
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	4.83/1.90	4.98/1.91	5.62/2.01
McFadden PSI	0.0254	0.0255	0.0259
McFadden adj. R^2	0.055	0.055	0.056

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

Eine Gesamtdarstellung der Ergebnisse inklusive der abschliessenden Bewertung der Hypothesen findet sich im Rahmen des Vergleichs aller vier untersuchten Fraktionen in Abschnitt 6.7. Nachfolgend werden im Sinne eines vorläufigen Fazits zur CVP-Analyse die wichtigsten Erkenntnisse nochmals kurz zusammengefasst:

- Das Stimmverhalten der CVP-Fraktionsmitglieder erfolgt unabhängig von individuellen Merkmalen wie Geschlecht, Alter und Sprache.
- Auch der Zeitverlauf zeigt keinen signifikanten Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten.
- CVP-Fraktionsmitglieder, deren Kantonalpartei in der letzten Nationalratswahl Stimmenanteile verloren hat, neigen stärker zu abweichendem Stimmverhalten. Alle weiteren potenziellen Wahlkreiseinflüsse auf das Stimmverhalten sind in den meisten Modellvarianten nicht signifikant.
- Bei Vorlagen im Bereich der CVP-Kernthemen zeigt sich kein signifikanter Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten. Deutliche Effekte sind hingegen in den einzelnen Politikbereichen sichtbar; so weichen CVP-Mitglieder besonders häufig in staats-, migrations- und gesundheitspolitischen Bereichen ab, während die grösste Fraktionsloyalität in den Bereichen internationale Politik, Sicherheit sowie in Rechtsfragen auszumachen ist. Zudem zeigen sich keine Hinweise auf ein ausgeprägtes Porkbarrel-Verhalten in den Bereichen Verkehr und Energie.
- Die CVP repräsentiert mehrheitlich die Interessen und Wertvorstellungen von Milieus ausserhalb des urbanen Raums.
- Verschiedene Koalitionsmuster zeigen einen signifikanten Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten: Die CVP-Fraktionsmitglieder fühlen sich offensichtlich unwohl, wenn sie entweder allein gegen den Rest antreten müssen oder in einer Allianz mit einer oder mehreren anderen Parteien ohne Beteiligung der FDP stehen.
- CVP-Fraktionsmitglieder zeigen sich eher dem Konsens als der Ideologie verpflichtet und weisen umso weniger abweichendes Verhalten auf, je grösser die formale Bedeutung der Vorlage ist. Besonders häufig weichen sie von der Fraktionsmehrheit ab, wenn im Rahmen von parlamentarischen Vorstössen eine namentliche Abstimmung verlangt wird.
- Bei besonders knappen Abstimmungsergebnissen im Gesamtrat tritt abweichendes Stimmverhalten nicht weniger häufig auf, was auf einen schwachen Einfluss der Fraktionsleitung hinweist.
- Das Amt des CVP-Fraktionspräsidiums wird von Personen besetzt, die sich durch ihre Fraktionstreue auszeichnen.
- Neben dem biologischen Alter übt auch das Amtsalter keinen Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten aus. Der Einfluss des letzten Amtsjahres vor dem Rücktritt erreicht in einigen Modellen die Signifikanzschwelle: Im letzten Jahr vor dem Rücktritt leisten sich die CVP-Parlamentarier jedoch keine persönlichen Eskapaden und stellen sich eher verstärkt in den Dienst ihrer Fraktion.

6.4 Abweichendes Stimmverhalten in der FDP-Fraktion

Die Berechnung und Darstellung der Modelle folgt demselben Muster wie bei der CVP-Fraktion in Abschnitt 6.3. Das konkrete Vorgehen und dessen Begründung wird darum im Folgenden (wie auch bei der Darstellung der Ergebnisse zur SP- und SVP-Fraktion in den Abschnitten 6.5 und 6.6) nicht mehr im Detail beschrieben.

Die erste Auswertungsserie zur FDP-Fraktion umfasst fünf Modelle, wovon das Modell 5 wiederum das Basismodell darstellt, welches in den weitergehenden Auswertungen als Referenzmodell verwendet wird. Die Modelle 1 bis 4 sind lediglich unterspezifizierte Teilmodelle und dienen einer ersten Abschätzung der Robustheit in Bezug auf das Hinzufügen und Weglassen wichtiger Elemente (vgl. Tabelle 6.6). Wie bereits bei der CVP-Analyse kann auch bei der FDP ein recht positives Fazit gezogen werden: In keinem Fall zeigt sich eine gravierende Veränderung (Wechsel der Einflussrichtung bei gleichbleibender Signifikanz). Als normal eingestuft werden müssen hingegen einfache Veränderungen im Signifikanzniveau bzw. Vorzeichenwechsel im Rahmen nicht-signifikanter Variablen.

Ein genauere Analyse des Basismodells 5 führt zu folgenden Erkenntnissen: Während Geschlecht und Alter keinen signifikanten Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten aufweisen, zeigt sich über den Zeitverlauf eine abnehmende Tendenz; in der 47. Legislaturperiode ist signifikant weniger häufig von der Fraktionslinie abgewichen worden als zuvor. Bemerkenswert sind auch die soziokulturellen Unterschiede in der FDP, da sowohl französisch- als auch italienischsprachige Fraktionsmitglieder deutlich häufiger abweichen als ihre Deutschschweizer Kolleginnen und Kollegen. Insgesamt finden demnach die Hypothesen H21 (soziokulturelle Komponenten) und H22 (Zeitverlauf) Bestätigung.

Keine signifikanten Effekte lassen sich im Basismodell hingegen bei den Variablen zur Wahlkreisorientierung finden. Die entsprechenden Hypothesen können allesamt nicht bestätigt werden.

Die Variablen zu Politikinhalt und -allianzen zeigen als Erstes wie schon bei der Analyse zur CVP, dass in den Kernthemenbereichen keine verminderte Abweichrate unter den FDP-Fraktionsmitgliedern festzustellen ist. Klar erkennbar ist demgegenüber der Unterschied zur CVP in Bezug auf die Repräsentation sozialräumlicher Milieus: Die FDP erweist sich als mehrheitlich durch urbane Interessen und Werthaltungen geprägte Fraktion, womit die entsprechende Hypothese H10 im Rahmen dieses Basismodells bestätigt wird. Bestätigt werden zudem sämtliche Annahmen in Bezug auf die Wirkung der Koalitionsbildung auf das abweichende Verhalten der FDP-Ratsmitglieder: Wenn die Allianzbildung zu einem Resultat führt, in welchem entweder die CVP oder die SVP zur FDP-Mehrheit in Opposition steht, ist ein vermehrtes Abweichen in den FDP-Reihen festzustellen. Signifikant geringer fällt die Abweichrate aus, wenn die drei bürgerlichen Parteien gegen die Linke zusammenspannen oder wenn alle vier Bundesratsparteien einer Meinung sind. Die Hypothese H11 kann daher vollumfänglich bestätigt werden.

Bei der Gruppe der institutionellen Faktoren zeigt sich wie bei der CVP-Fraktion, dass bei wirklich entscheidenden Abstimmungen weniger abweichendes Stimmverhalten festzustellen ist. Im Unterschied zu den Christlichdemokraten ist bei der Bedeutung der Geschäftskategorie jedoch kein signifikanter

Effekt ersichtlich, so dass die Hypothese H12 insgesamt als teilweise bestätigt gilt. Vollauf bestätigt werden hingegen die Annahmen in Bezug auf die Auswirkung der Abstimmungspublikation auf das abweichende Stimmverhalten: FDP-Fraktionsmitglieder verhalten sich deutlich loyaler zur eigenen Fraktion im Rahmen von automatisch publizierten Abstimmungen (d.h. im Wesentlichen bei Gesamt- und Schlussabstimmungen), während bei Abstimmungen, die auf Verlangen publiziert werden, ebenso deutlich erhöhte Abweichraten festgestellt werden können. Gleiches gilt auch für Abstimmungen, bei denen es im Gesamtrat zu besonders knappen Ergebnissen kommt. Entgegen der Hypothese H13 weichen FDP-Ratsmitglieder in solchen Fällen besonders häufig von der Fraktionslinie ab, was auf eine eher schwache Position der Fraktionsführung hindeutet.

Von den übrigen institutionellen Faktoren weist einzig das Amt des Fraktionspräsidenten einen signifikanten Einfluss auf: Den Erwartungen entsprechend weichen die Amtsinhaber weniger häufig von der Fraktionslinie ab als die übrigen Fraktionsmitglieder. Keinen signifikanten Einfluss zeigt demgegenüber das Amt des Ratspräsidenten; möglicherweise ergibt sich eine andere Beurteilung, wenn die entsprechende Variable anders operationalisiert wird (vgl. unten, Tabelle 6.9).

Tabelle 6.6: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der FDP-Fraktion (I)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
female	0.207 (0.187)				0.186 (0.185)
c_age	0.00165 (0.0109)				-0.00181 (0.0143)
leg46	-0.0915 (0.0671)				-0.148* (0.0747)
leg47	-0.180 (0.112)				-0.295* (0.118)
language_2	0.628*** (0.125)				0.863*** (0.159)
language_3	0.353 (0.207)				0.992** (0.313)
paroldiffMEAN		0.0875* (0.0341)			-0.00624 (0.0311)
resdiffMEAN		0.0298 (0.0297)			-0.0808 (0.0467)
interest_cat_COUNT		0.0238 (0.0336)			0.0377 (0.0377)
constit5		0.230 (0.246)			0.312 (0.180)
constit14		0.148 (0.158)			0.0869 (0.137)
voteedge		-7.32e-05 (0.00176)			0.00142 (0.00187)
votesharediff		0.0107 (0.0118)			0.00630 (0.0127)

(Fortsetzung)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
preelect		-0.0453 (0.0359)			-0.0795 (0.0468)
FDP_core			0.0598* (0.0295)		0.0423 (0.0315)
rural			0.348 (0.328)		0.519** (0.178)
urban			-0.0820 (0.161)		-0.124 (0.121)
coalitSR_CV			0.516*** (0.0827)		0.314*** (0.0838)
coalitRV_SC			0.551*** (0.117)		0.397*** (0.112)
coalitSCV_R			0.673*** (0.0752)		0.595*** (0.0810)
coalitSCR_V			0.439*** (0.126)		0.457*** (0.132)
coalitCRV_S			-0.343*** (0.104)		-0.434*** (0.101)
coalitSCRV			-0.875*** (0.0624)		-0.594*** (0.0537)
billtype_dec				-0.0447 (0.0430)	-0.0726 (0.0397)
votetype_dec				-0.383*** (0.0840)	-0.418*** (0.0526)
rice_all_05				0.373*** (0.0767)	0.293*** (0.0429)
rollcaloblig				-0.465*** (0.0502)	-0.241*** (0.0526)
rollcaldem				0.295*** (0.0260)	0.215*** (0.0221)
pres				0.819*** (0.133)	0.308 (0.296)
pg_pres				-0.369* (0.172)	-0.481*** (0.141)
days_in				-9.47e-06 (2.51e-05)	-3.99e-06 (4.91e-05)
preresign				0.0527 (0.151)	0.0776 (0.133)
Constant	-2.952*** (0.112)	-4.548*** (0.940)	-2.753*** (0.120)	-2.655*** (0.109)	-0.374 (1.550)
Beobachtungen	243'863	230'592	243'863	243'863	230'592
beob. Erfolge	14'678	14'209	14'678	14'678	14'209
Anz. Cluster	72	68	72	72	68
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0561	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	1.28/1.15	1.70/1.29	3.04/1.66	2.65/1.39	5.21/1.89
McFadden PSI	0.0054	0.0030	0.0147	0.0069	0.0260
McFadden adj. R^2	0.011	0.006	0.033	0.017	0.055

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

Die zweite Auswertungsserie umfasst vier Modelle mit den Nummern 5 bis 8 (Tabelle 6.7). Das Modell 5 stellt wiederum das Basismodell dar. Das sechste Modell beinhaltet nur Abstimmungen, welche im Gesamtrat nicht unbestritten waren. Im siebten Modell werden die beiden Wahlkreisvariablen, welche für eine Reduktion der beobachteten Fälle verantwortlich sind, entfernt. Das Modell 8 schliesslich führt erstmals die beiden Porkbarrel-Interaktionsterme ein.

Zwischen allen vier Modellen sind kaum Veränderungen festzustellen. Der einzige Unterschied, der die Modellinterpretation verändern könnte, findet sich im Vergleich der Modelle 5 und 7 bei der Variable, welche das letzte Jahr vor dem Wahltermin anzeigt (preelect). Durch das Entfernen der beiden Wahlkreisvariablen „voteedge“ und „votesharediff“ in Modell 7 zeigt sich ein schwach signifikanter Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten im letzten Jahr vor dem Wahltermin; dieser fällt jedoch entgegen dem in Hypothese H8 postulierten Zusammenhang aus.

Der Einbezug der Porkbarrel-Variablen in Modell 8 zeigt darüber hinaus keinerlei signifikante Effekte auf das abweichende Stimmverhalten. Es kann daher über sämtliche vier dargestellten Modelle behauptet werden, dass sich insgesamt die Ergebnisse des Basismodells bestätigen.

Im dritten Modellvergleich in Tabelle 6.8 werden zuerst die einzelnen Politikbereiche anstelle der FDP-Kernthemenvariablen eingeführt (Modell 9) und danach zusätzlich mit den Porkbarrel-Interaktionstermen angereichert (Modell 10). Die Integration der 16 Politikbereiche bringt wiederum kaum Veränderungen mit sich. Während alle anderen Effekte praktisch konstant bleiben, ist es interessant zu sehen, in welchen Politikbereichen in der FDP-Fraktion besonders

Tabelle 6.7: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der FDP-Fraktion (II)

	(5)	(6)	(7)	(8)
female	0.186 (0.185)	0.188 (0.186)	0.191 (0.179)	0.183 (0.186)
c_age	-0.00181 (0.0143)	-0.00180 (0.0143)	-0.00323 (0.0138)	-0.00214 (0.0143)
leg46	-0.148* (0.0747)	-0.159* (0.0749)	-0.148* (0.0712)	-0.162* (0.0740)
leg47	-0.295* (0.118)	-0.289* (0.118)	-0.334** (0.115)	-0.305* (0.120)
language_2	0.863*** (0.159)	0.863*** (0.160)	0.782*** (0.173)	0.862*** (0.159)
language_3	0.992** (0.313)	0.993** (0.314)	0.745* (0.314)	0.990** (0.315)
paroldiffMEAN	-0.00624 (0.0311)	-0.00620 (0.0312)	-0.00529 (0.0344)	-0.00610 (0.0312)
resdiffMEAN	-0.0808 (0.0467)	-0.0808 (0.0468)	-0.0331 (0.0443)	-0.0810 (0.0467)
interest_cat_COUNT	0.0377 (0.0377)	0.0379 (0.0378)	0.0516 (0.0312)	0.0377 (0.0379)
FIN				-0.0518 (0.0343)

(Fortsetzung)

	(5)	(6)	(7)	(8)
TRAN				-0.169*** (0.0498)
ENER				0.177 (0.0952)
ENER_FIN				0.0112 (0.0932)
TRAN_FIN				0.170 (0.0883)
constit5	0.312 (0.180)	0.313 (0.180)	0.163 (0.181)	0.305 (0.180)
constit14	0.0869 (0.137)	0.0869 (0.138)	0.155 (0.151)	0.0876 (0.137)
votedge	0.00142 (0.00187)	0.00141 (0.00187)		0.00141 (0.00187)
votesharediff	0.00630 (0.0127)	0.00626 (0.0127)		0.00665 (0.0129)
preelect	-0.0795 (0.0468)	-0.0660 (0.0467)	-0.0933* (0.0427)	-0.0539 (0.0483)
FDP_core	0.0423 (0.0315)	0.0376 (0.0318)	0.0476 (0.0305)	
rural	0.519** (0.178)	0.525** (0.178)	0.476** (0.165)	0.529** (0.178)
urban	-0.124 (0.121)	-0.123 (0.122)	-0.117 (0.127)	-0.128 (0.121)
coalitSR_CV	0.314*** (0.0838)	0.335*** (0.0839)	0.337*** (0.0873)	0.329*** (0.0894)
coalitRV_SC	0.397*** (0.112)	0.428*** (0.112)	0.376*** (0.111)	0.381*** (0.111)
coalitSCV_R	0.595*** (0.0810)	0.608*** (0.0808)	0.591*** (0.0785)	0.609*** (0.0827)
coalitSCR_V	0.457*** (0.132)	0.469*** (0.132)	0.456*** (0.126)	0.461*** (0.131)
coalitCRV_S	-0.434*** (0.101)	-0.297** (0.100)	-0.454*** (0.0994)	-0.447*** (0.0998)
coalitSCRV	-0.594*** (0.0537)	-0.315*** (0.0533)	-0.590*** (0.0546)	-0.612*** (0.0541)
billtype_dec	-0.0726 (0.0397)	-0.0475 (0.0392)	-0.0710 (0.0390)	-0.0602 (0.0402)
votetype_dec	-0.418*** (0.0526)	-0.409*** (0.0527)	-0.424*** (0.0509)	-0.417*** (0.0519)
rice_all05	0.293*** (0.0429)	0.264*** (0.0423)	0.282*** (0.0423)	0.299*** (0.0422)
rollcalloblig	-0.241*** (0.0526)	-0.126* (0.0515)	-0.251*** (0.0520)	-0.231*** (0.0520)
rollcalldem	0.215*** (0.0221)	0.193*** (0.0216)	0.216*** (0.0216)	0.218*** (0.0218)
pres	0.308 (0.296)	0.362 (0.287)	0.331 (0.291)	0.271 (0.304)

(Fortsetzung)

	(5)	(6)	(7)	(8)
pg_pres	-0.481*** (0.141)	-0.485*** (0.142)	-0.463** (0.146)	-0.470** (0.143)
days_in	-3.99e-06 (4.91e-05)	-4.38e-06 (4.92e-05)	1.22e-05 (4.50e-05)	-3.79e-06 (4.91e-05)
preresign	0.0776 (0.133)	0.0772 (0.132)	0.0962 (0.129)	0.0773 (0.133)
Constant	-0.374 (1.550)	-0.408 (1.553)	-1.929 (1.380)	-0.332 (1.548)
Observations	230'592	205'318	243'863	227'405
beob. Erfolge	14'209	14'209	14'678	13'940
Anz. Cluster	68	68	72	68
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	5.21/1.89	5.24/1.85	3.91/1.82	5.22/1.98
McFadden PSI	0.0260	0.0218	0.0255	0.0265
McFadden adj. R^2	0.055	0.043	0.056	0.057

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

häufig bzw. selten abweichendes Stimmverhalten auftritt. Die Bereiche, in denen die FDP-Mitglieder signifikant häufiger von der Fraktionslinie abweichen, sind die Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Energiepolitik. Signifikant weniger Abweichungen sind demgegenüber in der internationalen Politik sowie in den Bereichen Sicherheit, Recht, Wirtschaft, Finanzen, Bildung/Kultur und Verkehr auszumachen.

Bestätigung findet aufgrund der Ergebnisse in Modell 10 die weiter oben gemachte Feststellung bezüglich der Porkbarrelhypothese: Zwar zeigt sich im Verkehrsbereich (TRAN_FIN) ein schwach signifikanter Einfluss in die erwartete Richtung, d.h. dass eine erhöhte Wahrscheinlichkeit abweichenden Verhaltens

Tabelle 6.8: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der FDP-Fraktion (III)

	(5)	(9)	(10)
female	0.186 (0.185)	0.183 (0.186)	0.183 (0.186)
c_age	-0.00181 (0.0143)	-0.00230 (0.0143)	-0.00225 (0.0143)
leg46	-0.148* (0.0747)	-0.186* (0.0736)	-0.177* (0.0738)
leg47	-0.295* (0.118)	-0.349** (0.119)	-0.343** (0.119)
language_2	0.863*** (0.159)	0.863*** (0.159)	0.863*** (0.159)
language_3	0.992** (0.313)	0.993** (0.315)	0.993** (0.315)
paroldiffMEAN	-0.00624 (0.0311)	-0.00593 (0.0312)	-0.00587 (0.0312)

(Fortsetzung)

	(5)	(9)	(10)
resdiffMEAN	-0.0808 (0.0467)	-0.0820 (0.0465)	-0.0820 (0.0466)
interest_cat_COUNT	0.0377 (0.0377)	0.0374 (0.0378)	0.0375 (0.0378)
constit5	0.312 (0.180)	0.307 (0.180)	0.307 (0.180)
constit14	0.0869 (0.137)	0.0870 (0.137)	0.0870 (0.137)
voteedge	0.00142 (0.00187)	0.00145 (0.00187)	0.00144 (0.00187)
votesharediff	0.00630 (0.0127)	0.00668 (0.0129)	0.00664 (0.0129)
preelect	-0.0795 (0.0468)	-0.0590 (0.0468)	-0.0477 (0.0464)
ENER_FIN			0.114 (0.0965)
TRAN_FIN			0.175* (0.0884)
STATE		0.00741 (0.0211)	0.00572 (0.0208)
INT		-0.145** (0.0524)	-0.138** (0.0516)
SEC		-0.399*** (0.0501)	-0.404*** (0.0496)
EUR		-0.0331 (0.0662)	-0.0189 (0.0630)
LAW		-0.0576* (0.0292)	-0.0617* (0.0300)
ECON		-0.0714* (0.0304)	-0.0723* (0.0309)
FIN		-0.0751* (0.0367)	-0.104** (0.0341)
SOC		0.0820* (0.0384)	0.0791* (0.0396)
MIG		0.100 (0.0546)	0.0939 (0.0541)
HEA		0.196*** (0.0577)	0.198*** (0.0577)
EDUCUL		-0.202*** (0.0400)	-0.215*** (0.0404)
COMM		0.0377 (0.0549)	0.0377 (0.0548)
TRAN		-0.110* (0.0535)	-0.177*** (0.0498)
ENV		0.199*** (0.0478)	0.188*** (0.0491)
AGR		0.0233 (0.0662)	0.0370 (0.0667)

(Fortsetzung)

	(5)	(9)	(10)
ENER		0.217*** (0.0654)	0.143 (0.0939)
FDP_core	0.0423 (0.0315)		
rural	0.519** (0.178)	0.534** (0.177)	0.533** (0.178)
urban	-0.124 (0.121)	-0.130 (0.121)	-0.130 (0.121)
coalitSR_CV	0.314*** (0.0838)	0.304*** (0.0871)	0.304*** (0.0870)
coalitRV_SC	0.397*** (0.112)	0.356** (0.112)	0.358** (0.112)
coalitSCV_R	0.595*** (0.0810)	0.585*** (0.0825)	0.582*** (0.0828)
coalitSCR_V	0.457*** (0.132)	0.459*** (0.131)	0.458*** (0.131)
coalitCRV_S	-0.434*** (0.101)	-0.451*** (0.101)	-0.447*** (0.101)
coalitSCRV	-0.594*** (0.0537)	-0.615*** (0.0545)	-0.612*** (0.0545)
billtype_dec	-0.0726 (0.0397)	-0.0497 (0.0393)	-0.0496 (0.0401)
votetype_dec	-0.418*** (0.0526)	-0.365*** (0.0541)	-0.368*** (0.0538)
rice_all05	0.293*** (0.0429)	0.287*** (0.0426)	0.287*** (0.0424)
rollcalloblig	-0.241*** (0.0526)	-0.253*** (0.0502)	-0.252*** (0.0499)
rollcalldem	0.215*** (0.0221)	0.191*** (0.0227)	0.194*** (0.0226)
pres	0.308 (0.296)	0.279 (0.304)	0.266 (0.307)
pg_pres	-0.481*** (0.141)	-0.473*** (0.144)	-0.477*** (0.144)
days_in	-3.99e-06 (4.91e-05)	-4.72e-06 (4.90e-05)	-4.51e-06 (4.91e-05)
preresign	0.0776 (0.133)	0.0779 (0.131)	0.0754 (0.130)
Constant	-0.374 (1.550)	-0.250 (1.546)	-0.246 (1.547)
Beobachtungen	230'592	227'405	227'405
beob. Erfolge	14'209	13'940	13'940
Anz. Cluster	68	68	68
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	5.21/1.89	5.22/1.70	5.22/1.81
McFadden PSI	0.0260	0.0281	0.0281
McFadden adj. R^2	0.055	0.059	0.059

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

vorliegt, wenn verkehrspolitische Vorlagen an Finanzierungsbeschlüsse gekoppelt sind. Aufgrund der schwachen Signifikanz und der Tatsache, dass in Modell 8 kein entsprechender Zusammenhang ersichtlich wurde, findet sich jedoch keine ausreichende Basis für eine klare Bestätigung der Porkbarrel-Hypothese.

Die vierte Modellreihe schliesslich wendet in Tabelle 6.9 unterschiedlich operationalisierte Variablen zur Zahl der Interessenbindungen (Modell 11) bzw. zur Ratspräsidentschaft an (Modell 12). In beiden Fällen ergeben sich bei den veränderten Variablen keine neuen Effekte: Sowohl Interessenbindungen als auch die Ratspräsidentschaft bleiben in ihrem Einfluss auf das fraktionsabweichende Stimmverhalten nicht signifikant. Ferner ist zu bemerken, dass in Modell 11 die Positionsdifferenzen zwischen der Nationalratsfraktion und der Bevölkerungsmehrheit im eigenen Wahlkreis (`resdiffMEAN`) zwar eine schwache Signifikanz ausweisen, diese jedoch in die der Hypothese H2 entgegengesetzten Richtung weisen, womit die Hypothese unbestätigt bleibt.

Tabelle 6.9: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der FDP-Fraktion (IV)

	(5)	(11)	(12)
<code>female</code>	0.186 (0.185)	0.199 (0.199)	0.200 (0.181)
<code>c_age</code>	-0.00181 (0.0143)	-0.00230 (0.0146)	-0.000508 (0.0143)
<code>leg46</code>	-0.148* (0.0747)	-0.129 (0.0728)	-0.151* (0.0752)
<code>leg47</code>	-0.295* (0.118)	-0.260* (0.117)	-0.307* (0.120)
<code>language_2</code>	0.863*** (0.159)	0.892*** (0.153)	0.882*** (0.165)
<code>language_3</code>	0.992** (0.313)	1.040*** (0.313)	1.020** (0.311)
<code>paroldiffMEAN</code>	-0.00624 (0.0311)	-0.0102 (0.0302)	-0.00529 (0.0316)
<code>resdiffMEAN</code>	-0.0808 (0.0467)	-0.0915* (0.0460)	-0.0830 (0.0467)
<code>interest_cat_COUNT</code>	0.0377 (0.0377)		0.0441 (0.0413)
<code>constit5</code>	0.312 (0.180)	0.327 (0.181)	0.309 (0.180)
<code>constit14</code>	0.0869 (0.137)	0.0825 (0.139)	0.104 (0.141)
<code>voteedge</code>	0.00142 (0.00187)	0.00189 (0.00162)	0.00151 (0.00189)
<code>votesharediff</code>	0.00630 (0.0127)	0.00575 (0.0124)	0.00508 (0.0127)
<code>preelect</code>	-0.0795 (0.0468)	-0.0668 (0.0441)	-0.0826 (0.0474)
<code>FDP_core</code>	0.0423 (0.0315)	0.0420 (0.0316)	0.0427 (0.0314)

(Fortsetzung)

	(5)	(11)	(12)
rural	0.519** (0.178)	0.515** (0.194)	0.523** (0.174)
urban	-0.124 (0.121)	-0.135 (0.125)	-0.112 (0.122)
coalitSR_CV	0.314*** (0.0838)	0.314*** (0.0838)	0.313*** (0.0839)
coalitRV_SC	0.397*** (0.112)	0.397*** (0.112)	0.397*** (0.112)
coalitSCV_R	0.595*** (0.0810)	0.595*** (0.0810)	0.595*** (0.0810)
coalitSCR_V	0.457*** (0.132)	0.458*** (0.131)	0.458*** (0.132)
coalitCRV_S	-0.434*** (0.101)	-0.434*** (0.101)	-0.435*** (0.101)
coalitSCRV	-0.594*** (0.0537)	-0.594*** (0.0540)	-0.594*** (0.0538)
billtype_dec	-0.0726 (0.0397)	-0.0735 (0.0396)	-0.0723 (0.0396)
votetype_dec	-0.418*** (0.0526)	-0.418*** (0.0525)	-0.416*** (0.0523)
rice_all_05	0.293*** (0.0429)	0.292*** (0.0431)	0.293*** (0.0429)
rollcalloblig	-0.241*** (0.0526)	-0.241*** (0.0525)	-0.243*** (0.0525)
rollcalldem	0.215*** (0.0221)	0.215*** (0.0221)	0.215*** (0.0221)
pres	0.308 (0.296)	0.378 (0.309)	
pg-pres	-0.481*** (0.141)	-0.458** (0.166)	-0.505*** (0.142)
days_in	-3.99e-06 (4.91e-05)	-9.38e-06 (4.79e-05)	-2.62e-06 (4.88e-05)
preresign	0.0776 (0.133)	0.0429 (0.125)	0.0627 (0.126)
interestCOUNT		0.00299 (0.00660)	
mp-pres			-0.209 (0.344)
Constant	-0.374 (1.550)	0.0825 (1.500)	-0.357 (1.548)
Beobachtungen	230'592	230'592	230'592
beob. Erfolge	14'209	14'209	14'209
Anz. Cluster	68	68	68
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	5.21/1.89	5.15/1.89	5.24/1.91
McFadden PSI	0.0260	0.0257	0.0260
McFadden adj. R^2	0.055	0.055	0.056

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

Eine Gesamtdarstellung der Ergebnisse inklusive der abschliessenden Bewertung der Hypothesen findet sich im Rahmen des Vergleichs aller vier untersuchten Fraktionen in Abschnitt 6.7. Nachfolgend werden im Sinne eines vorläufigen Fazits zur FDP-Analyse die wichtigsten Erkenntnisse nochmals kurz zusammengefasst:

- Während bei den individuellen Merkmalen das Geschlecht und das Alter keinen Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten zeigen, zeigt sich ein solcher bei den sprachlichen Minderheiten: Fraktionsangehörige aus der Romandie und dem Tessin weichen häufiger von der Fraktionslinie ab als Deutschschweizer.
- Im Zeitverlauf nimmt bei der FDP-Fraktion das fraktionsabweichende Stimmverhalten ab.
- Keiner der potenziellen Wahlkreiseinflüsse zeigt bei der FDP-Fraktion einen signifikanten Einfluss auf das abweichende Verhalten.
- FDP-Fraktionsmitglieder weichen besonders häufig von der Fraktionslinie ab, wenn sozial-, gesundheits-, umwelt- und energiepolitische Vorlagen behandelt werden. Besonders wenige Abweichungen sind bei aussen- und sicherheitspolitischen, rechts-, wirtschafts-, finanz-, bildungs- und verkehrspolitischen Geschäften auszumachen. Ein statistisch signifikanter Bezug zu den Kernthemen der FDP ist nicht festzustellen. Zudem liegen kaum Hinweise auf Porkbarrel-Verhalten vor.
- Die Politik der FDP-Fraktionsmehrheit ist mehrheitlich auf urbane Interessenslagen und Werthaltungen ausgerichtet; Vertreter ländlicher Gebiete weichen häufiger von der Fraktionslinie ab.
- Die FDP-Fraktionsmitglieder fühlen sich unwohl, wenn sie entweder allein gegen den Rest antreten müssen oder wenn in der Allianz, an der sie beteiligt sind, eine der Nachbarfraktionen (CVP/SVP) fehlt.
- FDP-Fraktionsmitglieder zeigen sich eher dem Konsens als der Ideologie verpflichtet und weisen umso weniger abweichendes Verhalten auf, je bedeutender die aktuelle Vorlage ist. Besonders häufig weichen sie von der Fraktionsmehrheit ab, wenn im Rahmen von parlamentarischen Vorstössen eine namentliche Abstimmung verlangt wird.
- Die Fraktionsleitung besitzt einen schwachen Einfluss auf das linientreue Stimmverhalten, was sich daran zeigt, dass bei knappen Abstimmungsergebnissen im Gesamtrat verstärkt abweichendes Stimmverhalten zu beobachten ist.
- Wer das FDP-Fraktionspräsidium inne hat, verhält sich während der Amtsausübung deutlich loyaler zur Fraktionsmehrheit. Keinen Einfluss hat demgegenüber das Amt des Nationalratspräsidiums.
- Neben dem Alter übt auch das Amtsalter keinen Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten aus. Darüber hinaus führt das letzte Jahr vor dem Rücktritt zu keinen Veränderungen im Stimmverhalten.

6.5 Abweichendes Stimmverhalten in der SP-Fraktion

Das Vorgehen bei der Analyse des abweichenden Stimmverhaltens in der SP-Fraktion erfolgt wiederum analog zur CVP-Fraktion in Abschnitt 6.3. Für die detaillierten Begründungen zu den einzelnen Auswertungsschritten wird darum erneut auf diesen Abschnitt verwiesen.

Die erste Auswertungsserie (Tabelle 6.10) stellt wie bisher die vier Teilmodelle 1 bis 4 dem vollständigen Basismodell 5 gegenüber. Der Vergleich der Teilmodelle mit dem Basismodell zeigt keine gravierenden Unterschiede in dem Sinne, dass die berechneten Effekte in eine vollkommen andere Richtung zeigen würden (Unterschiede im Signifikanzniveau bzw. wechselnde Vorzeichen unter nicht signifikanten Faktoren können angesichts der Unterspezifizierung der Teilmodelle als normale Erscheinung gewertet werden). Aufgrund der geringen Zahl der Abweichungen innerhalb der SP-Fraktion ist es nicht verwunderlich, dass die Gütemasse des SP-Basismodells tiefer liegen als bei CVP und FDP.

Betrachtet man die Ergebnisse des Basismodells näher, ist als Erstes eine schwach signifikante Tendenz zu weniger Abweichungen im Zeitverlauf festzustellen, was der Hypothese H22 entspricht. Keine signifikanten Effekte gehen hingegen von den soziodemografischen und -kulturellen Variablen aus. Wie schon bei der CVP — und im Gegensatz zur FDP — spielt die Frage sprachlicher Minderheiten bei Abweichungen von der Fraktionsmehrheit kaum eine Rolle. Die entsprechenden Hypothesen H19 bis H21 können daher nicht bestätigt werden.

Der Blick auf die wahlkreisbezogenen Faktoren zeigt ein ähnliches Bild wie bei CVP und FDP: Die meisten Koeffizienten des Basismodells sind nicht signifikant. Dass bei der SP die wiederwahlbezogenen Faktoren dennoch ein etwas höheres Gewicht einzunehmen scheinen, liegt an den beiden Variablen zur Veränderung der Wahlanteile (*votesharediff*) sowie zum letzten Jahr vor dem Wahltermin (*preelect*). Im ersteren Fall zeigt sich ein schwach signifikanter negativer Effekt, d.h. je erfolgreicher die Kantonalpartei in den letzten Wahlen war, desto weniger häufig wird in der darauf folgenden Legislaturperiode von der Fraktionslinie abgewichen. Die Hypothese H7 kann darum in der Tendenz bestätigt werden. Ebenso ist im letzten Jahr vor der Wahl ein negativer Effekt auszumachen: Die Fraktionsmitglieder weichen in diesem Abschnitt weniger häufig ab als in den ersten drei Jahren der Legislaturperiode. Dies allerdings widerspricht den Erwartungen gemäss Hypothese H8.

Überzeugend fällt der Einfluss von Faktoren mit Bezug zu politischen Inhalten bzw. zur Allianzbildung aus. In den Kernthemen weichen die Fraktionsmitglieder deutlich weniger oft von der Fraktionsmehrheit ab, was einen klaren Unterschied zu den Ergebnissen bei CVP und FDP markiert und gleichzeitig zur Bestätigung der Hypothese H9 führt. Die thematische Geschlossenheit des Kandidierendenfeldes vor der Wahl findet somit ihre Entsprechung im Stimmverhalten der Nationalratsfraktion. Auch bei der SP-Fraktion zeigt sich deutlich, welchen sozialräumlichen Interessenslagen und Werthaltungen die Politik der Fraktionsmehrheit den Vorzug gibt: urbane Milieus liegen ihr näher als ländliche, was sich in signifikant häufigeren Abweichungen bei Fraktionsmitgliedern aus ländlichen Gebieten manifestiert. Die Hypothese H10 findet darum Bestätigung. Darüber hinaus weisen sämtliche Allianzmuster hochsignifikante

Effekte in die erwartete Richtung aus. Die SP-Fraktion hat in zwei Fällen mit besonders häufigen Abweichungen zu kämpfen: wenn sie allein mit der SVP im selben Boot sitzt sowie wenn die Grünen als ansonsten treueste SP-Bündnispartner in Opposition zu den Sozialdemokraten stehen. Im Unterschied zu CVP und FDP ist kein vermehrt abweichendes Stimmverhalten in der SP-Fraktion zu beobachten, wenn sie allein gegen die drei bürgerlichen Parteien antritt. Der Grund liegt bei den Grünen, welche bei diesem Koalitionsmuster in den allermeisten Fällen mit der SP stimmen, d.h. die SP befindet sich bei diesem Muster nur innerhalb der vier Bundesratsparteien, nicht jedoch im Gesamtparlament in einer isolierten Position. Insgesamt kann die Hypothese H11 auch für die SP-Fraktion als vollauf bestätigt gelten.

Es bleiben die institutionellen Faktoren. Die Frage der formalen Bedeutung des Geschäfts bzw. der Abstimmung wirkt sich nicht einheitlich auf das abweichende Stimmverhalten aus. Die Erwartung gemäss Hypothese H12 lautet, dass die SP-Mitglieder in weniger wichtigen Geschäften bzw. Abstimmungen (d.h. in Abstimmungen zu Motionen und Postulaten sowie in der Detailberatung zu Bundesratsgeschäften und parlamentarischen Initiativen) weniger häufig von der Fraktionslinie abweichen. Diese Annahme wird von Variable „*votetype_dec*“, welche die Bedeutung der Abstimmung misst, zwar bestätigt, nicht jedoch von Variable zur Bedeutung des Geschäfts (*billtype_dec*), wo der signifikante Effekt in die entgegengesetzte Richtung weist. Die Stärke des Effekts des letztgenannten Faktors erweist sich in den Alternativmodellen jedoch als nicht sehr robust (vgl. unten, Tabellen 6.11 und 6.12); eine Unsicherheit, welche den theoretischen Erwartungen eher entgegen kommt. Die Hypothese H12 kann dennoch nur als teilweise erfüllt gewertet werden.

Eindeutig sind demgegenüber die Resultate zum Stimmverhalten bei knappem Abstimmungsausgang im Gesamtrat: Die Variable „*rice_all_05*“ weist einen hochsignifikant negativen Effekt aus, d.h. bei knappen Ergebnissen ist fraktionsabweichendes Stimmverhalten in der SP weniger oft festzustellen. Dies entspricht der Hypothese H13 und weist auf ein hohes Bewusstsein dafür hin, dass sich abweichendes Verhalten für die kollektiven Ziele der Fraktion bei knappen Mehrheitsverhältnissen als besonders problematisch erweisen kann (was, wie im Einleitungskapitel dieser Arbeit bereits dargelegt wurde, für die individuellen Ziele der Fraktionsmitglieder nicht gelten muss). In Bezug auf den Publikationsstatus zeigt sich bei den Abstimmungen, die auf Verlangen veröffentlicht werden, der theoretisch erwartete Zusammenhang: Die SP-Fraktionsmitglieder weichen deutlich seltener von der Mehrheitslinie ab. Nicht signifikant ist hingegen der Befund in Bezug auf die obligatorisch publizierten Abstimmungen. Insgesamt kann daher nur die Hypothese H14b bestätigt werden. Die restlichen institutionellen Variablen, inklusive die Ausübung des Fraktions- oder Ratspräsidiums, zeigen im Basismodell 5 keine signifikanten Ergebnisse.

Die zweite Modellserie vergleicht als Erstes das Basismodell mit dem Modell 6, in das nur umstrittene Abstimmungen einfließen (vgl. Tabelle 6.11). Wiederum sind wenig Veränderungen festzustellen, die bedeutendsten unter ihnen betreffen einerseits die Variable zum letzten Jahr vor dem Wahltermin (*prelect*) und andererseits die Bedeutung der Vorlage (*billtype_dec*), welche beide im Modell 6 keinen signifikanten Einfluss mehr aufweisen. Umgekehrt verhält es sich bei der Variable, welche die automatische Publikation des Stimmverhaltens misst (*rollcalloblig*); der Effekt erweist sich in Modell 6 als hochsignifikant im Sinne der Hypothese H14a.

Tabelle 6.10: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SP-Fraktion (I)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
female	-0.252** (0.0972)				-0.173 (0.103)
c_age	0.000749 (0.00559)				-0.00564 (0.00631)
leg46	-0.0671 (0.0665)				-0.148* (0.0751)
leg47	-0.0600 (0.0868)				-0.210* (0.0992)
language_2	0.437*** (0.0923)				0.132 (0.205)
language_3	-0.166 (0.239)				-0.176 (0.324)
paroldiffMEAN		0.0737** (0.0266)			0.0465 (0.0409)
resdiffMEAN		-0.0249 (0.0155)			-0.0130 (0.0198)
interest_cat_COUNT		0.00427 (0.0296)			0.0138 (0.0330)
constit5		0.0316 (0.181)			-0.000696 (0.185)
constit14		-0.164 (0.112)			-0.131 (0.130)
voteedge		0.000217 (0.000946)			-0.000854 (0.00109)
votesharediff		-0.0187* (0.00792)			-0.0202* (0.00867)
preelect		-0.0861* (0.0384)			-0.132** (0.0494)
SP_core			-0.354*** (0.0446)		-0.375*** (0.0415)
rural			0.642*** (0.0935)		0.477** (0.150)
urban			-0.151 (0.114)		-0.0573 (0.115)
coalitSV_CR			0.247* (0.101)		0.345*** (0.104)
coalitRV_SC			-1.389*** (0.0625)		-1.264*** (0.0642)
coalitSCR_V			-0.784*** (0.0733)		-0.775*** (0.0731)
coalitCRV_S			-0.416*** (0.0769)		-0.378*** (0.0811)
coalitSCRV_G			1.037*** (0.0718)		1.012*** (0.0703)
coalitSCRVoG			-0.432*** (0.0768)		-0.563*** (0.0846)

(Fortsetzung)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
billtype_dec				-0.131** (0.0446)	-0.134** (0.0459)
votetype_dec				0.229*** (0.0584)	0.179*** (0.0540)
rice_all_05				-0.587*** (0.0626)	-0.358*** (0.0615)
rollcalloblig				0.00527 (0.0443)	0.0742 (0.0423)
rollcalldem				-0.268*** (0.0432)	-0.168*** (0.0453)
pres				0.429*** (0.0791)	0.222 (0.183)
pg-pres				-0.558*** (0.0848)	-0.300 (0.165)
days_in				3.44e-05 (2.98e-05)	6.12e-05 (3.27e-05)
preresign				-0.0987 (0.135)	-0.174 (0.115)
Constant	-3.629*** (0.0872)	-3.052*** (0.905)	-2.994*** (0.101)	-3.602*** (0.0940)	-2.651* (1.160)
Beobachtungen	331'853	324'158	331'853	331'853	324'158
beob. Erfolge	8'480	8'262	8'480	8'480	8'262
Anz. Cluster	96	95	96	96	95
Prob > Wald χ^2 (¹⁰⁸)	0.0000	0.0000		0.0000	
VIF max./Mw.	1.30/1.16	1.49/1.20	2.86/1.60	2.64/1.38	4.24/1.74
McFadden PSI	0.0016	0.0015	0.0087	0.0012	0.0075
McFadden adj. R^2	0.007	0.006	0.029	0.005	0.038

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

Das Modell 7 verzichtet auf die beiden Wahlkreisfaktoren, welche aufgrund von Beschränkungen in Einerwahlkreisen zu einer Reduktion der Anzahl einbezogener Beobachtungen (bzw. Parlamentsmitglieder) führen. Der Vergleich zum Basismodell zeigt wenige relevante Verschiebungen. Die wichtigsten betreffen das Amt des Fraktions- bzw. Ratspräsidiums, welche sich in Modell 7 beide als schwach signifikant erweisen. Die Richtung der Effekte stimmt dabei mit den Erwartungen gemäss Hypothese H15 und H16 überein.

In Modell 8 schliesslich fliessen erstmals die beiden Porkbarrel-Interaktionsvariablen ein. Im Vergleich zum Basismodell sind zwei Veränderungen besonders augenfällig: Der vormals (schwach) signifikante negative Einfluss des Zeitverlaufs auf das abweichende Stimmverhalten verschwindet vollständig, ebenso der Effekt der formalen Bedeutung der Vorlage, was sich bereits in Modell 6 so gezeigt hat. Die neu integrierten Porkbarrel-Variablen weisen beide relativ starke Effekte in die theoretisch erwartete Richtung auf. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur CVP- und FDP-Analyse dar, wo entsprechende Einflüsse

¹⁰⁸Fehlende Werte weisen darauf hin, dass die Zahl der Schätzparameter grösser ist als die Zahl der Freiheitsgrade für χ^2 , wodurch die Durchführung der Wald-Statistik verunmöglicht wird. Da die berechneten Standardfehler keine auffälligen Resultate aufweisen, kann das Problem vernachlässigt werden.

fast gänzlich ausblieben. Es scheint, dass die ansonsten sehr diszipliniert auftretenden SP-Fraktionsmitglieder bei regionalpolitischen Anliegen wiederholt eine Schwäche für ihre Region zeigen und sich im Zweifel öfter an den Bedürfnissen ihres Wahlkreises statt an der Fraktionsmehrheit orientieren.

Tabelle 6.11: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SP-Fraktion (II)

	(5)	(6)	(7)	(8)
female	-0.173 (0.103)	-0.171 (0.103)	-0.165 (0.106)	-0.163 (0.102)
c_age	-0.00564 (0.00631)	-0.00561 (0.00626)	-0.00467 (0.00640)	-0.00582 (0.00630)
leg46	-0.148* (0.0751)	-0.168* (0.0748)	-0.104 (0.0668)	-0.0961 (0.0770)
leg47	-0.210* (0.0992)	-0.204* (0.0986)	-0.212* (0.101)	-0.0962 (0.102)
language_2	0.132 (0.205)	0.135 (0.205)	0.182 (0.200)	0.134 (0.205)
language_3	-0.176 (0.324)	-0.182 (0.322)	-0.234 (0.312)	-0.180 (0.327)
paroldiffMEAN	0.0465 (0.0409)	0.0472 (0.0408)	0.0457 (0.0402)	0.0476 (0.0408)
resdiffMEAN	-0.0130 (0.0198)	-0.0127 (0.0198)	-0.0119 (0.0186)	-0.0128 (0.0199)
interest_cat_COUNT	0.0138 (0.0330)	0.0133 (0.0331)	0.00991 (0.0330)	0.0106 (0.0329)
FIN				-0.197*** (0.0415)
TRAN				0.0592 (0.0538)
ENER				-0.987*** (0.115)
ENER_FIN				0.973*** (0.126)
TRAN_FIN				0.248** (0.0790)
constit5	-0.000696 (0.185)	0.000735 (0.185)	0.0368 (0.151)	-0.0116 (0.191)
constit14	-0.131 (0.130)	-0.135 (0.130)	-0.117 (0.130)	-0.143 (0.130)
voteedge	-0.000854 (0.00109)	-0.000887 (0.00109)		-0.000823 (0.00109)
votesharediff	-0.0202* (0.00867)	-0.0202* (0.00867)		-0.0204* (0.00884)
preelect	-0.132** (0.0494)	-0.0926 (0.0492)	-0.121** (0.0460)	-0.112* (0.0521)
SP_core	-0.375*** (0.0415)	-0.350*** (0.0422)	-0.368*** (0.0408)	

(Fortsetzung)

	(5)	(6)	(7)	(8)
rural	0.477** (0.150)	0.485** (0.150)	0.470** (0.150)	0.471** (0.151)
urban	-0.0573 (0.115)	-0.0583 (0.115)	-0.0455 (0.116)	-0.0605 (0.115)
coalitSV_CR	0.345*** (0.104)	0.366*** (0.102)	0.343*** (0.102)	0.394*** (0.107)
coalitRV_SC	-1.264*** (0.0642)	-1.227*** (0.0642)	-1.261*** (0.0626)	-1.249*** (0.0674)
coalitSCR_V	-0.775*** (0.0731)	-0.763*** (0.0735)	-0.774*** (0.0719)	-0.793*** (0.0765)
coalitCRV_S	-0.378*** (0.0811)	-0.226** (0.0802)	-0.362*** (0.0812)	-0.348*** (0.0840)
coalitSCRV_G	1.012*** (0.0703)	1.024*** (0.0705)	1.018*** (0.0723)	1.048*** (0.0721)
coalitSCRVoG	-0.563*** (0.0846)	-0.166* (0.0813)	-0.567*** (0.0843)	-0.563*** (0.0863)
billtype_dec	-0.134** (0.0459)	-0.0877 (0.0461)	-0.123** (0.0457)	0.000314 (0.0604)
votetype_dec	0.179*** (0.0540)	0.176*** (0.0528)	0.167** (0.0543)	0.174** (0.0541)
rice_all_05	-0.358*** (0.0615)	-0.422*** (0.0623)	-0.363*** (0.0604)	-0.378*** (0.0652)
rollcalloblig	0.0742 (0.0423)	0.173*** (0.0424)	0.0833 (0.0431)	0.0732 (0.0421)
rollcalldem	-0.168*** (0.0453)	-0.197*** (0.0455)	-0.177*** (0.0446)	-0.178*** (0.0451)
pres	0.222 (0.183)	0.151 (0.216)	0.342* (0.150)	0.259 (0.166)
pg_pres	-0.300 (0.165)	-0.303 (0.166)	-0.344* (0.158)	-0.306 (0.165)
days_in	6.12e-05 (3.27e-05)	6.13e-05 (3.29e-05)	5.56e-05 (3.37e-05)	5.89e-05 (3.29e-05)
preresign	-0.174 (0.115)	-0.178 (0.116)	-0.182 (0.116)	-0.157 (0.114)
Constant	-2.651* (1.160)	-2.743* (1.161)	-2.801* (1.099)	-2.922* (1.162)
Beobachtungen	324'158	289'119	331'853	319'686
beob. Erfolge	8'262	8'262	8'480	8'059
Anz. Cluster	95	95	96	95
Prob > Wald χ^2 (¹⁰⁹)				
VIF max./Mw.	4.24/1.74	4.24/1.70	3.94/1.71	4.24/1.82
McFadden PSI	0.0075	0.0131	0.0113	0.0114
McFadden adj. R^2	0.038	0.044	0.038	0.038

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

¹⁰⁹Vgl. Fn. 108

Die zuletzt gemachte Aussage findet zumindest teilweise Bestätigung, wenn man statt der SP-Kernthemen sämtliche 16 Politikbereiche ins Modell aufnimmt. Die Resultate der beiden Modelle 9 und 10 — einmal ohne und einmal mit den beiden Porkbarrel-Variablen — fallen weitgehend identisch aus (vgl. Tabelle 6.12). Von den beiden Porkbarrel-Variablen in Modell 10 bleibt im Vergleich zum vorgängig beschriebenen Modell 8 die Verbindung von Energie- und Finanzpolitik im hochsignifikanten Bereich. Die Hypothese H4 wird dadurch zumindest teilweise bestätigt.

Interessant ist aber auch, welche Politikbereiche in der SP-Fraktion besonders häufig bzw. selten von abweichendem Stimmverhalten geprägt sind. Signifikant häufigere Abweichungen sind in der Sicherheits-, Gesundheits-, Verkehrs- und Agrarpolitik auszumachen, während in den Bereichen internationale und Europapolitik, Finanzwesen, Sozialpolitik, Bildung/Kultur, Umwelt sowie in der Energiepolitik das Gegenteil der Fall ist.

Tabelle 6.12: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SP-Fraktion (III)

	(5)	(9)	(10)
female	-0.173 (0.103)	-0.163 (0.103)	-0.162 (0.102)
c_age	-0.00564 (0.00631)	-0.00546 (0.00627)	-0.00556 (0.00626)
leg46	-0.148* (0.0751)	-0.151 (0.0775)	-0.145 (0.0786)
leg47	-0.210* (0.0992)	-0.163 (0.106)	-0.144 (0.107)
language_2	0.132 (0.205)	0.126 (0.204)	0.125 (0.204)
language_3	-0.176 (0.324)	-0.188 (0.327)	-0.189 (0.327)
paroldiffMEAN	0.0465 (0.0409)	0.0480 (0.0406)	0.0483 (0.0406)
resdiffMEAN	-0.0130 (0.0198)	-0.0135 (0.0199)	-0.0134 (0.0199)
interest_cat_COUNT	0.0138 (0.0330)	0.00958 (0.0331)	0.00986 (0.0330)
constit5	-0.000696 (0.185)	-0.0144 (0.192)	-0.0132 (0.192)
constit14	-0.131 (0.130)	-0.145 (0.130)	-0.146 (0.130)
voteedge	-0.000854 (0.00109)	-0.000787 (0.00109)	-0.000804 (0.00109)
votesharediff	-0.0202* (0.00867)	-0.0205* (0.00883)	-0.0205* (0.00881)
preelect	-0.132** (0.0494)	-0.143** (0.0487)	-0.118* (0.0497)
ENER_FIN			1.156*** (0.134)

(Fortsetzung)

	(5)	(9)	(10)
TRAN_FIN			0.0825 (0.0764)
STATE		-0.0304 (0.0341)	-0.0367 (0.0336)
INT		-0.628*** (0.0777)	-0.627*** (0.0778)
SEC		0.502*** (0.0730)	0.479*** (0.0725)
EUR		-0.245*** (0.0632)	-0.249*** (0.0646)
LAW		-0.0542 (0.0349)	-0.0755* (0.0356)
ECON		0.0289 (0.0383)	0.0340 (0.0379)
FIN		-0.0984* (0.0385)	-0.172*** (0.0389)
SOC		-0.122** (0.0448)	-0.123** (0.0468)
MIG		-0.116 (0.0864)	-0.113 (0.0870)
HEA		0.206*** (0.0614)	0.204*** (0.0614)
EDUCUL		-0.335*** (0.0621)	-0.367*** (0.0631)
COMM		-0.0534 (0.0678)	-0.0607 (0.0681)
TRAN		0.217*** (0.0438)	0.201*** (0.0553)
ENV		-0.199** (0.0637)	-0.200** (0.0610)
AGR		0.488*** (0.0485)	0.522*** (0.0483)
ENER		-0.246** (0.0800)	-1.019*** (0.113)
SP_core	-0.375*** (0.0415)		
rural	0.477** (0.150)	0.482** (0.150)	0.484** (0.150)
urban	-0.0573 (0.115)	-0.0620 (0.115)	-0.0621 (0.115)
coalitSV_CR	0.345*** (0.104)	0.372*** (0.104)	0.370*** (0.105)
coalitRV_SC	-1.264*** (0.0642)	-1.172*** (0.0660)	-1.180*** (0.0661)
coalitSCR_V	-0.775*** (0.0731)	-0.690*** (0.0766)	-0.693*** (0.0769)
coalitCRV_S	-0.378*** (0.0811)	-0.368*** (0.0822)	-0.360*** (0.0821)

(Fortsetzung)

	(5)	(9)	(10)
coalitSCRV_G	1.012*** (0.0703)	0.983*** (0.0728)	1.009*** (0.0739)
coalitSCRVoG	-0.563*** (0.0846)	-0.468*** (0.0827)	-0.471*** (0.0830)
billtype_dec	-0.134** (0.0459)	-0.00202 (0.0621)	0.00265 (0.0622)
votetype_dec	0.179*** (0.0540)	0.169*** (0.0502)	0.162** (0.0502)
rice_all05	-0.358*** (0.0615)	-0.357*** (0.0644)	-0.362*** (0.0649)
rollcalloblig	0.0742 (0.0423)	0.0693 (0.0411)	0.0836* (0.0412)
rollcalldem	-0.168*** (0.0453)	-0.167*** (0.0458)	-0.162*** (0.0462)
pres	0.222 (0.183)	0.293 (0.164)	0.301 (0.160)
pg_pres	-0.300 (0.165)	-0.312 (0.170)	-0.314 (0.169)
days_in	6.12e-05 (3.27e-05)	5.76e-05 (3.30e-05)	5.84e-05 (3.29e-05)
preresign	-0.174 (0.115)	-0.164 (0.115)	-0.163 (0.116)
Constant	-2.651* (1.160)	-2.861* (1.164)	-2.864* (1.163)
Beobachtungen	324'158	319'686	319'686
beob. Erfolge	8'262	8'059	8'059
Anz. Cluster	95	95	95
Prob > Wald χ^2 ⁽¹¹⁰⁾			
VIF max./Mw.	4.24/1.74	4.24/1.61	4.24/1.70
McFadden PSI	0.0075	0.0130	0.0133
McFadden adj. R^2	0.038	0.045	0.046

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

Schliesslich gilt es noch abzuschätzen, ob sich Veränderungen ergeben, wenn entweder die Zahl der Interessenbindungen (Modell 11) oder die Variable zum Ratspräsidium (Modell 12) anders operationalisiert wird. Wiederum sind kaum wesentliche Unterschiede auszumachen. Die Ausrichtung und Stärke der Effekte im Modell 11 stimmen mit denjenigen des Basismodells 5 sogar haargenau überein. In Modell 12 entfällt zwar der eher schwache Einfluss des Zeitverlaufs (wie schon zuvor in den Modellen 8 bis 10), die anderen Effekte bleiben jedoch bestehen. Die neu aufgenommene Variable „mp_pres“ weist einen schwach signifikanten positiven Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten aus, was bedeutet, dass die SP-Fraktion für das Amt des Ratspräsidenten in der Tendenz fraktionsunabhängig politisierende Mitglieder vorschlägt. Um als „Aussenseiterin“ die notwendige Unterstützung der anderen Fraktionen zu erlangen, setzt die SP offenbar auf die höhere fraktionsübergreifende Reputation von verstärkt

¹¹⁰Vgl. Fn. 108

eigenständig agierenden Fraktionsmitgliedern.

Tabelle 6.13: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SP-Fraktion (IV)

	(5)	(11)	(12)
female	-0.173 (0.103)	-0.168 (0.104)	-0.197 (0.106)
c_age	-0.00564 (0.00631)	-0.00565 (0.00642)	-0.00537 (0.00626)
leg46	-0.148* (0.0751)	-0.151* (0.0734)	-0.130 (0.0777)
leg47	-0.210* (0.0992)	-0.216* (0.0973)	-0.191 (0.103)
language_2	0.132 (0.205)	0.120 (0.206)	0.118 (0.205)
language_3	-0.176 (0.324)	-0.180 (0.317)	-0.205 (0.325)
paroldiffMEAN	0.0465 (0.0409)	0.0489 (0.0418)	0.0450 (0.0413)
resdiffMEAN	-0.0130 (0.0198)	-0.0124 (0.0196)	-0.0128 (0.0195)
interest_cat_COUNT	0.0138 (0.0330)		0.00201 (0.0359)
constit5	-0.000696 (0.185)	-0.0101 (0.183)	0.0243 (0.190)
constit14	-0.131 (0.130)	-0.138 (0.133)	-0.107 (0.134)
voteedge	-0.000854 (0.00109)	-0.000837 (0.00106)	-0.000791 (0.00109)
votesharediff	-0.0202* (0.00867)	-0.0207* (0.00856)	-0.0183* (0.00841)
preelect	-0.132** (0.0494)	-0.133** (0.0491)	-0.134** (0.0493)
SP_core	-0.375*** (0.0415)	-0.375*** (0.0415)	-0.375*** (0.0415)
rural	0.477** (0.150)	0.493** (0.152)	0.470** (0.152)
urban	-0.0573 (0.115)	-0.0542 (0.114)	-0.0743 (0.117)
coalitSV_CR	0.345*** (0.104)	0.345*** (0.104)	0.345*** (0.104)
coalitRV_SC	-1.264*** (0.0642)	-1.263*** (0.0641)	-1.263*** (0.0641)
coalitSCR_V	-0.775*** (0.0731)	-0.775*** (0.0730)	-0.774*** (0.0730)
coalitCRV_S	-0.378*** (0.0811)	-0.378*** (0.0811)	-0.377*** (0.0811)
coalitSCRV_G	1.012*** (0.0703)	1.012*** (0.0703)	1.013*** (0.0704)

(Fortsetzung)

	(5)	(11)	(12)
coalitSCRVoG	-0.563*** (0.0846)	-0.563*** (0.0846)	-0.563*** (0.0847)
billtype_dec	-0.134** (0.0459)	-0.134** (0.0459)	-0.133** (0.0459)
votetype_dec	0.179*** (0.0540)	0.179*** (0.0540)	0.179*** (0.0539)
rice_all_05	-0.358*** (0.0615)	-0.358*** (0.0615)	-0.358*** (0.0615)
rollcalloblig	0.0742 (0.0423)	0.0740 (0.0424)	0.0739 (0.0423)
rollcalldem	-0.168*** (0.0453)	-0.168*** (0.0452)	-0.167*** (0.0453)
pres	0.222 (0.183)	0.239 (0.159)	
pg_pres	-0.300 (0.165)	-0.297 (0.165)	-0.285 (0.168)
days_in	6.12e-05 (3.27e-05)	6.12e-05 (3.17e-05)	5.59e-05 (3.34e-05)
preresign	-0.174 (0.115)	-0.170 (0.115)	-0.165 (0.114)
interestCOUNT		0.00486 (0.00646)	
mp_pres			0.297* (0.148)
Constant	-2.651* (1.160)	-2.694* (1.128)	-2.612* (1.152)
Beobachtungen	324'158	324'158	324'158
beob. Erfolge	8'262	8'262	8'262
Anz. Cluster	95	95	95
Prob > Wald χ^2 ⁽¹¹¹⁾			
VIF max./Mw.	4.24/1.74	4.27/1.74	4.27/1.76
McFadden PSI	0.0075	0.0116	0.0117
McFadden adj. R^2	0.038	0.039	0.039

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

Zusammenfassend lassen sich die Erkenntnisse zur SP-Fraktion der Jahre 1996–2005 in folgenden Punkten festhalten:

- Das abweichende Stimmverhalten der SP-Fraktionsmitglieder erfolgt weitgehend unabhängig von individuellen Merkmalen der Fraktionsmitglieder wie Geschlecht, Alter und Sprache.
- Im Zeitverlauf ist bloss eine sehr schwache abnehmende Tendenz beim fraktionsabweichenden Stimmverhalten zu verzeichnen.
- Fraktionsmitglieder, deren Kantonalpartei in der letzten Nationalratswahl

¹¹¹Vgl. Fn. 108

Stimmenanteile verloren hat, neigen stärker zu abweichendem Stimmverhalten, als wenn die Kantonalpartei erfolgreich war.

- Im Vorwahljahr weichen SP-Fraktionsmitglieder weniger häufig von der Fraktionsmehrheit ab als in der übrigen Zeit. In der SP-Fraktion geht Parteigeschlossenheit somit über persönliche Profilierung im Wahlkampf.
- SP-Fraktionsmitglieder weichen besonders häufig von der Mehrheitslinie ab, wenn sicherheits-, gesundheits-, verkehrs- und landwirtschaftspolitische Vorlagen behandelt werden. Besonders wenige Abweichungen sind bei aussen- und europapolitischen sowie bei finanz-, sozial-, bildungs-, umwelt- und energiepolitischen Geschäften auszumachen. Zudem zeigt sich, dass bei den SP-Kernthemen weniger stark abgewichen wird als bei anderen Themenbereichen.
- Zumindest im Energiebereich liegen Hinweise auf Porkbarrel-Verhalten vor.
- Die Politik der SP-Fraktionsmehrheit spiegelt urbane Interessenslagen und Werthaltungen wider; Fraktionsangehörige aus ländlichen Räumen weichen häufiger von der Fraktionslinie ab.
- Die SP-Fraktionsmitglieder fühlen sich „unwohl“, wenn in der Allianz, an der sie beteiligt sind, die Grünen als treuste Bündnispartner fehlen. Zudem besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit für abweichendes Verhalten, wenn die SP zusammen mit der SVP gegen CVP und FDP antritt.
- SP-Fraktionsmitglieder beachten am stärksten die Fraktionslinie, wenn es sich um weniger bedeutende Abstimmungen, z.B. im Rahmen der Detailberatung oder von parlamentarischen Vorstössen, handelt. Besonders selten ist abweichendes Stimmverhalten, wenn in diesen Fällen eine namentliche Abstimmung verlangt wird.
- Bei knappem Abstimmungsausgang im Gesamtrat ist weniger oft abweichendes Stimmverhalten zu beobachten, was auf einen starken Einfluss der Fraktionsleitung hindeutet.
- Keinen wesentlichen Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten übt demgegenüber das Amt des Fraktions- oder Nationalratspräsidiums aus.

6.6 Abweichendes Stimmverhalten in der SVP-Fraktion

Die Analyse des abweichenden Stimmverhaltens innerhalb der SVP-Fraktion folgt demselben Ablauf wie bei den drei zuvor untersuchten Fraktionen. Die erste Auswertung beinhaltet die vier Teilmodelle sowie das vollständige Basismodell und dient einer ersten Abschätzung der Robustheit der Modelle (vgl. Tabelle 6.14). Wie schon in den drei vorangegangenen Abschnitten zeigen sich auch hier keine grundlegenden Divergenzen zwischen den einzelnen Teilmodellen und dem Basismodell, d.h. es findet in keinem Fall ein Vorzeichenwechsel bei bleibender Signifikanz statt. Hingegen wechseln die Effekte einiger Faktoren von einem

nicht-signifikanten zu einem signifikanten Wert (oder umgekehrt), was jedoch im Rahmen der Erwartungen liegt.

Eine genauere Betrachtung des Basismodells 5 zeigt bei den soziodemografischen Variablen einen Unterschied zu den bisherigen Analysen, da die SVP die erste Fraktion darstellt, in welcher ein signifikanter Unterschied zwischen den Geschlechtern auszumachen ist. Die (wenigen) Frauen in der Fraktion sind deutlich häufiger von der Mehrheitslinie abgewichen als ihre männlichen Kollegen, was der Erwartung gemäss Hypothese H19 entspricht. Neben den Frauen sind es auch Fraktionsangehörige aus der Romandie, welche sich häufiger um die Mehrheitsposition foutieren, womit auch die Hypothese H21 Bestätigung findet. Beim Zeitverlauf zeigt sich ähnlich wie in den anderen Fraktionen lediglich eine eher schwache Tendenz zu weniger Abweichungen, was angesichts der zunehmenden innerparteilichen Homogenität der SVP eher überrascht. Allerdings ist anzunehmen, dass aufgrund der jüngsten Abspaltungen und Ausschlüsse der Zeiteffekt stärker hervortreten und der Geschlechtereffekt möglicherweise ganz verschwinden würde, wenn die Analyse mit Daten bis Ende 2008 fortgeführt würde; denn unter den vier Nationalratsmitgliedern, welche die Partei nach den Wahlen 2007 verliessen, befinden sich mit den Nationalrätinnen Brigitta Gadiant und Ursula Haller zwei weibliche Mitglieder, die besonders häufig von der Fraktionslinie abgewichen waren (vgl. Abschnitt 4.2.7, Tabelle 4.2).

Von den Faktoren der Wahlkreisorientierung zeigen deren zwei signifikante Effekte auf das abweichende Stimmverhalten innerhalb der SVP-Fraktion: die ideologische Distanz zwischen Nationalratsfraktion und Kantonalpartei sowie das letzte Jahr vor dem Wahltermin. Beim Verhältnis zur eigenen Kantonalpartei zeigt sich der erwartete Zusammenhang gemäss Hypothese H1: Je stärker die Positionen der Kantonalpartei von denjenigen der Nationalratsfraktion abweichen, desto häufiger weicht auch das Fraktionsmitglied ab. Verworfen werden kann hingegen die Vermutung aus Hypothese H8, da die SVP-Fraktionsmitglieder im letzten Jahr vor dem Wahltermin nicht vermehrt, sondern seltener von der Fraktionslinie abweichen.

Wie schon bei der SP-Fraktion zeigt sich auch bei der SVP im Rahmen der Variablen zu den politischen Inhalten, dass bei den Kernthemen der Partei sehr viel weniger abweichendes Stimmverhalten zu verzeichnen ist (Bestätigung der Hypothese H9). Hingegen spielt die funktional-räumliche Herkunft der Fraktionsmitglieder keine Rolle, was als starker Hinweis gewertet werden kann, dass die SVP von allen vier untersuchten Parteien in diesem Punkt die ausgeglichene Zusammensetzung aufweist und längst nicht mehr die ländlich geprägte Partei darstellt, die sie historisch einmal war. Wie schon bei den anderen Fraktionen weisen auch bei der SVP die Allianzbildungsmuster einen wesentlichen Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten auf. Häufige Abweichungen treten auf, wenn der Fraktion die FDP als traditionelle Bündnispartnerin abhanden kommt oder wenn sie gänzlich isoliert dasteht. Am geringsten ist die Abweichrate, wenn sich die drei Bürgerlichen vereint gegen die SP stellen oder wenn alle vier Bundesratsparteien dieselbe Haltung vertreten. Dieses Muster stimmt mit den Erwartungen in Hypothese H11 vollauf überein.

Auch bei den institutionellen Faktoren sind einige Effekte auf das abweichende Stimmverhalten auszumachen. So sind erwartungsgemäss weniger Abweichungen in Abstimmungen zu beobachten, welche eine geringere formelle Bedeutung besitzen (Hypothese H12). Hingegen ist im Falle der Geschäftskategorien kein entsprechender signifikanter Zusammenhang erkennbar. Daneben weist auch

der Publikationsstatus der Abstimmung einen signifikanten Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten aus: SVP-Fraktionsmitglieder weichen vermehrt ab, wenn die Veröffentlichung des individuellen Stimmverhaltens auf Verlangen erfolgt, während in obligatorisch veröffentlichten Abstimmungen der gegenteilige Effekt sichtbar wird. Die Hypothese H14a wird somit bestätigt, während das Verhaltensmuster in Bezug auf die Hypothese H14b entgegen den Erwartungen nicht der SP, sondern demjenigen von CVP und FDP folgt.

Unerwartet fällt auch das Ergebnis hinsichtlich der Abweichrate bei besonders knappem Abstimmungsausgang im Gesamtrat aus, wo die SVP-Fraktionsmitglieder verstärkt abweichendes Verhalten zeigen. Auch in diesem Punkt folgt die SVP-Fraktion dem Muster der beiden anderen bürgerlichen Parteien. Die Hypothese H13 ist darum zu verwerfen.

Tabelle 6.14: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SVP-Fraktion (I)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
female	1.388*** (0.253)				1.023*** (0.163)
c_age	-0.000419 (0.00911)				0.00752 (0.00999)
leg46	0.198 (0.135)				-0.0620 (0.0977)
leg47	0.0379 (0.157)				-0.295* (0.133)
language_2	0.226 (0.193)				0.900* (0.404)
paroldiffMEAN		0.114*** (0.0328)			0.0737** (0.0233)
resdiffMEAN		-0.0135 (0.0660)			-0.116 (0.106)
interest_cat_COUNT		0.126 (0.104)			0.201 (0.110)
constit5		-0.0753 (0.385)			0.0648 (0.275)
constit14		-0.335 (0.415)			-0.137 (0.396)
voteedge		0.00248* (0.00118)			-4.45e-06 (0.00109)
votesharediff		0.00993 (0.0184)			0.00520 (0.0166)
preelect		0.0325 (0.0555)			-0.165*** (0.0439)
SVP_core			-0.139*** (0.0330)		-0.171*** (0.0242)
rural			0.602* (0.267)		0.456 (0.258)
urban			0.584* (0.259)		0.317 (0.241)

(Fortsetzung)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
coalitSR_CV			0.249*** (0.0707)		0.246** (0.0809)
coalitRV_SC			-0.195 (0.174)		-0.170 (0.208)
coalitSV_CR			0.522*** (0.0670)		0.591*** (0.0758)
coalitSCR_V			0.499** (0.154)		0.594** (0.182)
coalitCRV_S			-1.159*** (0.0789)		-1.140*** (0.0847)
coalitSCRV			-0.318* (0.147)		-0.331* (0.168)
billtype_dec				-0.0771* (0.0331)	-0.0149 (0.0358)
votetype_dec				0.420*** (0.0530)	0.136* (0.0579)
rice_all_05				0.00557 (0.0605)	0.112* (0.0459)
rollcalloblig				-0.222** (0.0758)	-0.118** (0.0418)
rollcalldem				0.201*** (0.0432)	0.144*** (0.0319)
pg_pres				-0.358 (0.363)	-0.544 (0.507)
days_in				2.02e-05 (5.42e-05)	6.64e-05 (5.18e-05)
preresign				0.236 (0.374)	0.313 (0.238)
Constant	-3.327*** (0.110)	-4.322* (1.706)	-3.089*** (0.139)	-3.104*** (0.175)	-1.119 (2.618)
Beobachtungen	261'875	261'875	261'875	261'858	261'858
beob. Erfolge	12'410	12'410	12'410	12'410	12'410
Anz. Cluster	70	70	70	70	70
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	1.64/1.27	1.58/1.37	3.19/1.77	2.74/1.41	3.27/1.72
McFadden PSI	0.0174	0.0161	0.0210	0.0014	0.0650
McFadden adj. R^2	0.032	0.032	0.053	0.003	0.103

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

In der zweiten Modellserie wird als erstes das Basismodell 5 mit dem Modell 6, in welchem unbestrittene Abstimmungen ausgeklammert sind, verglichen (Tabelle 6.15). An zwei Stellen — beim Koalitionsmuster aller vier Bundesratsparteien sowie bei den automatisch publizierten Abstimmungen — fallen die Variablen aus dem Signifikanzbereich. Insgesamt fallen die Unterschiede jedoch kaum ins Gewicht.

Das Modell 7 wird lediglich aufgeführt, um die Vergleichbarkeit mit den Auswertungen zu den anderen Fraktionen zu gewährleisten. Weil im Untersuchungszeitraum bei keinem der drei Wahltermine eine stille Wahl eines SVP-

Vertreter in einem Einerwahlkreis stattgefunden hat, ergeben sich durch die Ausklammerung der entsprechenden Wahlkreisvariablen keine Änderungen in der Anzahl der Beobachtungen. In jedem Modell ist das Stimmverhalten von 70 SVP-Nationalratsmitgliedern enthalten. Dennoch sei hier vermerkt, dass keine einzige der verbleibenden Variablen durch die Modifikation des Modells im Vergleich zum Basismodell eine Veränderung erfährt.

Interessanter sind demgegenüber die Resultate des achten Modells. Dieses nimmt die beiden Porkbarrelbereiche auf, von welchen der Energiebereich — wie bereits bei der Analyse zur SP-Fraktion — einen signifikanten Einfluss in

Tabelle 6.15: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SVP-Fraktion (II)

	(5)	(6)	(7)	(8)
female	1.023*** (0.163)	1.023*** (0.163)	1.026*** (0.159)	1.032*** (0.164)
c_age	0.00752 (0.00999)	0.00744 (0.0100)	0.00736 (0.00977)	0.00765 (0.0100)
leg46	-0.0620 (0.0977)	-0.0691 (0.0982)	-0.0513 (0.0928)	0.0379 (0.102)
leg47	-0.295* (0.133)	-0.305* (0.134)	-0.294* (0.133)	-0.144 (0.134)
language_2	0.900* (0.404)	0.899* (0.403)	0.918* (0.427)	0.905* (0.407)
paroldiffMEAN	0.0737** (0.0233)	0.0733** (0.0233)	0.0709* (0.0280)	0.0736** (0.0235)
resdiffMEAN	-0.116 (0.106)	-0.116 (0.106)	-0.116 (0.103)	-0.116 (0.107)
interest_cat_COUNT	0.201 (0.110)	0.202 (0.110)	0.201 (0.106)	0.202 (0.111)
FIN				-0.00654 (0.0364)
TRAN				0.151* (0.0604)
ENER				0.0287 (0.109)
ENER_FIN				0.316** (0.122)
TRAN_FIN				0.0786 (0.0927)
constit5	0.0648 (0.275)	0.0713 (0.276)	0.0890 (0.279)	0.0692 (0.277)
constit14	-0.137 (0.396)	-0.139 (0.396)	-0.147 (0.375)	-0.136 (0.398)
voteedge	-4.45e-06 (0.00109)	2.28e-05 (0.00109)		-1.98e-05 (0.00109)
votesharediff	0.00520 (0.0166)	0.00503 (0.0166)		0.00553 (0.0168)
preelect	-0.165*** (0.0439)	-0.147*** (0.0433)	-0.164*** (0.0455)	-0.103* (0.0439)

(Fortsetzung)

	(5)	(6)	(7)	(8)
SVP_core	-0.171*** (0.0242)	-0.150*** (0.0228)	-0.171*** (0.0239)	
rural	0.456 (0.258)	0.460 (0.258)	0.451 (0.261)	0.458 (0.260)
urban	0.317 (0.241)	0.321 (0.241)	0.307 (0.229)	0.318 (0.243)
coalitSR_CV	0.246** (0.0809)	0.278*** (0.0778)	0.246** (0.0808)	0.252** (0.0820)
coalitRV_SC	-0.170 (0.208)	-0.128 (0.203)	-0.170 (0.207)	-0.176 (0.206)
coalitSV_CR	0.591*** (0.0758)	0.621*** (0.0716)	0.591*** (0.0757)	0.600*** (0.0770)
coalitSCR_V	0.594** (0.182)	0.610*** (0.180)	0.594** (0.182)	0.598** (0.183)
coalitCRV_S	-1.140*** (0.0847)	-0.992*** (0.0825)	-1.141*** (0.0848)	-1.140*** (0.0840)
coalitSCRV	-0.331* (0.168)	0.00412 (0.156)	-0.331* (0.168)	-0.313 (0.169)
billtype_dec	-0.0149 (0.0358)	0.00490 (0.0352)	-0.0148 (0.0358)	-0.0835* (0.0389)
votetype_dec	0.136* (0.0579)	0.152** (0.0543)	0.136* (0.0577)	0.162** (0.0586)
rice_all_05	0.112* (0.0459)	0.0997* (0.0455)	0.112* (0.0460)	0.117* (0.0472)
rollcalloblig	-0.118** (0.0418)	0.0116 (0.0392)	-0.118** (0.0416)	-0.133*** (0.0404)
rollcalldem	0.144*** (0.0319)	0.130*** (0.0318)	0.144*** (0.0319)	0.137*** (0.0312)
pg_pres	-0.544 (0.507)	-0.552 (0.513)	-0.549 (0.503)	-0.574 (0.495)
days_in	6.64e-05 (5.18e-05)	6.35e-05 (5.22e-05)	6.59e-05 (5.42e-05)	6.87e-05 (5.20e-05)
preresign	0.313 (0.238)	0.335 (0.231)	0.302 (0.245)	0.295 (0.241)
Constant	-1.119 (2.618)	-1.191 (2.618)	-1.059 (2.663)	-1.331 (2.634)
Beobachtungen	261'858	233'830	261'858	258'381
beob. Erfolge	12'410	12'410	12'410	12'232
Anz. Cluster	70	70	70	70
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	3.27/1.72	2.99/1.67	3.27/1.65	3.28/1.77
McFadden PSI	0.0650	0.0643	0.0650	0.0656
McFadden adj. R^2	0.103	0.101	0.103	0.104

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

die erwartete Richtung gemäss der Hypothese H4 aufweist. Durch die Modellveränderung fällt bei den übrigen Variablen der ohnehin eher schwach ausgebildete Zeiteffekt dahin, ebenso der Einfluss des Koalitionsusters, das al-

le vier Bundesratsparteien vereint. Knapp signifikant zeigt sich demgegenüber der negative Effekt bezüglich der Bedeutung des zur Abstimmung stehenden Geschäfts.

In den Modellen 9 und 10 werden anstatt der SVP-Kernthemen die 16 Politikbereiche einzeln integriert. Analog zum Modell 8 ergeben sich Veränderungen beim Zeiteffekt sowie beim Koalitionsmuster aller vier Bundesratsparteien (in beiden Fällen entfällt der signifikante Einfluss). Bestehen bleibt hingegen die

Tabelle 6.16: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SVP-Fraktion (III)

	(5)	(9)	(10)
female	1.023*** (0.163)	1.028*** (0.164)	1.028*** (0.164)
c_age	0.00752 (0.00999)	0.00741 (0.0101)	0.00739 (0.0101)
leg46	-0.0620 (0.0977)	-0.00769 (0.101)	0.00231 (0.0996)
leg47	-0.295* (0.133)	-0.229 (0.132)	-0.221 (0.132)
language_2	0.900* (0.404)	0.895* (0.407)	0.897* (0.407)
paroldiffMEAN	0.0737** (0.0233)	0.0733** (0.0235)	0.0734** (0.0235)
resdiffMEAN	-0.116 (0.106)	-0.116 (0.107)	-0.116 (0.107)
interest_cat_COUNT	0.201 (0.110)	0.203 (0.111)	0.203 (0.111)
constit5	0.0648 (0.275)	0.0688 (0.276)	0.0691 (0.276)
constit14	-0.137 (0.396)	-0.134 (0.398)	-0.135 (0.398)
voteedge	-4.45e-06 (0.00109)	1.91e-06 (0.00110)	-9.80e-06 (0.00110)
votesharediff	0.00520 (0.0166)	0.00539 (0.0168)	0.00546 (0.0168)
preelect	-0.165*** (0.0439)	-0.170*** (0.0424)	-0.166*** (0.0422)
ENER_FIN			0.393*** (0.112)
TRAN_FIN			0.0485 (0.100)
STATE		-0.0762** (0.0259)	-0.0841*** (0.0255)
INT		0.0307 (0.0682)	0.0309 (0.0666)
SEC		-0.163* (0.0700)	-0.185** (0.0704)
EUR		-0.170** (0.0596)	-0.156** (0.0599)

(Fortsetzung)

	(5)	(9)	(10)
LAW		-0.103** (0.0317)	-0.118*** (0.0304)
ECON		-0.122*** (0.0349)	-0.122*** (0.0346)
FIN		0.0162 (0.0357)	-0.0167 (0.0385)
SOC		-0.0611 (0.0334)	-0.0724* (0.0345)
MIG		-0.219** (0.0718)	-0.223** (0.0714)
HEA		0.0809 (0.0592)	0.0840 (0.0591)
EDUCUL		0.273*** (0.0348)	0.257*** (0.0357)
COMM		0.178** (0.0643)	0.174** (0.0640)
TRAN		0.146* (0.0577)	0.122* (0.0618)
ENV		0.0987* (0.0501)	0.0903 (0.0500)
AGR		0.158 (0.103)	0.172 (0.103)
ENER		0.225* (0.0885)	-0.0193 (0.110)
SVP_core	-0.171*** (0.0242)		
rural	0.456 (0.258)	0.461 (0.260)	0.460 (0.260)
urban	0.317 (0.241)	0.318 (0.243)	0.319 (0.243)
coalitSR_CV	0.246** (0.0809)	0.246** (0.0848)	0.241** (0.0841)
coalitRV_SC	-0.170 (0.208)	-0.155 (0.198)	-0.160 (0.197)
coalitSV_CR	0.591*** (0.0758)	0.640*** (0.0760)	0.635*** (0.0762)
coalitSCR_V	0.594** (0.182)	0.598*** (0.176)	0.595*** (0.177)
coalitCRV_S	-1.140*** (0.0847)	-1.104*** (0.0824)	-1.101*** (0.0823)
coalitSCRV	-0.331* (0.168)	-0.323 (0.171)	-0.323 (0.172)
billtype_dec	-0.0149 (0.0358)	-0.0470 (0.0426)	-0.0433 (0.0424)
votetype_dec	0.136* (0.0579)	0.141** (0.0538)	0.136* (0.0542)
rice_all_05	0.112* (0.0459)	0.0988* (0.0469)	0.100* (0.0467)

(Fortsetzung)

	(5)	(9)	(10)
rollcalloblig	-0.118** (0.0418)	-0.105** (0.0400)	-0.101* (0.0404)
rollcalldem	0.144*** (0.0319)	0.146*** (0.0327)	0.149*** (0.0325)
pg_pres	-0.544 (0.507)	-0.582 (0.507)	-0.583 (0.507)
days_in	6.64e-05 (5.18e-05)	6.40e-05 (5.26e-05)	6.48e-05 (5.25e-05)
preresign	0.313 (0.238)	0.320 (0.238)	0.323 (0.236)
Constant	-1.119 (2.618)	-1.272 (2.633)	-1.263 (2.631)
Beobachtungen	261'858	258'381	258'381
beob. Erfolge	12'410	12'232	12'232
Anz. Cluster	70	70	70
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	3.27/1.72	3.30/1.57	3.30/1.65
McFadden PSI	0.0650	0.0669	0.0670
McFadden adj. R^2	0.103	0.106	0.107

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

erhöhte Abweichrate, wenn Energievorlagen mit Finanzierungsbeschlüssen gekoppelt sind (Porkbarrel-Hypothese). In welchen Politikbereichen weichen die SVP-Fraktionsmitglieder besonders häufig bzw. selten von der Fraktionslinie ab? Häufige Abweichungen sind in den Bereichen Bildung/Kultur, Kommunikation, Verkehr, Umwelt und Energie zu verzeichnen, während das Gegenteil bei staats-, sicherheits-, europa-, rechts-, wirtschafts- sowie migrationspolitischen Vorlagen der Fall ist.

Es bleiben die Modelle 11 und 12, welche unterschiedliche Operationalisierungen für die Zahl der Interessenbindungen sowie für das Amt des Ratspräsidenten (im speziellen Fall der SVP ist diese Variable bislang ganz entfallen, da in

Tabelle 6.17: Regressionsmodelle zum abweichenden Stimmverhalten in der SVP-Fraktion (IV)

	(5)	(11)	(12)
female	1.023*** (0.163)	0.918*** (0.176)	1.031*** (0.165)
c_age	0.00752 (0.00999)	0.00812 (0.00939)	0.00723 (0.0100)
leg46	-0.0620 (0.0977)	-0.0182 (0.114)	-0.0579 (0.0982)
leg47	-0.295* (0.133)	-0.241 (0.148)	-0.284* (0.135)
language_2	0.900* (0.404)	0.719* (0.308)	0.906* (0.409)

(Fortsetzung)

	(5)	(11)	(12)
paroldiffMEAN	0.0737** (0.0233)	0.0806** (0.0252)	0.0735** (0.0230)
resdiffMEAN	-0.116 (0.106)	-0.109 (0.0987)	-0.119 (0.108)
interest_cat_COUNT	0.201 (0.110)		0.199 (0.110)
constit5	0.0648 (0.275)	-0.115 (0.273)	0.0584 (0.271)
constit14	-0.137 (0.396)	-0.0922 (0.439)	-0.137 (0.397)
voteedge	-4.45e-06 (0.00109)	0.000853 (0.000878)	3.91e-05 (0.00111)
votesharediff	0.00520 (0.0166)	0.0100 (0.0194)	0.00501 (0.0166)
preelect	-0.165*** (0.0439)	-0.154** (0.0481)	-0.160*** (0.0438)
SVP_core	-0.171*** (0.0242)	-0.170*** (0.0239)	-0.171*** (0.0241)
rural	0.456 (0.258)	0.536 (0.294)	0.469 (0.258)
urban	0.317 (0.241)	0.406 (0.295)	0.321 (0.239)
coalitSR_CV	0.246** (0.0809)	0.246** (0.0808)	0.246** (0.0809)
coalitRV_SC	-0.170 (0.208)	-0.169 (0.208)	-0.170 (0.208)
coalitSV_CR	0.591*** (0.0758)	0.592*** (0.0762)	0.591*** (0.0758)
coalitSCR_V	0.594** (0.182)	0.594** (0.182)	0.594** (0.182)
coalitCRV_S	-1.140*** (0.0847)	-1.140*** (0.0849)	-1.140*** (0.0847)
coalitSCRV	-0.331* (0.168)	-0.330* (0.168)	-0.331* (0.168)
billtype_dec	-0.0149 (0.0358)	-0.0185 (0.0360)	-0.0153 (0.0356)
votetype_dec	0.136* (0.0579)	0.134* (0.0576)	0.136* (0.0578)
rice_all_05	0.112* (0.0459)	0.112* (0.0459)	0.112* (0.0459)
rollcalloblig	-0.118** (0.0418)	-0.119** (0.0419)	-0.118** (0.0419)
rollcalldem	0.144*** (0.0319)	0.143*** (0.0319)	0.145*** (0.0320)
pg_pres	-0.544 (0.507)	-0.379 (0.491)	-0.526 (0.510)
days_in	6.64e-05 (5.18e-05)	4.32e-05 (6.09e-05)	6.10e-05 (5.47e-05)

(Fortsetzung)

	(5)	(11)	(12)
preresign	0.313 (0.238)	0.332 (0.239)	0.304 (0.240)
interestCOUNT		0.0328 (0.0195)	
mp_pres			0.140 (0.215)
Constant	-1.119 (2.618)	-1.154 (2.503)	-1.045 (2.654)
Beobachtungen	261'858	261'858	261'875
beob. Erfolge	12'410	12'410	12'410
Anz. Cluster	70	70	70
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	3.27/1.72	3.27/1.72	3.27/1.73
McFadden PSI	0.0650	0.0632	0.0650
McFadden adj. R^2	0.103	0.101	0.103

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

den bloss 17 Fällen, in denen ein SVP-Ratspräsident seine Stimme abgegeben hat, keine einzige Fraktionsabweichung zu verzeichnen ist). Die Unterschiede beider Modelle zum Basismodell fallen minimal aus. Wesentlich ist einzig, dass in Modell 11 der Zeiteffekt entfällt (wie schon zuvor in den Modellen 8 bis 10).

Zusammenfassend lassen sich die Erkenntnisse zur SVP-Fraktion der Jahre 1996–2005 in folgenden Punkten darstellen:

- Frauen nehmen in der SVP-Fraktion häufiger politische Minderheitspositionen ein. Neben dem Geschlecht bildet auch die Sprachregion einen ausschlaggebenden Faktor: Fraktionsmitglieder aus der Romandie zeigen häufiger abweichendes Stimmverhalten.
- Im Zeitverlauf nimmt bei der SVP-Fraktion das fraktionsabweichende Stimmverhalten nur geringfügig ab.
- SVP-Fraktionsmitglieder weisen einen starken Bezug zu ihrer Kantonalpartei auf: Je grösser die ideologische Differenz zwischen der Kantonalpartei und der Nationalratsfraktion, desto häufiger ist abweichendes Stimmverhalten festzustellen.
- Im Vorwahljahr weichen SVP-Fraktionsmitglieder weniger häufig von der Fraktionsmehrheit ab als in der übrigen Zeit. In der SVP-Fraktion geht Parteigeschlossenheit somit über persönliche Profilierung im Wahlkampf.
- SVP-Fraktionsmitglieder weichen besonders häufig von der Fraktionslinie ab, wenn bildungs-, kommunikations-, verkehrs-, umwelt- und energiepolitische Vorlagen behandelt werden. Besonders wenige Abweichungen sind bei staatspolitischen sowie bei sicherheits-, europa-, rechts-, wirtschafts- und migrationspolitischen Geschäften auszumachen. Zudem zeigt sich, dass die Fraktionsmitglieder bei den Kernthemen der SVP weniger stark von der Fraktionsmehrheit abweichen als bei anderen Themenbereichen. Hinweise auf Porkbarrel-Verhalten liegen im Energiebereich vor.

- Die sozialräumliche Herkunft der Fraktionsmitglieder übt keinen Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten aus; die SVP weist in dieser Beziehung als einzige Fraktion eine ausgeglichene innere Struktur auf.
- Am wohlsten ist es den SVP-Fraktionsmitgliedern, wenn sie in einer Allianz stehen, an der auch die FDP beteiligt ist. Häufigeres abweichendes Stimmverhalten ist v.a. dann auszumachen, wenn entweder die SVP gegen den Rest antritt oder eine Koalition mit der SP gegen FDP und CVP stattfindet.
- SVP-Fraktionsmitglieder beachten am stärksten die Fraktionslinie, wenn es sich um weniger bedeutende Abstimmungen (z.B. im Rahmen der Detailberatung oder von parlamentarischen Vorstößen) handelt. Findet bei solchen Abstimmungen eine speziell verlangte namentliche Abstimmung statt, provoziert dies vermehrte Abweichungen von der SVP-Fraktionslinie.
- Der Einfluss der SVP-Fraktionsleitung auf das linientreue Stimmverhalten ist eher gering: Bei knappen Abstimmungsergebnissen im Gesamtrat ist häufiger abweichendes Stimmverhalten zu beobachten.
- Das Amt des SVP-Fraktionspräsidiums zeigt keinen Einfluss auf das abweichende Stimmverhalten. Dasselbe gilt für die Auswahl der Ratspräsidenten.

6.7 Bewertung der Hypothesen im Fraktionsvergleich

Der Vergleich der Modellrechnungen aus den Abschnitten 6.3 bis 6.6 zeigt neben einigen Gemeinsamkeiten vor allem deutliche Unterschiede zwischen den vier Fraktionen, wenn es das fraktionsabweichende Verhalten zu erklären gilt. Die vorgefundenen Unterschiede rechtfertigen das gewählte Vorgehen, die Untersuchung für jede Fraktion getrennt durchzuführen und so zu differenzierten Resultaten zu gelangen. Nachfolgend werden die Hauptaussagen aus den vier getrennten Untersuchungen einander gegenüber gestellt, um daraus gemeinsame Schlussfolgerungen für die Erklärung des abweichenden Stimmverhaltens zu generieren.

Die Hauptergebnisse der vier getrennten Untersuchungen werden in zwei separaten Tabellen zusammenfassend dargestellt. Die erste Tabelle 6.18 listet diejenigen Variablen auf, welche sich in den fraktionspezifischen Modellberechnungen als signifikant erwiesen haben (mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von maximal fünf Prozent). Ein Plus-Symbol weist auf einen positiven Einfluss der Variable auf das abweichende Stimmverhalten hin, ein Minus-Symbol auf einen negativen Einfluss. In Klammern gesetzte Symbole deuten an, dass sich der entsprechende signifikante Einfluss zwar in einer Mehrheit, aber nicht in allen berechneten Modellen gezeigt hat. Leere Felder bedeuten, dass keine signifikanten Zusammenhänge feststellbar sind.

Die zweite Tabelle 6.19 nimmt eine Bewertung der Hypothesen aus Abschnitt 4.3 vor. Die Grundlage hierfür bilden die zuvor in Tabelle 6.18 zusammengefassten Resultate. Die Hypothesenbewertung erfolgt wiederum mit Plus- und

Minus-Symbolen; ein Plus-Symbol weist auf die Bestätigung einer Hypothese hin, ein Minus-Symbol auf deren Verwerfung. In Klammern gesetzte Symbole bedeuten eine teilweise Bestätigung bzw. Verwerfung der Hypothese. Verworfen wird eine Hypothese nur dann, wenn sich im Modell ein signifikant der Formulierung entgegengesetzter Einfluss bemerkbar gemacht hat. In allen anderen Fällen, in denen sich keine signifikante Zusammenhänge gezeigt haben, bleibt das entsprechende Feld in der Tabelle leer.

Der Struktur ihrer theoretischen Herleitung in Abschnitt 4.3 folgend, stehen die Hypothesen stellvertretend für vier übergeordnete Erklärungsansätze zum abweichenden Stimmverhalten:

- die Orientierung an Wahlkreisgruppen (Wiederwahlorientierung; Hypothesen H1 bis H8),
- die Bedeutung politischer Werthaltungen und Ideologien (Hypothesen H9 bis H11),
- der Einfluss legislativer Institutionen (Hypothesen H12 bis H18) sowie
- der Einfluss soziodemografischer und -kultureller Variablen sowie des Zeitverlaufs (Hypothesen H19 bis H21).

Bezogen auf die Zahl der bestätigten Hypothesen am meisten Übereinstimmungen zwischen den vier Fraktionen zeigen sich bei den Ansätzen, welche abweichendes Stimmverhalten in Abhängigkeit politischer Positionen zu erklären versuchen. Zwar ist auch hier das Bild nicht einheitlich, indem auf die SP-Fraktion alle drei Hypothesen zutreffen, während dies für CVP, FDP und SVP nur bei jeweils zwei von dreien gilt. Die Hypothese H11, welche einen Einfluss des Allianzbildungsmusters auf das abweichende Stimmverhalten postuliert, findet gar bei allen vier Fraktionen Bestätigung. Zu diesem Ergebnis sind unterschiedliche Interpretationen denkbar: Die eine geht von einem direkten Bezug aus, wonach die Bildung einer bestimmten Koalition einen Teil der Fraktion aus ideologischen Gründen der Gegenkoalition in die Arme treibt. Glaubhaft scheint diese Interpretation vor allem in den Fällen sogenannt „unheiliger Allianzen“ zu sein. In der Regel dürften die Koalitionsmuster aber eher einen indirekten Bezug zum abweichenden Stimmverhalten aufweisen, indem mit der Bildung einer bestimmten Allianz eine inhaltliche Positionierung einher geht, welche von den abweichenden Fraktionsmitgliedern nicht geteilt wird. Für die vorliegende Arbeit ist es kaum entscheidend, welche Interpretation eher zutrifft, denn beide verweisen letztlich im selben Mass auf die grosse Bedeutung der politischen Positionierung für das abweichende Stimmverhalten.

Mit Ausnahme der SVP-Fraktion wird auch die Hypothese H10 zur sozialräumlichen Herkunft der Parlamentsmitglieder bestätigt. Tatsächlich weichen die in Städten wohnhaften CVP-Mitglieder sowie die auf dem Land wohnhaften FDP- und SP-Mitglieder häufiger von der Fraktionsmehrheit ab. Dieser Befund weist darauf hin, dass in diesen drei Parteien die historischen Umstände ihrer Gründung bis heute nachklingen. Interessant ist der Fall der SVP, welche als einzige Fraktion keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der räumlichen Herkunft ihrer Mitglieder aufweist. Hierfür dürfte das rasante Wachstum der letzten rund 15 Jahre, welches die Mitgliederbasis gerade auch in urbanen Gebieten und Agglomerationen stark erweitert hat, eine entscheidende Rolle ge-

spielt haben. Da der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit erst Ende 1996 beginnt, muss es bei dieser Vermutung bleiben.

Aufschlussreich sind auch die Ergebnisse zur Kernthemen-Hypothese H9. Diese wird nur bei der SP- und SVP-Fraktion bestätigt. Die nicht signifikanten Resultate im Falle von CVP und FDP sind hingegen nicht unplausibel, wenn man sich die inhaltliche Breite der beiden Mitteparteien vergegenwärtigt. Die Heterogenität des Kandidatenfeldes wird mit der Wahl in den Nationalrat allem Anschein nach nicht eingeschränkt, sondern findet nach der Wahl ihre Fortsetzung in der Fraktion. Wenn die Kandidierenden einer Partei vor der Wahl andere Kernthemen vermitteln als nach der Wahl die Fraktionsmitglieder im Parlament, liegt es relativ nahe, daraus auf eine inhaltliche Profillosigkeit zu schliessen. Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit fällt auf die Phase grösster Verunsicherung innerhalb von CVP und FDP, welche erst nach den Wahlen 2003 — also gegen Ende der Untersuchungsperiode — in Bestrebungen zu einer programmatischen Erneuerung mündeten. Ob diese Bestrebungen bereits bei den Wahlen 2007 Früchte getragen haben, wäre in einer separaten Analyse zu untersuchen.

Tabelle 6.18: Einfluss der unabhängigen Variablen auf das abweichende Stimmverhalten (Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Regressionsmodellen zu den vier Fraktionen)

Einflussfaktoren	CVP	FDP	SP	SVP
Weibliches Geschlecht				+
Alter				
46. Legislaturperiode ¹¹²		-	(-)	
47. Legislaturperiode ¹¹²		-	(-)	(-)
Französischsprachig ¹¹³		+		+
Italienischsprachig ¹¹³		+		n.a.
Differenz zu Kantonalpartei				+
Differenz zu Wahlberechtigten				
Interessengruppenzugehörigkeit				
Wahlkreisgrösse ≤ 4 Sitze ¹¹⁴				
Wahlkreisgrösse ≥ 15 Sitze ¹¹⁴				
Stimmenvorsprung auf Liste				
Veränderung des Wähleranteils	-		-	
Vorwahljahr			-	-
Kernthemen			-	-
Bereich staatl. Institutionen	+			-
Bereich internat. Politik	-	-	-	
Bereich Sicherheit	-	-	+	-
Bereich Europa			-	-
Bereich Recht	-	-	(-)	-
Bereich Wirtschaft		-		-
Bereich Finanzwesen		-	-	
Bereich soziale Fragen		+	-	(-)
Bereich Migration	+			-
Bereich Gesundheit	+	+	+	
Bereich Bildung/Kultur		-	-	+
Bereich Medien/Kommunikation				+

¹¹²Referenzkategorie: 45. Legislaturperiode

¹¹³Referenzkategorie: deutschsprachige Fraktionsmitglieder

¹¹⁴Referenzkategorie: Wahlkreise mit 5–14 Sitzen

(Fortsetzung)

Einflussfaktoren	CVP	FDP	SP	SVP
Bereich Verkehr		-	+	+
Bereich Umwelt		+	-	(+)
Bereich Landwirtschaft			+	
Bereich Energie		(+)	-	+
Porkbarrel Verkehr	(+)	(+)	(+)	
Porkbarrel Energie			+	+
Herkunft ländlicher Raum ¹¹⁵		+	+	
Herkunft städtischer Raum ¹¹⁵	+			
Koalition SP-FDP vs. CVP-SVP ¹¹⁶	+	+	n.a.	+
Koalition FDP-SVP vs. SP-CVP		+	-	
Koalition SP-SVP vs. CVP-FDP	n.a.	n.a.	+	+
Koalition SP-FDP-SVP vs. CVP	+	n.a.	n.a.	n.a.
Koalition SP-CVP-FDP vs. SVP	-	+	-	+
Koalition SP-CVP-SVP vs. FDP	n.a.	+	n.a.	n.a.
Koalition CVP-FDP-SVP vs. SP		-	-	-
Koalition SP-CVP-FDP-SVP	-	-	-117	(-)
Koalition SP-CVP-FDP-SVP vs. GP	n.a.	n.a.	+	n.a.
Bedeutung des Geschäfts	-		(-)	
Bedeutung der Abstimmung	-	-	+	+
Oblig. namentliche Abstimmung ¹¹⁸	-	-	(+)	-
Verlangte namentliche Abstimmung ¹¹⁸	+	+	-	+
Knappes Abstimmungsergebnis		+	-	+
Inhaber Ratspräsidium	(-)		(+)	
Inhaber Fraktionspräsidium	-	-		
Amtsalter				
Letztes Jahr vor Ausscheiden	(-)			

Legende: +/- = pos./neg. Einfluss in allen Modellen;

(+)/(-) = pos./neg. Einfluss in der überwiegenden Zahl der Modelle

Weniger überzeugend fällt bei allen vier Fraktionen das Urteil in Bezug auf die Hypothesen zur Wahlkreis- bzw. Wiederwahlorientierung aus (H1 bis H8). Dass politische Differenzen zwischen der Mehrheit der Nationalratsfraktion und der eigenen Kantonalpartei abweichendes Verhalten begünstigen, findet nur im Falle der SVP Bestätigung. Der aufgefundene Effekt ist hauptsächlich auf die Positionierung der Bündner und Berner Kantonalparteien zurückzuführen. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die Ereignisse des Jahres 2008 innerhalb der SVP den Einfluss dieser Variable in Zukunft stark abschwächen oder ganz zum Verschwinden bringen werden.

Die Hypothese H4, wonach bei Vorlagen, welche sowohl den Verkehrs- oder Energiebereich als auch das Finanzwesen betreffen, ein vermehrtes Abweichen von der Fraktionslinie zu erwarten ist, findet bei allen vier Fraktionen eine teilweise Bestätigung. Restlos überzeugend sind die Befunde allerdings nicht; sie sind eher als Hinweis in Richtung Porkbarrel-Verhalten zu verstehen, welchem in vertiefenden Studien — allenfalls mit stärker qualitativ orientierten Ansätzen — weiter auf den Grund zu gehen wäre.

Auch wenn sich in der CVP- und SP-Fraktion zusätzlich zeigt, dass abweichendes Verhalten vom Abschneiden der eigenen Kantonalpartei in der letzten

¹¹⁵Referenzkategorie: Wohnort in funktionalen Räumen zwischen ausgeprägt urbanem und ausgeprägt ruralem Charakter

¹¹⁶Bei allen Koalitionsmustern gilt als Referenzkategorie „alle anderen Koalitionsmuster“.

¹¹⁷Dies bezieht sich auf die Koalition der vier Bundesratsparteien unter Ausschluss der Konstellation „SP-CVP-FDP-SVP vs. GP“, die im SP-Modell als eigenständige Variable figuriert.

¹¹⁸Referenzkategorie: Abstimmungen ohne veröffentlichtes individuelles Stimmverhalten

Tabelle 6.19: Beurteilung der Hypothesen aufgrund der Ergebnisse aus den Regressionsmodellen zu den vier Fraktionen

Hypothesen: Häufigeres abweichendes Stimmverhalten, wenn...	CVP	FDP	SP	SVP
H1: grosse ideologische Differenz zwischen NR-Fraktion und Kantonalpartei				+
H2: grosse ideologische Differenz zwischen NR-Fraktion und Wahlberechtigten				
H3: hohe Anzahl betroffener Interessengruppenkategorien				
H4: Vorlage aus Porkbarrel-Bereichen (Verkehr/Energie i.V.m. Finanzwesen)	(+)	(+)	(+)	(+)
H5: kleinste und grösste Wahlkreise				
H6: knapper Stimmvorsprung in der letzten Wahl				
H7: schlechtes Abschneiden der Kantonalpartei in der letzten Wahl	+		+	
H8: zeitlich naher Wahltermin			-	-
H9: Abstimmung zum Kernthemenbereich der Partei			+	+
H10: Herkunft aus fraktionsatypischen funktionalen Räumen	+	+	+	
H11: parteiideologisch heterogene Koalitionsmuster	+	+	+	+
H12a: geringe gesetzgeberische Bedeutung von Geschäft/Abstimmung (CVP, FDP)	+	(+)	n.a.	n.a.
H12b: hohe gesetzgeberische Bedeutung von Geschäft/Abstimmung (SP, SVP)	n.a.	n.a.	(+)	(+)
H13: kein knappes Abstimmungsergebnis im Gesamtrat		-	+	-
H14a: automatisch publiziertes Stimmverhalten	+	+	(-)	+
H14b: auf Verlangen publiziertes Stimmverhalten	+	+	+	-
H15: Inhaber des Ratspräsidiums	(-)		(+)	
H16: nicht Inhaber des Fraktionspräsidiums	+	+		
H17: hohes Amtsalter				
H18: letztes Jahr vor Ausscheiden aus dem Rat	(-)			
H19: weibliches Geschlecht				+
H20: jüngeres Alter				
H22: sprachkulturelle Minderheiten		+		+
H21: frühere Legislaturperioden		+	(+)	(+)

Legende: +/- = Hypothese wird vollumfänglich bestätigt/verworfen (in Klammern: Hypothese wird teilweise bestätigt/verworfen).

Wahl abhängt (Hypothese H7), fällt die Beurteilung des gesamten Wahlkreisvariablenblocks insgesamt ernüchternd aus. Im Vergleich zur grossen Zahl an möglichen Einflussfaktoren sind nur wenige signifikante Ergebnisse zu verzeichnen. Insbesondere sind häufig genannte Faktoren wie die politische Ausrichtung des Medianwählers im Wahlkreis, die Zahl der Interessenbindungen, die Wahlkreisgrösse, der Stimmenvorsprung auf die Listenkonkurrenz sowie die zeitliche Nähe zum nächsten Wahltermin ohne Einfluss im Sinne der Hypothesen geblieben.

Uneinheitlich fällt die Bilanz bezüglich der institutionellen Einflussfaktoren aus. Während sich die Erwartungen hinsichtlich der formellen Bedeutung der Vorlage zumindest teilweise erfüllen — CVP und FDP haben bei untergeordneten Vorlagen häufiger Abweichungen zu verzeichnen, während bei SP und SVP das Gegenteil gilt — und auch die Hypothese H16 (Inhaber des Fraktionspräsidiums weichen weniger häufig von der Fraktionsmehrheit ab) wenigstens bei CVP und FDP Bestätigung findet, sind bei allen anderen Hypothesen entweder keine oder widersprüchliche Resultate vorzufinden. Nicht immer ist dies unplausibel, wie sich am Beispiel der Hypothese H13 zeigen lässt: Ein besonders knappes Abstimmungsresultat im Gesamtrat führt nur in der SP-Fraktion zu einer geringeren Abweichrate, zur CVP ist kein Befund vorhanden und in der FDP- und SVP-Fraktion ist gar das pure Gegenteil festzustellen. Knappe Ergebnisse bedeuten in der Regel, dass sich der Rat in den bürgerlichen Reihen spaltet, meist zwischen oder innerhalb von CVP und FDP. Zumindest ein Teil der „alten“ SVP (d.h. inklusive der häufig abweichenden Berner und Bündler Fraktionsmitglieder) ist davon mitbetroffen. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch, dass die auf Ressourcenüberlegungen basierende Annahme, dass die Fraktionsleitung bei erwartungsgemäss knappen Entscheiden verstärkt auf disziplinierende Massnahmen zurückgreift, im schweizerischen Kontext kaum Bestätigung findet (bzw. allfällig ergriffene Massnahmen entfalten lediglich eine bescheidene Wirkung). Auch dies lässt sich begründen, indem man auf den relativ geringen Professionalisierungsgrad der schweizerischen Parteien (und mit ihnen der Fraktionen) verweist. Um aber knappe Abstimmungsausgänge sowie das Ausmass und die Folgen von Fraktionsabweichungen regelmässig antizipieren und rechtzeitig darauf reagieren zu können, wäre eigens für die Aufgabe abgestelltes Personal auf den Parteisekretariaten notwendig. Auch wenn schon seit längerem von einer zunehmenden Professionalisierung der hiesigen Parteiorganisationen die Rede ist, dürfte das Erreichen einer solchen Entwicklungsstufe noch in weiter Ferne liegen.

Auch die Hypothesen zum Publikationsstatus des individuellen Stimmverhaltens (H14a und b) finden keine ungeteilte Bewertung. Als voll zutreffend erweisen sie sich für die CVP und FDP, während die SP bei den automatisch publizierten und die SVP bei den auf Verlangen publizierten Abstimmungen nicht den theoretischen Erwartungen folgen. Wenig überzeugend fallen zudem die Ergebnisse zum Einfluss des Ratspräsidiums, des Amtsalters sowie des letzten Jahres vor dem (freiwilligen) Ausscheiden aus dem Rat aus. Insgesamt bleiben die institutionellen Erklärungsansätze für das fraktionsabweichende Verhalten nicht ohne Einfluss, doch scheinen die Institutionen sehr fraktionsspezifisch zu wirken; ein einheitlicher Trend ist kaum auszumachen.

Schliesslich bleiben die Hypothesen zu soziodemografischen, soziokulturellen sowie zeitlichen Faktoren (Hypothesen H19 bis H21). Ganz ohne Einfluss bleibt in allen vier Fraktionen das biologische Alter (wie bereits das Amtsalter

in Hypothese H17). Das Geschlecht spielt einzig innerhalb der SVP-Fraktion eine Rolle, wobei auch hier davon auszugehen ist, dass sich der Effekt mit den Parteiwechseln bzw. -ausschlüssen des Jahres 2008 erübrigen wird. Interessant ist, dass die FDP neben der SVP die einzige Fraktion darstellt, in der signifikante Unterschiede zwischen den Sprachgruppen auszumachen sind. In dieser Partei sind die soziokulturellen Differenzen offenbar grösser als in der CVP oder der SP. Angesichts dieses Befunds scheint ein behutsames Vorgehen der Parteileitung angezeigt, um das wiederholt geäusserte Ziel eines homogeneren Auftretens in den eidgenössischen Räten ohne innerparteilichen Schaden zu erreichen.

Die FDP ist zudem die einzige der untersuchten Fraktionen, welche zwischen 1996 und 2005 eine signifikante Abnahme der Fraktionsabweichung verzeichnet. Nur bedingt zutreffend ist die Hypothese H21 hingegen für die SP und die SVP (wobei hier wiederum anzumerken ist, dass zukünftige Untersuchungen in Bezug zur SVP aus den bereits genannten Gründen aller Voraussicht nach auf eindeutigere Effekte stossen werden). Auf den Untersuchungszeitraum bezogen wäre es aber vermessen zu behaupten, dass allgemein eine deutlich abnehmende Entwicklung beim fraktionsabweichenden Verhalten festzustellen sei. Die Ergebnisse weisen höchstens auf einen leichten Trend in diese Richtung hin.

6.8 Weitere Modellmodifikationen

6.8.1 Vergleich unterschiedlicher Wahrscheinlichkeitsfunktionen

Die Frage stellt sich, inwiefern die Wahl eines anderen statistischen Schätzmodells die Ergebnisse und Interpretationen der vorangegangenen Abschnitte tangiert. Zu diesem Zweck wurden sämtliche Modelle zusätzlich zum komplementären Log-log mittels Relogit- und normalem Logit-Verfahren neu berechnet.¹¹⁹ Stellvertretend für sämtliche Berechnungen sind im Anhang A die Resultate der beiden wichtigsten Modelle 5 und 10 für alle vier Fraktionen in den drei Modellvarianten dargestellt.

Eine detaillierte Erörterung der Unterschiede zwischen den drei Schätzfunktionen erübrigt sich, denn die Auswertungen zeigen weitestgehend identische Effekte zwischen dem komplementären Log-log-, dem Relogit- und dem Logit-Modell. So gesehen hätten die Berechnungen in den Abschnitten 6.3 bis 6.6 ohne Weiteres mittels herkömmlicher Logit-Modelle durchgeführt werden können. Da bei einer solchen Vorgehensweise mit Sicherheit die Frage nach der Angemessenheit des statistischen Modells angesichts der schiefen Verteilung der abhängigen Variable gestellt worden wäre, dürfte es sich beim tatsächlich gewählten Vorgehen dennoch um die klügere Variante gehandelt haben.

Die identischen Resultate der drei Modelle rechtfertigen ein relativ grosses Vertrauen, das den berechneten Schätzparametern entgegengebracht werden kann, zumindest wenn man die Welt der herkömmlichen Regressionstechnik nicht verlässt. Ob sich das Bild ändern würde, wenn stattdessen eine Mehrebenenanalyse — welche aufgrund der in Abschnitt 6.1 angeführten Argumenten verworfen wurde — oder ein bayesianisches Wahrscheinlichkeitsmodell verwendet worden wäre, bleibt hier unbeantwortet. Angesichts der spezifischen Merk-

¹¹⁹Zu den Verfahren vgl. Abschnitt 6.1.

male des Datensatzes wäre dies sicher eine ebenso interessante wie herausfordernde Aufgabenstellung für die spätere Forschung.

6.8.2 Vergleich unterschiedlich definierter abhängiger Variablen

Eine Veränderung der abhängigen Variablen kann die ganze Forschungsarbeit in den Grundfesten erschüttern, da in der Regel das gesamte Forschungsdesign auf die abhängige Variable ausgerichtet ist. Dennoch wird hier ein kurzer Exkurs zur Frage gewagt, inwiefern sich die Modellschätzungen verändern würden, wenn die abhängige Variable (leicht) angepasst würde.

Der Ausgangspunkt bildet die extreme Schiefe der Verteilung der abhängigen Variablen aufgrund der Definition in Abschnitt 4.2.1. In den vier untersuchten Fraktionen beträgt die Wahrscheinlichkeit abweichenden Stimmverhaltens über die gesamte Zeitspanne betrachtet bloss zwischen 2.6 und 6.7 Prozent, was sich negativ auf die Modellgüte bzw. auf den Anteil korrekt vorhergesagter Fälle auswirkt (vgl. Abschnitt 6.1). Eine alternative Definition der abhängigen Variablen könnte die Schiefe ihrer Verteilung etwas korrigieren, um so zu „besser angepassten“ Modellschätzungen zu gelangen.¹²⁰ Dieses Ziel wird durch folgende Datenselektion erreicht: Anstatt sämtliche Abstimmungen zu berücksichtigen, d.h. auch solche, in denen eine Fraktion die erforderliche interne Zweidrittelmehrheit zur Bestimmung der „Fraktionslinie“ nicht erreicht, werden nur jene Abstimmungen in die Berechnungen aufgenommen, in denen das Zweidrittel-Quorum tatsächlich zustande kommt. Der Preis dieser Selektion liegt darin, dass sich das Modell ein Stück weit von der Realität entfernt, indem durch die systematische Nichtberücksichtigung eines Teils der Abstimmungsdaten einerseits keine Vollerhebung mehr vorliegt und andererseits neue Verzerrungen in der Zusammensetzung der Beobachtungen entstehen können.

Durch die Neudefinition der abhängigen Variablen verringert sich die Zahl der Beobachtungen um 5.0 (SP) bis 12.8 Prozent (CVP), die Fraktionsabweicherrate erhöht sich demgegenüber um 0.1 (SP) bis 1.0 Prozentpunkte (CVP). Die unterschiedlich starke Betroffenheit der Fraktionen erklärt sich durch das unterschiedliche Niveau der Fraktionsgeschlossenheit; die Mittelparteien erreichen seltener eine interne Zweidrittelmehrheit als SP oder SVP, darum fallen bei ihnen durch die Datenselektion mehr Beobachtungen weg und die Abweicherrate erhöht sich stärker. Auch wenn die eben beschriebenen Auswirkungen auf den Datenbestand eher gering auszufallen scheinen, dürfte der Eingriff nicht ohne Folgen für die Parameter des Schätzmodells bleiben. Wie schon in Abschnitt 6.8.1 wird auch hier lediglich eine kleine Auswahl der wichtigsten Modellvarianten dargestellt. Es handelt sich dabei um die Modelle 5 (Basismodell), 8 (Basismodell inklusive Porkbarrel-Variablen) und 10 (Modell mit einzelnen Politikbereichen und Porkbarrel-Variablen). In den Auswertungstabellen in Anhang B ist jeweils das Modell mit der Originaldefinition der abhängigen Variablen dem Modell mit der veränderten Definition gegenübergestellt.

In Bezug auf die Modellgüte zeigt sich die erwartete Verbesserung bei den beiden berechneten Masszahlen. Wichtiger ist jedoch der Blick auf die Koeffizienten. Auch hier fallen die Unterschiede zwischen den Modellen sehr moderat

¹²⁰Es sei an dieser Stelle wie schon in Abschnitt 6.1 nochmals davor gewarnt, in der vorliegenden Untersuchung die Kennzahlen der Modellgüte als entscheidendes Kriterium zur Beurteilung der Schätzergebnisse heranzuziehen.

aus. Hinsichtlich der Hypothesenbewertung, die für die Originalmodelle in Tabelle 6.19 dargelegt wurde, lässt sich gar feststellen, dass aufgrund der Neudefinition der abhängigen Variablen bei keiner einzigen Hypothese eine grundlegend andere Interpretation der Ergebnisse angezeigt wäre. Auf die weiteren Details der Tabellen im Anhang wird hier nicht näher eingegangen; die Leserschaft kann sich dazu ein eigenes Urteil bilden.

Kapitel 7

Schlussfolgerungen

Parlamentsmitglieder dienen mehreren Herren. Die besonderen Merkmale des schweizerischen Systems — ausgeprägte horizontale und vertikale Machtteilung — sorgen dafür, dass die Mitglieder der schweizerischen Bundesversammlung in der Wahl ihrer Herren mehr Freiheiten geniessen als viele ihrer ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Das vollständige Fehlen von Sanktionsinstrumenten der Regierung gegenüber dem Parlament sowie — mit Ausnahme der Abwahloption alle vier Jahre — des Parlaments gegenüber der Regierung befreit das Parlamentsmitglied von den Zwängen, die in rein parlamentarischen Systemen an der Tagesordnung sind. Das freie Mandat, ein Urpostulat der liberalen Demokratie, ist darum in der Schweiz weniger stark dem Druck der Parteileitungen ausgesetzt als anderswo.

Auch wenn die Leitplanken für schweizerische Parlamentarier etwas weiter gesteckt sind, das Burke'sche Ideal eines nur dem eigenen Gewissen verpflichteten Parlamentsmitglieds, das sich als Treuhänder („trustee“) des Allgemeinwohls versteht und frei von äusseren Zwängen seine Meinung bildet (Burke 1792), bleibt dennoch unverwirklicht. Die vorliegende Arbeit geht vielmehr davon aus, dass im schweizerischen System statt eines einzigen zentralen Fixpunktes (in Form der nationalen Parteileitung bzw. der eigenen Regierung) für das individuelle Parlamentsmitglied eine Vielzahl unterschiedlicher Anspruchsgruppen besteht, die je nach Vorlage eine mehr oder weniger bedeutende Rolle in der persönlichen Entscheidungsfindung einnehmen. Zu diesen Anspruchsgruppen gehören neben der nationalen Partei bzw. Fraktion die eigenen Interessenbindungen, die Kantonalpartei, die Wählerschaft sowie natürlich das eigene Gewissen bzw. die persönlichen Ansichten und Werthaltungen. Darüber hinaus können die institutionelle Ausgestaltung des Parlamentsbetriebs sowie soziodemografische und -kulturelle Faktoren auf die Entscheidungsfindung des individuellen Ratsmitglieds einwirken.

In einen Bezug zur politikwissenschaftlichen Theorie gebracht, sind die genannten Faktoren vier übergeordneten Erklärungsansätzen der legislativen Entscheidungsfindung zuzuordnen:

- Wahlkreis- bzw. Wiederwahlorientierung,
- Orientierung an der persönlichen Ideologie,
- institutionelle Einflüsse des Parlamentsbetriebs,

- Einflüsse individueller soziodemografischer und -kultureller Merkmale.

Entlang dieser vier Ansätze widmete sich die Arbeit der Erklärung des Stimmverhaltens der Nationalratsmitglieder innerhalb der neunjährigen Untersuchungsperiode zwischen der Wintersession 1996 und der Herbstsession 2005. Entscheidend ist die Definition der zu erklärenden, abhängigen Variablen: Nicht das Stimmverhalten insgesamt, sondern das *fraktionsabweichende Stimmverhalten* der Ratsmitglieder bildete den Gegenstand der Untersuchung. Die forschungsleitenden Fragestellungen lauteten:

- Wie lässt sich fraktionsabweichendes Stimmverhalten erklären?
- Welche Bedeutung kommt dabei den vier theoretischen Ansätzen zu?
- Welche Unterschiede zeigen sich zwischen den vier untersuchten Fraktionen CVP, FDP, SP und SVP?
- Welche Bedeutung hat abweichendes Stimmverhalten für die Mehrheitsbildungsprozesse im Nationalrat?

Methodisch folgte die Arbeit eher konventionellen Pfaden. Die Untersuchung erfolgte getrennt nach Kollektiv- und Individualebene. Mit der Analyse der kollektiven Ebene, welche Auswertungen zur Mehrheitsbildung und Geschlossenheit auf Fraktionsebene beinhaltet, wurde die Basis für das Verständnis der anschliessenden Untersuchung auf Individualebene gelegt, indem bisherige Erkenntnisse aus diesem Bereich aufdatiert und vertieft analysiert wurden. Die Untersuchung der Individualdaten, d.h. dem individuellen Stimmverhalten der Ratsmitglieder, erfolgte hernach getrennt nach Fraktion anhand multipler Regressionsmodelle. Angesichts der schiefen Verteilung der abhängigen Variable und der deutlichen Strukturierung des Datensatzes entlang der einzelnen Ratsmitglieder wurde anstelle einer herkömmlichen logistischen Regression einerseits ein komplementäres Log-log-Modell verwendet. Andererseits wurde die Datenclustering in den Berechnungen korrigiert. Zur Überprüfung der Verlässlichkeit der Modellschätzungen wurden verschiedenste Modellvarianten berechnet, mit zufriedenstellenden Resultaten für alle vier Fraktionen.

Die Ergebnisse der Arbeit, sowohl in Bezug zur kollektiven als auch zur individuellen Ebene, tragen nicht nur zur Beantwortung der genannten Forschungsfragen bei, sondern erweitern und vertiefen auch die Kenntnisse über die Struktur und das Funktionieren des schweizerischen Parlaments- und Parteiensystems. Im Folgenden werden die Erkenntnisse in einen grösseren Kontext eingebettet sowie Folgerungen von theoretischer und praktischer Relevanz formuliert.

7.1 Dynamische parlamentarische Mehrheitsbildung

Parlamentarische Systeme sind idealtypisch darauf angelegt, der Parlamentsmehrheit ein ungehindertes Regieren zu ermöglichen. Verliert die Regierung das Vertrauen der Parlamentsmehrheit, stehen eine Regierungsumbildung oder Neuwahlen an. Für die Beschränkung der Macht zwischen den politischen Kräften

ist primär die Wählerschaft zuständig, indem sie zwischen Machtwechsel oder Kontinuität entscheidet.

Machtteilungssysteme funktionieren anders. Die Wählerschaft legitimiert verschiedene Institutionen direkt und unabhängig voneinander bzw. greift im Falle der direkten Demokratie selbst in die Politikgestaltung ein:

„Damit die Macht nicht missbraucht werden kann, ist es nötig, durch die Anordnung der Dinge zu bewirken, dass die Macht die Macht bremse“ (Montesquieu 1994 {1748}, 215).

Da die Institutionen einander schwere Steine in den Weg legen können, sind politische Lösungen meist nur über Zusammenarbeit und Kompromiss zu erreichen. Machtteilungssysteme neigen daher eher zu Langwierigkeit und Inkrementalismus, dürfen sich aber im Vergleich zu parlamentarischen Systemen eine höhere Nachhaltigkeit und Stabilität gutschreiben lassen: Integration geht hier über Innovation (Linder 2005).

Das Umfeld für die parlamentarische Mehrheitsbildung im schweizerischen Parlamentssystem wurde im Zuge der parteipolitischen Umwälzungen der letzten 15 Jahre sicher nicht einfacher. Die Möglichkeit sogenannt „unheiliger Allianzen“ von links-grünen Parteien und der SVP sowie die unterschiedliche Entwicklung der Zusammensetzung von National- und Ständerat erhöhen das Potenzial politischer Blockaden. Dies ärgert vorab die Vertreter des politischen Zentrums, welchen das System bisher die höchsten Erfolgsraten in der Parlamentsarbeit beschert hat. Entsprechend heftig fallen in diesem Lager die Reaktionen aus, wenn einzelne Vorlagen im Parlament scheitern. In der aufkeimenden Blockadedebatte dürfen drei Komponenten freilich nicht aus den Augen verloren werden: die bisherigen Erfahrungen aus der schweizerischen Parlamentsgeschichte, der tiefere Sinn der Machtteilung sowie die empirische Relevanz.

Zum ersten Punkt ist auf diejenigen Phasen der Parlamentsgeschichte zu verweisen, welche von ähnlichen oder noch viel grösseren Umbrüchen und Unsicherheiten in Bezug auf die Zusammensetzung und Mehrheitsbildung in den beiden Räten geprägt waren. So herrschten beispielsweise im noch jungen Bundesstaat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Bundesversammlung bisweilen Verhältnisse, welche man aus heutiger Sicht als chaotisch bezeichnen kann (vgl. Aubert 1998). Aus neuerer Zeit bleiben die parteipolitisch volatilen 1970er Jahre oder die Wahlergebnisse von 1991, als der gemeinsame Wähleranteil der vier Bundesratsparteien auf historisch tiefe 69.4 Prozent sank, in Erinnerung (vgl. Ladner 2006). Die parlamentarische Mehrheitsbildung hat in solch unruhigen Phasen die notwendige Flexibilität bewiesen, um ernsthafte Gesetzgebungsblokaden zu umschiffen.

Der zweite Punkt zielt auf den normativen Gehalt der Machtteilung. In einem System, das bewusst auf die gegenseitige Machtbescheidung durch die Institutionen setzt — und im schweizerischen Fall waren sich die „Verfassungsväter“ von 1848 dieser Tatsache sehr bewusst, als sie neben dem Prinzip der direkten Demokratie auch auf das Zweikammersystem nach Vorbild der USA setzten — darf man sich nicht wundern, wenn das System am Ende seine Funktion tatsächlich erfüllt und bei Uneinigkeit der Institutionen bremsende Wirkung entfaltet. Machtteilungssysteme lehren den pragmatischen Umgang mit gescheiterten Regierungsgeschäften, parlamentarischen Nulllösungen und nachträglich vom Volk verworfenen Vorlagen, denn der Ausweg über Regierungsumbildungen und Neuwahlen ist versperrt. Nicht andere, sondern dieselben politischen

Akteure sollen es beim nächsten Versuch besser machen — oder sich mit dem Status quo begnügen. Blockadesituationen sind darum nicht ausschliesslich negativ, sondern auch als Ausdruck eines funktionierenden Systems zu werten (vgl. Krehbiel 1998).

Zum Dritten darf die zahlenmässige Bedeutung von Gesetzgebungsblockaden nicht überschätzt werden. Die Studie von Schwarz und Linder (2006) weist beispielsweise für die Jahre 1996 bis 2005 nach, dass der Anteil im Parlament gescheiterter Vorlagen unter einem Prozent liegt, was drei bis vier Geschäften pro Legislaturperiode entspricht. Damit soll nicht gesagt sein, dass die betroffenen Geschäfte inhaltlich unbedeutend gewesen wären; zudem ist keine Aussage darüber gemacht worden, wie viele Vorlagen aufgrund der veränderten politischen Kräfteverhältnisse versanden, bevor sie überhaupt ins Parlamentsplenum gelangen. Die empirische Sichtweise legt jedoch den Schluss nahe, dass im schweizerischen Parlament auch in instabileren Phasen die Mehrheitsbildungsprozesse funktionieren und — gerade im Vergleich mit den Verhältnissen im US-Kongress (vgl. Edwards und Barrett 2000) — kaum nachhaltige Blockierungen auszumachen sind.

Es stellt sich somit die Frage, welche Mechanismen der Mehrheitsbildung dafür sorgen, dass selbst bei schwierigen Mehrheitsverhältnissen in einer Kammer sowie unter den erschwerten Bedingungen des Zweikammersystems mit direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten die Entscheidungsfindung relativ reibungslos funktioniert. Die vorliegende Arbeit beantwortet diese Frage mit dem Zusammenspiel von wechselnder Koalitionsbildung und situationsbedingter Fraktionsgeschlossenheit, welche ihrerseits eine direkte Folge der relativ grossen gegenseitigen Unabhängigkeit von Regierung und Parlament sind. Die einzelnen Elemente des gesamten Mehrheitsbildungsmechanismus lassen sich wie folgt beschreiben.¹²¹

- **Dynamische Mehrheitsbildung im Zeitverlauf:** Die Koalitionsbildung reagiert einerseits sensibel auf Veränderungen in den politischen Positionen der Parlamentsfraktionen, selbst wenn diese innerhalb einer Legislaturperiode stattfinden. Bestes Beispiel sind die Auflösungserscheinungen innerhalb der bürgerlichen Entente, im Wesentlichen hervorgerufen durch den markanten Politikwechsel der SVP spätestens seit Mitte der 1990er Jahre. Die Folge ist eine zusehends isolierte SVP-Fraktion, deren Alleingänge sich zwischen 1996 und 2005 im Nationalrat von unter zehn auf rund 18 Prozent der Abstimmungen verdoppelt haben. Gleichzeitig wird nicht belohnt, wer politisch stehen bleibt: Die SP, welche als einzige Vertreterin der politischen Linken in der Regierung die fallweise Opposition traditionell am häufigsten in Anspruch nimmt, vermochte die sich bietende Chance nicht zu nutzen und verharrte auf einem Wert von rund 40 Prozent, in denen sie in den Abstimmungen ohne Unterstützung einer anderen Bundesratspartei bleibt.

Andererseits reagiert das System relativ träge auf Wahlergebnisse und andere äussere Einflüsse wie die verschärfte Parteienkonkurrenz: Die stetigen Sitzverluste von CVP und FDP gehen nicht mit einem Bedeutungsverlust in der Mehrheitsbildung einher, ebenso bringen Sitzgewinne von SP,

¹²¹Vgl. dazu neben den Untersuchungen der vorliegenden Arbeit auch die Analysen in Schwarz und Linder (2006, 2007, 2008).

Grünen oder SVP keineswegs eine zentralere Rolle bei der Mehrheitsfindung mit sich.

Ähnliches lässt sich auch von der zeitlichen Entwicklung der Fraktionsgeschlossenheit behaupten: Die zunehmende Polarisierung aufgrund des rechts-konservativen Abdriftens der SVP, die deutliche Verschärfung des Parteienwettbewerbs und der damit verbundene Professionalisierungsschub in den Parteizentralen hält schon seit einiger Zeit an, doch war zumindest bis Ende 2005 keine einheitliche Entwicklung zu höherer Fraktionsgeschlossenheit festzustellen.¹²²

- **Differenzierte Mehrheitsbildung innerhalb von Themenbereichen:** Die Koalitionen bilden sich gemäss Übereinstimmung der politischen Interessen. Dies könnte bedeuten, dass sich innerhalb eines Themenbereichs ständig dieselbe Koalition bildet, dass also das System wechselnder Koalitionen in Wahrheit ein System thematisch fixierter Koalitionen wäre. Die Analyse hat diese These widerlegt, indem sie die Koalitionsbildung themenspezifisch untersucht und in allen Bereichen unterschiedliche Allianzmuster gefunden hat. Selbst im sicherheitspolitischen Feld, dem Bereich mit der ausgeprägtesten Links-rechts-Polarisierung, stellt sich nur in knapp 50 Prozent der Fälle die bürgerliche Dreierallianz gegen die SP; in der anderen Hälfte der Abstimmungen bilden sich andere Mehrheiten.

Auch die Fraktionsgeschlossenheit erweist sich als themenabhängig, was verdeutlicht, dass die Fraktionen einerseits Kernthemen mit (relativ) hoher ideologischer Übereinstimmung unter den Mitgliedern, andererseits periphere Politikfelder ohne besonders grossen inneren Zusammenhalt kennen. Die Bereiche mit besonders hoher Geschlossenheit überschneiden sich zwischen den Fraktionen nur zum Teil bzw. einige Bereiche stellen je nach Fraktion ein Kernthema oder einen peripheren Bereich dar. Diese Unterschiede tragen wiederum zu einer Flexibilisierung der Mehrheitsbildungsoptionen bei.

- **Variante reiche Mehrheitsbildung innerhalb einzelner Vorlagen:** Je mehr Abstimmungen zu einer Vorlage stattfinden, desto variantenreicher fällt die Koalitionsbildung aus. Das bedeutet, dass umfangreichere Vorlagen kaum je das Produkt einer einzigen, stabilen Koalition darstellen; das charakteristische Prinzip des Konkordanzsystems, dass keine Partei weder immer gewinnt noch immer verliert (Linder 2005), zeigt sich nicht nur zwischen den Geschäften, sondern bildet sich auch innerhalb dieser ab.

Die fraktionsinterne Geschlossenheit weist sowohl partei- als auch vorlagenspezifische Eigenheiten auf. Diese unterstreichen die unterschiedlichen Rollen, welche die Fraktionen in der legislativen Entscheidungsfindung spielen (für eine eingehende Erörterung dieses Punkts vgl. Abschnitt 7.2).

- **Adaptive Mehrheitsbildung zwischen den Parlamentskammern:** Flexibel zeigt sich die Mehrheitsbildung schliesslich auch im Differenzbereinigungsverfahren zwischen National- und Ständerat. Je mehr Differenz-

¹²²Durch die unlängst erfolgte „Flurbereinigung“ innerhalb der SVP mag diese Aussage mit neueren Daten widerlegt werden, doch ist längerfristig abzuwarten, wie homogen sich die grösste Fraktion angesichts der oben beschriebenen Verhaltensanreize im System halten kann.

bereinigungsrounden zwischen den beiden Kammern durchgeführt werden, desto eher verändert sich das Koalitionsmuster zwischen der Gesamt- und der Schlussabstimmung zu einer Vorlage.

Aufschlussreich ist zudem, dass sich die Fraktionsgeschlossenheit zwischen Gesamt- und Schlussabstimmung kaum verändert und bei allen vier untersuchten Fraktionen auf (für schweizerische Verhältnisse) sehr hohem Niveau liegt. Der Ausgleich zwischen den beiden Kammern geschieht demnach in aller Regel nicht über zusätzliche Fraktionsabweichungen, sondern indem einzelne Fraktionen praktisch „en bloc“ auf die von der anderen Kammer vorgeschlagene Lösung bzw. auf eine Kompromissvariante der beiden Räte einschwenkt. Dadurch entsteht ein neues Mehrheitsbildungsmuster.

7.2 Die eigene Meinung geht vor

Auf der Individualebene analysiert die vorliegende Arbeit die Faktoren, welche für das fraktionsabweichende Stimmverhalten verantwortlich sind. Orientieren sich abweichende Parlamentsmitglieder an ihrem Wahlkreis, lassen sie sich durch die institutionellen Bedingungen des Parlamentsbetriebs leiten, können soziodemografische und -kulturelle Eigenschaften abweichendes Verhalten erklären oder sind es am Ende doch die eigene Meinung, die persönlichen Werthaltungen und Ansichten, welche die beste Erklärung bieten?

Die Untersuchung kommt zum Schluss, dass der politischen Einstellung der Nationalratsmitglieder die grösste Erklärungskraft zukommt. Nicht nur weisen die inhaltsbezogenen Faktoren bei allen vier untersuchten Fraktionen die stärksten, einheitlichsten und konstantesten Einflüsse auf die Wahrscheinlichkeit fraktionsabweichenden Verhaltens auf, die Analyse weist auch nach, dass konkurrierende wiederwahlbezogene Ansätze (Orientierung am Wahlkreis, an den Interessenbindungen oder an der Kantonalpartei) keine entscheidende Rolle spielen. Die Ratsmitglieder erweisen sich somit nicht als willfährige Opportunisten gegenüber ihren Anspruchsgruppen, sondern erhalten sich ihren Eigensinn, aus Sicht mancher Interessen- und Parteivertreter vielleicht auch ihre Störrischkeit.

Im Einzelnen lassen sich die Ergebnisse der Individualdatenanalyse in folgenden Punkten zusammenfassen:

- **Die Wahlkreisorientierung ist nicht vorrangig:** Der Zusammenhang liegt eigentlich auf der Hand: Die Parlamentsmitglieder werden von der Kantonalpartei nominiert und von den Wahlberechtigten in den Kantonen gewählt. Da jeder Politiker, der nicht freiwillig den Rückzug aus der Politik angekündigt hat, wiedergewählt werden möchte, sollte sich das Stimmverhalten der Parlamentsmitglieder nach den Bedürfnissen ihrer Wahlkreisgruppen richten. Ähnlich wird auch hinsichtlich der Interessenbindungen argumentiert: Um sich die politische und finanzielle Unterstützung für die nächste Wahlkampagne zu sichern, sollten die Parlamentsmitglieder deren Anliegen wohlwollend gegenüberstehen.

Die Resonanz, welche dem Wahlkreisansatz aus den berechneten Modellen entgegenschlägt, fällt jedoch ernüchternd aus. Zwar zeigt sich für einzelne Fraktionen bei einzelnen Faktoren ein Zusammenhang im Sinne der Wahlkreisorientierung (z.B. weichen CVP- und SP-Fraktionsmitglieder häufiger

von der Fraktionslinie ab, wenn ihre Kantonalpartei in der letzten Wahl schlecht abgeschnitten hat oder in der „alten“ SVP — d.h. vor der Abspaltung der BDP — war es tatsächlich so, dass grössere ideologische Differenzen zwischen der Nationalratsfraktion und einer Kantonalpartei zu einem vermehrten Ausscheren der betreffenden Fraktionsmitglieder führte), doch ist man aufgrund der Resultate weit davon entfernt, dem Wahlkreisansatz eine hohe Erklärungskraft zuzubilligen.

Dies gilt selbst für die Interessenbindungen, von denen immer wieder angenommen wird, dass sie das Stimmverhalten der Parlamentsmitglieder besonders stark beeinflussen. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung können dieses Bild nicht bestätigen; im Gegenteil, bei keiner einzigen Fraktion geht von den Interessenbindungen ein wesentlicher Effekt auf das abweichende Stimmverhalten aus. Dieser Befund steht im Einklang mit neueren Forschungsergebnissen auf Fraktionsebene (Schwarz und Linder 2007).

- **Im Einfluss der Parlamentsinstitutionen widerspiegelt sich die legislative Rolle der Fraktionen:** Auf die einfache Frage, ob institutionelle Faktoren das Verhalten beeinflussen, findet sich einmal mehr keine uniforme Antwort (Hammond und Butler 2003). Die Analyse fördert jedoch einige Erkenntnisse über die unterschiedliche Rolle der Fraktionen im parlamentarischen Entscheidungsprozess zutage. Bestätigt wird nämlich die Annahme, dass die formelle Bedeutung einer Abstimmung die Abweichrate in der Fraktion beeinflusst: Auf der einen Seite steht das konsensorientierte politische Zentrum, das weniger Fraktionsabweichungen zu beklagen hat, wenn eine Abstimmung in der Gesetzgebungshierarchie hoch oben angesiedelt ist. Die Entwicklung der Abweichrate im Verlauf des Entscheidungsprozesses erfolgt hier trichterförmig: In Abstimmungen, denen keine endgültige Entscheidungskraft zukommt (im Wesentlichen Abstimmungen zu parlamentarischen Einzelvorstössen oder im Rahmen der Detailberatung zu einer Gesetzesvorlage), erweist sich das Spektrum der Meinungen und Ansichten in der CVP und FDP als relativ breit. Die Fraktionsmitglieder nutzen diese Phase als Marktplatz ihrer Ideen und Vorschläge; nicht nur um die anderen Fraktionen zu überzeugen, sondern auch um innerhalb der eigenen Reihen Signale zu setzen und Mehrheiten zu finden. Kommt es aber zu den entscheidenden Abstimmungskategorien (v.a. Eintretens-, Gesamt- und Schlussabstimmungen), zeigt sich, dass eine hohe interne Übereinstimmung hinsichtlich der prinzipiellen Stossrichtung besteht; im Ernstfall wiegt die Verantwortung schwerer als die Gesinnung, weshalb die Abweichrate in dieser Phase selbst im Vergleich zu SP und SVP recht tief ausfällt.

Die SP und SVP hingegen, welche in der Konkordanzregierung die gegensätzlichen politischen Flügel besetzen, weisen eine geringere fraktionsinterne ideologische Varianz auf, weshalb sie sich beim strategischen Einsatz parlamentarischer Instrumente sowie bei der Detailberatung zu Gesetzesvorlagen in einer besseren Position befinden. Interne Homogenität erleichtert die Nutzung von gesetzgebungstechnisch weniger bedeutenden, monothematisch ausgerichteten parlamentarischen Vorstössen, um gegenüber der Öffentlichkeit eine gefestigte ideologische Position zu signalisieren. Doch auch bei den beiden Flügelparteien ist ein unterschiedliches

Verhalten je nach Gesetzgebungsphase erkennbar, diesmal in Form eines umgekehrten Trichters: Sobald das Endergebnis des gesamten Gesetzgebungsprozesses auf dem Tisch liegt, in welchem keine Partei ihre Forderungen in der Regel voll durchzusetzen vermochte (vgl. die Erkenntnisse zur kollektiven Mehrheitsbildung in Abschnitt 7.1), tritt die Verantwortung zunehmend in Konkurrenz zur Gesinnung. Die Folge ist vermehrtes fraktionsabweichendes Stimmverhalten im Rahmen von Gesamt- und Schlussabstimmungen.

- **Soziokulturelle Faktoren dürften an Bedeutung gewinnen:** Soziodemografische und -kulturelle Faktoren zeigen sich nur für die SVP und die FDP bedeutsam. Ein Einfluss des Geschlechts ist sogar lediglich bei der SVP auszumachen; allerdings ist bereits absehbar, dass zukünftige Untersuchungen, welche sich auf neuere Daten stützen, kaum mehr zu demselben Resultat gelangen, da die weiblichen Fraktionsmitglieder mit den höchsten Abweichraten inzwischen die Fraktion verlassen haben und es aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich ist, dass die SVP-Kantonalparteien vor den nächsten Nationalratswahlen auf unabhängig positionierte Kandidierende setzen werden.

Bedeutender für die Zukunft von FDP und SVP dürfte hingegen die Entwicklung soziokultureller Faktoren sein. Die Analyse zeigt, dass in diesen beiden Fraktionen die Vertreter aus der Romandie und im Falle der FDP auch aus dem Tessin deutlich häufiger von der Fraktionslinie abweichen als ihre Deutschschweizer Kolleginnen und Kollegen. Dass dies möglich ist, ohne dass es zu Parteispaltungen entlang sprachlicher Konfliktlinien kommt, verweist auf eine besondere Leistung des schweizerischen Parteiensystems: die parteiinterne Absorption sprachkulturell bedingter Differenzen (Iff 2009, im Erscheinen). Zurückzuführen ist dies einerseits auf den föderalistischen Aufbau der Parteien, welcher den Kantonalsektionen in ihrem Einzugsgebiet relativ grosse politische und organisatorische Freiheiten belässt, andererseits auf den integrativen Anspruch innerhalb der Leitungsgremien der schweizerischen Mutterparteien. Auf diese Weise konnte sich auf nationaler Parteiebene nie ein Interesse entwickeln, sprachkulturelle Konflikte wählerstimmenmässig auszunutzen und von einer Politik der kulturellen Abgrenzung zu profitieren (Linder, Zürcher und Bolliger 2008). In beiden Parteien bestehen jedoch Anzeichen, dass sich die innerparteilichen Konflikte zwischen den Sprachgruppen in Zukunft verstärken könnten.

Bei der SVP besteht der Grund darin, dass mit dem Ausscheiden der besonders oft abweichenden Mitglieder aus den Berner und Bündner Kantonalsektionen die Westschweizer Fraktionsmitglieder neuerdings diejenige Gruppe stellen, welche am häufigsten als Abweichler auffallen werden. Auch wenn dies nicht auf alle französischsprachigen Fraktionsmitglieder gleichermaßen zutrifft, so dürften sich dennoch die Blicke innerhalb der SVP vermehrt auf die Vertreter aus der Romandie richten, welche sich bislang im Windschatten prominenter Abweichler aus der Deutschschweiz aufhalten konnten. Will die SVP ihre jüngsten Wahlerfolge in der Romandie nicht aufs Spiel setzen, muss sie ihren Umgang mit abweichendem Stimmverhalten innerhalb der Fraktion möglicherweise überdenken.

Bei der FDP präsentiert sich die Situation etwas anders. Die Freisinnigen stellen in der Analyse die einzige Fraktion dar, welche zwischen 1996 und 2005 einen signifikanten Rückgang der Fraktionsabweichungen verzeichnet. Die zusätzliche Förderung dieser Entwicklung ist ein zentrales Anliegen der schweizerischen Parteileitung für die kommenden Jahre.¹²³ Da die sprachliche Konfliktlinie bereits in den Jahren 1996–2005 signifikant zur Erklärung abweichenden Verhaltens beigetragen hat, besteht das Risiko, dass zusätzliche Versuche der Homogenisierung diese parteiinterne Konfliktlinie vertiefen. Ob sich dies tatsächlich bewahrheitet, hängt davon ab, mit welchen Mitteln und mit welchem Zeithorizont die Geschlossenheit der FDP erhöht werden soll: Je kurzfristiger der Horizont und je druckvoller die angewandten Mittel, desto schmerzlicher könnten die innerparteilichen Auswirkungen ausfallen. Eine langfristige Perspektive, welche auf Zwangsmittel verzichtet und dafür auf eine programmatische Überzeugungskraft setzt, könnte auf mehr Verständnis unter den sprachlichen Minderheiten hoffen, setzt aber gegenüber der Öffentlichkeit möglicherweise nicht die gewünschten Signale. Diese Gratwanderung zu meistern wird eine der zukünftigen Herausforderungen der Freisinnigen darstellen.

- **Kein allgemeiner Trend zu weniger Fraktionsabweichungen:** Die verstärkte Beobachtung der Parlamentsmitglieder durch die Medien, der verschärfte Parteienwettbewerb, die Professionalisierung der Parteiorganisationen sowie die teilweise Angleichung kantonaler Parteiensysteme an die gesamtschweizerischen Verhältnisse wären gute Gründe, um seit Mitte der 1990er Jahre eine zunehmende Geschlossenheit der Fraktionen und abnehmendes fraktionsabweichendes Verhalten festzustellen. Allein, für diese These findet sich keine eindeutige empirische Evidenz, weder auf kollektiver noch auf individueller Ebene. Einzig bei der FDP ist ein entsprechender Zusammenhang feststellbar.¹²⁴

Auch bezüglich des weiteren „Homogenisierungspotenzials“ in den schweizerischen Parteien ist zumindest kurz- bis mittelfristig einige Skepsis angebracht. Zwar wird mit dem Parteienwettbewerb und dem Professionalisierungsgrad auch der Wunsch aller Fraktionsleitungen nach mehr Geschlossenheit und somit nach grösserer Schlagkraft im Parlament und einfacherer Kampagnenführung vor Wahlen und Abstimmungen zunehmen, doch vermitteln etliche wissenschaftliche Studien ein gegenteiliges Bild: Die Konvergenzthese bezüglich der politischen Positionen von Kantonalparteien sowie der kantonalen Parteiensysteme insgesamt wird in Frage gestellt (Ladner 2004b, 2006) und die Positionsbezüge der Kandidierenden einer Partei vor den Nationalratswahlen weisen v.a. innerhalb der bürgerlichen Reihen nach wie vor eine beträchtliche Streuung auf (Ladner, Schwarz und Fivaz 2008).

- **Die eigene Meinung geht vor:** Fraktionsübergreifend am besten wird das abweichende Stimmverhalten im Nationalrat durch Faktoren erklärt,

¹²³Vgl. beispielsweise die Rede von Parteipräsident und Nationalrat Fulvio Pelli anlässlich der Delegiertenversammlung vom 19. Januar 2008 in Rapperswil.

¹²⁴Gleiches ist seit dem Jahr 2008 aufgrund der innerparteilichen „Flurbereinigung“ auch von der SVP zu erwarten.

welche die politische Positionierung bzw. die persönlichen Werthaltungen des Ratsmitglieds ins Zentrum stellen. Unisono bestätigt wird der Einfluss der Koalitionsbildung, was sich auf zwei Arten interpretieren lässt: direkt oder indirekt.

Plausibel ist ein direkter Einfluss der Koalitionsbildung bei sogenannten „unheiligen Allianzen“, d.h. wenn Fraktionen mit ansonsten stark divergierenden mittel- und langfristigen Interessen zwecks Erreichung eines gemeinsamen kurzfristigen Ziels eine ebenso kurzfristige Koalition bilden. In der Schweiz trifft dies am häufigsten auf das Koalitionsmuster „SP/SVP vs. CVP/FDP“ zu. Fraktionsmitglieder aus SP oder SVP, welche dem kurzzeitigen Erfolg nicht alles unterzuordnen bereits sind, sind in einer solchen Konstellation eher versucht, sich der Mehrheitsposition der eigenen Fraktion zu entziehen.

Zahlenmässig bedeutsamer dürfte freilich der indirekte Bezug sein: Die Koalitionsbildung figuriert in dieser Interpretation stellvertretend für ein bestimmtes politisches Konfliktmuster in einer bestimmten Sachfrage. In der Untersuchung weist eine Fraktion häufigeres abweichendes Verhalten auf, wenn eine oder mehrere „Nachbarfraktionen“ eine andere politische Position einnehmen. Dies bedeutet, dass divergierende Positionsbezüge innerhalb einer Fraktion häufiger auftreten, wenn sie von den treuesten Bündnispartnern verlassen wird. Abweichendes Stimmverhalten heisst in solchen Fällen, dass die Position der politischen Nachbarfraktion(en) der persönlichen Ideologie bzw. dem Wertesystem des betreffenden Ratsmitglieds näher liegt als die Mehrheitslinie der eigenen Fraktion.

Auf die Bedeutung der politischen Positionierung verweisen auch die Analysen der einzelnen Themenfelder, wo alle untersuchten Fraktionen sowohl solche mit besonders geringer als auch solche mit besonders hoher Abweichrate aufweisen, der Kernthemenbereiche, in denen sich bei SP und SVP eine deutlich geringere Abweichrate zeigt, sowie der sozialräumlichen Herkunft der Fraktionsmitglieder. Letztere erfasst auf relativ einfache Art und Weise die „politischen Mentalitäten“ (Hermann und Leuthold 2001), die sich aufgrund der spezifischen Lage des Wohnorts der Fraktionsmitglieder herausbilden. Die Resultate stimmen weitgehend mit der Einteilung der vier Parteien entlang der historischen Stadt-Land-Konfliktlinie überein (vgl. Linder, Zürcher und Bolliger 2008, 73): In der SP und der FDP weichen Fraktionsmitglieder aus dem ländlichen Raum häufiger ab, in der CVP sind es die Mitglieder aus städtisch geprägten Orten. Einzig bei der SVP, ursprünglich eine stark auf ländliche Interessen ausgerichtete Partei, zeigt sich kein entsprechender Zusammenhang; wohl nicht zuletzt aufgrund ihres starken Wachstums in den letzten Jahren stellt sie diesbezüglich die aktuell „ausgeglichenste“ Fraktion dar.

7.3 Einordnung in die bisherige Forschung

Wie sind die in den vorangehenden Abschnitten festgehaltenen Ergebnisse im Kontext der bisherigen Forschung einzuordnen? Die Antwort erfolgt zweiteilig, einerseits mit Blick auf die schweizerische Parlamentsforschung, andererseits in Bezug zur internationalen Forschung.

Die gewonnenen Erkenntnisse stellen sich gegen die Resultate früherer Studien durch Hertig (1980) und Vatter (1994), welche der Wahlkreisorientierung von Parlamentsmitgliedern ein deutlich höheres Gewicht beigemessen haben. Natürlich können die vorgefundenen Differenzen ein Stück weit auf unterschiedliche methodische Herangehensweisen zurückgeführt werden. Dennoch gilt es festzustellen, dass die Ausrichtung des eigenen Stimmverhaltens an denjenigen Gruppen, welche bei einer allfälligen Wiederwahl ein gewichtiges Wort mitzureden haben, auf nationaler Ebene einen geringeren Stellenwert einnimmt als auf kantonaler. Ebenso scheint die Vewurzelung im Wahlkreis in den letzten 35 Jahren eher ab- als zugenommen zu haben. Ganz überraschend kommen diese Befunde nicht; so wird bereits in Vatters Studie darüber spekuliert, dass sich kantonale Parlamentsmitglieder möglicherweise näher bei ihren Wahlkreisgruppen befinden als nationale. Die vorliegende Arbeit stützt diese Vermutung.

Darüber hinaus stellen sich die Ergebnisse der Arbeit gegen frühere Studien, welche entweder eine ausserordentlich hohe Bedeutung von Interessenbindungen für die Fraktionsgeschlossenheit festgestellt haben (z.B. Lüthi, Meyer und Hirter 1991) oder welche in periodisch erscheinenden Momentaufnahmen zur Fraktionsgeschlossenheit sowie zur parlamentarischen Mehrheitsbildung kurzfristige, im statistischen Zufallsbereich anzuesiedelnde Trends als Bestandteil einer langfristigen Entwicklung zu deuten versuchen. Hinter beide Befunde setzt die vorliegende Arbeit grosse Fragezeichen.

In Bezug zur internationalen Forschung stützt die Studie im „ewigen Wettstreit“ zwischen der persönlichen Meinung und der Wiederwahlorientierung zur Hauptsache die Annahme, dass fraktionsabweichendes Stimmverhalten mit den politischen Werthaltungen des einzelnen Parlamentsmitglieds zusammenhängt und somit die Aspekte der eigenen Meinung überwiegen. Im Widerspruch befinden sich die hier vorgelegten Befunde darum vor allem zur Forschung auf europäischer Ebene, welche bisher meist zum Schluss gelangte, dass abweichendes Stimmverhalten der EU-Parlamentsmitglieder auf deren Wahlkreisorientierung zurückzuführen sei (Faas 2003; Hix 2004). Für die unterschiedlichen Resultate zwischen der europäischen und der schweizerischen Forschung bestehen mindestens zwei plausible Gründe; der erste ist methodischer Natur und verweist auf die unterschiedlichen Modellspezifikationen, der zweite gibt zu bedenken, dass die Schweiz über ein wesentlich stärker integriertes politisches System verfügt als die EU. Dass die Wahlkreisorientierung hierzulande einen geringeren Stellenwert einnimmt als im EU-Parlamentssystem scheint daher nur folgerichtig zu sein.

7.4 Forschungsausblick

Die vorliegende Arbeit bietet mannigfaltige Anschlussoptionen für die zukünftige Forschung sowohl in zeitlicher als auch inhaltlicher und methodischer Hinsicht.

Der Untersuchungszeitraum 1996–2005 ist durch eine Phase des Umbruchs in der schweizerischen Parteienlandschaft gekennzeichnet, deren Ende zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Arbeit noch nicht absehbar ist. Die neunjährige Untersuchungsperiode ist mehr als eine blosser Momentaufnahme; sie erlaubt Rückschlüsse auf die Entwicklung über drei Legislaturperioden. Mit Blick auf die Analyse der weiteren Entwicklung des Parteiensystems und deren Auswirkungen auf das Verhalten der Fraktionen im nationalen Parlament wird sich allerdings

bald der Wunsch nach einer zeitliche Ausdehnung der Untersuchung ergeben. Wie verändert sich das „Innenleben“ der SVP-Fraktion durch die Ereignisse der Jahre 2007/08? Gelingt den Parteien im politischen Zentrum der Versuch, auf Dauer eine grössere Homogenität? Welche Verschiebungen ergeben sich dadurch hinsichtlich des Erfolgs in Wahlen und Parlamentsabstimmungen? Kann das schweizerische Parteiensystem unter zunehmend kompetitiven Vorzeichen seine bisherige soziokulturelle Integrationskraft erhalten? Welche zukünftige Rolle kommt den Parteien mit Blick auf die wachsenden Divergenzen zwischen den sozialen Räumen zu? Diesen und ähnlichen Fragen wird sich die zukünftige Forschung annehmen müssen.

Die Arbeit hat sich der Problemstellung vor allem aus einer quantitativ-empirischen Optik angenommen. Zu einzelnen Fragen — beispielhaft sei hier das Porkbarrelverhalten von Parlamentsmitgliedern genannt — würde sich der Beizug qualitativer Verfahren anbieten. Eine Ergänzung mittels Inhaltsanalysen oder ähnlicher Methoden würde zweifellos zur Vertiefung des bisherigen Kenntnisstands beitragen. Gleiches gilt auch für die Frage des Vergleichs zur zweiten Kammer, dem Ständerat. Aufgrund der Datenlage blieb die Analyse des Stimmverhaltens in der kleinen Kammer bislang verwehrt. Dies ist kein schweizerisches Phänomen, sondern im internationalen Umfeld für zweite Kammern relativ typisch (Patterson und Mughan 2001). Umso mehr würde sich für die schweizerische Forschung die Gelegenheit bieten, durch eine intensivere Nutzung bereits vorhandener Quellen — z.B. der Wortprotokolle der beiden Räte — die Analyse des Bikameralismus zu forcieren und so einen substanziellen Beitrag zur Erforschung von Zweikammersystemen sowohl aus innenpolitischer als auch aus international vergleichender Perspektive zu leisten.

Teil III

Anhang und Literatur

Anhang A

Vergleich von Regressionsmodellen mit unterschiedlichen Wahr- scheinlichkeitsverteilungen

A.1 Vergleich von CVP-Modellen

Tabelle A.1: Modellvergleich zwischen unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsverteilungen zum abweichenden Stimmverhalten in der CVP-Fraktion

	(5) cloglog	(5) relogit	(5) logit	(10) cloglog	(10) relogit	(10) logit
female	-0.0638 (0.110)	-0.0685 (0.114)	-0.0686 (0.114)	-0.0564 (0.111)	-0.0611 (0.115)	-0.0612 (0.115)
c_age	0.00677 (0.0105)	0.00698 (0.0109)	0.00698 (0.0109)	0.00692 (0.0106)	0.00714 (0.0110)	0.00715 (0.0110)
leg46	0.137 (0.0841)	0.140 (0.0866)	0.140 (0.0866)	0.131 (0.0862)	0.134 (0.0889)	0.134 (0.0889)
leg47	0.0125 (0.129)	0.0120 (0.135)	0.0121 (0.135)	-0.0429 (0.134)	-0.0459 (0.140)	-0.0458 (0.140)
language_2	-0.207 (0.285)	-0.210 (0.296)	-0.210 (0.296)	-0.211 (0.289)	-0.214 (0.300)	-0.214 (0.300)
language_3	-0.0199 (0.481)	-0.00152 (0.501)	-0.00172 (0.501)	-0.0167 (0.490)	0.00364 (0.510)	0.00345 (0.511)
paroldiffMEAN	0.0738 (0.0453)	0.0762 (0.0469)	0.0762 (0.0469)	0.0743 (0.0458)	0.0766 (0.0475)	0.0766 (0.0475)
resdiffMEAN	0.0766 (0.0754)	0.0768 (0.0784)	0.0769 (0.0785)	0.0756 (0.0763)	0.0759 (0.0794)	0.0760 (0.0794)
interest_cat_COUNT	-0.0274 (0.0283)	-0.0288 (0.0294)	-0.0288 (0.0294)	-0.0260 (0.0283)	-0.0274 (0.0295)	-0.0274 (0.0295)
constit5	-0.134 (0.314)	-0.126 (0.327)	-0.127 (0.327)	-0.134 (0.319)	-0.126 (0.332)	-0.126 (0.332)

(Fortsetzung)

	(5) cloglog	(5) relogit	(5) logit	(10) cloglog	(10) relogit	(10) logit
constit14	0.234 (0.196)	0.237 (0.200)	0.237 (0.200)	0.221 (0.198)	0.224 (0.202)	0.224 (0.202)
voteedge	0.00143 (0.000857)	0.00150 (0.000893)	0.00150 (0.000894)	0.00144 (0.000868)	0.00150 (0.000905)	0.00150 (0.000905)
votesharediff	-0.0669*** (0.0163)	-0.0696*** (0.0170)	-0.0696*** (0.0170)	-0.0669*** (0.0164)	-0.0696*** (0.0171)	-0.0697*** (0.0171)
preelect	-0.0258 (0.0513)	-0.0280 (0.0538)	-0.0281 (0.0538)	-0.0372 (0.0574)	-0.0388 (0.0598)	-0.0390 (0.0598)
ENER_FIN				-0.00161 (0.140)	-0.00130 (0.145)	-0.000425 (0.145)
TRAN_FIN				0.153 (0.0857)	0.161 (0.0904)	0.160 (0.0905)
STATE				0.0939* (0.0387)	0.0994* (0.0408)	0.0993* (0.0408)
INT				-0.386*** (0.0773)	-0.405*** (0.0784)	-0.406*** (0.0784)
SEC				-0.320*** (0.0895)	-0.334*** (0.0914)	-0.334*** (0.0914)
EUR				-0.0129 (0.0736)	-0.00874 (0.0767)	-0.00932 (0.0768)
LAW				-0.106*** (0.0303)	-0.111*** (0.0319)	-0.111*** (0.0319)
ECON				-0.0299 (0.0391)	-0.0339 (0.0400)	-0.0340 (0.0400)
FIN				0.0513 (0.0350)	0.0520 (0.0367)	0.0521 (0.0367)
SOC				-0.0653 (0.0447)	-0.0703 (0.0460)	-0.0704 (0.0460)
MIG				0.168** (0.0557)	0.172** (0.0582)	0.172** (0.0582)
HEA				0.133* (0.0630)	0.144* (0.0670)	0.144* (0.0670)
EDUCUL				-0.0161 (0.0564)	-0.0171 (0.0593)	-0.0174 (0.0593)
COMM				-0.0421 (0.0606)	-0.0458 (0.0638)	-0.0462 (0.0639)
TRAN				-0.0170 (0.0692)	-0.0179 (0.0727)	-0.0183 (0.0727)
ENV				0.0519 (0.0536)	0.0535 (0.0568)	0.0531 (0.0568)
AGR				0.0886 (0.0648)	0.0965 (0.0675)	0.0962 (0.0675)
ENER				0.118 (0.122)	0.125 (0.127)	0.123 (0.127)
CVP_core	0.0740 (0.0461)	0.0757 (0.0482)	0.0757 (0.0482)			
rural	0.0886 (0.175)	0.0903 (0.180)	0.0903 (0.180)	0.0846 (0.177)	0.0868 (0.182)	0.0869 (0.182)

(Fortsetzung)

	(5) cloglog	(5) relogit	(5) logit	(10) cloglog	(10) relogit	(10) logit
urban	0.371** (0.140)	0.381** (0.145)	0.381** (0.145)	0.373** (0.142)	0.384** (0.146)	0.384** (0.146)
coalitSR_CV	0.243* (0.107)	0.255* (0.113)	0.253* (0.113)	0.245* (0.117)	0.256* (0.124)	0.254* (0.124)
coalitRV_SC	0.148 (0.171)	0.163 (0.179)	0.163 (0.179)	0.158 (0.172)	0.174 (0.180)	0.174 (0.180)
coalitSRV_C	0.358** (0.115)	0.384** (0.123)	0.383** (0.123)	0.392*** (0.117)	0.420*** (0.124)	0.419*** (0.124)
coalitSCR_V	-0.335* (0.138)	-0.343* (0.143)	-0.343* (0.143)	-0.330* (0.137)	-0.338* (0.141)	-0.338* (0.141)
coalitCRV_S	0.206 (0.163)	0.205 (0.168)	0.205 (0.168)	0.220 (0.161)	0.220 (0.166)	0.220 (0.166)
coalitSCRV	-0.921*** (0.0756)	-0.943*** (0.0769)	-0.943*** (0.0769)	-0.902*** (0.0754)	-0.923*** (0.0766)	-0.924*** (0.0766)
billtype_dec	-0.218*** (0.0324)	-0.229*** (0.0342)	-0.229*** (0.0342)	-0.192*** (0.0362)	-0.203*** (0.0379)	-0.203*** (0.0379)
votetype_dec	-0.453*** (0.0618)	-0.472*** (0.0628)	-0.473*** (0.0628)	-0.420*** (0.0605)	-0.439*** (0.0615)	-0.439*** (0.0616)
rice_all_05	0.0308 (0.0720)	0.0374 (0.0749)	0.0371 (0.0749)	0.0221 (0.0737)	0.0280 (0.0764)	0.0277 (0.0764)
rollcalloblig	-0.277*** (0.0829)	-0.282*** (0.0833)	-0.282*** (0.0833)	-0.272*** (0.0824)	-0.278*** (0.0826)	-0.278*** (0.0826)
rollcalldem	0.116*** (0.0275)	0.124*** (0.0289)	0.124*** (0.0289)	0.0956*** (0.0265)	0.103*** (0.0280)	0.103*** (0.0280)
pres	-0.163 (0.221)	-0.109 (0.233)	-0.185 (0.233)	-0.332 (0.278)	-0.274 (0.292)	-0.366 (0.292)
pg_pres	-1.105*** (0.220)	-1.134*** (0.222)	-1.137*** (0.222)	-1.114*** (0.221)	-1.143*** (0.223)	-1.146*** (0.223)
days_in	2.80e-05 (3.50e-05)	2.82e-05 (3.65e-05)	2.82e-05 (3.65e-05)	2.74e-05 (3.53e-05)	2.75e-05 (3.68e-05)	2.75e-05 (3.69e-05)
preresign	-0.210 (0.108)	-0.217 (0.113)	-0.217 (0.113)	-0.185 (0.104)	-0.192 (0.109)	-0.192 (0.109)
Constant	-5.710* (2.407)	-5.689* (2.497)	-5.693* (2.498)	-5.645* (2.443)	-5.621* (2.535)	-5.626* (2.536)
Beobachtungen	176'351	176'351	176'351	173'979	173'979	173'979
beob. Erfolge	11'456	11'456	11'456	11'212	11'212	11'212
Anz. Cluster	68	68	68	68	68	68
Prob > Wald χ^2	0.0000		0.0000	0.0000		0.0000
VIF max./Mw.	4.83/1.90	4.83/1.90	4.83/1.90	4.84/1.80	4.84/1.80	4.84/1.80
McFadden PSI	0.0254		0.0250	0.0267		0.0302
McFadden adj. R^2	0.055		0.055	0.057		0.057

Unstandardisierte β -Koeffizienten; robuste Standardfehler in Klammern.

*** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

A.2 Vergleich von FDP-Modellen

Tabelle A.2: Modellvergleich zwischen unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsverteilungen zum abweichenden Stimmverhalten in der FDP-Fraktion

	(5) cloglog	(5) relogit	(5) logit	(10) cloglog	(10) relogit	(10) logit
female	0.186 (0.185)	0.194 (0.194)	0.194 (0.194)	0.183 (0.186)	0.191 (0.195)	0.191 (0.195)
c_age	-0.00181 (0.0143)	-0.00228 (0.0149)	-0.00228 (0.0149)	-0.00225 (0.0143)	-0.00272 (0.0149)	-0.00272 (0.0149)
leg46	-0.148* (0.0747)	-0.156* (0.0779)	-0.156* (0.0779)	-0.177* (0.0738)	-0.186* (0.0770)	-0.186* (0.0771)
leg47	-0.295* (0.118)	-0.308* (0.123)	-0.308* (0.123)	-0.343** (0.119)	-0.356** (0.124)	-0.357** (0.124)
language_2	0.863*** (0.159)	0.902*** (0.166)	0.903*** (0.166)	0.863*** (0.159)	0.903*** (0.166)	0.904*** (0.166)
language_3	0.992** (0.313)	1.039** (0.331)	1.039** (0.331)	0.993** (0.315)	1.041** (0.333)	1.041** (0.333)
paroldiffMEAN	-0.00624 (0.0311)	-0.00571 (0.0320)	-0.00574 (0.0320)	-0.00587 (0.0312)	-0.00530 (0.0322)	-0.00533 (0.0322)
resdiffMEAN	-0.0808 (0.0467)	-0.0860 (0.0496)	-0.0860 (0.0496)	-0.0820 (0.0466)	-0.0872 (0.0495)	-0.0873 (0.0495)
interest_cat_COUNT	0.0377 (0.0377)	0.0394 (0.0394)	0.0394 (0.0394)	0.0375 (0.0378)	0.0394 (0.0396)	0.0394 (0.0396)
constit5	0.312 (0.180)	0.330 (0.187)	0.330 (0.187)	0.307 (0.180)	0.325 (0.187)	0.324 (0.187)
constit14	0.0869 (0.137)	0.0928 (0.142)	0.0929 (0.142)	0.0870 (0.137)	0.0929 (0.141)	0.0931 (0.141)
voteedge	0.00142 (0.00187)	0.00149 (0.00195)	0.00149 (0.00195)	0.00144 (0.00187)	0.00151 (0.00195)	0.00151 (0.00195)
votesharediff	0.00630 (0.0127)	0.00666 (0.0133)	0.00667 (0.0133)	0.00664 (0.0129)	0.00706 (0.0135)	0.00707 (0.0135)
preelect	-0.0795 (0.0468)	-0.0843 (0.0490)	-0.0844 (0.0490)	-0.0477 (0.0464)	-0.0512 (0.0487)	-0.0513 (0.0487)
ENER_FIN				0.114 (0.0965)	0.121 (0.101)	0.122 (0.101)
TRAN_FIN				0.175* (0.0884)	0.189* (0.0924)	0.189* (0.0925)
STATE				0.00572 (0.0208)	0.00700 (0.0219)	0.00692 (0.0219)
INT				-0.138** (0.0516)	-0.147** (0.0527)	-0.148** (0.0527)
SEC				-0.404*** (0.0496)	-0.418*** (0.0506)	-0.419*** (0.0506)
EUR				-0.0189 (0.0630)	-0.0184 (0.0663)	-0.0188 (0.0663)
LAW				-0.0617* (0.0300)	-0.0649* (0.0311)	-0.0649* (0.0312)

(Fortsetzung)

	(5) cloglog	(5) relogit	(5) logit	(10) cloglog	(10) relogit	(10) logit
ECON				-0.0723* (0.0309)	-0.0774* (0.0323)	-0.0775* (0.0323)
FIN				-0.104** (0.0341)	-0.109** (0.0354)	-0.109** (0.0354)
SOC				0.0791* (0.0396)	0.0849* (0.0413)	0.0849* (0.0414)
MIG				0.0939 (0.0541)	0.0924 (0.0564)	0.0921 (0.0564)
HEA				0.198*** (0.0577)	0.208*** (0.0608)	0.208*** (0.0608)
EDUCUL				-0.215*** (0.0404)	-0.225*** (0.0420)	-0.225*** (0.0420)
COMM				0.0377 (0.0548)	0.0404 (0.0571)	0.0401 (0.0571)
TRAN				-0.177*** (0.0498)	-0.184*** (0.0524)	-0.184*** (0.0524)
ENV				0.188*** (0.0491)	0.203*** (0.0524)	0.202*** (0.0524)
AGR				0.0370 (0.0667)	0.0397 (0.0692)	0.0395 (0.0692)
ENER				0.143 (0.0939)	0.149 (0.0983)	0.148 (0.0983)
FDP_core	0.0423 (0.0315)	0.0433 (0.0325)	0.0433 (0.0325)			
rural	0.519** (0.178)	0.543** (0.190)	0.543** (0.191)	0.533** (0.178)	0.559** (0.190)	0.559** (0.190)
urban	-0.124 (0.121)	-0.130 (0.127)	-0.130 (0.127)	-0.130 (0.121)	-0.136 (0.128)	-0.137 (0.128)
coalitSR_CV	0.314*** (0.0838)	0.337*** (0.0891)	0.336*** (0.0891)	0.304*** (0.0870)	0.323*** (0.0929)	0.322*** (0.0929)
coalitRV_SC	0.397*** (0.112)	0.406*** (0.120)	0.407*** (0.120)	0.358** (0.112)	0.366** (0.120)	0.366** (0.120)
coalitSCV_R	0.595*** (0.0810)	0.639*** (0.0866)	0.638*** (0.0866)	0.582*** (0.0828)	0.624*** (0.0893)	0.623*** (0.0893)
coalitSCR_V	0.457*** (0.132)	0.495*** (0.138)	0.496*** (0.138)	0.458*** (0.131)	0.496*** (0.138)	0.496*** (0.138)
coalitCRV_S	-0.434*** (0.101)	-0.457*** (0.103)	-0.456*** (0.103)	-0.447*** (0.101)	-0.469*** (0.103)	-0.469*** (0.103)
coalitSCRV	-0.594*** (0.0537)	-0.608*** (0.0552)	-0.608*** (0.0552)	-0.612*** (0.0545)	-0.627*** (0.0560)	-0.627*** (0.0560)
billtype_dec	-0.0726 (0.0397)	-0.0775 (0.0413)	-0.0772 (0.0413)	-0.0496 (0.0401)	-0.0529 (0.0419)	-0.0525 (0.0419)
votetype_dec	-0.418*** (0.0526)	-0.440*** (0.0545)	-0.440*** (0.0545)	-0.368*** (0.0538)	-0.388*** (0.0555)	-0.389*** (0.0555)
rice_all05	0.293*** (0.0429)	0.321*** (0.0457)	0.321*** (0.0457)	0.287*** (0.0424)	0.314*** (0.0453)	0.314*** (0.0453)
rollcalloblig	-0.241*** (0.0526)	-0.243*** (0.0534)	-0.243*** (0.0534)	-0.252*** (0.0499)	-0.256*** (0.0507)	-0.256*** (0.0507)

(Fortsetzung)

	(5) cloglog	(5) relogit	(5) logit	(10) cloglog	(10) relogit	(10) logit
rollcalldem	0.215*** (0.0221)	0.229*** (0.0238)	0.229*** (0.0238)	0.194*** (0.0226)	0.206*** (0.0243)	0.206*** (0.0243)
pres	0.308 (0.296)	0.375 (0.313)	0.322 (0.313)	0.266 (0.307)	0.326 (0.326)	0.274 (0.326)
pg_pres	-0.481*** (0.141)	-0.493*** (0.148)	-0.496*** (0.148)	-0.477*** (0.144)	-0.488** (0.152)	-0.492** (0.152)
days_in	-3.99e-06 (4.91e-05)	-3.52e-06 (5.16e-05)	-3.55e-06 (5.16e-05)	-4.51e-06 (4.91e-05)	-4.06e-06 (5.16e-05)	-4.09e-06 (5.16e-05)
preresign	0.0776 (0.133)	0.0820 (0.139)	0.0817 (0.139)	0.0754 (0.130)	0.0804 (0.135)	0.0801 (0.136)
Constant	-0.374 (1.550)	-0.188 (1.645)	-0.188 (1.645)	-0.246 (1.547)	-0.0565 (1.643)	-0.0565 (1.644)
Beobachtungen	230'592	230'592	230'592	227'405	227'405	227'405
beob. Erfolge	14'209	14'209	14'209	13'940	13'940	13'940
Anz. Cluster	68	68	68	68	68	68
Prob > Wald χ^2	0.0000		0.0000	0.0000		0.0000
VIF max./Mw.	5.21/1.89	5.21/1.89	5.21/1.89	5.22/1.81	5.22/1.81	5.22/1.81
McFadden PSI	0.0260		0.0259	0.0281		0.0281
McFadden adj. R^2	0.055		0.056	0.059		0.060

Unstandardisierte β -Koeffizienten; robuste Standardfehler in Klammern.

*** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

A.3 Vergleich von SP-Modellen

Tabelle A.3: Modellvergleich zwischen unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsverteilungen zum abweichenden Stimmverhalten in der SP-Fraktion

	(5) cloglog	(5) relogit	(5) logit	(10) cloglog	(10) relogit	(10) logit
female	-0.173 (0.103)	-0.176 (0.104)	-0.176 (0.104)	-0.162 (0.102)	-0.166 (0.104)	-0.166 (0.104)
c_age	-0.00564 (0.00631)	-0.00576 (0.00643)	-0.00575 (0.00643)	-0.00556 (0.00626)	-0.00570 (0.00639)	-0.00570 (0.00639)
leg46	-0.148* (0.0751)	-0.153* (0.0765)	-0.153* (0.0765)	-0.145 (0.0786)	-0.150 (0.0803)	-0.150 (0.0803)
leg47	-0.210* (0.0992)	-0.218* (0.101)	-0.218* (0.101)	-0.144 (0.107)	-0.149 (0.109)	-0.149 (0.110)
language_2	0.132 (0.205)	0.136 (0.210)	0.137 (0.210)	0.125 (0.204)	0.129 (0.209)	0.129 (0.209)
language_3	-0.176 (0.324)	-0.178 (0.330)	-0.179 (0.330)	-0.189 (0.327)	-0.191 (0.333)	-0.192 (0.333)
paroldiffMEAN	0.0465 (0.0409)	0.0473 (0.0419)	0.0473 (0.0419)	0.0483 (0.0406)	0.0493 (0.0416)	0.0492 (0.0416)
resdiffMEAN	-0.0130 (0.0198)	-0.0131 (0.0203)	-0.0131 (0.0203)	-0.0134 (0.0199)	-0.0134 (0.0204)	-0.0134 (0.0204)

(Fortsetzung)

	(5)	(5)	(5)	(10)	(10)	(10)
	cloglog	relogit	logit	cloglog	relogit	logit
interest_cat_COUNT	0.0138 (0.0330)	0.0138 (0.0336)	0.0138 (0.0336)	0.00986 (0.0330)	0.00988 (0.0337)	0.00990 (0.0337)
constit5	-0.000696 (0.185)	-8.87e-05 (0.190)	-0.000699 (0.190)	-0.0132 (0.192)	-0.0130 (0.197)	-0.0136 (0.197)
constit14	-0.131 (0.130)	-0.133 (0.133)	-0.133 (0.133)	-0.146 (0.130)	-0.150 (0.132)	-0.149 (0.132)
voteedge	-0.000854 (0.00109)	-0.000879 (0.00111)	-0.000881 (0.00111)	-0.000804 (0.00109)	-0.000829 (0.00111)	-0.000831 (0.00111)
votesharediff	-0.0202* (0.00867)	-0.0208* (0.00887)	-0.0208* (0.00887)	-0.0205* (0.00881)	-0.0210* (0.00904)	-0.0210* (0.00904)
preelect	-0.132** (0.0494)	-0.136** (0.0504)	-0.136** (0.0504)	-0.118* (0.0497)	-0.118* (0.0509)	-0.118* (0.0509)
ENER_FIN				1.156*** (0.134)	1.171*** (0.136)	1.176*** (0.136)
TRAN_FIN				0.0825 (0.0764)	0.101 (0.0789)	0.100 (0.0790)
STATE				-0.0367 (0.0336)	-0.0381 (0.0343)	-0.0382 (0.0343)
INT				-0.627*** (0.0778)	-0.639*** (0.0790)	-0.641*** (0.0790)
SEC				0.479*** (0.0725)	0.501*** (0.0749)	0.501*** (0.0749)
EUR				-0.249*** (0.0646)	-0.252*** (0.0658)	-0.253*** (0.0658)
LAW				-0.0755* (0.0356)	-0.0763* (0.0365)	-0.0763* (0.0365)
ECON				0.0340 (0.0379)	0.0322 (0.0387)	0.0321 (0.0387)
FIN				-0.172*** (0.0389)	-0.175*** (0.0396)	-0.175*** (0.0396)
SOC				-0.123** (0.0468)	-0.126** (0.0475)	-0.126** (0.0475)
MIG				-0.113 (0.0870)	-0.119 (0.0880)	-0.120 (0.0881)
HEA				0.204*** (0.0614)	0.209*** (0.0631)	0.208*** (0.0631)
EDUCUL				-0.367*** (0.0631)	-0.379*** (0.0643)	-0.380*** (0.0643)
COMM				-0.0607 (0.0681)	-0.0585 (0.0695)	-0.0590 (0.0695)
TRAN				0.201*** (0.0553)	0.208*** (0.0565)	0.208*** (0.0565)
ENV				-0.200** (0.0610)	-0.207*** (0.0622)	-0.208*** (0.0622)
AGR				0.522*** (0.0483)	0.542*** (0.0501)	0.542*** (0.0501)
ENER				-1.019*** (0.113)	-1.034*** (0.115)	-1.040*** (0.115)

(Fortsetzung)

	(5) cloglog	(5) relogit	(5) logit	(10) cloglog	(10) relogit	(10) logit
SP_core	-0.375*** (0.0415)	-0.384*** (0.0422)	-0.384*** (0.0422)			
rural	0.477** (0.150)	0.498** (0.154)	0.495** (0.154)	0.484** (0.150)	0.506** (0.154)	0.504** (0.154)
urban	-0.0573 (0.115)	-0.0589 (0.117)	-0.0589 (0.117)	-0.0621 (0.115)	-0.0642 (0.117)	-0.0642 (0.117)
coalitSV_CR	0.345*** (0.104)	0.356*** (0.106)	0.355*** (0.106)	0.370*** (0.105)	0.380*** (0.107)	0.379*** (0.107)
coalitRV_SC	-1.264*** (0.0642)	-1.277*** (0.0645)	-1.278*** (0.0645)	-1.180*** (0.0661)	-1.192*** (0.0664)	-1.193*** (0.0664)
coalitSCR_V	-0.775*** (0.0731)	-0.787*** (0.0739)	-0.788*** (0.0739)	-0.693*** (0.0769)	-0.706*** (0.0778)	-0.706*** (0.0778)
coalitCRV_S	-0.378*** (0.0811)	-0.385*** (0.0820)	-0.384*** (0.0820)	-0.360*** (0.0821)	-0.368*** (0.0830)	-0.368*** (0.0830)
coalitSCRV_G	1.012*** (0.0703)	1.058*** (0.0738)	1.058*** (0.0738)	1.009*** (0.0739)	1.064*** (0.0775)	1.064*** (0.0775)
coalitSCRVoG	-0.563*** (0.0846)	-0.575*** (0.0856)	-0.575*** (0.0856)	-0.471*** (0.0830)	-0.482*** (0.0840)	-0.482*** (0.0840)
billtype_dec	-0.134** (0.0459)	-0.137** (0.0469)	-0.136** (0.0469)	0.00265 (0.0622)	7.23e-05 (0.0635)	0.000879 (0.0636)
votetype_dec	0.179*** (0.0540)	0.185*** (0.0550)	0.184*** (0.0550)	0.162** (0.0502)	0.166** (0.0514)	0.166** (0.0514)
rice_all_05	-0.358*** (0.0615)	-0.361*** (0.0620)	-0.362*** (0.0620)	-0.362*** (0.0649)	-0.364*** (0.0654)	-0.365*** (0.0654)
rollcalloblig	0.0742 (0.0423)	0.0757 (0.0432)	0.0760 (0.0432)	0.0836* (0.0412)	0.0869* (0.0421)	0.0871* (0.0421)
rollcalldem	-0.168*** (0.0453)	-0.171*** (0.0458)	-0.171*** (0.0458)	-0.162*** (0.0462)	-0.166*** (0.0466)	-0.166*** (0.0466)
pres	0.222 (0.183)	0.459* (0.182)	0.223 (0.182)	0.301 (0.160)	0.549*** (0.157)	0.314* (0.157)
pg_pres	-0.300 (0.165)	-0.299 (0.168)	-0.303 (0.168)	-0.314 (0.169)	-0.313 (0.173)	-0.317 (0.173)
days_in	6.12e-05 (3.27e-05)	6.26e-05 (3.34e-05)	6.26e-05 (3.34e-05)	5.84e-05 (3.29e-05)	6.00e-05 (3.36e-05)	6.00e-05 (3.36e-05)
preresign	-0.174 (0.115)	-0.176 (0.118)	-0.178 (0.118)	-0.163 (0.116)	-0.165 (0.119)	-0.166 (0.119)
Constant	-2.651* (1.160)	-2.624* (1.186)	-2.625* (1.186)	-2.864* (1.163)	-2.843* (1.191)	-2.845* (1.191)
Beobachtungen	324'158	324'158	324'158	319'686	319'686	319'686
beob. Erfolge	8'262	8'262	8'262	8'059	8'059	8'059
Anz. Cluster	95	95	95	95	95	95
Prob > Wald χ^2 (125)						
VIF max./Mw.	4.24/1.74	4.24/1.74	4.24/1.74	4.24/1.70	4.24/1.70	4.24/1.70
McFadden PSI	0.0075		0.0122	0.0133		0.0141
McFadden adj. R^2	0.038		0.039	0.046		0.046

Unstandardisierte β -Koeffizienten; robuste Standardfehler in Klammern.
*** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

¹²⁵Vgl. Fn. 108

A.4 Vergleich von SVP-Modellen

Tabelle A.4: Modellvergleich zwischen unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsverteilungen zum abweichenden Stimmverhalten in der SVP-Fraktion

	(5) cloglog	(5) relogit	(5) logit	(10) cloglog	(10) relogit	(10) logit
female	1.023*** (0.163)	1.067*** (0.169)	1.067*** (0.169)	1.028*** (0.164)	1.074*** (0.169)	1.075*** (0.169)
c_age	0.00752 (0.00999)	0.00759 (0.0106)	0.00759 (0.0106)	0.00739 (0.0101)	0.00745 (0.0106)	0.00745 (0.0106)
leg46	-0.0620 (0.0977)	-0.0701 (0.101)	-0.0700 (0.101)	0.00231 (0.0996)	-0.00517 (0.103)	-0.00505 (0.103)
leg47	-0.295* (0.133)	-0.313* (0.137)	-0.313* (0.137)	-0.221 (0.132)	-0.238 (0.137)	-0.238 (0.137)
language_2	0.900* (0.404)	0.913* (0.402)	0.913* (0.402)	0.897* (0.407)	0.912* (0.405)	0.912* (0.405)
paroldiffMEAN	0.0737** (0.0233)	0.0759** (0.0240)	0.0759** (0.0241)	0.0734** (0.0235)	0.0755** (0.0242)	0.0755** (0.0242)
resdiffMEAN	-0.116 (0.106)	-0.117 (0.105)	-0.117 (0.105)	-0.116 (0.107)	-0.116 (0.106)	-0.116 (0.106)
interest_cat_COUNT	0.201 (0.110)	0.204 (0.110)	0.204 (0.110)	0.203 (0.111)	0.207 (0.111)	0.207 (0.111)
constit5	0.0648 (0.275)	0.0693 (0.288)	0.0691 (0.288)	0.0691 (0.276)	0.0743 (0.290)	0.0741 (0.290)
constit14	-0.137 (0.396)	-0.146 (0.404)	-0.146 (0.404)	-0.135 (0.398)	-0.143 (0.406)	-0.143 (0.406)
voteedge	-4.45e-06 (0.00109)	9.40e-05 (0.00113)	9.08e-05 (0.00113)	-9.80e-06 (0.00110)	9.11e-05 (0.00114)	8.77e-05 (0.00114)
votesharediff	0.00520 (0.0166)	0.00557 (0.0174)	0.00555 (0.0174)	0.00546 (0.0168)	0.00579 (0.0175)	0.00578 (0.0176)
preelect	-0.165*** (0.0439)	-0.172*** (0.0455)	-0.172*** (0.0455)	-0.166*** (0.0422)	-0.174*** (0.0435)	-0.174*** (0.0435)
ENER_FIN				0.393*** (0.112)	0.413*** (0.119)	0.414*** (0.119)
TRAN_FIN				0.0485 (0.100)	0.0667 (0.104)	0.0661 (0.104)
STATE				-0.0841*** (0.0255)	-0.0882** (0.0274)	-0.0884** (0.0274)
INT				0.0309 (0.0666)	0.0202 (0.0659)	0.0198 (0.0659)
SEC				-0.185** (0.0704)	-0.191** (0.0739)	-0.191** (0.0739)
EUR				-0.156** (0.0599)	-0.168** (0.0631)	-0.169** (0.0631)
LAW				-0.118*** (0.0304)	-0.126*** (0.0311)	-0.126*** (0.0311)
ECON				-0.122*** (0.0346)	-0.130*** (0.0366)	-0.130*** (0.0366)
FIN				-0.0167 (0.0385)	-0.0185 (0.0396)	-0.0185 (0.0396)

(Fortsetzung)

	(5)	(5)	(5)	(10)	(10)	(10)
	cloglog	relogit	logit	cloglog	relogit	logit
SOC				-0.0724*	-0.0779*	-0.0781*
				(0.0345)	(0.0367)	(0.0367)
MIG				-0.223**	-0.245***	-0.246***
				(0.0714)	(0.0687)	(0.0687)
HEA				0.0840	0.0923	0.0921
				(0.0591)	(0.0613)	(0.0613)
EDUCUL				0.257***	0.270***	0.270***
				(0.0357)	(0.0384)	(0.0384)
COMM				0.174**	0.181**	0.181**
				(0.0640)	(0.0671)	(0.0671)
TRAN				0.122*	0.126	0.126
				(0.0618)	(0.0647)	(0.0647)
ENV				0.0903	0.0893	0.0889
				(0.0500)	(0.0523)	(0.0523)
AGR				0.172	0.202*	0.202*
				(0.103)	(0.100)	(0.101)
ENER				-0.0193	-0.0141	-0.0158
				(0.110)	(0.112)	(0.112)
SVP_core	-0.171***	-0.181***	-0.181***			
	(0.0242)	(0.0239)	(0.0239)			
rural	0.456	0.461	0.461	0.460	0.466	0.466
	(0.258)	(0.262)	(0.262)	(0.260)	(0.264)	(0.264)
urban	0.317	0.330	0.330	0.319	0.332	0.333
	(0.241)	(0.244)	(0.244)	(0.243)	(0.246)	(0.246)
coalitSR_CV	0.246**	0.249**	0.248**	0.241**	0.244**	0.243**
	(0.0809)	(0.0849)	(0.0849)	(0.0841)	(0.0884)	(0.0884)
coalitRV_SC	-0.170	-0.214	-0.214	-0.160	-0.203	-0.203
	(0.208)	(0.197)	(0.197)	(0.197)	(0.187)	(0.187)
coalitSV_CR	0.591***	0.619***	0.619***	0.635***	0.667***	0.666***
	(0.0758)	(0.0845)	(0.0845)	(0.0762)	(0.0864)	(0.0864)
coalitSCR_V	0.594**	0.584**	0.584**	0.595***	0.586**	0.587**
	(0.182)	(0.185)	(0.185)	(0.177)	(0.180)	(0.180)
coalitCRV_S	-1.140***	-1.192***	-1.192***	-1.101***	-1.152***	-1.152***
	(0.0847)	(0.0793)	(0.0793)	(0.0823)	(0.0778)	(0.0778)
coalitSCRV	-0.331*	-0.327	-0.327	-0.323	-0.320	-0.320
	(0.168)	(0.173)	(0.173)	(0.172)	(0.178)	(0.178)
billtype_dec	-0.0149	-0.0181	-0.0178	-0.0433	-0.0484	-0.0479
	(0.0358)	(0.0378)	(0.0378)	(0.0424)	(0.0449)	(0.0449)
votetype_dec	0.136*	0.130*	0.129*	0.136*	0.132*	0.132*
	(0.0579)	(0.0583)	(0.0584)	(0.0542)	(0.0553)	(0.0553)
rice_all_05	0.112*	0.130**	0.130**	0.100*	0.117*	0.117*
	(0.0459)	(0.0474)	(0.0474)	(0.0467)	(0.0481)	(0.0481)
rollcaloblig	-0.118**	-0.127**	-0.127**	-0.101*	-0.109*	-0.109*
	(0.0418)	(0.0439)	(0.0439)	(0.0404)	(0.0429)	(0.0429)
rollcaldem	0.144***	0.154***	0.154***	0.149***	0.159***	0.159***
	(0.0319)	(0.0345)	(0.0345)	(0.0325)	(0.0353)	(0.0353)
pg_pres	-0.544	-0.552	-0.555	-0.583	-0.592	-0.594
	(0.507)	(0.519)	(0.519)	(0.507)	(0.520)	(0.521)

(Fortsetzung)

	(5) cloglog	(5) relogit	(5) logit	(10) cloglog	(10) relogit	(10) logit
days_in	6.64e-05 (5.18e-05)	6.76e-05 (5.46e-05)	6.77e-05 (5.46e-05)	6.48e-05 (5.25e-05)	6.58e-05 (5.54e-05)	6.59e-05 (5.54e-05)
preresign	0.313 (0.238)	0.307 (0.246)	0.306 (0.246)	0.323 (0.236)	0.320 (0.244)	0.319 (0.244)
Constant	-1.119 (2.618)	-1.083 (2.586)	-1.084 (2.586)	-1.263 (2.631)	-1.231 (2.600)	-1.232 (2.601)
Beobachtungen	261'858	261'875	261'858	258'381	258'398	258'381
beob. Erfolge	12'410	12'410	12'410	12'232	12'232	12'232
Anz. Cluster	70	70	70	70	70	70
Prob > Wald χ^2	0.0000		0.0000	0.0000		0.0000
VIF max./Mw.	3.27/1.72	3.27/1.72	3.27/1.72	3.30/1.65	3.30/1.65	3.30/1.65
McFadden PSI	0.0650		0.0602	0.0670		0.0622
McFadden adj. R^2	0.103		0.102	0.107		0.105

Unstandardisierte β -Koeffizienten; robuste Standardfehler in Klammern.

*** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

Anhang B

Vergleich von Regressionsmodellen mit unterschiedlich definierten abhängigen Variablen

B.1 Vergleich von CVP-Modellen

Tabelle B.1: Modellvergleich zwischen unterschiedlichen definierten abhängigen Variablen in der CVP-Fraktion

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
female	-0.0638 (0.110)	-0.0647 (0.114)	-0.0591 (0.111)	-0.0605 (0.114)	-0.0564 (0.111)	-0.0572 (0.114)
c_age	0.00677 (0.0105)	0.00695 (0.0107)	0.00700 (0.0106)	0.00715 (0.0107)	0.00692 (0.0106)	0.00702 (0.0108)
leg46	0.137 (0.0841)	0.179* (0.0857)	0.151 (0.0848)	0.190* (0.0863)	0.131 (0.0862)	0.164 (0.0869)
leg47	0.0125 (0.129)	0.0137 (0.131)	0.0124 (0.127)	0.0131 (0.129)	-0.0429 (0.134)	-0.0826 (0.136)
language_2	-0.207 (0.285)	-0.213 (0.290)	-0.207 (0.287)	-0.212 (0.293)	-0.211 (0.289)	-0.219 (0.295)
language_3	-0.0199 (0.481)	-0.0244 (0.491)	-0.0108 (0.488)	-0.0135 (0.499)	-0.0167 (0.490)	-0.0225 (0.502)
paroldiffMEAN	0.0738 (0.0453)	0.0749 (0.0462)	0.0739 (0.0457)	0.0749 (0.0467)	0.0743 (0.0458)	0.0756 (0.0469)
resdiffMEAN	0.0766 (0.0754)	0.0793 (0.0771)	0.0752 (0.0763)	0.0773 (0.0779)	0.0756 (0.0763)	0.0778 (0.0780)
interest_cat_COUNT	-0.0274 (0.0283)	-0.0278 (0.0288)	-0.0264 (0.0283)	-0.0267 (0.0289)	-0.0260 (0.0283)	-0.0261 (0.0289)
constit5	-0.134 (0.314)	-0.137 (0.319)	-0.134 (0.319)	-0.137 (0.323)	-0.134 (0.319)	-0.137 (0.325)

(Fortsetzung)

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
constit14	0.234 (0.196)	0.246 (0.200)	0.226 (0.197)	0.236 (0.201)	0.221 (0.198)	0.230 (0.202)
voteedge	0.00143 (0.000857)	0.00142 (0.000872)	0.00144 (0.000860)	0.00143 (0.000876)	0.00144 (0.000868)	0.00145 (0.000886)
votesharediff	-0.0669*** (0.0163)	-0.0682*** (0.0166)	-0.0670*** (0.0164)	-0.0683*** (0.0167)	-0.0669*** (0.0164)	-0.0683*** (0.0167)
preelect	-0.0258 (0.0513)	0.00183 (0.0516)	-0.0302 (0.0515)	-0.00104 (0.0516)	-0.0372 (0.0574)	-0.0176 (0.0566)
ENER_FIN			-0.113 (0.135)	-0.256 (0.136)	-0.00161 (0.140)	-0.0954 (0.137)
TRAN_FIN			0.204* (0.0862)	0.218* (0.0886)	0.153 (0.0857)	0.155 (0.0888)
STATE					0.0939* (0.0387)	0.0611 (0.0389)
INT					-0.386*** (0.0773)	-0.404*** (0.0768)
SEC					-0.320*** (0.0895)	-0.408*** (0.0883)
EUR					-0.0129 (0.0736)	-0.0209 (0.0764)
LAW					-0.106*** (0.0303)	-0.129*** (0.0307)
ECON					-0.0299 (0.0391)	-0.0453 (0.0397)
FIN			0.0939** (0.0333)	0.0774* (0.0341)	0.0513 (0.0350)	0.0312 (0.0361)
SOC					-0.0653 (0.0447)	-0.115* (0.0461)
MIG					0.168** (0.0557)	0.167** (0.0586)
HEA					0.133* (0.0630)	0.0984 (0.0638)
EDUCUL					-0.0161 (0.0564)	0.00491 (0.0565)
COMM					-0.0421 (0.0606)	0.000128 (0.0619)
TRAN			-0.0397 (0.0697)	-0.0550 (0.0716)	-0.0170 (0.0692)	-0.0340 (0.0715)
ENV					0.0519 (0.0536)	0.0599 (0.0562)
AGR					0.0886 (0.0648)	0.129 (0.0672)
ENER			0.147 (0.118)	0.337** (0.121)	0.118 (0.122)	0.282* (0.125)
rural	0.0886 (0.175)	0.0926 (0.179)	0.0852 (0.177)	0.0878 (0.181)	0.0846 (0.177)	0.0867 (0.181)
urban	0.371** (0.140)	0.379** (0.144)	0.372** (0.142)	0.379** (0.145)	0.373** (0.142)	0.381** (0.146)

(Fortsetzung)

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
coalitSR_CV	0.243* (0.107)	0.363*** (0.105)	0.259* (0.114)	0.414*** (0.115)	0.245* (0.117)	0.380** (0.118)
coalitRV_SC	0.148 (0.171)	0.101 (0.184)	0.157 (0.171)	0.108 (0.184)	0.158 (0.172)	0.107 (0.186)
coalitSRV_C	0.358** (0.115)	0.374*** (0.111)	0.385*** (0.116)	0.402*** (0.113)	0.392*** (0.117)	0.403*** (0.113)
coalitSCR_V	-0.335* (0.138)	-0.524*** (0.140)	-0.326* (0.138)	-0.508*** (0.139)	-0.330* (0.137)	-0.522*** (0.139)
coalitCRV_S	0.206 (0.163)	0.0981 (0.166)	0.213 (0.164)	0.112 (0.167)	0.220 (0.161)	0.120 (0.164)
coalitSCRV	-0.921*** (0.0756)	-1.092*** (0.0745)	-0.915*** (0.0746)	-1.078*** (0.0734)	-0.902*** (0.0754)	-1.077*** (0.0746)
billtype_dec	-0.218*** (0.0324)	-0.315*** (0.0317)	-0.206*** (0.0349)	-0.309*** (0.0339)	-0.192*** (0.0362)	-0.285*** (0.0340)
votetype_dec	-0.453*** (0.0618)	-0.530*** (0.0600)	-0.456*** (0.0624)	-0.531*** (0.0606)	-0.420*** (0.0605)	-0.499*** (0.0582)
rice_all05	0.0308 (0.0720)	0.473*** (0.0731)	0.0308 (0.0721)	0.475*** (0.0732)	0.0221 (0.0737)	0.462*** (0.0733)
rollcalloblig	-0.277*** (0.0829)	-0.285*** (0.0819)	-0.272** (0.0831)	-0.280*** (0.0822)	-0.272*** (0.0824)	-0.272*** (0.0812)
rollcalldem	0.116*** (0.0275)	0.230*** (0.0292)	0.112*** (0.0276)	0.233*** (0.0292)	0.0956*** (0.0265)	0.225*** (0.0279)
pres	-0.163 (0.221)	-0.363 (0.242)	-0.335 (0.282)	-0.540 (0.295)	-0.332 (0.278)	-0.545 (0.292)
pg_pres	-1.105*** (0.220)	-1.128*** (0.229)	-1.111*** (0.222)	-1.132*** (0.230)	-1.114*** (0.221)	-1.135*** (0.229)
days_in	2.80e-05 (3.50e-05)	3.11e-05 (3.57e-05)	2.95e-05 (3.51e-05)	3.22e-05 (3.58e-05)	2.74e-05 (3.53e-05)	2.94e-05 (3.59e-05)
preresign	-0.210 (0.108)	-0.222* (0.113)	-0.203 (0.107)	-0.218 (0.112)	-0.185 (0.104)	-0.196 (0.107)
CVP_core	0.0740 (0.0461)	0.0659 (0.0473)				
Constant	-5.710* (2.407)	-5.506* (2.471)	-5.691* (2.433)	-5.471* (2.494)	-5.645* (2.443)	-5.384* (2.506)
Beobachtungen	176'351	153'793	173'979	151'908	173'979	151'908
beob. Erfolge	11'456	11'456	11'212	11'212	11'212	11'212
Anz. Cluster	68	68	68	68	68	68
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	4.83/1.90	4.82/1.91	4.84/1.96	4.83/1.98	4.84/1.80	4.83/1.82
McFadden PSI	0.0254	0.0384	0.0256	0.0387	0.0267	0.0405
McFadden adj. R^2	0.055	0.075	0.055	0.075	0.057	0.079

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

B.2 Vergleich von FDP-Modellen

Tabelle B.2: Modellvergleich zwischen unterschiedlichen definierten abhängigen Variablen in der FDP-Fraktion

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
female	0.186 (0.185)	0.189 (0.188)	0.183 (0.186)	0.186 (0.189)	0.183 (0.186)	0.187 (0.189)
c_age	-0.00181 (0.0143)	-0.00143 (0.0145)	-0.00214 (0.0143)	-0.00180 (0.0145)	-0.00225 (0.0143)	-0.00191 (0.0145)
leg46	-0.148* (0.0747)	-0.204** (0.0763)	-0.162* (0.0740)	-0.214** (0.0757)	-0.177* (0.0738)	-0.235** (0.0753)
leg47	-0.295* (0.118)	-0.387** (0.119)	-0.305* (0.120)	-0.392** (0.121)	-0.343** (0.119)	-0.433*** (0.120)
language_2	0.863*** (0.159)	0.875*** (0.162)	0.862*** (0.159)	0.873*** (0.162)	0.863*** (0.159)	0.875*** (0.162)
language_3	0.992** (0.313)	1.001** (0.318)	0.990** (0.315)	0.998** (0.319)	0.993** (0.315)	1.001** (0.320)
paroldiffMEAN	-0.00624 (0.0311)	-0.00596 (0.0316)	-0.00610 (0.0312)	-0.00581 (0.0317)	-0.00587 (0.0312)	-0.00563 (0.0318)
resdiffMEAN	-0.0808 (0.0467)	-0.0813 (0.0476)	-0.0810 (0.0467)	-0.0813 (0.0476)	-0.0820 (0.0466)	-0.0822 (0.0476)
interest_cat_COUNT	0.0377 (0.0377)	0.0383 (0.0385)	0.0377 (0.0379)	0.0382 (0.0387)	0.0375 (0.0378)	0.0379 (0.0386)
constit5	0.312 (0.180)	0.317 (0.183)	0.305 (0.180)	0.309 (0.184)	0.307 (0.180)	0.310 (0.183)
constit14	0.0869 (0.137)	0.0870 (0.139)	0.0876 (0.137)	0.0876 (0.139)	0.0870 (0.137)	0.0871 (0.139)
voteedge	0.00142 (0.00187)	0.00141 (0.00191)	0.00141 (0.00187)	0.00140 (0.00191)	0.00144 (0.00187)	0.00143 (0.00190)
votesharediff	0.00630 (0.0127)	0.00634 (0.0130)	0.00665 (0.0129)	0.00667 (0.0132)	0.00664 (0.0129)	0.00666 (0.0132)
preelect	-0.0795 (0.0468)	-0.112* (0.0476)	-0.0539 (0.0483)	-0.0936 (0.0492)	-0.0477 (0.0464)	-0.0763 (0.0476)
ENER_FIN			0.0112 (0.0932)	0.0237 (0.0980)	0.114 (0.0965)	0.179 (0.102)
TRAN_FIN			0.170 (0.0883)	0.0125 (0.0922)	0.175* (0.0884)	0.0312 (0.0919)
STATE					0.00572 (0.0208)	0.0510* (0.0217)
INT					-0.138** (0.0516)	-0.167** (0.0528)
SEC					-0.404*** (0.0496)	-0.431*** (0.0516)
EUR					-0.0189 (0.0630)	0.0522 (0.0638)
LAW					-0.0617* (0.0300)	-0.133*** (0.0300)
ECON					-0.0723* (0.0309)	-0.0709* (0.0325)

(Fortsetzung)

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
FIN			-0.0518 (0.0343)	-0.0592 (0.0351)	-0.104** (0.0341)	-0.130*** (0.0344)
SOC					0.0791* (0.0396)	0.0978* (0.0411)
MIG					0.0939 (0.0541)	0.0782 (0.0540)
HEA					0.198*** (0.0577)	0.133* (0.0597)
EDUCUL					-0.215*** (0.0404)	-0.234*** (0.0422)
COMM					0.0377 (0.0548)	0.0495 (0.0561)
TRAN			-0.169*** (0.0498)	-0.0958 (0.0504)	-0.177*** (0.0498)	-0.115* (0.0494)
ENV					0.188*** (0.0491)	0.176*** (0.0498)
AGR					0.0370 (0.0667)	0.0370 (0.0671)
ENER			0.177 (0.0952)	0.189* (0.0962)	0.143 (0.0939)	0.134 (0.0948)
rural	0.519** (0.178)	0.540** (0.185)	0.529** (0.178)	0.550** (0.185)	0.533** (0.178)	0.554** (0.185)
urban	-0.124 (0.121)	-0.123 (0.124)	-0.128 (0.121)	-0.128 (0.124)	-0.130 (0.121)	-0.130 (0.124)
coalitSR_CV	0.314*** (0.0838)	0.490*** (0.0867)	0.329*** (0.0894)	0.495*** (0.0904)	0.304*** (0.0870)	0.455*** (0.0878)
coalitRV_SC	0.397*** (0.112)	0.325** (0.119)	0.381*** (0.111)	0.312** (0.118)	0.358** (0.112)	0.285* (0.120)
coalitSCV_R	0.595*** (0.0810)	0.706*** (0.0847)	0.609*** (0.0827)	0.696*** (0.0859)	0.582*** (0.0828)	0.647*** (0.0874)
coalitSCR_V	0.457*** (0.132)	0.401** (0.135)	0.461*** (0.131)	0.410** (0.134)	0.458*** (0.131)	0.401** (0.134)
coalitCRV_S	-0.434*** (0.101)	-0.758*** (0.102)	-0.447*** (0.0998)	-0.769*** (0.102)	-0.447*** (0.101)	-0.773*** (0.103)
coalitSCRV	-0.594*** (0.0537)	-0.857*** (0.0579)	-0.612*** (0.0541)	-0.874*** (0.0582)	-0.612*** (0.0545)	-0.880*** (0.0581)
billtype_dec	-0.0726 (0.0397)	-0.147*** (0.0401)	-0.0602 (0.0402)	-0.136*** (0.0407)	-0.0496 (0.0401)	-0.116** (0.0405)
votetype_dec	-0.418*** (0.0526)	-0.537*** (0.0481)	-0.417*** (0.0519)	-0.532*** (0.0476)	-0.368*** (0.0538)	-0.489*** (0.0486)
rice_all_05	0.293*** (0.0429)	0.137** (0.0458)	0.299*** (0.0422)	0.137** (0.0447)	0.287*** (0.0424)	0.131** (0.0452)
rollcalloblig	-0.241*** (0.0526)	-0.200*** (0.0540)	-0.231*** (0.0520)	-0.192*** (0.0537)	-0.252*** (0.0499)	-0.201*** (0.0519)
rollcalldem	0.215*** (0.0221)	0.307*** (0.0218)	0.218*** (0.0218)	0.310*** (0.0219)	0.194*** (0.0226)	0.285*** (0.0234)
pres	0.308 (0.296)	0.226 (0.319)	0.271 (0.304)	0.196 (0.326)	0.266 (0.307)	0.181 (0.336)

(Fortsetzung)

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
pg_pres	-0.481*** (0.141)	-0.497*** (0.142)	-0.470** (0.143)	-0.481*** (0.144)	-0.477*** (0.144)	-0.488*** (0.146)
days_in	-3.99e-06 (4.91e-05)	-4.63e-06 (5.00e-05)	-3.79e-06 (4.91e-05)	-4.55e-06 (5.00e-05)	-4.51e-06 (4.91e-05)	-5.17e-06 (5.01e-05)
preresign	0.0776 (0.133)	0.0745 (0.137)	0.0773 (0.133)	0.0766 (0.137)	0.0754 (0.130)	0.0733 (0.134)
FDP_core	0.0423 (0.0315)	0.0198 (0.0328)				
Constant	-0.374 (1.550)	0.113 (1.581)	-0.332 (1.548)	0.135 (1.580)	-0.246 (1.547)	0.241 (1.580)
Beobachtungen	230'592	204'772	227'405	202'125	227'405	202'125
beob. Erfolge	14'209	14'209	13'940	13'940	13'940	13'940
Anz. Cluster	68	68	68	68	68	68
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	5.21/1.89	5.22/1.95	5.22/1.98	5.22/2.01	5.22/1.81	5.23/1.84
McFadden PSI	0.0260	0.0411	0.0265	0.0417	0.0281	0.0436
McFadden adj. R^2	0.055	0.078	0.057	0.079	0.059	0.083

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

B.3 Vergleich von SP-Modellen

Tabelle B.3: Modellvergleich zwischen unterschiedlichen definierten abhängigen Variablen in der SP-Fraktion

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
female	-0.173 (0.103)	-0.175 (0.103)	-0.163 (0.102)	-0.165 (0.103)	-0.162 (0.102)	-0.164 (0.103)
c_age	-0.00564 (0.00631)	-0.00586 (0.00635)	-0.00582 (0.00630)	-0.00605 (0.00635)	-0.00556 (0.00626)	-0.00575 (0.00632)
leg46	-0.148* (0.0751)	-0.160* (0.0755)	-0.0961 (0.0770)	-0.103 (0.0776)	-0.145 (0.0786)	-0.154 (0.0800)
leg47	-0.210* (0.0992)	-0.236* (0.0998)	-0.0962 (0.102)	-0.112 (0.103)	-0.144 (0.107)	-0.147 (0.108)
language_2	0.132 (0.205)	0.134 (0.207)	0.134 (0.205)	0.135 (0.206)	0.125 (0.204)	0.126 (0.206)
language_3	-0.176 (0.324)	-0.174 (0.328)	-0.180 (0.327)	-0.177 (0.330)	-0.189 (0.327)	-0.186 (0.332)
paroldiffMEAN	0.0465 (0.0409)	0.0467 (0.0411)	0.0476 (0.0408)	0.0479 (0.0411)	0.0483 (0.0406)	0.0486 (0.0409)
resdiffMEAN	-0.0130 (0.0198)	-0.0131 (0.0200)	-0.0128 (0.0199)	-0.0130 (0.0200)	-0.0134 (0.0199)	-0.0134 (0.0201)
interest_cat_COUNT	0.0138 (0.0330)	0.0143 (0.0333)	0.0106 (0.0329)	0.0110 (0.0332)	0.00986 (0.0330)	0.0104 (0.0334)

(Fortsetzung)

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
constit5	-0.000696 (0.185)	-0.00225 (0.186)	-0.0116 (0.191)	-0.0127 (0.191)	-0.0132 (0.192)	-0.0151 (0.193)
constit14	-0.131 (0.130)	-0.130 (0.131)	-0.143 (0.130)	-0.143 (0.131)	-0.146 (0.130)	-0.146 (0.131)
voteedge	-0.000854 (0.00109)	-0.000876 (0.00110)	-0.000823 (0.00109)	-0.000838 (0.00110)	-0.000804 (0.00109)	-0.000821 (0.00111)
votesharediff	-0.0202* (0.00867)	-0.0204* (0.00871)	-0.0204* (0.00884)	-0.0206* (0.00889)	-0.0205* (0.00881)	-0.0207* (0.00887)
preelect	-0.132** (0.0494)	-0.147** (0.0496)	-0.112* (0.0521)	-0.122* (0.0523)	-0.118* (0.0497)	-0.113* (0.0500)
ENER_FIN			0.973*** (0.126)	1.073*** (0.129)	1.156*** (0.134)	1.283*** (0.139)
TRAN_FIN			0.248** (0.0790)	0.207** (0.0797)	0.0825 (0.0764)	-0.0112 (0.0775)
STATE					-0.0367 (0.0336)	-0.0204 (0.0338)
INT					-0.627*** (0.0778)	-0.670*** (0.0793)
SEC					0.479*** (0.0725)	0.635*** (0.0733)
EUR					-0.249*** (0.0646)	-0.296*** (0.0638)
LAW					-0.0755* (0.0356)	-0.0712* (0.0355)
ECON					0.0340 (0.0379)	0.0546 (0.0372)
FIN			-0.197*** (0.0415)	-0.204*** (0.0417)	-0.172*** (0.0389)	-0.170*** (0.0393)
SOC					-0.123** (0.0468)	-0.117* (0.0480)
MIG					-0.113 (0.0870)	-0.101 (0.0872)
HEA					0.204*** (0.0614)	0.197** (0.0622)
EDUCUL					-0.367*** (0.0631)	-0.402*** (0.0665)
COMM					-0.0607 (0.0681)	-0.0392 (0.0667)
TRAN			0.0592 (0.0538)	0.0696 (0.0549)	0.201*** (0.0553)	0.237*** (0.0559)
ENV					-0.200** (0.0610)	-0.166** (0.0615)
AGR					0.522*** (0.0483)	0.473*** (0.0482)
ENER			-0.987*** (0.115)	-1.091*** (0.115)	-1.019*** (0.113)	-1.190*** (0.117)
rural	0.477** (0.150)	0.467** (0.151)	0.471** (0.151)	0.460** (0.152)	0.484** (0.150)	0.472** (0.151)

(Fortsetzung)

	(5)	(5)	(8)	(8)	(10)	(10)
	Orig.	neu	Orig.	neu	Orig.	neu
urban	-0.0573 (0.115)	-0.0582 (0.116)	-0.0605 (0.115)	-0.0611 (0.116)	-0.0621 (0.115)	-0.0627 (0.116)
coalitSV_CR	0.345*** (0.104)	0.143 (0.104)	0.394*** (0.107)	0.194 (0.108)	0.370*** (0.105)	0.126 (0.105)
coalitRV_SC	-1.264*** (0.0642)	-1.520*** (0.0632)	-1.249*** (0.0674)	-1.500*** (0.0668)	-1.180*** (0.0661)	-1.445*** (0.0651)
coalitSCR_V	-0.775*** (0.0731)	-1.044*** (0.0732)	-0.793*** (0.0765)	-1.055*** (0.0766)	-0.693*** (0.0769)	-0.964*** (0.0775)
coalitCRV_S	-0.378*** (0.0811)	-0.616*** (0.0813)	-0.348*** (0.0840)	-0.579*** (0.0843)	-0.360*** (0.0821)	-0.617*** (0.0818)
coalitSCRV_G	1.012*** (0.0703)	1.081*** (0.0713)	1.048*** (0.0721)	1.121*** (0.0738)	1.009*** (0.0739)	1.103*** (0.0738)
coalitSCRVoG	-0.563*** (0.0846)	-0.854*** (0.0868)	-0.563*** (0.0863)	-0.841*** (0.0883)	-0.471*** (0.0830)	-0.754*** (0.0855)
billtype_dec	-0.134** (0.0459)	-0.163*** (0.0465)	0.000314 (0.0604)	-0.0144 (0.0606)	0.00265 (0.0622)	-0.0104 (0.0622)
votetype_dec	0.179*** (0.0540)	0.224*** (0.0540)	0.174** (0.0541)	0.209*** (0.0541)	0.162** (0.0502)	0.215*** (0.0500)
rice_all_05	-0.358*** (0.0615)	-0.390*** (0.0612)	-0.378*** (0.0652)	-0.408*** (0.0649)	-0.362*** (0.0649)	-0.380*** (0.0647)
rollcalloblig	0.0742 (0.0423)	0.0846* (0.0428)	0.0732 (0.0421)	0.0845* (0.0424)	0.0836* (0.0412)	0.0685 (0.0432)
rollcalldem	-0.168*** (0.0453)	-0.211*** (0.0450)	-0.178*** (0.0451)	-0.218*** (0.0450)	-0.162*** (0.0462)	-0.206*** (0.0458)
pres	0.222 (0.183)	0.146 (0.175)	0.259 (0.166)	0.184 (0.157)	0.301 (0.160)	0.245 (0.157)
pg_pres	-0.300 (0.165)	-0.298 (0.165)	-0.306 (0.165)	-0.304 (0.166)	-0.314 (0.169)	-0.314 (0.169)
days_in	6.12e-05 (3.27e-05)	6.13e-05 (3.32e-05)	5.89e-05 (3.29e-05)	5.86e-05 (3.35e-05)	5.84e-05 (3.29e-05)	5.83e-05 (3.34e-05)
preresign	-0.174 (0.115)	-0.168 (0.115)	-0.157 (0.114)	-0.151 (0.115)	-0.163 (0.116)	-0.160 (0.116)
SP_core	-0.375*** (0.0415)	-0.409*** (0.0412)				
Constant	-2.651* (1.160)	-2.326* (1.167)	-2.922* (1.162)	-2.623* (1.169)	-2.864* (1.163)	-2.585* (1.172)
Beobachtungen	324'158	307'922	319'686	303'912	319'686	303'912
beob. Erfolge	8'262	8'262	8'059	8'059	8'059	8'059
Anz. Cluster	95	95	95	95	95	95
Prob > Wald χ^2 ⁽¹²⁶⁾						
VIF max./Mw.	4.241.74	4.24/1.80	4.24/1.82	4.24/1.87	4.24/1.70	4.24/1.73
McFadden PSI	0.0116	0.0168	0.0114	0.0164	0.0133	0.0196
McFadden adj. R^2	0.039	0.048	0.038	0.048	0.046	0.058

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05

¹²⁶Vgl. Fn. 108

B.4 Vergleich von SVP-Modellen

Tabelle B.4: Modellvergleich zwischen unterschiedlichen definierten abhängigen Variablen in der SVP-Fraktion

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
female	1.023*** (0.163)	1.053*** (0.166)	1.032*** (0.164)	1.061*** (0.167)	1.028*** (0.164)	1.057*** (0.167)
c_age	0.00752 (0.00999)	0.00760 (0.0101)	0.00765 (0.0100)	0.00766 (0.0101)	0.00739 (0.0101)	0.00738 (0.0102)
leg46	-0.0620 (0.0977)	-0.123 (0.0983)	0.0379 (0.102)	-0.0138 (0.102)	0.00231 (0.0996)	-0.0516 (0.0991)
leg47	-0.295* (0.133)	-0.418** (0.133)	-0.144 (0.134)	-0.255 (0.133)	-0.221 (0.132)	-0.346** (0.132)
language_2	0.900* (0.404)	0.908* (0.409)	0.905* (0.407)	0.913* (0.412)	0.897* (0.407)	0.902* (0.413)
paroldiffMEAN	0.0737** (0.0233)	0.0748** (0.0236)	0.0736** (0.0235)	0.0749** (0.0238)	0.0734** (0.0235)	0.0748** (0.0238)
resdiffMEAN	-0.116 (0.106)	-0.117 (0.108)	-0.116 (0.107)	-0.116 (0.108)	-0.116 (0.107)	-0.116 (0.108)
interest_cat_COUNT	0.201 (0.110)	0.203 (0.112)	0.202 (0.111)	0.205 (0.112)	0.203 (0.111)	0.205 (0.112)
constit5	0.0648 (0.275)	0.0663 (0.279)	0.0692 (0.277)	0.0699 (0.280)	0.0691 (0.276)	0.0704 (0.281)
constit14	-0.137 (0.396)	-0.145 (0.404)	-0.136 (0.398)	-0.145 (0.406)	-0.135 (0.398)	-0.145 (0.405)
voteedge	-4.45e-06 (0.00109)	-3.10e-05 (0.00110)	-1.98e-05 (0.00109)	-4.21e-05 (0.00111)	-9.80e-06 (0.00110)	-2.91e-05 (0.00112)
votesharediff	0.00520 (0.0166)	0.00479 (0.0170)	0.00553 (0.0168)	0.00534 (0.0171)	0.00546 (0.0168)	0.00517 (0.0171)
preelect	-0.165*** (0.0439)	-0.184*** (0.0460)	-0.103* (0.0439)	-0.109* (0.0454)	-0.166*** (0.0422)	-0.173*** (0.0429)
ENER_FIN			0.316** (0.122)	0.302* (0.125)	0.393*** (0.112)	0.382*** (0.114)
TRAN_FIN			0.0786 (0.0927)	0.337*** (0.0902)	0.0485 (0.100)	0.320*** (0.0946)
STATE					-0.0841*** (0.0255)	-0.105*** (0.0255)
INT					0.0309 (0.0666)	0.0198 (0.0678)
SEC					-0.185** (0.0704)	-0.176* (0.0700)
EUR					-0.156** (0.0599)	-0.110 (0.0583)
LAW					-0.118*** (0.0304)	-0.145*** (0.0313)
ECON					-0.122*** (0.0346)	-0.133*** (0.0354)
FIN			-0.00654 (0.0364)	-0.0259 (0.0358)	-0.0167 (0.0385)	-0.0355 (0.0391)

(Fortsetzung)

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
SOC					-0.0724* (0.0345)	-0.0889* (0.0358)
MIG					-0.223** (0.0714)	-0.285*** (0.0701)
HEA					0.0840 (0.0591)	0.0923 (0.0591)
EDUCUL					0.257*** (0.0357)	0.295*** (0.0369)
COMM					0.174** (0.0640)	0.162* (0.0661)
TRAN			0.151* (0.0604)	0.0920 (0.0583)	0.122* (0.0618)	0.0504 (0.0591)
ENV					0.0903 (0.0500)	0.172*** (0.0479)
AGR					0.172 (0.103)	0.111 (0.105)
ENER			0.0287 (0.109)	0.0807 (0.111)	-0.0193 (0.110)	0.00924 (0.114)
rural	0.456 (0.258)	0.457 (0.262)	0.458 (0.260)	0.459 (0.264)	0.460 (0.260)	0.461 (0.263)
urban	0.317 (0.241)	0.316 (0.244)	0.318 (0.243)	0.318 (0.246)	0.319 (0.243)	0.318 (0.246)
coalitSR_CV	0.246** (0.0809)	0.0233 (0.0826)	0.252** (0.0820)	0.0133 (0.0830)	0.241** (0.0841)	-0.0128 (0.0861)
coalitRV_SC	-0.170 (0.208)	-0.488* (0.206)	-0.176 (0.206)	-0.505* (0.204)	-0.160 (0.197)	-0.500* (0.194)
coalitSV_CR	0.591*** (0.0758)	0.519*** (0.0765)	0.600*** (0.0770)	0.519*** (0.0780)	0.635*** (0.0762)	0.532*** (0.0755)
coalitSCR_V	0.594** (0.182)	0.402* (0.189)	0.598** (0.183)	0.399* (0.190)	0.595*** (0.177)	0.377* (0.183)
coalitCRV_S	-1.140*** (0.0847)	-1.483*** (0.0807)	-1.140*** (0.0840)	-1.488*** (0.0802)	-1.101*** (0.0823)	-1.458*** (0.0776)
coalitSCRV	-0.331* (0.168)	-0.685*** (0.184)	-0.313 (0.169)	-0.674*** (0.185)	-0.323 (0.172)	-0.697*** (0.189)
billtype_dec	-0.0149 (0.0358)	-0.00606 (0.0368)	-0.0835* (0.0389)	-0.0831* (0.0395)	-0.0433 (0.0424)	-0.0331 (0.0438)
votetype_dec	0.136* (0.0579)	0.247*** (0.0664)	0.162** (0.0586)	0.277*** (0.0664)	0.136* (0.0542)	0.241*** (0.0613)
rice_all_05	0.112* (0.0459)	0.127** (0.0476)	0.117* (0.0472)	0.128** (0.0485)	0.100* (0.0467)	0.107* (0.0478)
rollcaloblig	-0.118** (0.0418)	-0.125** (0.0449)	-0.133*** (0.0404)	-0.143*** (0.0432)	-0.101* (0.0404)	-0.102* (0.0431)
rollcalldem	0.144*** (0.0319)	0.119*** (0.0312)	0.137*** (0.0312)	0.119*** (0.0307)	0.149*** (0.0325)	0.131*** (0.0321)
pg_pres	-0.544 (0.507)	-0.551 (0.507)	-0.574 (0.495)	-0.584 (0.497)	-0.583 (0.507)	-0.593 (0.510)
days_in	6.64e-05 (5.18e-05)	6.70e-05 (5.23e-05)	6.87e-05 (5.20e-05)	6.95e-05 (5.25e-05)	6.48e-05 (5.25e-05)	6.45e-05 (5.31e-05)

(Fortsetzung)

	(5) Orig.	(5) neu	(8) Orig.	(8) neu	(10) Orig.	(10) neu
preresign	0.313 (0.238)	0.304 (0.245)	0.295 (0.241)	0.288 (0.247)	0.323 (0.236)	0.319 (0.240)
SVP_core	-0.171*** (0.0242)	-0.180*** (0.0264)				
Constant	-1.119 (2.618)	-0.724 (2.653)	-1.331 (2.634)	-0.944 (2.670)	-1.263 (2.631)	-0.852 (2.665)
Beobachtungen	261'858	244'372	258'381	241'147	258'381	241'147
beob. Erfolge	12'410	12'410	12'232	12'232	12'232	12'232
Anz. Cluster	70	70	70	70	70	70
Prob > Wald χ^2	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000	0.0000
VIF max./Mw.	3.27/1.72	4.06/1.80	3.28/1.77	4.07/1.83	3.30/1.65	4.09/1.70
McFadden PSI	0.0650	0.0795	0.0656	0.0808	0.0670	0.0830
McFadden adj. R^2	0.103	0.119	0.104	0.120	0.107	0.124

Komplementäre Log-log-Modelle, unstandardisierte β -Koeffizienten;
robuste Standardfehler in Klammern. *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

Literaturverzeichnis

Achen, Christopher H. (1982): Interpreting and using regression. Beverly Hills: Sage.

Ajzen, Icek und Martin Fishbein (2005): The Influence of Attitudes on Behavior. In **Dolores Albarracín, Blair T. Johnson und Mark P. Zanna** (Hrsg.) *The Handbook of Attitudes*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates Publishers, 173–221.

Aldrich, John H. (1995): *Why Parties? The Origin and Transformation of Political Parties in America*. Chicago: University of Chicago Press.

Aldrich, John H. und David W. Rohde (2000): The Consequences of Party Organization in the House: Theory and Evidence on Conditional Party Government. In **Jon R. Bond und Richard Fleisher** (Hrsg.) *Polarized Politics: Congress and the President in a Partisan Era*. Washington, D.C.: CQ Press, 31–72.

Andress, Hans-Jürgen, A. Hagenaaers, Jacques und Steffen Kühnel (1997): *Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz*. Berlin: Springer.

Ansolabehere, Stephen, James M. Snyder und Charles Stewart (2001): The Effects of Party and Preferences on Congressional Roll-Call Voting. *Legislative Studies Quarterly*, XXVI, Nr. 4, 533–572.

Arnold, R. Douglas (1990): *The Logic of Congressional Action*. New Haven/London: Yale University Press.

Arrow, Kenneth J. (1951): *Social Choice and Individual Values*. London: Chapman & Hall.

Attinà, Fulvio (1990): The Voting Behaviour of the European Parliament Members and the Problem of Europarties. *European Journal of Political Research*, 18, 557–579.

Aubert, Jean-François (1991): Et pourtant il tourne. In **Parlamentsdienste** (Hrsg.) *Das Parlament — „Oberste Gewalt des Bundes?“*. Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft. Bern/Stuttgart: Verlag Paul Haupt, 477–484.

Aubert, Jean-François (1998): *Die Schweizerische Bundesversammlung von 1848 bis 1998*. Basel: Helbing und Lichtenhahn.

- Austen-Smith, David (1997):** Interest groups: Money, information, and influence. In **Dennis C. Mueller** (Hrsg.) *Perspectives on public choice: a handbook*. Cambridge: Cambridge University Press, 296–321.
- Axelrod, Robert (1970):** *Conflict of Interest*. Chicago: Markham.
- Baron, David P. (1998):** Comparative Dynamics of Parliamentary Governments. *American Political Science Review*, 92, Nr. 3, 593–609.
- Baron, David P. und John A. Ferejohn (1989):** Bargaining in Legislatures. *American Political Science Review*, 83, Nr. 4, 1181–1206.
- Bernstein, Robert A. (1991):** Strategic Shifts: Safeguarding the Public Interest? U.S. Senators, 1971–1986. *Legislative Studies Quarterly*, XVI, Nr. 2, 263–280.
- Beyme, Klaus von (1999):** *Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise 1789-1999*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Böhret, Carl, Werner Jann und Eva Kronenwett (1988):** *Innenpolitik und politische Theorie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bowler, Shaun und David M. Farrell (1993):** Legislator Shirking and Voter Monitoring: Impacts of European Parliament Electoral Systems upon Legislator-Voter Relationships. *Journal of Common Market Studies*, 31, Nr. 1, 45–69.
- Bowler, Shaun, David M. Farrell und Richard S. Katz (1999):** Party Cohesion, Party Discipline, and Parliaments. In **Shaun Bowler, David M. Farrell und Richard S. Katz** (Hrsg.) *Party Discipline and Parliamentary Government*. Columbus: Ohio State University Press, 3–22.
- Broscheid, Andreas und Thomas Gschwend (2003):** Augäpfel, Murmeltiere und Bayes: Zur Auswertung stochastischer Daten aus Vollerhebungen. MPIfG Working Paper 03/7, Juli 2003. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Brzinski, Joanne Bay (1995):** Political Group Cohesion in the European Parliament, 1989-1994. In **Carole Rhodes und Sonia Mazey** (Hrsg.) *The State of the European Union, Vol. 3: Building a European Polity*. London: Longman.
- Buchanan, James M. und Gordon Tullock (1962):** *The Calculus of Consent. The Logical Foundations of Constitutional Democracy*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Bühlmann, Marc (2006):** *Politische Partizipation im kommunalen Kontext. Der Einfluss lokaler Kontexteigenschaften auf individuelles politisches Partizipationsverhalten*. Bern: Haupt.
- Bundesamt für Raumentwicklung (2003):** *Agglomerationswachstum: jede dritte Schweizer Gemeinde ist städtisch (Dossier Nr. 1.03)*. Bern: Bundesamt für Raumentwicklung (ARE).

- Bundesamt für Statistik (1999):** Die Grossregionen der Schweiz. Die Schweiz im NUTS-Regionalsystem. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2002):** Volkszählung 2000. Räumliche und strukturelle Bevölkerungsdynamik der Schweiz 1990–2000. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik (BFS).
- Burke, Edmund (1792):** The Works of the Right Honourable Edmund Burke. Collected in Three Volumes. Vol. II. London: Printed for J. Dodsley, Pall Mall.
- Cameron, Samuel (1993):** Why is the R Squared Adjusted Reported? *Journal of Quantitative Economics*, 9, Nr. 1, 183–186.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes (1960):** The American Voter. New York: Wiley.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller (1954):** The Voter Decides. Evanston: Row, Peterson and Company.
- Carey, John M. (2007):** Competing Principals, Political Institutions, and Party Unity in Legislative Voting. *American Journal of Political Science*, 51, Nr. 1, 92–107.
- Carey, John M. (2008):** Legislative Voting and Accountability (Revised Draft: January 2008). Hanover, NH.
- Carey, John M. und Matthew Soberg Shugart (1995):** Incentives to Cultivate a Personal Vote: a Rank Ordering of Electoral Formulas. *Electoral Studies*, 14, Nr. 4, 417–439.
- Carrubba, Clifford J., Matthew Gabel, Lacey Murrah, Ryan Clough, Elizabeth Montgomery und Rebecca Schambach (2004):** A Second Look at Legislative Behavior in the European Parliament. Roll-Call Votes and the Party System. Band 94, Wien: Institut für Höhere Studien (IHS).
- Carrubba, Clifford J., Matthew Gabel, Lacey Murrah, Ryan Clough, Elizabeth Montgomery und Rebecca Schambach (2006):** Off the Record: Unrecorded Legislative Votes, Selection Bias and Roll-Call Analysis. *British Journal of Political Science*, 36, Nr. 4, 691–704.
- Carrubba, Clifford J. und Craig Volden (2000):** Coalitional Politics and Logrolling in Legislative Institutions. *American Journal of Political Science*, 44, Nr. 2, 261–277.
- Clavel, Julien (2004):** Polarisaton et clivages au Conseil National 1995–2003 (Mémoire de licence, Université de Lausanne). Lausanne.
- Clinton, Joshua, Simon Jackman und Douglas Rivers (2004):** The Statistical Analysis of Roll Call Data. *American Political Science Review*, 98, Nr. 2, 355–370.
- Collie, Melissa P. (1984):** Voting Behavior in Legislatures. *Legislative Studies Quarterly*, 9, Nr. 1, 3–50.

- Converse, Philip E. (1964):** The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In **David E. Apter** (Hrsg.) *Ideology and Discontent*. New York: Free Press of Glencoe, 206–261.
- Cox, Gary W. und Mathew D. McCubbins (1993):** *Legislative Leviathan. Party Government in the House*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Cox, Gary W. und Mathew D. McCubbins (1994):** Bonding, Structure, and the Stability of Political Parties: Party Government in the House. *Legislative Studies Quarterly*, 19, Nr. 2, 215–231.
- Dalton, Russel J. und Martin P. Wattenberg (2002):** Partisan Chance and the Democratic Process. In **Russel J. Dalton und Martin P. Wattenberg** (Hrsg.) *Parties without Partisans. Political Chance in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press, 261–285.
- Davis, Michael L. und Philip K. Porter (1989):** A test for pure or apparent ideology in congressional voting. *Public Choice*, 60, 101–111.
- DeMaris, Alfred (2004):** *Regression with Social Data: Modeling Continuous and Limited Response Variables*. Hoboken, New Jersey: Wiley.
- Depauw, Sam (2006):** Government Party Discipline in Parliamentary Democracies: The Cases of Belgium, France and the United Kingdom in the 1990s. In **Reuven Y. Hazan** (Hrsg.) *Cohesion and Discipline in Legislatures. Political Parties, Party Leadership, Parliamentary Committees and Governance*. London/New York: Routledge, 130–146.
- Desposato, Scott W. (2005):** Correcting for Small Group Inflation of Roll-Call Cohesion Scores. *British Journal of Political Science*, 35, Nr. 4, 731–744.
- Dexter, Lewis A. (1957):** The Representative and His District. *Human Organization*, 16, Nr. 1, 2–13.
- Diekmann, Andreas (1995):** *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Downs, Anthony (1957):** *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Brothers.
- Edwards, George C. und Andrew Barrett (2000):** Presidential Agenda Setting in Congress. In **Jon R. Bond und Richard Fleisher** (Hrsg.) *Polarized Politics. Congress and the President in a Partisan Era*. Washington, D.C.: CQ Press, 109–133.
- Eijk, Cees van der und Mark Franklin (1996):** *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Elling, Richard C. (1982):** Ideological Change in the U.S. Senate: Time and Electoral Responsiveness. *Legislative Studies Quarterly*, VII, Nr. 1, 75–92.
- Enelow, James M. und Melvin J. Hinich (1984):** *The Spatial Theory of Voting. An Introduction*. New York: Cambridge University Press.

- Epstein, Leon D. (1980):** Political Parties in Western Democracies. New Brunswick, N.J.: Transaction Books.
- Ettinger, Patrik (2005):** Das Parlament in der politischen Kommunikation der Schweiz. In **Patrick Donges** (Hrsg.) Politische Kommunikation in der Schweiz. Bern: Haupt Verlag, 75–90.
- Eulau, Heinz (1984):** Legislative Committee Assignments. *Legislative Studies Quarterly*, 9, Nr. 4, 587–633.
- Faas, Thorsten (2002):** Why Do MEPs Defect? An Analysis of Party Group Cohesion in the 5th European Parliament. *European Integration online Papers (EIoP)*, 6, Nr. 2, 12.
- Faas, Thorsten (2003):** To defect or not to defect? National, institutional and party group pressures on MEPs and their consequences for party group cohesion in the European Parliament. *European Journal of Political Research*, 42, 841–866.
- Falter, Jürgen W. und Harald Schoen** (Hrsg.) (2005): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fenno, Richard F. (1973):** *Congressmen in Committees*. Boston: Little, Brown and Company.
- Fenno, Richard F. (1978):** *Home Style: House members in their districts*. Boston: Little, Brown.
- Ferejohn, John A. und Morris P. Fiorina (1975):** Purposive Models of Legislative Behavior. *The American Economic Review*, 65, Nr. 2, 407–414.
- Figueredo, Angelina Cheibub und Fernando Limongi (2000):** Presidential Power, Legislative Organization, and Party Behavior in Brazil. *Comparative Politics*, 32, Nr. 2, 151–170.
- Fiorina, Morris P. (1974):** *Representatives, Roll Calls, and Constituencies*. Lexington, Mass.: Lexington Books.
- Fiorina, Morris P. (1975):** Constituency Influence: A Generalized Model and Its Implications for Statistical Studies of Roll Call Behavior. *Political Methodology*, 2, 249–266.
- Fivaz, Jan und Daniel Schwarz (2004):** Frauen in der Politik sehen manches anders. *Tages-Anzeiger* vom 25. September 2004.
- Fleisher, Richard und Jon R. Bond (2000):** Polarized Politics: Does It Matter? In **Jon R. Bond und Richard Fleisher** (Hrsg.) *Polarized Politics. Congress and the President in a Partisan Era*. Washington D.C.: CQ Press, 186–200.
- Froman, Lewis A. (1963a):** *Congressmen and Their Constituencies*. Chicago: Rand McNally.
- Froman, Lewis A. (1963b):** The Importance of Individuality in Voting in Congress. *Journal of Politics*, 25, Nr. 2, 324–332.

- Gabel, Matthew** und **Clifford Carrubba (2004)**: The European Parliament and Transnational Political Representation: Party Groups and Political Conflict. Europäische Politik (Friedrich-Ebert-Stiftung), Nr. 03/2004.
- Geser, Hans, Andreas Ladner, Urs Meuli** und **Roland Schaller (2003)**: Schweizer Lokalparteien im Wandel. Erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003. Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Geser, Hans, Andreas Ladner, Roland Schaller** und **Thanh-Huyen Ballmer-Cao (1994)**: Die Schweizer Lokalparteien. Zürich: Seismo Verlag.
- Goldberger, Arthur S. (1991)**: A Course in Econometrics. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Goldstein, Harvey (2003)**: Multilevel Statistical Models. London: Arnold.
- Gruner, Erich, Andrea Baechtold, Peter Gilg, Ulrich Klöti** und **François Reymond (1970)**: Die Schweizerische Bundesversammlung 1920–1968. Bern: Francke Verlag.
- Gujarati, Damodar N. (2003)**: Basic Econometrics. New York: McGraw-Hill.
- Hager, Gregory L.** und **Jeffery C. Talbert (2000)**: Look for the Party Label: Party Influences on Voting in the U.S. House. Legislative Studies Quarterly, 25, Nr. 1, 75–99.
- Hall, Richard L. (1996)**: Participation in Congress. New Haven/London: Yale University Press.
- Hammond, Thomas H.** und **Christopher K. Butler (2003)**: Some Complex Answers to the Simple Question ‘Do Institutions Matter?’ Policy Choice and Policy Change in Presidential and Parliamentary Systems. Journal of Theoretical Politics, 15, Nr. 2, 145–200.
- Hermann, Michael (2007)**: Grund zur Abregung. Das Magazin. Wochenendbeilage des Tages-Anzeigers vom 25. August 2007.
- Hermann, Michael (2008)**: Die neue Macht der FDP. NZZ am Sonntag vom 26. Oktober 2008.
- Hermann, Michael** und **Heinrich Leuthold (2001)**: Weltanschauung und ihre soziale Basis im Spiegel eidgenössischer Volksabstimmungen. Swiss Political Science Review, 7, Nr. 4, 39–63.
- Hermann, Michael, Heinrich Leuthold** und **Hanspeter Kriesi (1999)**: Die politische Landkarte des Nationalrates. Das Magazin. Wochenendbeilage des Tages-Anzeigers vom 9. Oktober 1999, Nr. 40, 18–30.
- Hermann, Michael** und **Heiri Leuthold (2002)**: Stadt-Land-Cleavages einer urbanisierten Gesellschaft. Arbeitspapier zum Jahreskongress der Schweizerischen Vereinigung für Politikwissenschaft 2002 in Fribourg. Zürich: Geographisches Institut der Universität Zürich.

- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2003a):** Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz. Zürich: vdf Hochschulverlag.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2003b):** Die SVP setzt sich rechts von FDP und CVP ab. Tages-Anzeiger vom 11. Oktober 2003.
- Hertig, Hans-Peter (1978):** Party Cohesion in the Swiss Parliament. *Legislative Studies Quarterly*, 3, Nr. 1, 63–81.
- Hertig, Hans-Peter (1980):** Partei, Wählerschaft oder Verband? Entscheidungsfaktoren im eidgenössischen Parlament. Bern: Francke Verlag.
- Heye, Corinna und Heiri Leuthold (2004):** Segregation und Umzüge in der Stadt und Agglomeration Zürich. Zürich: Statistik Stadt Zürich.
- Hilbe, Joseph (1996):** Maximum-likelihood complementary log-log regression. *Stata Technical Bulletin*, Nr. 32.
- Hix, Simon (2001):** Legislative Behaviour and Party Competition in the European Parliament: An Application of Nominate to the EU. *Journal of Common Market Studies*, 39, Nr. 4, 663–688.
- Hix, Simon (2002):** Parliamentary Behavior with Two Principals: Preferences, Parties, and Voting in the European Parliament. *American Journal of Political Science*, 46, Nr. 3, 688–698.
- Hix, Simon (2004):** Electoral Institutions and Legislative Behavior: Explaining Voting Defection in the European Parliament. *World Politics*, 56, 194–223.
- Hix, Simon, Abdul Noury und Gérard Roland (2005):** Power to the Parties: Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979–2001. *British Journal of Political Science*, 35, Nr. 2, 209–234.
- Hix, Simon, Tapio Raunio und Roger Scully (2003):** Fifty Years On: Research on the European Parliament. *Journal of Common Market Studies*, 41, Nr. 2, 191–202.
- Homberger, Hans Ulrich (1973):** Art. 91 BV: „Die Mitglieder beider Räte stimmen ohne Instruktionen“. Eine rechtsdogmatische und rechtspolitische Untersuchung. Dissertation der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Zürich: Schulthess Polygraphischer Verlag AG.
- Hug, Simon (2005):** Selection Effects in Roll Call Votes. Paper prepared for presentation at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Granada, 14-19 April 2005. Zürich: IPZ, Universität Zürich.
- Hulst, Marc Van der (2000):** Le mandat parlementaire. Etude comparative mondiale. Genève: Union interparlementaire.
- Hurley, Patricia A. und Rick Wilson (1989):** Partisan Voting Patterns in the U.S. Senate, 1877-1986. *Legislative Studies Quarterly*, 14, Nr. 2, 225–250.
- Hutson, James H. (1991):** The Sister Republics. Switzerland and the United States from 1776 to the Present. Washington, D.C.: Library of Congress.

Iff, Andrea (2009, im Erscheinen): Cohésion du système de partis national en Suisse fédérale. In **Jean-Benoît Pilet, Jean-Michel De Waele** und **Serge Jaumain** (Hrsg.) Les partis non-nationaux: menace ou opportunité pour la cohésion nationale? Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles.

Iff, Andrea und **Nicole Töpferwien (2008):** Power sharing: The Swiss experience. *Politorbis, Zeitschrift zur Aussenpolitik*, 2/2008, Nr. 45, 7–83.

Jackson, John E. und **John W. Kingdon (1992):** Ideology, Interest Group Scores, and Legislative Votes. *American Journal of Political Science*, 36, Nr. 3, 805–823.

Jegher, Annina (1999): Bundesversammlung und Gesetzgebung. Der Einfluss von institutionellen, politischen und inhaltlichen Faktoren auf die Gesetzgebungstätigkeit der Eidgenössischen Räte. Bern: Verlag Paul Haupt.

Jegher, Annina und **Prisca Lanfranchi (1996):** Der Einfluss von National- und Ständerat auf den Gesetzgebungsprozess. Eine Analyse quantitativer und qualitativer Aspekte der parlamentarischen Gesetzgebungstätigkeit in der 44. Legislaturperiode (1991-95). Bern: Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Jegher, Annina und **Wolf Linder (1998):** Schweizerische Bundesversammlung: ein aktives Gesetzgebungsorgan. Eine empirische Untersuchung des Gesetzgebungsprozesses in den Jahren 1995-97. Bern: Institut für Politikwissenschaft (IPW), Universität Bern und Parlamentsdienste der Schweizerischen Bundesversammlung.

Jensen, Michael und **William Meckling (1976):** Theory of the firm: Managerial behavior, agency costs, and ownership structure. *Journal of Financial Economics*, 3, Nr. 4, 305–360.

Kalt, Joseph P. und **Mark A. Zupan (1984):** Capture and Ideology in the Economic Theory of Politics. *The American Economic Review*, 74, Nr. 3, 279–300.

Kalt, Joseph P. und **Mark A. Zupan (1990):** The Apparent Ideological Behavior of Legislators: Testing for Principle-Agent Slack in Political Institutions. *Journal of Law and Economics*, 33, 103–131.

Kau, James B. und **Paul H. Rubin (1979):** Self-Interest, Ideology, and Logrolling in Congressional Voting. *Journal of Law and Economics*, 21, 365–384.

Kelman, Steven (1987): Making Public Policy: A Hopeful View of American Government. New York: Basic Books.

Kerr, Henry H. (1981): *Parlement et société en Suisse*. Saint-Saphorin: Editions Georgi.

King, Gary (1986): How Not to Lie With Statistics: Avoiding Common Mistakes in Quantitative Political Science. *American Journal of Political Science*, 30, Nr. 3, 666–687.

- King, Gary (1990):** Electoral Responsiveness and Partisan Bias in Multi-party Democracies. *Legislative Studies Quarterly*, 15, Nr. 2, 159–181.
- King, Gary und Lanche Zeng (2001):** Logistic Regression in Rare Events Data. *Political Analysis*, 9, Nr. 2, 137–163.
- Kingdon, John W. (1989):** *Congressmen's Voting Decisions* (Third Edition). Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Kölz, Alfred (1992):** *Neuere schweizerische Verfassungsgeschichte. Band 1: Ihre Grundlinien vom Ende der Alten Eidgenossenschaft bis 1848*. Bern: Stämpfli.
- Kölz, Alfred (1998):** *Der Weg der Schweiz zum modernen Bundesstaat: 1789 - 1798 - 1848 - 1998*. Historische Abhandlungen. Chur/Zürich: Verlag Rüegger.
- Krehbiel, Keith (1993):** Where's the Party? *British Journal of Political Science*, 23, Nr. 2, 235–266.
- Krehbiel, Keith (1998):** *Pivotal Politics. A Theory of U.S. Lawmaking*. Chicago: University of Chicago Press.
- Krehbiel, Keith (2003):** The Coefficient of Party Influence. *Political Analysis*, 11, Nr. 1, 95–103.
- Kreppel, Amie (2002):** *The European Parliament and Supranational Party System. A Study in Institutional Development*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kreppel, Amie und George Tsebelis (1999):** Coalition Formation in the European Parliament. *Comparative Political Studies*, 32, Nr. 8, 933–966.
- Kriesi, Hanspeter (2001):** The Federal Parliament: The Limits of Institutional Reform. *West European Politics*, 24, Nr. 2, 59–76.
- Kuklinski, James H. (1977):** District Competitiveness and Legislative Roll-Call Behavior: A Reassessment of the Marginality Hypothesis. *American Journal of Political Science*, 21, 627–638.
- Kuklinski, James H. (1978):** Representativeness and Elections: A Policy Analysis. *American Political Science Review*, 72, Nr. 1, 165–177.
- Ladner, Andreas (2002):** Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien. In Ulrich Klöti, Peter Knoepfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Yannis Papadopoulos (Hrsg.) *Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique suisse*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 211–258.
- Ladner, Andreas (2004a):** Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ladner, Andreas (2004b):** Typologien und Wandel: Die kantonalen Parteiensysteme im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 10, Nr. 4, 3–32.

- Ladner, Andreas (2005):** Die Parteien in der politischen Kommunikation. Mediendemokratie: Herausforderungen und Chancen für die politischen Parteien. In **Patrick Donges** (Hrsg.) Politische Kommunikation in der Schweiz. Bern: Haupt Verlag, 57–74.
- Ladner, Andreas (2006):** Politische Parteien. In **Ulrich Klöti, Peter Knöpfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Yannis Papadopoulos und Pascal Sciarini** (Hrsg.) Handbuch der Schweizer Politik. Zürich: NZZ Verlag.
- Ladner, Andreas und Michael Brändle (2001):** Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen? Zürich: Seismo Verlag.
- Ladner, Andreas, Daniel Schwarz und Jan Fivaz (2008):** Die Positionierung der Nationalratskandidierenden 2007: Eine explorative Analyse der Antworten auf die Fragen der Online-Wahlhilfe smartvote. Cahier de l'IDHEAP 243/2008. Chavannes-Lausanne: IDHEAP.
- Lafranchi, Prisca und Ruth Lüthi (1995):** Cohesion of party groups and interparty conflict in the Swiss Parliament: Roll call voting in the National Council. Paper presented at the ECPR Joint Sessions at Bordeaux, April 27–May 2nd 1995. Bern: Institute of Political Science, University of Bern.
- Lafranchi, Prisca und Ruth Lüthi (1999):** Cohesion of Party Groups and Interparty Conflict in the Swiss Parliament: Roll Call Voting in the National Council. In **Shaun Bowler, David M. Farrell und Richard S. Katz** (Hrsg.) Party Discipline and Parliamentary Government. Columbus: Ohio State University Press, 99–120.
- Laver, Michael und Kenneth A. Shepsle (1990):** Government Coalitions and Intraparty Politics. *British Journal of Political Science*, 20, Nr. 4, 489–507.
- Laver, Michael und Kenneth A. Shepsle (1996):** Making and Breaking Governments. *Cabinet and Legislatures in Parliamentary Democracies*. New York: Cambridge University Press.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson und Hazel Gaudet (1944):** The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign. New York: Columbia University Press.
- Lijphart, Arend (1984):** Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries. New Haven/London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1999):** Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries. New Haven: Yale University Press.
- Linder, Wolf (1987):** Politische Entscheidung und Gesetzesvollzug in der Schweiz. Schlussbericht des Nationalen Forschungsprogramms Nr. 6: Entscheidungsvorgänge in der schweizerischen Demokratie. Bern/Stuttgart: Verlag Paul Haupt.

- Linder, Wolf (1991):** Ausblick. In **Parlamentsdienste** (Hrsg.) Das Parlament — „Oberste Gewalt des Bundes“? Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft. Bern/Stuttgart: Verlag Paul Haupt, 485–493.
- Linder, Wolf (2005):** Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven. Bern: Haupt Verlag.
- Linder, Wolf, Regula Zürcher und Christian Bolliger (2008):** Gespaltene Schweiz — geeinte Schweiz. Gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874. Baden: hier+jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte.
- Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan (1967):** Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In **Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan** (Hrsg.) Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: The Free Press, 1–64.
- Loewenberg, Gerhard und Thomas C. Mans (1988):** Individual and Structural Influences on the Perception of Legislative Norms in Three European Parliaments. *American Journal of Political Science*, 32, Nr. 1, 155–177.
- Londregan, John B. (2000):** Legislative Institutions and Ideology in Chile. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Long, Scott J. und Jeremy Freese (2006):** Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata. College Station, Texas: Stata Press.
- Lupia, Arthur (2003):** Delegation and its Perils. In **Kaare Strøm, Wolfgang C. Müller und Torbjörn Bergman** (Hrsg.) Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies. Oxford: Oxford University Press, 33–54.
- Lüthi, Ruth (1997):** Die Legislativkommissionen der schweizerischen Bundesversammlung: institutionelle Veränderungen und das Verhalten von Parlamentsmitgliedern. Bern: Verlag Paul Haupt.
- Lüthi, Ruth, Luzius Meyer und Hans Hirter (1991):** Fraktionsdisziplin und die Vertretung von Partikulärinteressen im Nationalrat. In **Parlamentsdienste** (Hrsg.) Das Parlament — „Oberste Gewalt des Bundes“? Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft. Bern/Stuttgart: Verlag Paul Haupt, 53–71.
- MacRae, Duncan (1952):** The Relation between Roll-Call Votes and Constituencies in the Massachusetts House of Representatives. *American Political Science Review*, 46, Nr. 4, 1046–1055.
- Madison, James, Alexander Hamilton und John Jay (1987 {1788}):** The Federalist Papers. London: Penguin Books.
- Mainwaring, Scott und Shugart Matthew Soberg** (Hrsg.) (1997): Presidentialism and Democracy in Latin America. Cambridge: Cambridge University Press.

- Mainwaring, Scott P.** und **Aníbal Pérez Liñán (1997)**: Party Discipline in the Brazilian Constitutional Congress. *Legislative Studies Quarterly*, 22, Nr. 4, 453–483.
- March, James G.** und **Johan P. Olson (1989)**: *Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics*. New York: Free Press.
- Marsh, Michael (1998)**: Testing the Second-Order Model after Four European Elections. *British Journal of Political Science*, 28, Nr. 4, 591–607.
- Marx, Karl (1919 {1871})**: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*. Berlin: Verlag der Wochenschrift Die Aktion.
- Mayhew, David R. (1966)**: *Party Loyalty among Congressmen: The Difference between Democrats and Republicans, 1947-1962*. Cambridge: Harvard University Press.
- Mayhew, David R. (1974a)**: *Congress: The Electoral Connection*. New Haven: Yale University Press.
- Mayhew, David R. (1974b)**: Congressional Elections: The Case of the Vanishing Marginals. *Polity*, 6, 295–317.
- McCarty, Nolan, Keith T. Poole** und **Howard Rosenthal (2001)**: The Hunt for Party Discipline in Congress. *American Political Science Review*, 95, Nr. 3, 673–687.
- McFadden, Daniel (1977)**: Quantitative methods for analyzing travel behaviour of individuals: some recent developments. Cowles Foundation Discussion Paper No. 474. New Haven, Connecticut: Cowles Foundation for Research in Economics at Yale University.
- McKelvey, Richard D. (1976)**: Intransitivities in multidimensional voting models and some implications for agenda control. *Journal of Economic Theory*, 12, Nr. 3, 472–482.
- Meinefeld, Werner (1977)**: *Einstellung und soziales Handeln*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Mill, John Stuart (1971 {1861})**: *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie* [Originaltitel: *Considerations on Representative Government*]. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Miller, Nicholas R. (2001)**: Logrolling. In **Paul Barry Clarke** und **Joe Foweraker** (Hrsg.) *The Encyclopedia of Democratic Thought*. London: Routledge, 421–424.
- Miller, Warren E.** und **Donald E. Stokes (1963)**: Constituency Influence in Congress. *American Political Science Review*, 57, Nr. 1, 45–56.
- Mitchell, Paul (2000)**: Voters and their representatives: Electoral institutions and delegation in parliamentary democracies. *European Journal of Political Research*, 37, 335–351.

- Montesquieu (1994 {1748}):** Vom Geist der Gesetze [Originaltitel: De l'esprit des lois]. Stuttgart: Philipp Reclam.
- Morgenstern, Scott (2004):** Patterns of Legislative Politics. Roll-call Voting in Latin America and the United States. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nagler, Jonathan (1994):** Scobit: An alternative estimator to logit and probit. *American Journal of Political Science*, 38, Nr. 1, 230–255.
- Neidhart, Leonhard (2007):** Mehr „Rat“ als Parteien-Parlament. Der Nationalrat weist ausgeprägte Momente der Rätedemokratie auf. *Neue Zürcher Zeitung* vom 26. September 2007,, 18.
- Niskanen, William A. (1971):** Bureaucracy and Representative Government. Chicago: Aldine-Atherton.
- Nokken, Timothy P. (2000):** Dynamics of Congressional Loyalty: Party Defection and Roll-Call Behavior, 1947-97. *Legislative Studies Quarterly*, XXV, Nr. 3, 417–444.
- Oleszek, Walter J. (2004):** Congressional Procedures and the Policy Process. Sixth Edition. Washington, D.C.: CQ Press.
- Olson, Mancur (1965):** The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups. Cambridge: Harvard University Press.
- Owens, John E. (2006):** Explaining Party Cohesion and Discipline in Democratic Legislatures: Purposiveness and Contexts. In **Reuven Y. Hazan** (Hrsg.) *Cohesion and Discipline in Legislatures. Political Parties, Party Leadership, Parliamentary Committees and Governance*. London/New York: Routledge, 12–40.
- Ozbudun, Ergun (1970):** Party Cohesion in Western Democracies: A Causal Analysis. Beverly Hills, CA: Sage Publications.
- Patterson, Samuel C. und Gregory A. Caldeira (1988):** Party Voting in the United States Congress. *British Journal of Political Science*, 18, Nr. 1, 111–131.
- Patterson, Samuel C. und Anthony Mughan (2001):** Fundamentals of Institutional Design: The Functions and Powers of Parliamentary Second Chambers. In **Nicholas D.J. Baldwin** und **Donald Shell** (Hrsg.) *Second Chambers*. London/Portland, OR: Frank Cass, 39–60.
- Peltzman, Sam (1984):** Constituent Interest and Congressional Voting. *Journal of Law and Economics*, 27, 181–210.
- Pitkin, Hannah F. (1967):** The Concept of Representation. Berkeley: University of California Press.
- Plott, Charles R. (1967):** A Notion of Equilibrium and its Possibility Under Majority Rule. *American Economic Review*, 57, Nr. 4, 787–806.

- Poole, Keith T. (1988):** Recent Developments in Analytical Models of Voting in the U.S. Congress. *Legislative Studies Quarterly*, 13, Nr. 1, 117–133.
- Poole, Keith T. und Howard Rosenthal (1997):** *Congress: A Political-Economic History of Roll Call Voting*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Powers, Daniel A. und Yu Xie (2000):** *Statistical Methods for Categorical Data Analysis*. San Diego: Academic Press.
- Putnam, Robert D. (1973):** *The Beliefs of Politicians: Ideology, Conflict, and Democracy in Britain and Italy*. New Haven: Yale University Press.
- Quirk, Paul J. (1990):** Deregulation and the Politics of Ideas in Congress. In **Jane J. Mansbridge** (Hrsg.) *Beyond Self-Interest*. Chicago: University of Chicago Press, 183–199.
- Rasch, Bjørn Erik (1999):** Electoral Systems, Parliamentary Committees, and Party Discipline: The Norwegian Storting in a Comparative Perspective. In **Shaun Bowler, David M. Farrel und Richard S. Katz** (Hrsg.) *Party Discipline and Parliamentary Government*. Columbus: Ohio State University Press, 121–140.
- Rasch, Bjørn Erik und George Tsebelis** (Hrsg.) **(2009, im Erscheinen):** *The Role of Governments in Legislative Agenda Setting*. London/New York: Routledge.
- Raunio, Tapio (1997):** *The European Perspective: Transnational Party Groups in the 1989-1994 European Parliament*. London: Ashgate.
- Reif, Karlheinz und Hermann Schmitt (1980):** Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. *European Journal of Political Research*, 8, Nr. 1, 3–45.
- Reisman, David (1990):** *Theories of Collective Action: Downs, Olson and Hirsch*. Basingstoke/London: Macmillan Press.
- Rice, Stuart A. (1925):** The Behavior of Legislative Groups: A Method of Measurement. *Political Science Quarterly*, 40, Nr. 1, 60–72.
- Riker, William H. (1962):** *The Theory of Political Coalitions*. New Haven: Yale University Press.
- Riker, William H. (1982):** *Liberalism Against Populism: A Confrontation between the Theory of Democracy and the Theory of Social Choice*. San Francisco: W. H. Freeman and Company.
- Riklin, Alois (2006):** *Machtteilung. Geschichte der Mischverfassung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Rohde, David W. (1991):** *Parties and Leaders in the Postreform House*. Chicago: University of Chicago Press.
- Romer, Thomas und Howard Rosenthal (1978):** Political Resource Allocation, Controlled Agendas, and the Status Quo. *Public Choice*, 33, 27–44.

- Rosenthal, Howard und Erik Voeten (2004):** Analyzing Roll Calls with Perfect Spatial Voting: France 1946–1958. *American Journal of Political Science*, 48, Nr. 3, 620–632.
- Rousseau, Jean-Jacques (1986 {1762}):** Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts [Originaltitel: *Du contrat social ou principes du droit politique*]. Stuttgart: Reclam.
- Saalfeld, Thomas (1995):** On Dogs and Whips: Recorded Votes. In **Herbert Döring** (Hrsg.) *Parliaments and Majority Rule in Western Europe*. Frankfurt/New York: Campus Verlag/St. Martin's Press, 528–565.
- Sachs, Lothar (2004):** *Angewandte Statistik. Anwendung statistischer Methoden*. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Schiefele, Ulrich (1990):** *Einstellung, Selbstkonsistenz und Verhalten*. Göttingen/Toronto/Zürich: Hogrefe.
- Schloeth, Daniel (1998):** Vor die Wahl gestellt. Erklärungen des Wahlverhaltens bei den Eidgenössischen Wahlen 1995. Band 3, Bern: Verlag Paul Haupt.
- Schmitt, Carl (1996 {1926}):** *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schumpeter, Joseph A. (1942):** *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York/London: Harper & Brothers.
- Schwarz, Daniel (2005):** How representative are published votes for legislative voting behaviour? Paper presented at the ECPR General Conference, Budapest, 8-10 September 2005. Bern: IPW, Universität Bern.
- Schwarz, Daniel, André Bächtiger und Georg Lutz (2009, im Erscheinen):** Switzerland: Agenda-Setting Power of Government in a Separation-of-Powers Framework. In **Bjørn Erik Rasch** und **George Tsebelis** (Hrsg.) *The Role of Governments in Legislative Agenda Setting*. London/New York: Routledge.
- Schwarz, Daniel und Wolf Linder (2006):** Mehrheits- und Koalitionsbildung im schweizerischen Nationalrat 1996–2005. Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der schweizerischen Bundesversammlung. Bern: IPW, Universität Bern.
- Schwarz, Daniel und Wolf Linder (2007):** Fraktionsgeschlossenheit im schweizerischen Nationalrat 1996–2005. Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der schweizerischen Bundesversammlung. Bern: IPW Universität Bern.
- Schwarz, Daniel und Wolf Linder (2008):** Das Verhältnis von National- und Ständerat im Differenzbereinigungsverfahren 1996–2005. Eine Analyse von Einflusspotenzial und Koalitionsverhalten. Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der Schweizerischen Bundesversammlung. Bern: IPW Universität Bern.

- Sciarini, Pascal (2007):** The Decision-Making Process. In **Ulrich Klöti, Peter Knoepfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Yannis Papadopoulos** und **Pascal Sciarini** (Hrsg.) *Handbook of Swiss Politics*. Zürich: NZZ Verlag, 465–499.
- Searing, Donald D. (1991):** Roles, Rules, and Rationality in the New Institutionalism. *American Political Science Review*, 85, Nr. 4, 1239–1260.
- Selb, Peter** und **Romain Lachat (2004):** Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens (Selects Bd. 8). Zürich: Institut für Politikwissenschaft.
- Shaffer, William R. (1991):** Interparty Spatial Relationships in Norwegian Storting Roll Call Votes. *Scandinavian Political Studies*, 14, Nr. 1, 59–83.
- Shepsle, Kenneth A. (1979):** Institutional Arrangements and Equilibrium in Multidimensional Voting Models. *American Journal of Political Science*, 23, Nr. 1, 27–59.
- Shepsle, Kenneth A. (1989):** Studying Institutions: Some Lessons from the Rational Choice Approach. *Journal of Theoretical Politics*, 1, 131–147.
- Shepsle, Kenneth A.** und **Barry R. Weingast (1981a):** Political Preferences for the Pork Barrel: A Generalization. *American Journal of Political Science*, 25, Nr. 1, 96–111.
- Shepsle, Kenneth A.** und **Barry R. Weingast (1981b):** Structure-induced Equilibrium and Legislative Choice. *Public Choice*, 37, 503–529.
- Shugart, Matthew Sørberg, Melody Ellis Valdini** und **Kati Suominen (2005):** Looking for Locals: Voter Information Demands and Personal Vote-Earning Attributes of Legislators under Proportional Representation. *American Journal of Political Science*, 49, Nr. 2, 437–449.
- Sinclair, Barbara (2006):** Legislative Cohesion and Presidential Policy Success. In **Reuven Y. Hazan** (Hrsg.) *Cohesion and Discipline in Legislatures. Political Parties, Party Leadership, Parliamentary Committees and Governance*. London/New York: Routledge, 41–56.
- Smith, Richard A. (1993):** Agreement, Defection, and Interest-Group Influence in the U.S. Congress. In **William H. Riker** (Hrsg.) *Agenda Formation*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 183–207.
- Snyder, James M.** und **Tim Groseclose (2000):** Estimating Party Influence in Congressional Roll-Call Voting. *American Journal of Political Science*, 44, Nr. 2, 193–211.
- Snyder, James M. Jr.** und **Michael M. Ting (2005):** Why Roll Calls? A Model of Position-Taking in Legislative Voting and Elections. *Journal of Law, Economics, and Organization*, 21, Nr. 1, 153–178.
- Stata (2007a):** *Stata Base Reference Manual (Volume 1, Release 10)*. Band 1, Release 10, College Station, Texas: Stata Press, 292–299.
- Stata (2007b):** *Stata User's Guide (Release 10)*. College Station, Texas: Stata Press.

- Stein, Robert M. und Kenneth N. Bickers (1995):** Perpetuating the Pork Barrel. Policy subsystems and American democracy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Strøm, Kaare (1990):** A Behavioral Theory of Competitive Political Parties. *American Journal of Political Science*, 34, Nr. 2, 565–598.
- Strøm, Kaare (1997):** Rules, Reasons and Routines: Legislative Roles in Parliamentary Democracy. In **Wolfgang C. Müller und Thomas Saalfeld** (Hrsg.) *Members of Parliament in Western Europe: Roles and Behaviour*. London/Portland, OR: Frank Cass, 155–174.
- Swindle, Stephen M. (2002):** The Supply and Demand of the Personal Vote. Theoretical Considerations and Empirical Implications of Collective Electoral Incentives. *Party Politics*, 8, Nr. 3, 279–300.
- Thomas, Martin (1985):** Election Proximity and Senatorial Roll Call Voting. *American Journal of Political Science*, 29, Nr. 1, 96–111.
- Tsebelis, George (2002):** Veto Players. How Political Institutions Work. New York: Russel Sage Foundation.
- Tsebelis, George und Jeannette Money (1997):** Bicameralism. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Tullock, Gordon (1967):** The General Irrelevance of the General Impossibility Theorem. *Quarterly Journal of Economics*, 81, 256–270.
- Tullock, Gordon (1981):** Why So Much Stability? *Public Choice*, 37, Nr. 2, 189–202.
- Turner, Julius (1951):** Party and Constituency: Pressures on Congress. Baltimore: The Johns Hopkins Press.
- Uslaner, Eric M. (1999):** The Movers and the Shirkers. Representatives and Ideologues in the Senate. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Vasella, Marco (1956):** Die Partei- und Fraktionsdisziplin als staatsrechtliches Problem. Winterthur: Verlag P.G. Keller.
- Vatter, Adrian (1994):** Eigennutz als Grundmaxime in der Politik? Eine Überprüfung des Eigennutzaxioms der Ökonomischen Theorie der Politik bei Stimmbürgern, Parlamentariern und der Verwaltung. Bern: Verlag Paul Haupt.
- Vatter, Adrian (1995):** Möglichkeiten und Grenzen des Wahlkreis-Konzeptes. Individuelles Abgeordnetenverhalten am Beispiel der Schweiz. Working Paper. Bern: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern und Büro für Politikforschung und -beratung, Bern.
- Volden, Craig und Clifford J. Carrubba (2004):** The Formation of Oversized Coalitions in Parliamentary Democracies. *American Journal of Political Science*, 48, Nr. 3, 521–537.
- Wahlke, John C., Heinz Eulau, William Buchanan und LeRoy C. Ferguson (1962):** The Legislative System. Explanations in Legislative Behavior. New York: Wiley.

Wessels, Wolfgang (2004): Das politische System der EU. In **Werner Weidenfeld** (Hrsg.) Europa-Handbuch. Band I: Die Europäische Union - Politisches System und Politikbereiche. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 83–108.

Wyss, Moritz von (2003): Die Namensabstimmung im Ständerat. Untersuchung eines parlamentarischen Mythos. In **Isabelle Häner** (Hrsg.) Nachdenken über den demokratischen Staat und seine Geschichte. Beiträge für Alfred Kölz. Zürich: Schulthess, 23–47.

Z'graggen, Heidi und Wolf Linder (2004): Professionalisierung der Parlamente im internationalen Vergleich. Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der Schweizerischen Bundesversammlung. Bern: Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

